

# konkret

A stylized illustration of several hands of different skin tones (brown, tan, pink) reaching up and holding a flag. The flag has horizontal stripes of red, white, and green, with a black triangle at the top. The background is a solid dark blue.

POLITIK &  
KULTUR  
7/2025

## Israel, dich hasst sich's besser

Die antisemitische  
Internationale

Anständig  
abschieben

Asylpolitik unter Merz

Ein Trump  
für Polen

Wer ist Karol Nawrocki?

In der  
Spielhölle

Wie kapitalismus-  
kritisch ist  
»Squid Game«?

Friedens-  
tüchtig

Hippies unter  
Kaiser Wilhelm



07

7,- €

A: 8,10 €

CH: 12,- CHF

G 12611 E



# Zu links für dich

[dasnd.de/digitallesen](https://dasnd.de/digitallesen)



Mit **nd DIGITAL** bekommst du genossenschaftlich produzierten Journalismus auf das Gerät deiner Wahl: zu jeder Zeit, von überall, in deiner Hand.

- Zugriff über die App und am Browser
- Artikel an Freund\*innen und Familie verschenken
- ohne Tracking, ohne Werbung, ohne Bullshit

# nd



**DEINE  
ZEITUNG**





# »Reform UK wird das Zweiparteiensystem aufheben«

**Die Partei von Nigel Farage erzielte Anfang Mai überraschende Erfolge bei den Kommunalwahlen in Großbritannien. konkret sprach darüber mit dem Faschismusforscher Roger Griffin**

**K**onkret: Wird Reform UK zu einer stabilen Kraft in Großbritannien werden?

Roger Griffin: Ich denke, wir sollten Spanien als Parallele zum Vereinigten Königreich ansehen. Nach dem Sturz Francos war Spanien jahrzehntlang eine Anomalie, weil es keine rechtsradikale Partei gab. Lange galt auch für Großbritannien die Meinung, es gebe keine solche Partei. In Spanien kam dann Vox und wurde ein fester Bestandteil der spanischen Politik. In Großbritannien entstand vor dem Hintergrund der Unbeliebtheit der EU die United Kingdom Independence Party (UKIP) mit Nigel Farage an der Spitze, der ursprünglich als Witzfigur galt. Jetzt bedroht er mit Reform UK, die aus der UKIP hervorging, sowohl die Labour-Partei als auch die Konservative Partei. Manche sehen Farage sogar als nächsten Premierminister. Daran glaube ich nicht. Was wir aber sagen können, ist, dass Rechtspopulismus ein fester Bestandteil moderner Demokratien ist. Nun hat Großbritannien zu dieser Norm aufgeschlossen. Reform UK wird vielleicht nicht unter der Führung von Farage bleiben. Aber die Partei ist jetzt zu einem etablierten Auslassventil für illiberale Arten von Patriotismus und Fremdenfeindlichkeit geworden. Und ich glaube, dass sie mit diesen tief in die politische Kultur eingewurzelten Elementen das Zweiparteiensystem aufheben wird.

**Der Begriff Populismus neigt dazu, die politische Agenda zu trivialisieren. Was verstehen Sie darunter?**

Der Begriff Populismus hat eine komplizierte Geschichte. Heute bezieht er sich in der Regel auf eine Form der demokratischen Politik. Er entsteht im demokratischen Raum und kritisiert das etablierte politische System oder steht ihm feindlich gegenüber. Er kann links oder rechts sein. Ideologische, politisierte Populisten versuchen, eine Bewegung innerhalb von Wahlkreisen zu schaffen, die sich von den etablierten politischen Eliten nicht vertreten fühlen. Jede Demokratie kann einen Punkt erreichen, an dem eine kritische Masse ihrer Bürger sich ausreichend

unzufrieden fühlt, um eine Person oder eine Bewegung zu unterstützen, die sagt, dass sie das politische System verändern will. Verändern, aber nicht revolutionieren. Das ist der Unterschied zum Faschismus. Auch Reform UK ist keine revolutionäre Bewegung. Es ist eine radikale rechtspopulistische Partei. Und Farage hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Partei frei von Extremismus zu halten. Dazu muss man sich die antagonistische Beziehung zwischen Farage und Tommy Robinson ansehen, denn der extremistisch eingestellte Robinson und die moderne UKIP repräsentieren ein Element, das in viele europäische und amerikanische populistische Bewegungen integriert ist: in Trumps Republikanismus, in die AfD, das Rassemblement National, die Fratelli d'Italia und so weiter. In jedem Fall gibt es einen extremen Flügel. Bei Reform UK nicht, weil Farage dafür gesorgt hat.

**Wie kam es, dass die von Ihnen angesprochene »Normalisierung« in Großbritannien im Vergleich zu anderen Demokratien verzögert stattfand?**

Das liegt an der Macht des Mehrheitswahlsystems, das kleine und extreme Parteien fernhält. Und daran, dass die beiden dominierenden Parteien der letzten Jahrzehnte rassistische Affekte bedient haben. Großbritannien war schon immer rassistisch, wie seine Geschichte als koloniale Supermacht allzu deutlich veranschaulicht, hatte aber immer das Selbstbild, kultiviert und zivilisiert zu sein. Dieses Selbstbild, so falsch es auch ist, hat dazu beigetragen, offen rassistische Bewegungen in Großbritannien einzuschränken: Ein Rassist stimmt hier nicht für eine rassistische Partei. UKIP ermöglichte es den Briten, unter dem Vorwand von Resentiments gegen die EU, ihren Ultranationalismus und Rassismus auszudrücken. Reform UK schafft es nun, einen moderaten Rassismus mit der Rede von Souveränität und Einwanderungsstopp zu tarnen. Die Partei ist dadurch für »normale«, demokratische Briten wählbar geworden.

**Was hat die Wirtschaftskrise mit dem Erfolg von Reform UK zu tun?**



Großbritannien war, wie gesagt, schon immer rassistisch, steckt aber zugleich seit Ende des 19. Jahrhunderts in einer Wirtschaftskrise. Daher kann die Wirtschaft keine Erklärung für den Erfolg von Reform UK sein. Ich glaube, es handelt sich um ein genuines Gefühl der Unterrepräsentation. Die letzte konservative Regierung war eine Katastrophe. Und die Labour-Partei hat es nicht geschafft, ihre Politik für Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialfürsorge so zu präsentieren, dass sie bei der Bevölkerung ankam. Und dann sprach Keir Starmer jüngst davon, sich in Großbritannien wie ein Fremder zu fühlen, was die »Little English«-Gessinnung von Reform UK bedient. Das ist verrückt. Anstatt von universellem Humanismus und Solidarität mit den Unterdrückten zu sprechen, übernehmen linke Politiker aus Verzweiflung oder Zynismus die Sprache der populistischen Rechten. Labour hat ein derartiges Wertchaos angerichtet, dass Reform UK einen Großteil der Unzufriedenheit absorbieren konnte.

**Erklärt das, warum ein großer Teil der Arbeiterklasse für Farage gestimmt hat?**

Es ist ein Mythos, dass Arbeiter per se sozialistisch sind. Arbeiter leben oft von Paycheck zu Paycheck und haben keine Zeit für abstrakte Visionen einer klassenlosen Gesellschaft. Wir sollten uns nicht wundern, dass Populismus bei Arbeitern Anklang findet, gerade weil sie existentiellen Problemen ausgesetzt sind. Ich glaube, männlicher Chauvinismus, Vorurteile gegenüber Frauen und Patriotismus sind äußerst wichtige Faktoren in der Geschichte der westlichen Politik und des Scheiterns des Sozialismus. Im orthodoxen Sozialismus wurde der Einfluss der Kultur unter-, die kausale Bedeutung materieller Fragen weitläufig überschätzt. Reform UK hat Wähler in den wohlhabendsten, reichsten Teilen Englands und unter den Arbeitslosen, Verzweifelten, Jungen und Alten. Der Erfolg ist generations- und klassenübergreifend. Und das liegt daran, dass es in der gesamten demokratischen Welt eine echte Krise der Repräsentation gibt.



**Z**um Titel: Bereits Wochen, in manchen Fällen schon Tage nach dem Massaker der Hamas und dem Beginn der israelischen Militäroffensive gegen die Terrororganisation im Gaza-Streifen, kannte die Welt nur noch einen Schuldigen: den jüdischen Staat. Die Hamas verschwand nach der pflichtschuldigen Verurteilung des von ihr verübten Terroranschlags aus der öffentlichen Debatte, ganz im Gegensatz zum Leid der Palästinenser, die von ihren jüdischen Unterdrückern durch die »Hölle« (Arte, Deutschlandfunk Nova, Vatican News) geschickt wurden, die wahlweise Kolonialismus, Apartheid, Aushungern, Genozid und Vertreibung heißt. Diese Dämonisierung Israels ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die unterschiedlichsten politischen Milieus überall auf der Welt einigen können – mit der nennenswerten Ausnahme der USA und einer Fraktion der deutschen Rechten, die die Solidarität mit Israel für Deutschlands »außenpolitisches Tafelsilber« hält und der eigenen im übrigen regressiven Ideologie mit ihrer Hilfe den Anschein von Zivilisiertheit zu geben hofft.

Nun sind auch einige dieser »besten Freunde« (Friedrich Merz) auf dem Sprung: »Eine Welle der Israel-Kritik geht durchs Land – und durch die Bundesregierung«, schreibt der »Tagesspiegel« am 2. Juni, »Drei Viertel finden Kritik der Bundesregierung richtig«, heißt es auf »Tageschau.de« am 4. Juni, »Späte Einsichten in Deutschland«, beklagt der Deutschlandfunk am 28. Mai, »Zwischen Kritik und Staatsräson. Wie der Gazakrieg den deutschen Blick auf Israel verändert«, ist im »Spiegel« am 17. Mai zu lesen. Der »Ton der Bundesregierung im Gaza-Krieg« hat sich verändert (»Tageschau.de«). Während SPD-Politiker bereits fordern, die deutschen Waffenexporte nach Israel zu beenden, weil diese auf einmal »nicht zur Verbreitung humanitärer Katastrophen und zum Bruch des Völkerrechts genutzt werden« dürften (der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Adis Ahmetovic, im »Stern«), bleibt die CDU bei »klaren Worten« wie denen von Friedrich Merz, der nicht mehr versteht, inwiefern Israels Militäroperation in Gaza der Selbstverteidigung

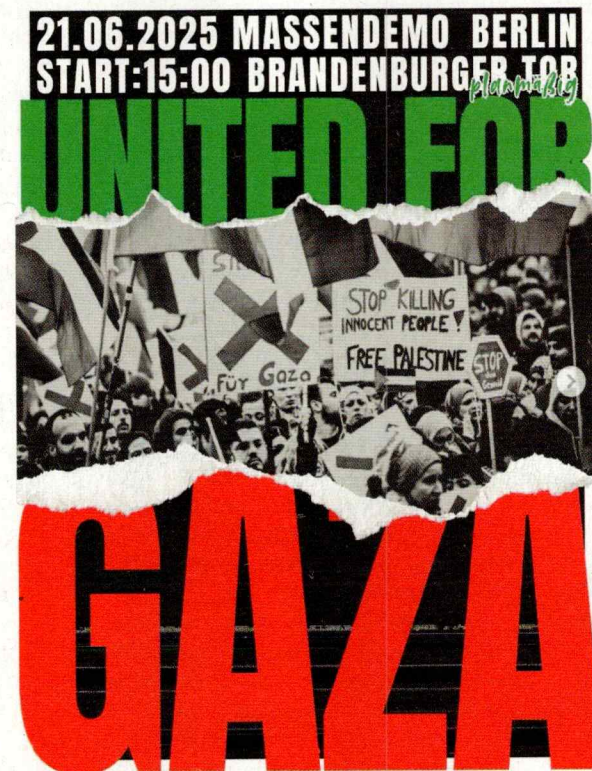
dient. Außenminister Wadephul nennt die Lage in Gaza »unerträglich« und beklagt die »Zwangssolidarität« mit Israel.

Dass man sich als Deutscher mit moralischen Urteilen über die politischen Entscheidungen Israels darüber, wie es seine Existenz gegen die permanente Bedrohung verteidigt, zurückhalten sollte, hatte der Großteil der Linken lange vor der CDU vergessen. Dieser Linken geht der »politische Kurswechsel«, der bisher tatsächlich noch keine greibaren politischen Konsequenzen hatte – die Waffenlieferungen an Israel werden fortgesetzt –, nicht weit genug. Unter der Überschrift »Genozid und Widerstand« bedauert das »Neue Deutschland«, dass »der langersehnte Wendepunkt« ausgeblieben ist. Der dazugehörige Artikel vermittelt den Eindruck, dass in Gaza kein asymmetrischer Krieg stattfinde (siehe dazu das Interview mit

ge? Schon im August 2024 leistete Raul Zelik, der auch **konkret**-Autor ist, öffentlich Abbitte: »Ich habe lange zu denjenigen gehört, die sich an der Argumentation des **konkret**-Herausgebers Hermann Gremliza orientierten: In Deutschland, wo ein Großteil der Bevölkerung die Auslöschung der Jüd\*innen als Staatsprojekt verfolgte, gibt es Wichtigeres zu tun, als Israel zu kritisieren. In so vielen Ländern der Welt werden die Menschenrechte mit Füßen getreten – warum wollen deutsche Linke ausgerechnet den Staat der Jüd\*innen bekehren?«

Wer es mit dem antifaschistischen Auftrag »Nie wieder!« ist jetzt ernst meine, müsse jetzt erkennen, dass er auch bedeuten könne, sich gegen den Staat Israel zu wenden. Er dürfe sich nicht zum »Komplizen einer Politik machen, die zwei Millionen Menschen in Gaza das Lebensrecht abspricht«, sondern, wäre zu schlussfolgern, müsse einer Politik folgen, die Israel das Recht auf Selbstverteidigung abspricht.

Die Liebe der deutschen Linken zu Palästina ist nicht neu. In einem Streitgespräch mit Eva Groepler, Thomas Ebermann, Jan Philipp Reemtsma und Oliver Tolmein stellte Hermann L. Gremliza in **konkret** 5/91 fest: »Immer wenn im Nahen Osten irgend etwas losgeht, ist das Erste, was passiert, dass eine deutsche Linke sich über den faschistischen, rassistischen Staat Israel ereifert. Zu keiner Region der Welt fällt der deutschen Linken sooft das Wort faschistisch ein wie zu Israel. ... Es ist nachlesbar, wie das ganze Vokabular zur Beschreibung dessen, was die Nazis mit den Juden gemacht haben, unentwegt übertragen wird auf alles, was die israelische Politik macht: die richten »KZs« ein für die Palästinenser, sie veranstalten einen »Holocaust«, sie planen die »Endlösung der Araberfrage.«



Als hätten sie den konkret-Titel überbieten wollen: Flyer für eine antiisraelische »Massendemo« in Berlin, Juni 2025

Chuck Freilich auf Seite 14), sondern die israelische Armee in Gaza sei, um die »Menschen«, die dort schon vorher »am Tropf israelischer Willkür« gehangen hätten, zu »massakrieren«, »Menschheitsverbrechen« und einen »Genozid« an ihnen zu begehen.

Das »ND« hatte, anders als die »Junge Welt«, den Terror des 7. Oktober nicht als antiimperialistischen Widerstand gefeiert. Am »ND« ist der linke Antinationalismus nicht spurlos vorbeigegangen. Deshalb müht sich das Blatt nun, da die Stimmung innerhalb der Linken sich in dieser Frage aufheizt, diese Spuren zu beseitigen. Und wer könnte das besser als ein selbsternannter Kronzeu-

Ein Hinweis zum Stück von Carmela Negrete über den Rechtsruck in Portugal: Wer sich für die Nelkenrevolution interessiert, kann sich bald die restaurierte Dokumentation »Torre Bela« von Thomas Harlan aus dem Jahr 1975 ansehen. Das Filmmuseum München hat den Film zum Jubiläum aufwendig restauriert, deutsch untertitelt und wird ihn zunächst auf DVD veröffentlichen.

Anfang Juli beginnt die Auslieferung der Bände 3 und 4 der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas. Sie enthalten auf 586 beziehungsweise 618 Seiten seine Texte der Jahre 1979–1981 beziehungsweise 1982–1984. Angaben zum Bezug der Ausgabe entnehmen Sie bitte der Anzeige auf Seite 25. ●



## Titel

### 8 Feuer frei

Stefan Gärtner über den Beschluss der Linkspartei, der Jerusalem Declaration on Antisemitism zu folgen

### 12 »No Jews, no News«

Interview mit Philipp Peyman Engel, dem Chefredakteur der »Jüdischen Allgemeinen«, zur Berichterstattung deutscher Medien über den Nahost-Konflikt

### 14 »Verantwortlich ist die Hamas«

Über die Situation im Gazastreifen und die Kriegsziele der israelischen Regierung sprach **konkret** mit Chuck Freilich

### 16 Ruhe am Golf!

Während Donald Trump versucht, sich im Nahen Osten den Rücken für den Machtkampf gegen China freizuhalten, eskaliert der Konflikt zwischen Iran und Israel. Von Jörg Kronauer

### 43 European Stonk Contest

Markus Ströhlein über die antisemitischen Exzesse beim ESC in Basel

### 63 BUCH DES MONATS

Stefan Gärtner über *Die Liebe zum Hass* von Abdel-Hakim Ourghi

## Politik

### 3 »Reform UK wird das Zweiparteiensystem aufheben«

Der Faschismusforscher Roger Griffin sprach mit **konkret** über die Popularität der rechtspopulistischen Partei von Nigel Farage bei den britischen Wählern

### 20 Biblischer Boden und historische Legitimität

Dritter und letzter Teil einer Serie zur Nationalisierung der Bevölkerung einer umstrittenen Region. Von Richard Schuberth

### 23 Rechte Mehrheiten mit Grenzen

In den Niederlanden ist die Regierung am rassistischen Konsens gescheitert. Von Felix Sassmannshausen

### 24 Ende der Schonzeit

Carmela Negrete über die Refaschisierung Portugals ein halbes Jahrhundert nach der Nelkenrevolution

### 26 Ein Trump für Polen

Wer ist der neugewählte Präsident Karol Nawrocki? Von Reinhard Lauterbach

### 28 To Be Continued

Britta Petersen über den Konflikt zwischen Indien und Pakistan

### 30 Unser Mann in Sarajevo

Wie in der schlechten alten Zeit ist Bosnien-Herzegowina der Hinterhof Deutschlands. Von Roland Zschächner

### 32 Dégagé!

Bernhard Schmid über das Bemühen der Exkolonien Frankreichs, sich aus neokolonialen Abhängigkeiten zu befreien

### 34 Anständig abschieben

Schwarz-Rot ist dabei, das Asylrecht komplett abzuschaffen. Von Holger Pauler

### 36 Mitleid mit den Mächtigen

Der Tatbestand der Politikerbeleidigung hat Konjunktur. Von Özge Inan

### 37 All Greens Are Bastards

Elena Wolf über den Shitstorm gegen die Covorsitzende der Grünen Jugend, Jette Nietzard, aus der eigenen Partei

### 38 Next Level BRD

Wie ehemalige Nazis der Nachkriegsrepublik ihren Stempel aufdrückten. Von Rolf Surmann

## Kultur

### 42 Pissen ist Macht

Wenzel Storch über die Vorteile des Stehpinkelns

### 46 In der Spielhölle

Was taugt die Kapitalismuskritik von »Squid Game«? Überlegungen zum Start der dritten und letzten Staffel von Jan Miotti

### 50 Das Evangelium nach Ethan

Auch in der achten Episode der Filmreihe »Mission: Impossible« gefällt sich Tom Cruise in seiner Lieblingsrolle als Erlöser vom Bösen. Von Wieland Schwanebeck

### 54 »Auf dem friedlichsten und einfachsten Wege«

Ein Gespräch mit Dominic Iten und Arman Spéth über das von ihnen mit herausgegebene Buch *Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise*

### 56 Humboldts vergessenes Erbe

Jürgen Roth über die Verarmung der Menschheit durch die Verarmung der Sprachen

### 58 Die Spur der Steine

Ein jüngst abgeschlossenes Forschungsprojekt stellt die These auf, die Architektur des Nationalsozialismus sei mehr gewesen als nur Ausdruck seiner Ideologie. Von Leo Herrmann

### 60 Eine Art Niemandszeit

Wie Zwangsarbeiter das Kriegsende in Berlin erlebten. Von Sabine Lueken

### 62 Nacht und Nebel

Birgit Weyhes Comic *Schweigen* erzählt von der argentinischen Militärdiktatur und dem Fortwesen des Nationalsozialismus. Von Peter Kusenberg

### 64 Zurück zu Wurzeln und Natur

Ulrich Holbein über die wilhelminischen Vorläufer des Hippietums

## RUBRIKEN

### 4 von konkret

### 6 AN konkret

### 10 HERRSCHAFTSZEITEN

### 11 TOTSCHLAGZEILEN

### 40 TERMINE

### 44 KUNST & GEWERBE

### 49 BETRIEBSGERÄUSCHE

Joachim Rohloff über das Abnehmen des Zunehmens

### 52 GSELLAS GERECHTE GEDICHTE

Otterungezüchte. Von Thomas Gsella

### 53 PLATTE DES MONATS

Leo Herrmann über »More« von Pulp

### 57 FILM DES MONATS

Wieland Schwanebeck über »Frisch« von Damian John Harper

### 66 DER LETZTE DRECK

Das öffentlich-rechtliche Kulturfernsehen ertüchtigt zum Krieg



Hol dir das  
**analyse & kritik**  
**Vorteilsabo!**



-  nicht von Millionär\*innen finanziert wie Nazis
-  kein Spekulationsobjekt großer Investor\*innen
-  kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen

Jeden Monat radikaler linker Journalismus:  
**www.akweb.de/abo**  
Jetzt auch als Podcast!

Bodo Gaßmann

**Moral als geistige  
Waffe gegen das  
kapitalistische System**  
**Eine Streitschrift in  
fünf Akten**

Moralische Ideen blamieren sich, wenn sie nicht mit Interessen verbunden sind. Unseres ist die Abschaffung von Herrschaft überhaupt, weil sie uns verdinglicht. Doch das System stirbt nicht von selbst, es bedarf unseres Engagements, das heute in **moralischen Aktionen** mündet. Solche sind z. B. „Black Lives Matter“, „Frau Leben Freiheit“. Sie erfordern zudem, den Klassenkampf von oben und die strukturelle Gewalt zu kritisieren.



ISBN 978-3-929245-23-3 (300 S.; 21,- €)  
buecher@erinnyen.de  
Buchladen: [www.erinnyen.com](http://www.erinnyen.com)

## AN konkret

## Schöpfungsgeschichte

**konkret 6/25:** »Was zu beweisen war«;  
Felix Klopotek über linke Affirmation  
und Kritik der Nation

Klopotek tut einerseits so, als habe das Monopol- und Finanzkapital unter Trump aufgehört, international, also imperialistisch zu agieren, sondern würde nur die nationalen Interessen der USA verfolgen. Andererseits gelte für »die Arbeiter« nur eines: internationale Solidarität. Und »dass sich für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts der Nationalismus erledigt hat«. Als ob sich sozialistisch-kommunistische Politik nur auf »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« beschränken müsste. Dagegen schrieb schon Lenin, »dass es nicht angeht, abstrakt die Frage des Nationalismus im allgemeinen zu stellen: Man muss unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation« (*Zur Frage der Nationalitäten oder der »Autonomisierung«*, 1922). Das scheint bei der ehemals »großen Nation« der Deutschen, die klein zu nennen vermessen wäre, etwas in Vergessenheit geraten zu sein. Im ehemals großen, aber seit langem kleinen Österreich weniger.

Karl Wimmeler, Graz

## Stachelschrift

**konkret 6/25:** »Das KI-Kabinett«;  
Peter Kusenberger über die digitale  
Offensive der Regierung Merz

Bei der Überschrift des Artikels war ich zuerst von der Idee beseelt, dass das Kabinett durch KI ersetzt werden soll. Deswegen war ich schon etwas enttäuscht, dass auf die »unvollkommenen« Menschen so viel Wert gelegt wurde. Hier ein Vorschlag für die Technik-Optimisten: Wir schaffen Parteien und Politiker weltweit ab und ersetzen sie durch diejenigen, die sowieso entscheiden, was passiert, und zwar die Techgiganten, deren KI dann gewählt werden kann. Ich schlage für die Weltregierung eine KI von Microsoft vor, eine von Apple und eine von Google (drei KIs; das passt genau, damit immer eine Mehrheit zustande kommt!) und dann vielleicht noch ein bis zwei Berater-KIs von Amazon und Elon Musk beziehungsweise wen die Mehrheit der Menschheit halt wählt. Die anderen Länder wie China oder Russland können ja deren KIs irgendwie »beeinflussen«. Das würde reichen, um alle Entscheider zusammenzubringen. Ich sehe große Vorteile in dieser Lösung: Der Verdruss über nicht eingehaltene Wahlversprechen oder inkompetente Politiker (Sie können sich die Miete in München nicht leisten? Kaufen Sie doch eine Wohnung – alle aus der FDP) würde weg sein, wie auch die Brainwashing-Wahlplakate oder Polit-Talkrunden der Geschichte angehören, und die Korruption wäre transparenter. Wie die KIs die Lösungen für die Probleme finden, nun, das ist ja nicht mehr unser Problem, oder?

Alexandra Gasior

Felix Klopotek sieht die USA kurz vor der Insolvenz. Die Staatsschuldenquote sei mit 122 Prozent zu hoch. Man fragt sich, wieso Japan nicht längst pleite gegangen ist. Dort beträgt die Quote seit Jahren circa 250 Prozent. Der Autor argumentiert, nur weil der Dollar »die globale Reservewährung ist«, könnten sich die USA die Verschuldungsorgie leisten und sich das »unglaubliche Privileg« zunutze machen, »sich in ihrer eigenen Währung verschulden zu können«. Damit liegt er falsch. Alle Staaten können sich in eigener Währung jede Verschuldung leisten, ohne dass eine Staatspleite drohte. Das ergibt sich trivialerweise daraus, dass Staaten ihr eigenes Geld schöpfen. Die gegenteilige Auffassung liefe darauf hinaus, dass nationalen Zentralbanken die nationalen Währungen ausgehen könnten, der Federal Reserve Bank (Fed) beispielsweise die Dollars. Ein derartiger Unsinn wird, wenn überhaupt, nur von neoklassisch inspirierten Geldtheoretikern vertreten, die meinen, Geld sei ein knappes Gut und müsse erarbeitet werden, bevor es ausgegeben werden könne. Etwas lustig ist Klopoteks These, die Chinesen könnten einfach »auf die Idee kommen«, ihr eigenes Währungssystem »mittelfristig« als Konkurrenz zum Dollar einzuführen. Dann sähen die Amis alt aus und wären der Insolvenz noch ein Stück näher. Ein von China dominiertes zweites Leitährungssystem ist natürlich grundsätzlich denkbar. Die Implementierung



würde allerdings keineswegs friktionslos verlaufen. Sie könnte auf seiten Chinas deshalb massive Probleme auslösen, weil vermutlich die Preise für amerikanische Staatsanleihen in den Keller gingen, von denen die Chinesen nicht wenige halten. China wäre mithin auf einen Schlag substanziell ärmer. Dann drohte also nicht nur den USA, sondern auch China der Bankrott.

Bill Rätther

## Bildungsdialog

**konkret 5/25:** »Warum gilt das nicht als Welt-Krieg?«; Interview mit Karl Rössel über die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Ein sehr interessantes Interview zu der doch unbekannten Thematik. Die Reaktionen zeigen, dass die Ausstellung mit der Konzeption alles richtig gemacht hat. Werner Patte

## Autofaktion

**konkret 6/25:** »Jetzt aber richtig: Wiederbewaffnung«; Georg Seeßlen über die Militarisierung der Herzen

Wieder mal ein trefflicher Artikel von Georg Seeßlen. Hier nur zur Ergänzung der Kriegstauglichkeit, vielleicht allzu sinnfällig und deshalb schnell übergangen: Auftrumpfen, einschüchtern, Gewalt androhen, im Fall der Fälle Auslöschung gehören seit langem zu den Erfahrungen, die man machen muss, wenn man sich ungeschützt in die Kernzonen des Automobilwahns begibt, also fast überall (von Lärm und von verödeten Land-

strichen zu schweigen). Militarisierung als Anmutung, ästhetisch gewissermaßen. Man beachte nur die hochgerüsteten, protzigen Fahrzeuge, in deren mehrfach bewehrtem Schanzraum entsprechende Subjekte zu vermuten sind. Da prallt jeder zivile Einspruch ab. Der Mensch im SUV, gleich welchen Geschlechts, demonstriert nicht nur Ignoranz allen möglichen zivilen Ansprüchen gegenüber, sondern (ob absichtsvoll oder nicht) auch latente Aggressionsbereitschaft. Schon die Akzeptanz dieser Geräte im Nahbereich verraten meines Erachtens viel über die inneren Zustände dieser Gesellschaft und lassen, weil sich im Kapitalismus jeder Schwachsinn steigern lässt, noch ganz andere Möglichkeiten mentaler Aufrüstung beziehungsweise nötiger Abstumpfung erahnen.

Peter Prange

## Lobgesang

**konkret 6/25:** KUNST & GEWERBE; Stefan Gärtner über Staats- und »Systemmedien«

Es ist bedauerlich, dass **konkret** im Zuge der Russland-Ukraine-Kontroverse vor drei Jahren viele kluge Autorinnen und Autoren verloren hat. Glücklicherweise nicht Stefan Gärtner. Ihm gelingt es wie niemandem sonst bei **konkret**, eine klare linke Perspektive mit einem reflektierten Blick für die Ambivalenzen und »Dilemmata« (S. 45) der Realität zu verbinden, in der es nie nur Schwarz und Weiß gibt. Exemplarisch zeigt sich das in dem Abschnitt »Et blieb nix, wie et wor« – bravo!

Benjamin Gerig

## IMPRESSUM

**konkret** erscheint in der KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG / Geschäftsführung: Friederike Gremliza / Büroanschrift: Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg, Postfach 50 04 09, 22704 Hamburg, Telefon Redaktion: 040-851 25 30, Telefon Verlag: 040-851 25 31, Telefax: 040-851 25 14 / E-Mail-Adressen: redaktion@konkret-magazin.de, verlag@konkret-magazin.de / Internet: www.konkret-magazin.de, https://x.com/konkretmagazin, www.facebook.com/konkretmagazin, www.youtube.com/user/konkretmagazin

Herausgeberin: Friederike Gremliza (verantwortlich) / Redaktion: Jan Miotti, Wolfgang Schneider, Kay Sokolowsky / Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe: Stefan Gärtner, Thomas Gsella, Leo Herrmann, Ulrich Holbein, Özge Inan, Jörg Kronauer, Peter Kusenberg, Reinhard Lauterbach, Sabine Lueken, Carmela Negrete, Holger Pauler, Britta Petersen, Joachim Rohloff, Jürgen Roth, Felix Sassmanshausen, Bernhard Schmid, Richard Schuberth, Wieland Schwanebeck, Rolf Surmann, Wenzel Storch, Markus Ströhlein, Marco Tschirpke, Elena Wolf, Roland Zschächner / Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Texte können per E-Mail geschickt werden.

Gestaltung, Satz & Titel: NIK-BONG / Titelillustration: Dhiyaiddin Irfan, Shutterstock / Kolumnenillustration: Leo Leowald / Anzeigen: Citinaut GmbH / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 11.11.2022 / Telefon: 040-87 20 99 20, Telefax: 040-87 20 99 21, E-Mail-Adresse: anzeigen@konkret-magazin.de / Bankverbindung: Postbank Hamburg, IBAN: DE 32 2001 0020 0742 584 209, BIC: PBNKDEFF / Druck: westermann DRUCK/pva, Braunschweig / Vertrieb: Moderner Zeitschriften Vertrieb, Ohmstraße 1, 85716 Unterschleißheim, www.mzv.de

Einzelpreis: € 7,- inklusive 7 Prozent MwSt. / Im Abonnement: € 68,- frei Haus, inklusive 7 Prozent MwSt., für 12 Hefte (Studentenabo: € 56,-) / EU-Ausland mit Normalpost: € 86,- / Ein Abonnement verlängert sich jeweils auf unbestimmte Zeit, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt wird. Vorzeitige Erstattung ist nicht möglich. / Abonnementverwaltung: ZENIT Pressevertrieb GmbH / Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart, Telefon: 0711-82 651-307, Telefax: 0711-82 651-333, E-Mail-Adresse: konkret@zenit-presse.de



Wer mehr möchte als nur das Alltägliche, ist beim PRESSE-Fachhandel genau richtig. Hier finden Sie deutlich mehr Bereitschaft zu Leistung und Service. Zum Beispiel die Beschaffung von Spezial-Zeitschriften möglichst innerhalb 24 Stunden, fachkundige Beratung und stets auch konkret. Bundesweit erkennen Sie Ihren PRESSE-Fachhändler am »Blauen Globus«.

Gutes Leben für alle –  
guter Kaffee für alle!

**el rojito**  
Kaffee solidarisch

Kooperativen-Kaffee aus Lateinamerika:  
100% Solidarisch und Fair.  
100% Bio, 100% Geschmack.



Hier bestellen:  
[www.el-rojito.de/shop/](http://www.el-rojito.de/shop/)

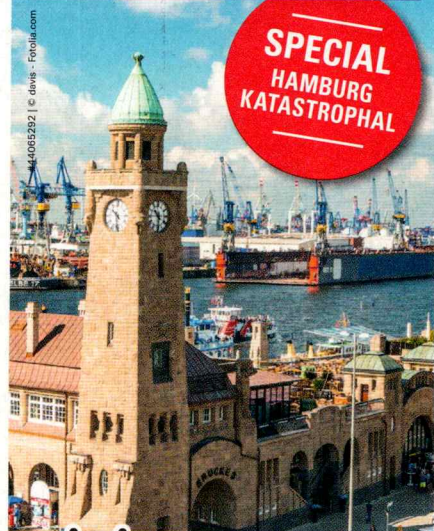


**Solidarisch schmeckt besser!**

**KURIOSE  
STADTFÜHRUNGEN  
IN HAMBURG**

Für Dich oder Deine Gruppe

**SPECIAL  
HAMBURG  
KATASTROPHAL**



**CITINAUT**

[WWW.CITINAUT.DE](http://WWW.CITINAUT.DE)

**TOP BEWERTUNGEN**



# Feuer frei

**E**s ist immer wieder erstaunlich, wie man sich täuschen kann, denn der Aufsatz Sebastian Haffners ist nirgends zu finden; und also muss es jemand anders geschrieben – oder ich es geträumt – haben: dass die Shoah auch Folge des Bürgerlichen Gesetzbuchs gewesen sei. Durch die penible Genauigkeit seiner Bestimmungen habe es das deutsche Rechtsempfinden positivistisch so versaut, dass noch das schlimmste Unrecht, gesetzlich fixiert, zu Recht habe werden können.

Vielleicht liegt es auch an dieser (eventuell falschen) Erinnerung, dass mir nie so recht aufgegangen ist, warum es Definitionen von Antisemitismus geben muss. Antisemit ist, wer Juden hasst, und weil das, nach den »einzigartigen Vorfällen« (Merkel in Yad Vashem), tabuisiert war, ist Antisemitismus dazu übergegangen, Israel zu hassen, weshalb Israel das meistkritisierte Land der Welt ist. Mag China mit seinen Minderheiten Schlitten fahren oder der Iran seine Homosexuellen an Baukräne hängen; mögen Länder Delinquenten auspeitschen lassen oder Frauen und Mädchen elementare Rechte versagen – die Demos gehen gegen Israel, das auch bevorzugtes Ziel von UN-Resolutionen ist, denn bei Israels Politik gegenüber den Palästinensern, seit je bekanntlich völlig unschuldig, handelt es sich, der kamerunische Denker Achille Mbembe wusste das lange vor dem Gaza-Krieg, um den »größten moralischen Skandal unserer Zeit«, der Unterernährung von einer Dreiviertelmilliarde Menschen weltweit bei ständig wachsenden Rüstungsausgaben ungeachtet.

So schwer ist das also nicht mit dem Antisemitismus, und wer fürchtet, Kritik an Israel sei »Israelkritik«, nämlich antisemitisch, frage sich, ob die arabisch-palästinensische Seite kritikfrei ausgeht. Ein Zeitungskommentar, der Netanjahu »erbarmungslos« nennt, aber nicht wissen will, wie barmherzig es sei, dass die Hamas auf die Fernsehbilder ihrer toten Landsleute spekuliert, misst mit zweierlei Maß, wie der Doppelstandard das am leichtesten zu erkennende D in der nützlichen Drei-D-Regel ist. Die anderen Ds lauten »Dämonisierung« und »Delegitimierung« und meinen dasselbe: Denn wenn für Israel andere Regeln und Maßstäbe gelten, dann weil es der Dämon unter den Staaten ist und als solcher illegitim. Er hätte selbst dann nichts in Palästina zu suchen, wäre es unbewohnt.

»Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden«, heißt es tadellos auf der Webseite der International Holocaust Remembrance Association, die für jene IHRA-Definition verantwortlich zeichnet, die bis zur konkurrierenden Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus aus dem Jahr 2021 (*Jerusalem Declaration on Antisemitism*, JDA) die gängige war. Israelkritik erfüllt ihren Zweck aber nur als Sonderkritik, etwa indem sie zu Boykott, Desinvestition, Sanktionen aufruft, wie es der famose BDS-Verein tut, den auch viele Prominente ganz in Ordnung finden oder sogar offen unterstützen. »Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch«, heißt es, formuliert als Freifahrt-

schein, in der Jerusalemer Erklärung, die, wie die Antisemitismusforscher Julia Bernstein, Lars Rensmann und Monika Schwarz-Friesel in der »Jüdischen Allgemeinen« protestierten, auf »faktisch falschen Prämissen« beruht und eben ausblendet, dass »der Großteil antisemitischer Kommunikation, das zeigen seit Jahrzehnten alle empirischen Analysen, ... seit 1945 implizit, das heißt, unter Camouflage« verläuft. Die JDA sei nicht Wissenschaft, »sondern eine politische Manifestation, die gegen Israel gerichtet ist«, und auch Jürgen Kaube sprach in der »FAZ« von einem »politischen Akt«, unterzeichnet von Leuten, die nicht vom Fach sind, aber Meinungsfreiheit gut finden. Weshalb der nächste springende JDA-Punkt dieser ist: »Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck »doppelter Standards« betrachtet wird,

ist nicht per se antisemitisch. Im allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.« Es ist nämlich ein weitverbreitetes Bedürfnis, Israel zu kritisieren, wie unvernünftig und einäugig die Kritik auch sei, weswegen die Definition der IHRA als zu eng, nämlich heuchelunfreundlich abgelöst gehörte. Zumal in Deutschland soll Antisemitismus nicht an die Kulturfördertöpfe, und da die Kulturszene aber zu keinem geringen Teil aus BDS-Sympathisanten und anderen linken Kämpferinnen gegen absolut Böse besteht, wird es im Wortsinn lebenswichtig, die Inkriminierung aufzuheben.

Der wesentliche Unterschied zwischen alter IHRA- und neuer JDA-Definition ist mithin der, dass die erste weiß und die zweite nicht wissen

will, dass Israelkritik nicht dasselbe ist wie Kritik an Israel, die nach den richtigen Prämissen sucht und sich an Gegenargumenten misst, während Israelkritik bloß einem Ressentiment Stimme gibt, das sich, noch einmal, bereits in der obsessiven Konzentration der kritischen Leidenschaft teilt. Es spricht darum auch nicht umstandslos für die JDA, dass viele linke oder sonstwie kritische Israelis sie begrüßen, denn dass das eigene Land der erste Gegenstand kritischer Betrachtung sei, ist kein Zeichen von Obsession, sondern nur normal. Ausdrücklich gegen die Reiseempfehlung aus Jerusalem kann verwendet werden, dass sie von der Erinnerungstouristin Aleida Assmann unterstützt wird, deren Begeisterung für Polyperspektivik und eine Leiderfahrung, die Jüdinnen und Juden nicht für sich pachten sollen, gut ins Bild passt (siehe **konkret 4/21**). Denn wer, anders als vom Täterstaat Israel behauptet, die eigentlichen ideellen Gesamtoper der Weltgeschichte sind, ist ja für BDS-Fans keine Frage.

Laut Wikipedia wirft die JDA der IHRA vor, »den Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik an Israel und am Zionismus zu verwischen. Damit delegitimiere die IHRA israelkritische Stimmen von Palästinensern und anderen, auch Juden.« Guter Punkt wiederum, wenn es nämlich um »Zionismus« geht, der sich zweckmäßig doppelt verstehen lässt: als historische politische Bewegung, die Jüdinnen und Juden eine Heimstätte schaffen wollte





(und geschaffen hat), und ideologisches Projekt, wenn der Vorwurf lautet, spätestens unter Netanjahus Rechtsaußenregierung strebe Israel die Annexion der palästinensischen Gebiete an. Die unschöne Wahrheit ist, dass im Koalitionsvertrag, hat der »Spiegel« Recht, tatsächlich von den »uneingeschränkten und exklusiven Rechten auf alle Gebiete Eretz Israels – alles zwischen dem Fluss und dem Meer« die Rede ist, und Kritik an Israel wäre zu sagen: Das ist falsch, Unrecht, krimineller, rechtsradikaler Blödsinn. Israelkritik dagegen ist, zu verschweigen, dass das Politbüro der Hamas im Januar 2024 ganz analog mitteilte: »Die Anerkennung der Legitimität eines anderen Staats, eines zionistischen Gebildes, ist kategorisch abzulehnen. Die Hamas und das palästinensische Volk in seiner Mehrheit – und vor allem (*sic!*) nach dem 7. Oktober – haben den Traum von einem Palästina vom Fluss bis zum Meer.« Die Einschätzung, am 7. Oktober hätten die Verdammten dieser Erde in letzter Verzweiflung zu den Waffen gegriffen, wird damit (und aus andern Gründen) hinfällig und Antizionismus als doppelt verlogen kenntlich: indem er die völkische, eliminatorische Politik radikalislamisch-palästinensischen Zuschnitts ignoriert oder für legitim hält und weil sich die Gründung des Staates Israel von der zionistischen Idee gar nicht trennen lässt. Wer immer also »antizionistisch« argumentiert und darunter die Ablehnung zeitgenössischer israelischer Expansion verstanden wissen will, nimmt mindestens billigend in Kauf, dass es auch so verstanden werden kann, wie es im Zweifel eh gemeint ist.

Nein, die freie Rede – Micha Brumlik fürchtete, mit Blick auf die Angst unserer Kulturschaffenden vor der Unvereinbarkeit von BDS und Staatsknete, schon »McCarthyismus« – ist nicht auf Seiten Israels, denn wes das Herz voll ist, des soll der Mund auch in Zukunft übergehen dürfen. Natürlich streitet die Linkspartei, gern von Kulturschaffenden gewählt, fürs unbedrängte Wort und hat auf ihrem Bundesparteitag, zum heftigen Missfallen des Zentralrats der Juden in Deutschland, den Janz Dollen Ansatz übernommen. Das muss nicht wundern, wenn man sich daran erinnert, wie Linke-Politikerinnen einst auf große Blockadebrech-Fahrt gen Gaza gingen und andere heute durch BDS-Engagement auffällig werden, und soweit Die Linke noch die Nachfolgepartei der SED ist, hat sie halt auch deren Antizionismus geerbt. Aber sie meint es gut und lobt die JDA-Leitlinien dafür, dass sie »die Auffassung vertreten, dass Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer

schon Diskriminierung verbunden ist«. Und das ist, sorry, Quatsch und geht gegen jede Evidenz: Es waren gute, linksakademisch-postkoloniale Antirassisten, die nach dem 7. Oktober Universitäten in den USA und Europa zu Hotspots des Free-Palestine-Aktivismus gemacht haben, und kaum wurde die Documenta von Leuten aus dem Globalen Süden kuratiert, hatte sie ihren Antisemitismus-Skandal. Der 7. Oktober sollte doch gezeigt haben, wogegen Israel sich, unter welcher Regierung immer, verteidigen muss und dass Antisemitismus nicht irgendein Spezial-Rassismus ist, sondern People of Color und Rassistinnen mühelos verbindet. Rassismus hasst das offen Fremde, Antisemitismus das verborgen Eigene; Rassismus ist das konkrete, biologisierte Ressentiment, Judenhass seine Abstraktion und Universalisierung: Metahass, Hass als solcher.

»Die Linke kritisiert den zunehmenden Gebrauch der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein massives Einfallstor für autoritäres, staatliches Handeln ist. Damit hat sich die Definition auch in diesem Sinne zu einem repressiven Instrument entwickelt, um unliebsame Kritik und politischen Protest zu verhindern.« Was immer ein »massives Einfallstor« anderes ist als ein Indiz für die Nähe von Sprach- und Kopfquark und wie immer heikel eine kulturbürokratische Gesinnungsüberprüfung auf Nichtantisemitismus wäre: unter JDA-Gesichtspunkten spricht der Zweifel in jedem Fall für die nicht Anzuklagenden, was rechtsstaatlich löblich wäre, wenn sich Ressentiment nur besser beweisen ließe. Und weil auch monomane, verheuchelte Kritik von der Meinungsfreiheit gedeckt ist und sich außerdem »Sprachmuster im Wandel der Zeit« (JDA) befinden, soll gelten: Feuer frei; und während es Identitätspolitik geschafft hat, noch die vernünftigste Kritik an islamischer Praxis zu einem rassistischen Akt zu machen, ist bei Israel im Gegenteil alles erlaubt. »So könnte«, heißt es aus Jerusalem, »etwa Feindseligkeit gegenüber Israel Ausdruck eines antisemitischen Ressentiments sein, aber auch eine Reaktion auf eine Menschenrechtsverletzung oder eine Emotion, die eine palästinensische Person aufgrund ihrer Erfahrungen durch Handlungen seitens der staatlichen Institutionen Israels empfindet.« So reichen, dem Zeitgeist gemäß, Emotion und Identität als Letztbegründung, und da Menschenrechtsverletzung in Nahost eine israelische Spezialität ist, darf einschlägiger Protest, geht es nach der parlamentarischen Restvertretung der deutschen Arbeiterklasse, auch in Zukunft auf ein Sprachmuster zurückgreifen, das sich die Zeiten hindurch eigentlich nie gewandelt hat: Denn zeigt Gaza nicht, dass die Juden unser Unglück sind?

**SOM**  
angle World  
ommerfest

7-20  
sung zum Geburtstag  
n Ronald M. Schernikau  
Henryk Gericke:  
Tanz den Kommunismus  
— Punkrock DDR.  
Gespräch, Vortrag, Sound

ab 16 im Garten  
mit MaroVerlag  
Ventil Verlag  
Verbrecher Verlag  
adocs und ça ira-Verlag

16-22  
Power Suff Girls  
AFAR  
Friberty  
(FKA Jens Friebe)  
Stella Sommer

23-01  
Fabulous Tuntenshow  
mit Doris Belmont und  
Patsy l'Amour laLove  
Tombola

eine Veranstaltung von:  
**diske** E.V.

0-08  
Balagan Sisters  
rodmin (://about blank)  
Medha (PVC/Aequalis)  
Mila Stern (Kater/Mizi Muzik)  
Phonatic (Headroom)  
Lux (IO)

**11.7.**

**://ABOUT  
BLANK**

**RLD  
WO**



## »Mit Sozialleistungen und mit Bildung lässt sich dieses Land nicht verteidigen.«

**Boris Pistorius (SPD),  
Kriegsminister**

### Der Pappenheimer

Der angeblich beliebteste Politiker der Deutschen sagt seinen Untertanen freilich nicht, weshalb sie sich für »dieses Land« totschießen lassen sollen, das lieber Hunderte Milliarden Euro an Mordwerkzeuge vergeudet, statt seine Kinder gut zu bilden und den Exproprierten ein würdiges Leben zu ermöglichen. Die Angst vor einem russischen Überfall auf die BRD ist jedenfalls nicht annähernd so begründet wie die vor einer rapiden Verschlechterung der Existenzverhältnisse durch die exzessive Aufrüstung; und wie ein aufgeblähtes Militär gegen »Desinformationskampagnen«, »Cyber-Attacken«, »Wegwerf-Agenten« oder was immer die Propaganda als Schreckenssau durchs Dorf treibt, helfen soll, weiß ja nicht mal er, der Grünkohlkönig des Jahres 2024.

Es hat etwas Irres, wenn der Asozialdemokrat Pistorius dem Häuflein Parteigenossen, das Anfang Juni ein – sehr zahmes und keineswegs pazifistisches – »Manifest« gegen »militärische Alarmrhetorik und riesige Aufrüstungsprogramme« veröffentlichte, »Realitätsverweigerung« unterstellt. Denn in der Wirklichkeit außerhalb seiner Paranoiabläse ist den meisten Deutschen durchaus bewusst, dass es keinen einzigen guten Grund gibt, sich für die Interessen der hiesigen Bourgeoisie erschießen zu lassen oder andere Menschen zu ermorden: Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa wären nur 36 Prozent der Staatsinsassen bereit, Kanonen zu füttern. Aber mit etwas Erzwingungshaft wird gewiss jeder zur Einsicht gelangen, dass es nicht nur süß und ehrenvoll, sondern alternativlos ist, fürs Vaterland zu krepieren.

### Geschwindmarsch

Angesichts der allgemeinen Drückebergerei treibt die Bundesregierung die Wiedereinführung der Wehrpflicht (siehe **konkret 6/25**)

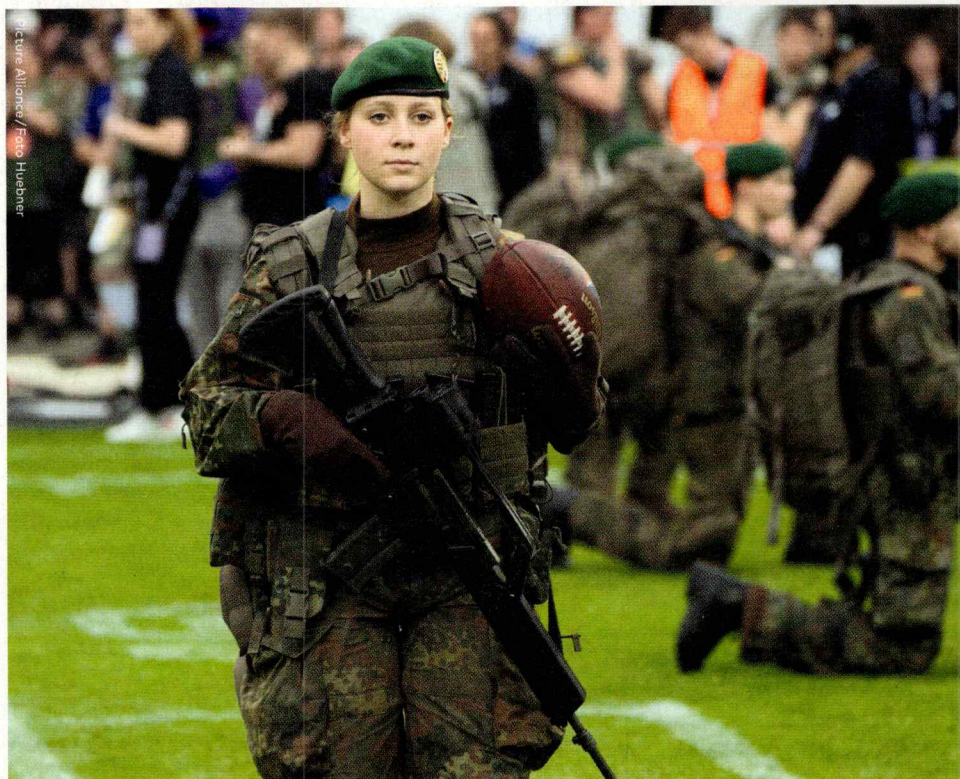
nach Kräften voran: 60.000 zusätzliche Soldaten, sagte der auch sonst nicht ganz saubere Jens Spahn (CDU) am 14. Juni, habe die Bundeswehr nötig, um »verteidigungsfähig« zu werden. Dass die 182.000 Männer, Frauen und Diverse der kämpfenden Truppe sich nicht über die Unterstellung empören, sie seien unfähig, Deutschland militärisch zu schützen, liegt wohl daran, dass es selten die hellen Köpfe sind, die sich freiwillig drillen und killen lassen. Und die naheliegende Frage, wo eigentlich die 1,4 Billionen US-Dollar, die einer Greenpeace-Studie zufolge von 1993 bis 2022 für die deutsche Armee ausgeschüttet wurden, versickert sind, beantwortet der Maskendealer so wenig wie die anderen Kriegstreiber, sie stecken schließlich alle im Sumpf.

Zur Mobilisierung der bislang Verstockten soll auch der »Veteranentag« (siehe **konkret 6/24**) dienen, den die Staatsorgane am 15. Juni erstmals begingen. Beim Festakt des Kriegsministers auf dem Hamburger Rathausplatz wurden echte Veteranen zwar abgewiesen, weil nur akkreditierte Claqueure als Publikum zugelassen waren. Aber mit der Realität jenseits der Polizeisperren hatte Pistorius nichts am Eisenhut. Statt dessen gab er den Tagesbefehl aus, dass die Bundeswehr einen Platz »in der Mitte der Gesell-

schaft« einnehmen müsse, »sichtbar, präsent und getragen von der Gesellschaft«. Wie es ausgeht, wenn die Armee das Zentrum des deutschen Staatswesens bildet, durfte die Welt bereits zweimal erfahren. Wieso jedoch dürfen weder Feuerwehrleute noch Krankenschwestern, weder Altenpfleger noch Müllwerker – mithin die Menschen, ohne die keine Gesellschaft funktioniert – die »Wertschätzung« genießen, die der Minister für seine Schießprügel fordert? Das können allein jene erklären, die es für seliger halten, Leben zu nehmen statt zu geben.

### Große Zeit, neue Zeit

Die Halluzination, Soldaten seien »unsichtbar« im Alltag, haben die Kriegstreiber der Republik exklusiv, solche magischen Fähigkeiten verleiht eine Tarnfleckuniform nicht mal im Felde. Wenn sich aber erst einmal riesige Marschkolonnen durch die Straßen wälzen, kann wirklich niemand mehr die Bundeswehr übersehen, und dann werden auch die allerletzten Defätisten das Schandmaul halten, vorsichtshalber. Spahn jedenfalls war schon am 15. Juni seine Phantasienummer vom Tag zuvor zu niedrig, und er erhöhte flugs auf 80.000 Leichensackkandidaten, die



Sport als Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln: Die Football-Mannschaft Frankfurt Galaxy lud zum Eröffnungsspiel der neuen Saison die Bundeswehr ein, um mit den Spielern und dem Publikum einen »Salute the Troops Day« zu begehen. Den Spielball brachte mit vorgehaltenem Sturmgewehr eine Infanteristin ins Stadion – Kollateralschäden konnten vermieden werden. Frankfurt am Main, 1. Juni 2025



zur Kriegskompetenz nötig seien. Macht er in dieser Schlagzahl weiter, wird Spahn am 3. August bei einem Wunschkontingent von einer Million angekommen sein. Und diese Heerscharen braucht es schon, um eine tüchtige Großmacht zu werden, wie sie Bundeskanzler Merz (CDU) erträumt. In seiner Regierungserklärung am 14. Mai versprach er, so viel Schotter in die Bundeswehr zu stopfen, dass sie »konventionell zur stärksten Armee Europas« werde. Stärke nämlich, so die Schulhofschlägerweisheit des Kanzlers, schrecke Aggression ab. Und was soll schon schiefgehen, wenn deutsche Generäle »alle finanziellen Mittel« erhalten, um ihren Weg zum Ruhm zu beschreiten?

## Großer Zapfenstreich

Für die Begleitmusik zur Militarisierung möchten jetzt alle sorgen, und mittlerweile überbieten pseudolinke die echt rechten Journalisten in Lärm und Geräusch. Besonders schrille Töne waren jüngst von Stefanie Lohaus zu vernehmen, Mitgründerin und -herausgeberin des »Missy Magazine«. Für den »Spiegel« verfasste sie einen Gesinnungsaufsatz, der sich wie ein Bewerbungsschreiben für die Pressestelle des Bendlerblocks liest. Nach schier endlosem Geseier über die pazifistische Tradition des Feminismus wischt Lohaus alles beiseite, was klügere Frauen als sie schon hundert Jahre vor der Zeitenwende wussten.

Es sei bloß ein »Klischee«, dass es beim Militär »um Drill und Hierarchien« geht und die Truppe »für Gewalt« steht. Was bei der Bundeswehr eventuell doch im Argen liege, könne mit einer Wehrpflicht für Frauen flugs beseitigt und simultan auch das deutsche Patriarchat in die Knie gezwungen werden. Eine »inklusive Wehrpflicht«, schwadroniert Lohaus, würde nämlich »helfen, Geschlechterklischees abzubauen und die Rolle von Frauen zu stärken«. Außerdem sei es »emanzipatorisch«, den Gleichschritt zu üben: »Frauen und queere Menschen könnten positive Erfahrungen sammeln, die bisher eher männlich konnotiert waren: körperliche Selbstwirksamkeit, Selbstverteidigung, strategisches Denken, Teamfähigkeit unter Extremsituationen.« Es sei deshalb »paternalistisch«, ihnen den Dienst fürs Vaterland zu verwehren.

Lohaus, die zu ihrem Glück nie kaserniert, nie von Vorgesetzten bis aufs Blut schikaniert, nie zum uniformen Menschenmaterial reduziert wurde, hat tatsächlich von nichts eine Ahnung außer vom Rumtuten und Sichaufblasen: Frauen und Queere können seit 24 Jahren eine Laufbahn im Schützen-, pardon, Schütz\*innengraben einschlagen; 13 Prozent aller aktiven Bundeswehrsoldaten werden in der Stammrolle weiblich gelesen. Dass der *Zwang* zum Töten und Getötetwerden für Frauen *emanzipativ* wäre, kann

nur behaupten, wer auch dies für einen Gedanken hält: »(Eine Wehrpflicht für Frauen) macht deutlich, dass Gleichstellung nicht nur ein Privileg ist, sondern auch eine Verpflichtung.« Anders ausgedrückt: Die zivilisatorische Selbstverständlichkeit soll nur noch Frauen mit Gewehr gewährt werden.

## Die schwarzen Jäger

Während die Edelfedern respektive »Pressbanditen« (Karl Kraus) darum wetteifern, wer den beklopptesten *Take* zur Aufrüstung Deutschlands raushaut, tut die Bundeswehr wie gewohnt Bundeswehrringe. Das Internetportal »German-foreign-policy.com« berichtet, dass ein Teil der Panzerbrigade »Litauen«, deren Aufstellungsappell der Kanzler und sein Kriegsminister am 22. Mai mit einigem Pomp begingen, in Nemenčinė stationiert werden soll. Dort trieben im Herbst 1941 Deutsche und Litauer die jüdischen Einwohner zusammen, raubten sie aus und erschossen 500 von ihnen, darunter 112 Kinder, in einem Wald nahe der Ortschaft. Nur etwa 100 Menschen gelang die Flucht.

»Von offiziellen deutschen Stellen«, notiert »German-foreign-policy.com«, »hört man bezüglich der NS-Verbrechen in Litauen vor allem lautes Schweigen.« Sollten Bundeswehrsoldaten der Opfer des Massakers in Nemenčinė gedacht haben, muss dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschehen sein. Andere Daten der deutschen Geschichte bedeuten dem Landser nun einmal viel mehr: 2017 zum Beispiel feierten Bundeswehrmilitärs in einer litauischen Kaserne den Geburtstag Adolf Hitlers.

## Frei weg!

Überhaupt keinen Grund zum Feiern sieht Hubertus Knabe, der frühere Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, im Ende des bislang letzten deutschen Vernichtungskriegs. Am 7. Mai teilte er via X mit: »Berlins Regierungschef Kai Wegner von der CDU dankt im Roten Rathaus den Soldaten der Roten Armee für die ‚Befreiung‘. In Wirklichkeit waren sie verantwortlich für massenhafte Vergewaltigungen, Erschießungen und die Errichtung einer neuen Diktatur.« Die sowjetische Armee habe bloß die Wehrmacht besiegt, »Befreiung war weder beabsichtigt noch erfolgt«. Zweifellos stecken derart viel Ressentiment, Revisionismus und Russenhass in Knabes eiserner Brust, dass er diese bösartige Geschichtsverfälschung auch einem der wenigen Zwangsarbeiter ins Gesicht speien würde, die den Rotarmisten die Rettung aus der Nazi-Sklaverei verdanken (siehe Seite 60). Trotzdem ist der Historiker Knabe weiterhin Mitglied des Beirats für Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nein, falsch – genau deswegen.

Kay Sokolowsky

## TOTSCHLAGZEILEN

Bundeswehr setzt auf neue Super-Rakete gegen Putins Wunderwaffe.

»Merkur.de«, 18. Mai 2025

Früher Kriegsdienstverweigerer, jetzt Soldat: Ich lerne zu schießen, weil unsere Freiheit gefährdet ist.

»Tagesspiegel«, 18. Mai 2025

»Wenn die Russen kommen, wird niemand verschont.«

»FAZ«, 22. Mai 2025

Deutschlands Polizei muss jetzt vom Ukraine-Krieg lernen: »Wer holt eine Drohne runter?«

»Frankfurter Rundschau«, 22. Mai 2025

Merz in Litauen: »Werden die Ostflanke gegen jede Aggression verteidigen.«

»Tagesschau«, 22. Mai 2025

»Bild« an der Achillesferse der Nato – dem Suwalki-Korridor: Wenn Putin uns angreift, dann hier.

»Bildzeitung«, 25. Mai 2025

Was, wenn Russland angreift?

Bundeswehr probt erneut Ernstfall – mit in Hamburg.

»Hamburger Morgenpost«, 27. Mai 2025

Wenn Demokratie angegriffen wird: Ex-Zivis melden sich zum Bund.

N-TV, 30. Mai 2025

»Kriegstüchtigkeit beginnt nicht bei der Bundeswehr – sondern bei uns allen.«

»Welt«, 30. Mai 2025

Armee im Vorbereitungsmodus.

So rüstet sich die Bundeswehr für den Kriegsfall.

»Spiegel«, 31. Mai 2025

Sanktionen gegen Russland: Putin muss den Kartoffelnotstand ausrufen.

»Spiegel«, 31. Mai 2025

Verteidigung: Warum Europa jetzt eine eigene Armee braucht.

»Welt«, 3. Juni 2025

Putin sauer: Jetzt zeigt die Nato ihre Muskeln.

»Bildzeitung«, 5. Juni 2025

Ohne Mampf kein Kampf.

Wie will die Bundesregierung Freiwillige zur Bundeswehr locken? Mit gutem Essen.

»Die Zeit«, 7. Juni 2025

»Haben dafür Belege«: BND-Chef warnt! Russland plant Angriff auf die Nato.

»Bildzeitung«, 10. Juni 2025



# »No Jews, no News«

## Interview mit dem Chefredakteur der »Jüdischen Allgemeinen«, Philipp Peyman Engel, zur Berichterstattung der deutschen Medien über den Nahost-Konflikt



**K**onkret: Was hat sich für Juden in Deutschland seit dem 7. Oktober geändert?

**Philipp Peyman Engel:** Die Terrorattacken der Hamas auf Israel haben alles verändert. Der 7. Oktober ist eine Zäsur. Es gibt kein Zurück mehr hinter dieses Datum. An diesem Tag wurden 1.200 Juden ermordet. Wenn man das hochrechnet auf die Bevölkerung Deutschlands, wären das rund 12.000 Bundesbürger, die bei einer Terrorattacke ermordet worden wären. Der Tag war aber nicht nur eine Zäsur für Israel, sondern auch für die jüdische Diaspora weltweit. Es war ein Anschlag mit dem Ziel, Israel auszulöschen und möglichst viele Israelis zu ermorden. Das gehört auch zur Agenda der Hamas, weltweit jeden Juden zu ermorden. Das hat sich in den Wochen nach dem 7. Oktober während der »Tage des Zorns«, die die Hamas ausgerufen hatte, einmal mehr gezeigt. Da blieben die jüdischen Kitas und Schulen

in Deutschland leer, weil die Leute Angst hatten, ihre Kinder dort hinzuschicken.

Auch mein privates und mein Leben als Chefredakteur und Journalist ist ein ganz anderes geworden. Ja, es ist eine Zäsur, es ist ein Ausnahmezustand, und der Ausnahmezustand hält bis heute an.

**Was hat sich seitdem politisch getan?**

Anfänglich gab es Solidaritätsbekundungen in Deutschland, es wurde beteuert, wir verurteilen die Attacken auf die Hamas und stehen an Israels Seite. Aber ab dem Moment, in dem Israel den Terror der Hamas bekämpft hat, um seine Grenzen zu schützen, um die Geiseln freizubekommen und um seine territoriale Souveränität zu schützen, begann der Prozess der Isolierung Israels auf politischer Ebene, und ab dem Moment hieß es fast unisono nur noch: Höre Israel! Es wird Kritik an Israel geübt, mal mit guten, mal mit weniger guten Gründen. Das ist völlig legitim und notwendig. Was ein Skandal ist: Die Hamas kommt als handelndes Subjekt gar nicht mehr vor im Diskurs. Es wird ausschließlich Israel kritisiert. Damit spielen wir das Spiel der Hamas und anderer Terroristen in Gaza, wir handeln nach dem Drehbuch der Hamas, ob wir wollen oder nicht. Der Westen und Deutschland im besonderen müsste politischen Druck ausüben auf die Hamas, auf den Iran, auf Katar, auf die Türkei, um zu bewirken, dass die Hamas endlich die Geiseln freilässt und die Waffen niederlegt. Dann wären der Krieg und das Leid sofort vorbei.

**Warum kommt die Hamas in der Berichterstattung nicht vor?**

Dieses Phänomen hat mich schon vor dem 7. Oktober 2023 beschäftigt, und meine Antwort war bis dahin immer, dass dabei verschiedene Faktoren im Spiel sind: manch-

mal die Unwissenheit der betreffenden Redakteure und Redakteurinnen, manchmal handfeste Überzeugung, manchmal der Zeitdruck und der Spazwang der Redaktion, manchmal kommt auch alles zusammen. Nach dem 7. Oktober sehe ich das mittlerweile anders. Wir sind Journalisten. Unsere Aufgabe ist es zu schreiben, was ist. Und natürlich müssen wir das Leid in Gaza abbilden, aber eben alle anderen Aspekte und Faktoren auch. Es muss beispielsweise erwähnt werden, dass alle Bilder aus Gaza von der Hamas gestellt werden. Dass alle Zahlen, die im Umlauf sind, von der Hamas stammen. Aber die werden oft völlig unkritisch oder bereitwillig übernommen, weil sie zum eigenen »israelkritischen« Narrativ passen. Da sehe ich ein großes journalistisches Versagen.

**Aber ist »Versagen« in diesem Zusammenhang nicht ein sehr schwaches Wort? Steht dahinter nicht eine politische Agenda?**

Wie gesagt, das ist nicht nur Schludrigkeit oder Inkompetenz, dahinter steckt Überzeugung. Man muss nur auf »Spiegel.de« oder »Süddeutsche.de« gehen. Da findet seit über einem Jahr nichts als die Diffamierung und Isolierung Israels statt. Dass sich Israel in einem existentiellen Kampf befindet an sieben Fronten, wird nicht erwähnt, auch nicht, dass es sich gegen den Terror der Hamas wehren und alles unternehmen muss, um die Geiseln freizubekommen, und dass es dafür sorgen muss, dass die Hamas nicht mehr die Kontrolle über den Gazastreifen hat. Israel kann es sich nicht leisten, mit Terroristen Tür an Tür zu wohnen, die den Staat Israel auslöschen wollen. Offenkundig dringt das nicht bis in deutsche Redaktionsstuben durch.

**Das kann nicht durchdringen, wenn die Hamas in der Berichterstattung nicht vorkommt, sondern ausschließlich das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung.**

Zumal fast nie erwähnt wird, was die israelische Regierung alles unternimmt, um Zivilisten zu schützen, und was die Hamas zugleich tut, um den Blutzoll der eigenen Bevölkerung in die Höhe zu treiben, damit der Krieg der Bilder gegen Israel gewonnen wird. Statt dessen wird der Vorwurf des Völkermords, des Genozids erhoben, der an die alte antisemitische Brunnenvergiftungs-Legende anknüpft. Das ist nicht Schlampelei, sondern politische Überzeugung. Israel ist der Jude unter den Staaten. Israel wird behandelt wie kein anderer Staat: Es wird dämonisiert, delegitimiert und nach einem doppelten Standard beurteilt. Es gibt ja diesen Spruch: no Jews, no news. Er ist zutreffend. Fast keiner redet über den Sudan oder über Jemen. Wenn Israel nicht beteiligt ist, ist es anscheinend keine Meldung wert.

**Welche Rolle spielen Menschenrechts- und Hilfsorganisationen bei der Meinungsbildung über Israel?**

Es gibt kein Land der Welt, das so häufig von den Vereinten Nationen und von de-



ren verschiedenen Gremien verurteilt wurde wie Israel. Und das verwundert auch nicht. Denn wenn wir uns die genaue Zusammensetzung der Vereinten Nationen anschauen, dann sind dort nicht Nationen in der Überzahl, die sich die Demokratie auf die Fahnen geschrieben haben. Das Gegenteil ist der Fall. Staaten wie die Bundesrepublik, Kanada oder Schweden sind dort in der absoluten Unter-

In der Bevölkerung erleben wir seit dem 7. Oktober, dass der Hass auf Israel unverhohlener ausgelebt wird als je zuvor. Und mittlerweile klingt auch ein Unionspolitiker wie Außenminister Johann Wadephul zumindest streckenweise wie eine Mischung aus Björn Höcke (»Schluss mit dem Schuldult!«) und linken Spinnern, die vor dem Auswärtigen Amt »Free Palestine

gegen die Hamas sei nicht gerechtfertigt. Zehn Prozent sind unentschieden, zehn Prozent sagen, der Krieg sei verhältnismäßig und notwendig. Heute gibt es fast kein größeres Tabu in der politischen Debatte, als zu sagen, Israels Krieg gegen die Hamas ist verhältnismäßig und gerechtfertigt und notwendig. Und das wissen natürlich auch Spitzenpolitiker wie Herr Wadephul.



Deutsche Staatsräson: Anti-Israel- und Pro-Palästina-Demonstration in Berlin, 11. Juni 2025

zahl. Das führt zu der skurrilen Situation, dass Länder wie der Iran, wo Homosexuelle gesteinigt werden, den Vorsitz im Kommissariat für Menschenrechte innehaben. Der Hass auf Israel gehört zur DNA der Vereinten Nationen und seiner verschiedenen Organe. Das trägt zur Isolierung Israels bei und führt dazu, dass viele Menschen in ihrem Antisemitismus bestätigt werden etwa mit der Information, Israel hungere die palästinensische Zivilbevölkerung aus. Dabei ist das Gegenteil der Fall. In den letzten Wochen hat Israel 27 Millionen Mahlzeiten an die Zivilbevölkerung in Gaza geliefert. Gaza ist nicht der »hungrigste Ort der Welt« (UN). Das ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass es zivile Opfer gibt im Gazastreifen. Es muss doch möglich sein, solidarisch zu sein mit den Zivilisten in Gaza und mit Israel. Zugleich muss doch betont werden, dass der Krieg in Gaza ein asymmetrischer Krieg ist. Wenn wir uns das Verhältnis anschauen von getöteten Terroristen und getöteten Zivilisten, dann ist das eine im Vergleich mit ähnlichen Kriegen niedrige Quote. Wenn Israel tatsächlich so rücksichtslos vorgehen würde, hätte es nicht über 700 tote Soldaten zu beklagen.

**Hat sich das politische Klima in Deutschland seit dem 7. Oktober verändert?**

from german guilt« skandieren. Herr Wadephul hat gesagt, es dürfe keine Zwangssolidarität geben. Da macht sich die einseitige und dämonisierende Berichterstattung auch im politischen Betrieb bemerkbar. Und ja, dieses eine Mal in meinem Leben sei ein Lob der CSU erlaubt, die die CDU vor dem größten außenpolitischen Schaden der vergangenen Jahrzehnte bewahrt hat, indem Markus Söder und seine Kollegen und Kolleginnen gesagt haben, wir verschern hier jetzt nicht das außenpolitische Silber der Union auf dem Altar der Meinungsumfragen.

Und zum Begriff Staatsräson. Herr Wadephul hat gesagt, Staatsräson könne nicht bedeuten, dass wir nicht Kritik üben an der israelischen Regierung. Das ist banal. Das bestreitet doch keiner. Staatsräson heißt einzustehen für die Sicherheit Israels. Staatsräson meint nicht, im »Würgegriff Jerusalems« zu sein, wie es vielleicht Jakob Augstein sagen würde. Das ist ja schon selbst eine antisemitische rhetorische Figur. Es gibt kein anderes Land, das in Deutschland so oft und so hart kritisiert wird wie Israel. Zu sagen, man dürfe aufgrund der Staatsräson Israel nicht kritisieren, ist absurd.

Achtzig Prozent der Deutschen, das sind stabile Umfragen, sagen, der Krieg Israels

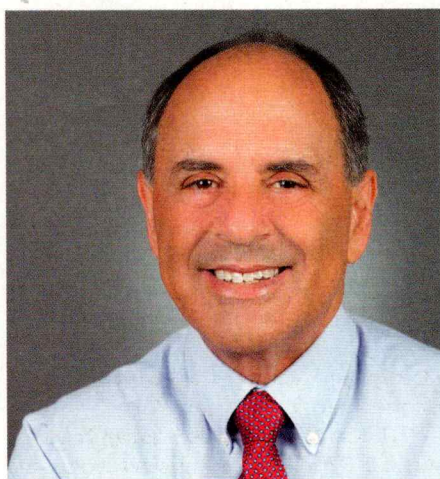
*Seit Beginn des Krieges gab es den Wunsch, Israel des Genozids und der »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« (»FAZ« vom 21. Mai) zu überführen. In der »FAZ« steht nun in einem Artikel über die Operation »Gideons Streitwagen«, deren Ziel unter anderem ist, »die Bevölkerung zu konzentrieren und in Bewegung zu versetzen« (IDF): »Man nehme sich einen Moment Zeit zum Innehalten und lasse sich die Worte auf der Zunge zergehen. »Die Bevölkerung zu konzentrieren«: Es scheint, dass jemand in der Wortwäscherei der israelischen Armee nicht zur Arbeit erschienen ist.« Verrät sich der deutsche Journalist nicht selbst, wenn er sich diese Wendung auf der Zunge zergehen lässt? So als würde er es genießen, dass Israel das eigene Vorgehen mit diesem Wort beschreibt?*

Es gibt diesen sehr klugen Ausspruch des israelischen Psychoanalytikers Zvi Rex: »Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.« Wenn man sich die Sätze in der »FAZ« anschaut, kann man zu dem Schluss kommen, dass Zvi Rex damit nicht ganz unrecht hat. Der Wunsch ist, dass die Opfer unserer Vorfahren auch nicht besser sind als wir. Endlich. Das ist das entlastende Moment, das wünschen sich nicht wenige Deutsche, und das ist schändlich.



# »Verantwortlich ist die Hamas«

## Interview mit dem ehemaligen stellvertretenden Sicherheitsberater der israelischen Regierung, Chuck Freilich



**K**onkret: In einem Gespräch, das wir vor ein paar Monaten geführt haben, sagten Sie, dass Israel in diesem Krieg viel erreicht habe. Sehen Sie das immer noch so?

**Chuck Freilich:** Es passieren gerade zwei oder drei Dinge gleichzeitig: 1. Die Sicherheitslage ist immer noch sehr gut. Die Hamas wurde nicht zerstört, aber als kohärente militärische Organisation besiegt. Die Hisbollah liegt am Boden, der Iran wurde hart getroffen und mit ihm die sogenannte Achse des Widerstands. In Syrien finden sehr interessante Entwicklungen statt, dasselbe gilt für den Libanon. 2. Die Hamas wurde nicht zerstört. Weil sie aber zerstört werden sollte, gibt es die aktuelle Militäroperation in Gaza. Zu diesem Zeitpunkt ist es fair zu sagen, dass zu viele Zivilisten getötet werden. Verantwortlich dafür ist am Ende die Hamas, die zu allem nein sagt. Sie ist die völkermörderische Organisation, die Israel vernichten will. Und 3. steht mittlerweile außer Zweifel, dass der israelische Premierminister diesen Krieg aus seinen eigenen politischen Motiven fortsetzt. Dies ist ein zynisches Vorgehen, das das Leben israelischer Soldaten riskiert, ganz zu schweigen von dem der palästin-

sischen Zivilisten. Zur strategischen Situation muss ich ergänzen, dass Israel international weitgehend isoliert ist. Sogar die Trump-Regierung, die uns offiziell immer noch unterstützt, will eigentlich, dass Israel den Krieg beendet.

**Wie sehen die Beziehungen zu den USA aus?**

Trump ist nicht an den Bedürfnissen anderer interessiert. Selbst die Nato ist anscheinend nicht so wichtig, ebenso wenig Verbündete im allgemeinen. Sein Vorgehen ist legitim. Die USA haben ein Interesse an einem Atom-Deal mit dem Iran, und sie wollen ein Ende des Krieges in Gaza, weil das die Normalisierung des Verhältnisses zu Saudi-Arabien erleichtern wird. Selbst der Deal mit den Huthis – der plötzliche, einseitige Rückzug – könnte aus amerikanischer Sicht sinnvoll sein. Die USA haben immer die Überwachung der internationalen Gemeingüter, der Freiheit der Wasserstraßen und der Flugfreiheit übernommen. Diese Rolle hat Trump aufgegeben. Und das ist sicherlich ein Problem für Israel.

Vermutlich ist Trump Israel noch immer verpflichtet: Es gab das US-Veto im Sicherheitsrat gegen die Gaza-Resolution, und die amerikanischen Waffenlieferungen gehen weiter. Die Kritik an Israel, die wir unter der Regierung Biden hatten, die aus israelischer Sicht eine außerordentlich freundliche Regierung war, wurde eingestellt. Die USA versuchen immer noch, auf einen Waffenstillstand in Gaza zu drängen. Aber die Hamas stellt Bedingungen, die selbst die USA nicht akzeptieren, geschweige denn Israel.

**Welche Ziele verfolgt die israelische Regierung?**

Insgesamt hat Netanjahu die Kontrolle über seine Koalition. Allerdings hindern Ben-Gvir und Smotrich ihn daran, Kompromisse in bezug auf Gaza einzugehen. Und im Westjordanland nehmen die Siedler das Gesetz in die eigenen Hände und vergehen sich an unschuldigen Palästinensern. Wie gesagt,

der Horror im Moment ist, dass wir einen Premierminister haben, der diesen Krieg aus persönlichen Motiven verewigen will.

**Ist die aktuelle Militäroperation sinnvoll und legitim?**

Man muss die Hamas zerstören. Die Frage ist, ob wir jetzt etwas erreichen können, das wir in den letzten anderthalb Jahren nicht erreicht haben. Ich bin skeptisch. Und wenn ja, so wird es ein Ausmaß an Opfern im Gaza-Streifen fordern, das die internationale Gemeinschaft nicht tolerieren wird. Dabei gibt es legitime Ziele: Wenn wir die Hamas weiter schwächen können, ist das gut, denn als Israel sich aus dem größten Teil des Gaza-Streifens zurückgezogen hat, hat die Hamas bereits begonnen, den größten Teil dieses Territoriums zu verwalten. In zwei, drei, vier Jahren werden wir vielleicht nicht ganz dort sein, wo wir am 7. Oktober waren, aber in einer inakzeptablen Situation.

Wichtig wäre, dass es uns gelingt, ein alternatives Leitungsgremium in Gaza einzusetzen, das auch Lebensmittel verteilt. Vielleicht gelingt es mit der Gaza Humanitarian Foundation. Es gab sicherlich große Startprobleme. Aber vielleicht klappt es.

Und wir brauchen eine Art international akzeptierte alternative Regierung, die die Kontrolle in Gaza übernimmt. Das würde die politische Kontrolle der Hamas noch mehr schwächen. Die Hamas wird nicht verschwinden, sie wird immer noch da sein, aber nicht als die führende Kraft. Erst wenn die Hamas politisch und militärisch geschwächt ist, und wenn wir die Geiseln zurückbekommen, hat Israel den Krieg gewonnen.

**Wer könnte die politische Kontrolle über Gaza übernehmen?**

Es gibt keine andere Option als die Palästinensische Autonomiebehörde, die international und vor allem von arabischer Seite unterstützt wird. Die PA ist im Westjordanland eine korrupte, ineffektive Regierung, also wird sie es wahrscheinlich auch in Gaza sein. Aber wenn sie international und von den arabischen Staaten unterstützt wird, kann Israel vielleicht teilweise aus Gaza abziehen. Israel wird dort jahrelang militärisch festsitzen, weil niemand sonst kommen will. Das ist keine Friedens-, sondern eine Kriegsmission. Wer wird freiwillig seine Truppen in Gefahr bringen?

**Warum intensiviert Israel seine Operationen im Westjordanland?**

Was die IDF im Westjordanland tut, ist legitim. Die Hamas und andere terroristische Zellen dort müssen bekämpft werden. Es stellt sich heraus, dass es Tunnel und Waffen auch im Westjordanland gibt.

Was die sogenannte Hilltop Youth im Westjordanland macht, ist dagegen völlig inakzeptabel, ebenso dass die Regierung diese Aktionen ermutigt und die Polizei wegschaut. Das liegt auch daran, dass Ben-Gvir als Minister für innere Sicherheit bestimmt,



welcher Polizist wo eingesetzt wird. Das verstößt gegen das Gesetz. Der Generalstaatsanwalt wollte ihn vor den Obersten Gerichtshof bringen, und in letzter Minute wurde ein Kompromiss erzielt, der Ben-Gvir ein Mitspracherecht bei der Vergabe sehr hoher Posten einräumt. Aber er ist nicht der Chef der Polizei, er sollte an so etwas überhaupt nicht beteiligt sein.

**Wenn man den deutschen Medien folgt, kann man den Eindruck gewinnen, Israel sei die einzige an diesem Krieg beteiligte Partei.**

Europa und die Welt sehen einen ganz anderen Krieg als die Menschen in Israel. Wir sehen, dass unsere Soldaten in Gefahr sind. Die Hamas ist zu großen, organisierten Terroraktionen nicht mehr in der Lage. Deshalb hat sie sich auf vereinzelte Guerillaangriffe verlegt. Die Terroristen springen aus einem der vielen Tunnel, schießen auf die israelischen Soldaten und verschwinden in Sekundenbruchteilen. Fast jeden Tag wird dabei ein Israeli getötet, und Israel ist außerordentlich sensibel für diese Opfer. Außerdem feuern die Huthis fast jeden Tag eine Rakete auf Israel. Und schließlich ist der 7. Oktober hier noch immer eine offene Wunde. Zwanzig Monate danach befassen sich die Nachrichten jeden Tag mit dem 7. Oktober. Und nicht nur die Nachrichten, alle möglichen Programme und politischen Magazine. Israel befindet sich in einem tiefen Trauma. Der Rest der Welt sieht nur, dass jeden Tag palästinensische Zivilisten getötet werden.

**Was sagen Sie zum Vorwurf der Unverhältnismäßigkeit?**

Für eine asymmetrische Kriegführung war die zivile Opferquote bis zum letzten Monat deutlich niedriger als bei ähnlichen Konfrontationen anderswo. Im letzten Monat ist die IDF anscheinend weniger umsichtig vorgegangen, oder ihre Bereitschaft, den Tod von Zivilisten in Kauf zu nehmen, ist größer geworden. Aber auch hier ist der internationale Diskurs völlig unangemessen. Im Krieg geht es darum, die andere Seite zu besiegen. Und Israel macht sich wie jede Armee mehr Sorgen um die eigenen als um die palästinensischen Opfer. Das Völkerrecht sagt nicht: Wenn die andere Seite einen von Ihnen getötet hat, dürfen Sie im Gegenzug einen oder zwei töten. Darum geht es bei der Verhältnismäßigkeit nicht. Das Völkerrecht sagt, dass die Antwort in einem angemessenen Verhältnis zu dem stehen muss, was der Militärkommandant vor Ort für notwendig hält, um die ihm gegebenen Ziele zu erreichen. Das heißt nicht, dass man ohne Rücksicht Zivilisten töten kann. Aber die internationalen Medien und die internationale politische Meinung tun so, als wäre Verhältnismäßigkeit gegeben, wenn die Opferzahlen beider Seiten sich ähneln, und das ist Quatsch.

**Wie sieht die humanitäre Lage in Gaza aus?**

Auch hier steht die internationale öffentliche Meinung heute geschlossen gegen Israel. Die »New York Times« lässt keinen Tag ohne eine schreckliche Geschichte über Israel verstreichen. Sie schickt Reporter in ein Gebiet, von dem sie sehr wenig wissen. Diese übernehmen die Informationen der Hamas unhinterfragt, weil sie mit der palästinensischen Seite sympathisieren, und es ist ihnen egal, ob sich die Aussagen danach als falsch erweisen – und das tun sie sehr oft.

Also buchstäblich innerhalb von ein, zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges sprachen alle von einer drohenden Hungersnot in Gaza. Sogar der amerikanische Staatssekretär Anthony Blinken warnte davor. Heute beklagt Trump, wie schlecht die Lage in Gaza ist. Die Medien berichten immer wieder über diese Geschichten. Ebenso die UN und andere humanitäre Organisationen, die alle sehr voreingenommen sind.

Die Situation in Gaza ist sicherlich nicht gut. Gibt es in Gaza eine Hungersnot? Im großen und ganzen: nein. Erst kürzlich sind einige Bewohner des Gaza-Streifens in UN-Lagerhäuser eingebrochen, und dort gab es jede Menge Lebensmittel. Aber Israel hat seit dem Waffenstillstand zu viele Kürzungen vorgenommen. Die Idee war, Druck auf die Hamas auszuüben. Das ist ein gutes Ziel, und es gehört zur Kriegführung, dem Feind Schmerzen zuzufügen, aber im heutigen internationalen Umfeld ist das schwer zu erreichen. Für Israel ist es besonders schwer, weil die Menschen es nicht tolerieren. Ich persönlich bin der Meinung und habe dies am ersten Tag des Krieges in einem Meinungsartikel geschrieben, dass wir so viel humanitäre Hilfe in den Gaza-Streifen hätten pumpen sollen, dass es dort totalen Überfluss gibt, auch damit die internationale Gemeinschaft nichts sagen kann. Aber die Regierung Netanjahu hat sich natürlich anders entschieden.

**Was hat diese Regierung für einen Plan für die Bewohner von Gaza?**

Man muss zwischen Ben-Gvir und Smotrich und einigen der wirklich rechtsgerichteten Mitglieder des Likud auf der einen und Netanjahu auf der anderen unterscheiden. Ich glaube nicht, dass er die Umsiedlung der Palästinenser aus dem Gaza-Streifen will. Er kann sie nicht vom Reden abhalten, es sei denn, er wäre bereit, die Koalition zu riskieren. Die Idee der Umsiedlung ist nicht realistisch. Wenn die Umsiedlung freiwillig stattfindet, ist sie eine gute Idee. Im Gaza-Streifen leben fast 2,5 Millionen Menschen. Die Bevölkerung verdoppelt sich ungefähr alle zwanzig Jahre. In zwanzig Jahren werden es also fünf Millionen sein, in vierzig Jahren zehn Millionen. Für so viele Menschen ist Gaza zu klein. Es gibt zwei mögliche Lösungen: Entweder man vergrößert den Gaza-Streifen, oder man verringert die Zahl seiner Bewohner. Es gibt Ideen für ein Friedensabkommen, das einen territorialen Tausch zwi-

schen Israel, Ägypten, dem Westjordanland und den Palästinensern vorsieht. Dadurch würde sich die Fläche des Gaza-Streifens verdoppeln oder sogar verdreifachen. Dieser Vorschlag wurde den Ägyptern vor über zwanzig Jahren unterbreitet, und sie sagten nein. Ich bin skeptisch, ob El-Sisi heute ja sagen könnte. Damals war es Mubarak. Die ganze Atmosphäre ist jetzt so schlecht. Wenn Israel vor dem Krieg oder sogar in den ersten Monaten des Krieges über eine Lösung gesprochen hätte, wäre sie vielleicht akzeptabel gewesen.

**Wie groß ist die Unterstützung der Israelis für ein Ende des Kriegs in Gaza?**

Es gibt dafür eine große Mehrheit, eine Zweidrittelmehrheit – einschließlich einer kleineren Mehrheit von Wählern des rechten Flügels, die bereit sind, den Krieg zu beenden, um die Geiseln zu befreien. Aber es ist nicht so, dass sie gegen die Ziele des Krieges sind, wenn sie erreicht werden können. Wenn es einen Premierminister oder einen Verteidigungsminister gäbe, der in der Öffentlichkeit glaubwürdiger wäre und sagen würde: Ja, wir glauben wirklich, dass wir jetzt viel mehr tun können als in der Vergangenheit, dann würden die Leute das sicher unterstützen. Auch die Linke. Das ist aber nicht der Fall. Aber die Befürworter eines Kriegsendes sind nicht Teil einer Antikriegsbewegung.

**Hat sich das politische Klima in Israel durch den Krieg verändert?**

Hat der Krieg die Positionen in Israel verhärtet? Natürlich. Das gesamte politische Spektrum ist nach rechts gerückt, auch die Linke. Heute glaubt, bis auf eine sehr kleine Minderheit, keiner mehr, dass eine Zweistaatenlösung machbar ist. Vielleicht würden viele Menschen sie im Prinzip gerne sehen. Aber in der Realität gibt es heute nur sehr wenig Unterstützung dafür. Die Israelis haben große Angst davor, dass das, was an der Grenze zum Gaza-Streifen passiert ist, auch an der Grenze zum Westjordanland passieren könnte.

**Wie kann dieser Krieg enden?**

Durch amerikanischen Druck. Vielleicht vorgezogene Wahlen. Netanjahu will wahrscheinlich nicht in die Wahlen gehen, während der Krieg noch andauert. Aber dann braucht er eine Rechtfertigung, um ihn fortzusetzen.

**Warum hat Israel den Iran jetzt attackiert?**

Zum einen, weil aktuelle Erkenntnisse zeigen, dass der Iran auf die Bombe zusteuerte. Zum anderen, weil die Angriffe Israels auf den Iran und die Achse des Widerstands im vergangenen Jahr den Iran verwundbarer denn je gemacht haben, so dass sich eine einmalige Gelegenheit bot. Die Atomgespräche waren zum Stillstand gekommen, und wie immer gab es eine stillschweigende Übereinkunft zwischen Israel und den USA. ●



**D**ie erste große Auslandsreise, die Donald Trump nach seiner Amtsübernahme am 20. Januar unternahm, führte ihn auf die Arabische Halbinsel: nach Saudi-Arabien und Qatar sowie in die Vereinigten Arabischen Emirate. Vier Tage war er unterwegs, vom 13. bis zum 17. Mai – mit gewohntem Pomp, großspurigen Ankündigungen und protzigen Gesten. An einigen seiner Termine nahmen Spitzenmanager führender US-Konzerne teil, um Milliardenengeschäfte anzubahnen, Vertreter etwa von Tech-Konzernen wie Google, Amazon und Palantir, die Bosse des KI-Unternehmens OpenAI und des KI-Chip-Herstellers Nvidia, die Chefs der Rüstungskonzerne Northrop Grumman und Boeing sowie der Finanzkonzerne Blackstone, BlackRock und Citigroup und viele mehr. Eine Reise der Superlative sollte es werden – so hatte Trump sie geplant. Heraus kamen tatsächlich fast beispiellose Geschäftsabschlüsse, vor allem aber die Grundzüge der neuen Nah- und Mittelostpolitik der Trump-Administration.

Will man Absicht und Ergebnis dieser Tour auf der Arabischen Halbinsel einordnen, lohnt es, zunächst einen Blick auf Wirtschaftsstatistiken zu werfen. Sie zeigen: Das alte Bild, wonach die Golfmonarchien und -emirate von den Vereinigten Staaten weitge-

ein Fünftel seiner Importe von ihr, doppelt so viel wie von den USA. Nur Qatar kauft noch mehr in den Vereinigten Staaten ein als in China.

Die Volksrepublik ist also, wenngleich sie beim Investitionsbestand auf der Arabischen Halbinsel noch zurückliegt, im tagesaktuellen Geschäft für die Golfstaaten inzwischen die Nummer eins. Sie hat in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf dem IT-Sektor Fortschritte gemacht. Die einschlägigen US-Konzerne – von Microsoft über Google bis zu Amazon – sind zwar auf der Arabischen Halbinsel selbstverständlich präsent, unterhalten etwa Datacenter vor allem in Saudi-Arabien und den Emiraten. Inzwischen haben sich aber auch Huawei und Alibaba am Persischen Golf festgesetzt und ebenfalls Datacenter errichtet sowie 5G-Technologie installiert. Huawei kooperiert mit dem saudischen Zweig des kuwaitischen Telekomkonzerns Zain unter anderem bei der Ausrüstung saudischer Regierungsstellen; Alibaba arbeitet eng mit dem saudischen Telekomkonzern STC zusammen. Erst im Februar kündigte Tencent an, mehr als 150 Millionen US-Dollar in das saudische Cloud-Geschäft zu investieren. Das Ziel von Trumps Mittelostreise sei es, zu verhindern, dass die Golfstaaten noch stärker »in der chinesischen Tech-Ökosphäre« landeten, erläut-

nigt, mit einem Gesamtwert von 142 Milliarden US-Dollar. Allerdings wurden nur wenige Details bekannt. Saudi-Arabien soll etwa Transporthubschrauber vom Typ C-130 Hercules erwerben, darüber hinaus nicht näher bezeichnete Raketen und Radarsysteme. Auch seien, so hieß es, US-Trainingsmaßnahmen für saudische Militärs geplant. Dass Riad die ersehnten Kampffjets F-35 erhalten könnte, galt als unwahrscheinlich. Selbst eine Lieferung älterer F-16-Jets, so hörte man, sei ungewiss. Ob der Rekordwert von 142 Milliarden US-Dollar wirklich erreicht würde? Zweifler wiesen darauf hin, dass von den Rüstungslieferungen im Wert von 110 Milliarden US-Dollar, die Trump Saudi-Arabien im Jahr 2017 in Aussicht gestellt hatte, lediglich ein Bruchteil realisiert wurde – Waffenexporte für 14,5 Milliarden.

Während unklar blieb, welche Rüstungsexporte tatsächlich zustande kommen würden, machten während Trumps Besuchs auf der Arabischen Halbinsel vor allem neue Lieferungen modernster KI-Halbleiter Schlagzeilen. Diese könnten tatsächlich deutlich folgenreicher sein als ein möglicher Verkauf des einen oder anderen Kampffjets. Denn Künstliche Intelligenz (KI) spielt auch in den Zukunftsplanungen mehrerer Staaten der Region eine bedeutende Rolle. Grundsätzlich sind die Golfstaaten – allen voran

# Ruhe am Golf!

**Während Donald Trump versucht, sich im Nahen Osten den Rücken für den Machtkampf gegen China freizuhalten, eskaliert der Konflikt zwischen dem Iran und Israel. Von Jörg Kronauer**

hend abhängig und daher ihre loyalsten Handlanger in der arabischen Welt seien, stimmt nicht mehr. Zwar ist richtig, dass die USA nach wie vor eine starke Militärpräsenz am Persischen Golf unterhalten – Qatar beherbergt auf seiner Air Base Al Udeid das vorgeschobene Hauptquartier des für Mittelost zuständigen Central Command, und das kleine Königreich Bahrain ist Standort eines bedeutenden US-Marinestützpunkts. Aber auf ökonomischer Ebene sieht es anders aus. Per Fracking haben sich die USA von arabischem Erdöl unabhängig gemacht; dessen Hauptabnehmer ist jetzt China. Auch ist die Volksrepublik zur bedeutendsten Lieferantin Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate geworden; Saudi-Arabien bezieht

terte am Tag vor der Abreise des Präsidenten Walter Russell Mead, ein in Washington bestens vernetzter Außenpolitikspezialist.

Und so standen nicht nur voluminöse Waffengeschäfte auf der Tagesordnung, als Trump am 13. Mai in Riad empfangen wurde – so bombastisch wie Ende 2022 Chinas Präsident Xi Jinping, mit militärischen Ehren und auf dem lavendelfarbenen Teppich, den der saudische Machthaber Muhammad bin Salman seit 2021 statt des üblichen roten Läufers nutzt, um die kulturelle Eigenständigkeit seines Landes zu betonen. Wilder Lavendel blüht im Frühjahr in der saudischen Wüste. Was die Waffengeschäfte betraf, prahlte Trump, man habe sich auf »den größten Rüstungsdeal der Geschichte« geei-

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – seit Jahren dabei, sich auf die Zeit nach dem Ende der Erdöl-Ära einzustellen. Sie bemühen sich, Industrie aufzubauen; zur Finanzierung ihrer Vorhaben nutzen sie ihre Hunderte Milliarden US-Dollar schweren, aus Öl- und Gaseinnahmen gespeisten Staatsfonds. Sie arbeiten längst am Einstieg in High-Tech-Branchen, und sie stellen die Weichen energiewirtschaftlich zumindest punktuell in Richtung erneuerbare Energien – Sonne und Wind haben sie schließlich mindestens genauso viel wie fossile Energieträger. Saudi-Arabien will zum Weltmarktführer bei grünem Wasserstoff werden, der erneuerbare Energien speichert und damit transportierbar macht.





**Will der Herr Prinz ein Tänzchen nun wagen, mag er's mir sagen, ich spiel ihm auf: US-Präsident Donald Trump mit dem saudischen Kronprinzen und Premierminister Muhammad bin Salman beim Saudi-US-Investment-Forum in Riad/Saudi-Arabien, Mai 2025**

Und dann ist da noch der Plan Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate, sich als bedeutende KI-Standorte zu etablieren. In der Branche ist heute etwa der Tech-Konzern G42 aus dem Emirat Abu Dhabi tätig. 2018 gegründet, hatte er nicht zuletzt mit Firmen aus China kooperiert – etwa mit Huawei –, hatte sich 2020 auch mit der chinesischen Sinopharm zusammengetan, um Covid-19-Impfstoffe zu produzieren. Ab 2023 intensivierte dann aber KI-Firmen aus den USA ihre Kooperation mit G42, und die US-Regierung begann sich dafür zu interessieren: Sie hatte realisiert, dass ihre Tech-Branche dringend in den Golfstaaten aktiv werden musste, wollte man den Durchmarsch der chinesischen Konkurrenz verhindern. Im April 2024 kündigte Microsoft an, 1,5 Milliarden US-Dollar in G42 investieren zu wollen – und das hatte seinen Preis: Das emiratische Unternehmen musste im Gegenzug zusagen, Bauteile von Huawei aus seinen Anlagen zu entfernen und sich auch sonst von chinesischer Technologie fernzuhalten. Dafür baute es seine Beziehungen zu KI-Unternehmen aus den USA wie etwa dem ChatGPT-Entwickler Open-AI und dem KI-Chip-Hersteller Nvidia systematisch aus.

Trump's Reise auf die Arabische Halbinsel hat in Sachen KI große Fortschritte gebracht. In Saudi-Arabien wurden neue Tech-Geschäfte in dreistelliger Milliardenhöhe vereinbart, etwa der Bau von Datencentern und KI-Anlagen durch die 2023 gegründete saudische Firma DataVolt sowie die US-Firma Supermicro. Das unmittelbar vor Trumps Besuch gegründete saudische KI-Unterneh-

men Humain erhielt die Zusage, Nvidia werde ihm 18.000 modernste KI-Chips verkaufen. In den Emiraten ging es um ein Projekt, dessen Umfang alles in den Schatten stellt: Gemeinsam mit US-Konzernen wie OpenAI und Oracle wird G42 in Abu Dhabi das größte KI-Datencenter außerhalb der Vereinigten Staaten errichten; dafür sollen mindestens Zehn-, wenn nicht gar Hunderttausende modernste Nvidia-KI-Chips geliefert werden. Von Anlagen, die insgesamt mehr als zehn Quadratkilometer umfassen sollen, ist die Rede. Für die US-Konzerne liegt der Vorteil auf der Hand: Energie, wie sie KI-Datencenter in riesigen Mengen verbrauchen, ist auf der Arabischen Halbinsel – anders als in den USA – ausreichend und kostengünstig vorhanden. Zudem können die Konzerne von dort aus bequem Afrika und Europa mit KI versorgen.

Trump handelte sich dafür, dass er die gigantischen Deals begleitete, allerdings auch Ärger ein. Propagiert er denn nicht vor allem den Kampf um die Reindustrialisierung der Vereinigten Staaten? Warum fördert er dann die Auslagerung ausgerechnet der wohl wichtigsten Zukunftstechnologie in ferne Länder? Noch dazu in solche, die parallel zu ihrer KI-Kooperation mit den USA ökonomisch auch mit China eng zusammenarbeiten? Saudi-Arabien etwa hat das gerade erst praktisch bestätigt. Noch vor kurzem galt es als ausgemacht, dass beim Aufbau der saudischen Wasserstoffbranche deutsche Konzerne, allen voran ThyssenKrupp Nucera, eine führende Rolle spielen sollten. Dann entschied sich Riad anders. Plötzlich hieß es, berichtete empört das »Handelsblatt«, die

Mehrheit der bis zu zehn Milliarden US-Dollar schweren Wasserstoffaufträge werde nicht in die Bundesrepublik, sondern an den chinesischen Konzern Longi vergeben, den weltgrößten Produzenten von Solarmodulen und einen bedeutenden Hersteller von Elektrolyseuren. Es stimmt: Longi produziert billiger. Dennoch – war die sich abzeichnende Entscheidung für Longi nicht auch ein Ausgleich dafür, dass Riad bei KI so eng mit den USA kooperiert, statt mit China? Einiges spricht dafür. Nebenbei: Die Vereinigten Arabischen Emirate bleiben trotz ihrer KI-Kooperation mit den USA natürlich Mitglied der BRICS und als solches enger Kooperationspartner auch der Volksrepublik.

Was treibt Trump dazu, mit seiner Unterstützung der Tech-Branche auf der Arabischen Halbinsel den Aufstieg der Golfstaaten zu bedeutenden KI-Mächten zu ermöglichen? Manche haben auf die engen geschäftlichen Verbindungen hingewiesen, die er und sein Familienclan privat in die Länder der Region unterhalten: nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate, nach Qatar. In allen drei Ländern wurden allein im vergangenen Jahr kostspielige Immobilienprojekte der Trump Organization gestartet, und das mit wohlwollender Begleitung durch die jeweiligen Behörden. In Doha wurde im April im Beisein nicht nur eines qatarischen Ministers, sondern auch des Präsidentensohns Eric Trump ein Trump-Luxusgolfresort eingeweiht. Und was soll man denken, wenn das qatarische Herrscherhaus dem US-Präsidenten, der sich über eine vorgeblich mangelhafte Air Force One be-



klagt, zum Ersatz eine als Prunkflugzeug ausgebaut Boeing 747 schenkt, die schlappe 400 Millionen US-Dollar wert sein soll? Nichts natürlich, tönte Trump: Besser, man bekommt so ein Flugzeug geschenkt, als dass man US-amerikanische Steuerzahler dafür blechen lassen müsste. Trump wolle es auch noch nach Ablauf seiner Amtszeit nutzen, hieß es. Um wenigstens offiziell noch die Form zu wahren, hieß es, Doha werde das Flugzeug formell nicht Trump persönlich, sondern dem Pentagon übertragen.

Die Verflechtungen reichen weiter. Da ist beispielsweise Affinity Partners, eine US-Investmentfirma, die im Jahr 2021 von Jared Kushner gegründet wurde, dem Schwiegersohn des Präsidenten. Rein zufällig haben Staatsfonds vom Golf sowie andere Anlagefirmen der dortigen Herrscherhäuser mehr als 3,5 Milliarden US-Dollar in das Finanzunternehmen investiert. Oder World Liberty Financial, eine im vergangenen Jahr gegründete Kryptofirma, in der die Präsidentsöhne Donald Jr. und Eric an führender Stelle im Management tätig sind, gemeinsam unter anderen mit Zach Witkoff, dem Sohn des Milliardärs Steve Witkoff, der Donald Trump als Sonderbeauftragter nicht nur im Ukraine-Krieg, sondern auch im Nahen und Mittleren Osten dient. Der emiratische Fonds MGX, der von Sheikh Tahnoun bin Zayed al Nahyan geleitet wird, einem führenden Angehörigen des Herrscherclans des Emirats Abu Dhabi, hat, um in die Krypto-Handelsplattform Binance zu investieren, ganz zufällig bei dem von Angehörigen der Familie Trump kontrollierten Kryptowährungsunternehmen World Liberty Financial für zwei Milliarden US-Dollar eingekauft. Da verschmelze »das nationale Interesse mit demjenigen des Präsidenten«, konstatierte David Schenker, ein ehemaliger für Mittelost zuständiger Spitzenbeamter des US-Außenministeriums; das sei bislang »beispiellos für die Vereinigten Staaten«.

Aber private Bereicherung reicht zur Erklärung des Vorgehens der Trump-Administration nicht aus. Der US-Präsident stand nicht nur, wie Walter Russell Mead erläuterte, unter starkem Druck, dem rasanten Vormarsch chinesischer Tech-Unternehmen auf der Arabischen Halbinsel etwas entgegenzusetzen. Trump verfolgt zudem das Ziel, im Nahen und Mittleren Osten für Ruhe zu sorgen, um sich ganz auf den Machtkampf mit China konzentrieren zu können. Die – technologisch an die USA gebundenen – arabischen Golfstaaten, die perspektivisch zu einer engen Zusammenarbeit mit Israel gebracht werden sollen, sind aktuell der Ort, von dem aus er den Nahen und Mittleren Osten zu ordnen sucht. Für ihre Innenpolitik gibt er ihnen dabei freie Hand, anders als sein Amtsvorgänger, der seine außenpolitischen Interventionen bekanntlich mit »Menschenrechten und Demokratie« legitimier-

te und dabei im Mittleren Osten unange-nehm in Zugzwang geriet. Er werde ihnen »keine Lektionen erteilen«, wie sie »zu leben« hätten, kündigte Trump in Riad an: Er wolle es sicher nicht so machen »wie die sogenannten *nation builder*, die weitaus mehr Nationen ruiniert als aufgebaut haben«. »Die Interventionisten«, konstatierte Trump durchaus zutreffend, »intervenierte in komplexe Gesellschaften, die sie nicht einmal verstanden.« Er aber, behauptete er, tue das nicht. Klar: Für ihn steht ja nicht der Mittlere Osten, sondern China auf dem Arbeitsprogramm.

Aber wer im Mittleren Osten Ruhe schaffen will, braucht eine Einigung mit dem Iran. Solange der Atomkonflikt andauert – erst recht, wenn er in einen weiteren Krieg mündet –, ist an einen Abzug der USA, die weiterhin maßgeblichen Einfluss in der Region behalten wollen, nicht zu denken. An einer Einigung mit dem Iran arbeitet Saudi-Arabien, dessen großer regionaler Rivale, schon seit Jahren. Einer der Hauptgründe: Wer eine moderne Industrie schaffen und milliardenschwere KI-Rechenzentren aus dem Wüstenboden stampfen will, wird das Risiko eines Krieges, dem die neuen, irrsin-

## Israel ist über Trumps Nahostpolitik nicht gerade begeistert

nig teuren Anlagen zum Opfer fallen könnten, möglichst minimieren wollen. Diesen Schluss zog jedenfalls der saudische Herrscherclan, als im September 2019 Drohnen, die von den mit dem Iran kooperierenden Huthi gesteuert wurden, wichtige saudische Erdölanlagen zerstörten und so auf einen Schlag die Ölproduktion des Landes halbierten. Seitdem ist Riad um Ausgleich mit Teheran bemüht, und es treibt ihn seit mehr als zwei Jahren mit chinesischer Unterstützung voran. Im März 2023 gelang es Beijing, eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten anzubahnen. Das Bemühen um Ausgleich hält – unter chinesischer Vermittlung – bis heute an.

In Reaktion darauf hatte Trump einen Kurswechsel gegenüber dem Iran vorgenommen und setzte nun, um den Konflikt zu beenden, auf ein Atomabkommen mit Teheran – fast identisch mit demjenigen, aus dem er 2018 noch empört ausgestiegen war. »Ich will einen Deal mit dem Iran«, verkündete er Mitte Mai – und fügte im Hinblick auf das verblüffte Publikum hinzu: »Ich habe nie daran geglaubt, dauerhafte Feinde zu haben.« Und so wurden Gespräche zwischen

Washington und Teheran aufgenommen; Anfang Juni meldete das Nachrichtenportal Axios, die Annäherung zwischen beiden Seiten sei weiter gediehen als öffentlich bekannt. Noch am 12. Juni erklärte Trump – Israel hatte die USA soeben über den bevorstehenden Angriff in Kenntnis gesetzt –, er setze weiterhin auf ein Abkommen mit dem Iran und wünsche keinen weiteren Krieg: »Ich will nicht, dass sie reingehen, denn das würde alles zunichte machen.« Premierminister Benjamin Netanjahu nahm darauf keine Rücksicht; er gab Befehl, den Iran zu bombardieren. Dass israelische Raketen gleich in der ersten Angriffswelle auch Ali Shamkhani töteten, sprach Bände: Shamkhani galt auf iranischer Seite als Kopf in den Atomverhandlungen mit den USA. Ned Price, einst Sprecher von Ex-Außenminister Antony Blinken, kommentierte trocken, Netanjahu habe Trump einen »riesigen Mittelfinger« gezeigt. Dem blieb nun freilich nur übrig, so zu tun, als fände er das alles »exzellent«: Eine Däpierung offen einzugestehen, war für ihn natürlich keine Option.

Ungewiss ist auch, ob ein anderer Deal auf Dauer hält – der, den die Trump-Administration mit den jemenitischen Huthi geschlossen hatte. Am 6. Mai trat ein Waffenstillstand zwischen den USA und den Huthi in Kraft, in dem sich beide Seiten dazu verpflichteten, sich gegenseitig nicht mehr anzugreifen. Das hieß: Die Huthi würden auf jeden Beschuss von US-Zielen verzichten – von US-Schiffen im Roten Meer zum Beispiel –, während die Vereinigten Staaten ihre Luftangriffe auf Ziele im Jemen einstellen. Bis Anfang Juni funktionierte die Abmachung. Das bedeutete freilich nicht, dass die Huthi Angriffe auf andere Ziele, insbesondere auf israelische, gestoppt hätten; Trumps Deal beinhaltete das nicht. Und so dauerten ihre Drohnen- und Raketenangriffe, wie auch im Gegenzug der israelische Beschuss jemenitischer Einrichtungen, an.

Dass die israelische Regierung darüber, gelinde gesagt, nicht glücklich ist, liegt auf der Hand. Das Gleiche galt für Trumps Absicht, einen Atomdeal mit dem Iran zu schließen; Netanjahu hatte häufig genug deutlich gemacht, dass er die Bombardierung der iranischen Atomanlagen vorziehe. Sah es zu Beginn von Trumps zweiter Amtszeit noch so aus, als seien der US-Präsident und Netanjahu politisch ein Herz und eine Seele, so wuchs nun der Unmut in Israel über die US-Regierung. Im April berichtete die »New York Times«, Netanjahu habe geplant, den Iran im Mai anzugreifen, sei aber von Trump zurückgepfiffen worden. Ende Mai bestätigte der US-Präsident, er habe den israelischen Premierminister wenige Tage zuvor angerufen und ihn gedrängt, alles zu unterlassen, was die US-Gespräche mit dem Iran torpedieren könnte. Dass Washington auf eigene Faust – und erfolgreich – Verhandlungen mit



der Hamas über die Freilassung der letzten Geisel mit US-Pass geführt hatte, wurde in Jerusalem ebenfalls verärgert registriert. Und was soll man zu einem engen Verbündeten sagen, der vier Tage lang den Mittleren Osten bereist, auf dem Hin- und dem Rückweg vielleicht sogar israelisches Territorium überfliegt, sich aber nicht einmal zu einem kleinen Abstecher in Tel Aviv herablässt?

In der israelischen Regierung ist die Begeisterung über die neue Nah- und Mittelostpolitik des Großen Deal makers also, sagen wir: begrenzt. Schon Anfang Juni hatte Axios mit Bezug auf US-Regierungsquellen, in Washington sei man besorgt, Netanjahu könne Trump Trump sein lassen und den Befehl zum Angriff auf den Iran auch ohne dessen Zustimmung geben. Dann stünde der US-Präsident in der Region vor einem gewaltigen Scherbenhaufen und hätte den Rücken für eine kalkulierte Eskalation des Machtkampfs mit China nicht frei. Vielleicht hatte er ja Netanjahus absehbaren Unmut dämpfen wollen, als er mehrfach bekräftigte, er habe gegen eine Deportation der Bevölkerung des Gazastreifens nichts einzuwenden und spiele mit dem Gedanken, dort anschließend Luxusressorts zu bauen: ein Zugeständnis an entsprechende Pläne der israelischen Regierung, vielleicht auch eine Gegenleistung für die israelische Zurückhaltung gegenüber dem Iran. Und gegenüber Syrien. Denn Trump bezog in seine Pläne, im Nahen und Mittleren Osten Ruhe zu schaffen, auch Syrien ein.

Das wurde klar, als er am Rande seines Besuchs in Riad mit Syriens Präsident Ahmed Al Sharaa zusammentraf, im Beisein des saudischen Kronprinzen und eigentlichen Machthabers im Land, Muhammad bin Salman, sowie – per Telefon – des türkischen Präsidenten Erdoğan. Trump erklärte grobspurig, er wolle Syrien, dem Land, dessen Bevölkerung über viele Jahre unter US-Sanktionen gelitten hatte, »eine Chance« geben und die Sanktionen aufheben. Neben der Türkei, die einen starken Einfluss auf Al Sharaa hat, dessen Jihadistenmiliz Hayat Tahrir al Sham (HTS) sie über viele Jahre tatkräftig unterstützte, ist auch Saudi-Arabien bemüht, sich eine einflussreiche Position in Damaskus zu verschaffen. Trump konnte das recht sein: Wenn es Riad – unter anderem durch milliardenschwere KI-Projekte strategisch an Washington gebunden – gelang, Damaskus zu beeinflussen, standen die Chancen vielleicht besser, die Lage im gesamten Nahen und Mittleren Osten zu deeskalieren. Nicht zuletzt erleichterte dies den Abzug zumindest eines Großteils der bislang noch in Syrien verbliebenen rund 2.000 US-Soldaten.

Trump hat seine Zusage, die Sanktionen aufzuheben, freilich nicht kostenlos gegeben. Eine Woche vor seinem Zusammentreffen mit Al Sharaa hatte das »Wall Street Journal«

(»WSJ«) berichtet, Jonathan Bass, Chef des Flüssiggasunternehmens Argent LNG und Trump-naher Aktivist, sei gerade von einer Reise nach Damaskus heimgekehrt. In der syrischen Hauptstadt habe er Al Sharaa angeboten, sich für die Aufhebung der Sanktionen einzusetzen. Seinerseits sei er dazu bereit, mit seinem Unternehmen und anderen westlichen Firmen die syrischen Energievorräte auszubeuten. Al Sharaa sei interessiert gewesen, berichtete Bass der Zeitung; man habe jetzt »eine Gelegenheit, die Russen, die Iraner und die Chinesen für immer aus dem Land zu drängen«. Das »WSJ« ließ sich prompt von einem Mitarbeiter des Außenministeriums in Damaskus bestätigen: »Das neue Freie Syrien möchte eine starke strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten aufbauen.« Kein Wunder, dass Trump bereit war, der syrischen Regierung alle möglichen Steine aus dem Weg zu räumen – dazu zählt auch die Zustimmung zu ihrem Bestreben, jihadistische Milizen, solange sie sich nicht IS nennen, in Syriens reguläre Streitkräfte zu integrieren. Anfang Juni erklärte Thomas Barrack, US-Botschafter in der Türkei und Sondergesandter für Syrien, Washington sei mit der Eingliederung von rund 3.500 nichtsyrischen Milizionären, vorwiegend Uiguren, in das Militär des Landes einverstanden. Dessen 84. Armee division wird also künftig vor allem aus uigurischen Jihadisten bestehen.

Alles in Butter also? Hält die schöne neue Ordnung, die Trump im Nahen und Mittleren Osten anvisiert? Es wäre erstaunlich. Kaum hatte Washington der Aufnahme auswärtiger Jihadisten in die syrischen Streitkräfte zugestimmt, flogen zwei Raketen aus Südsyrien über die Grenze nach Israel. Wer sie abgefeuert hatte, war unklar. Israel hat Teile Südsyriens jenseits der Golanhöhen besetzt und erweckt nicht den Anschein, abziehen zu wollen. Zudem greift es regelmäßig Ziele in Syrien an und lässt keinen Zweifel daran, dass es dem – angeblich? – ehemaligen Jihadisten Al Sharaa nicht traut. Im Mai schlug eine israelische Rakete demonstrativ nahe dem Präsidentenpalast in Damaskus ein. Dabei hatte die israelische Regierung noch im Dezember verkündet, ihre Streitkräfte hätten mit Angriffen auf Stellungen der Hisbollah in Syrien diese massiv geschwächt und damit aktiv zum Sturz von Baschar al-Assad beigetragen. Aber die Spannungen zwischen Israel und Syrien wie auch in Syrien selbst werden sich vorläufig kaum mildern, geschweige denn abbauen lassen. Israels Angriff auf den Iran aber hatte Trumps Ziel, im Nahen und Mittleren Osten Ruhe zu schaffen, um sich auf den Kampf mit China konzentrieren zu können, wohl ohnehin zunichte gemacht.

**Jörg Kronauer schrieb in konkret 6/25 über den Krieg im Sudan**

# antifa

Magazin für antifaschistische Politik und Kultur. Herausgegeben von der VVN-BdA

**Beiträge Juli/August 2025**

Spezial Organisationsfragen gegen Rechts  
Georg D. Falk AfD-Gutachten und Verbotsdebatte  
Dirk Schneider 90 Jahre 7. Komintern-Weltkongress  
André Wartmann Zur Situation der US-Universitäten  
Ulrich Schneider 80 Jahre Potsdamer Abkommen  
Janka Klage Die Sexbesessenheit der AfD  
Peps Gutsche Awareness: »Haltung zeigen«  
Bernd Hüttner Erinnern in Zukunft

u.v.m.

**Ich bestelle antifa:** 6 Ausgaben im Jahresabo  
SOLI ☐ € 42, NORMAL ☐ € 21, ERMÄSSIGT ☐ € 10,50. Verlängert sich um 1 Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

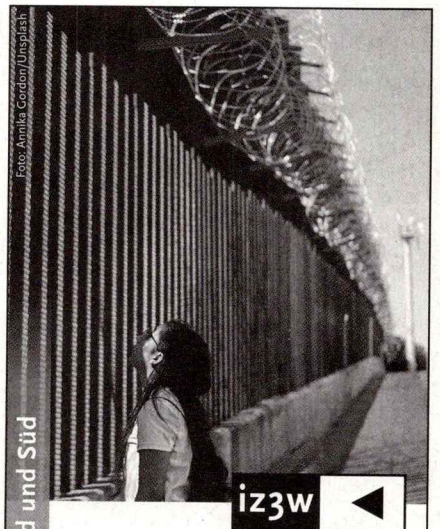
Name, Vorname

Straße, Nr., PLZ, Wohnort

Ort, Datum

Unterschrift

**Einsenden:** VVN-BdA e.V., Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin, oder online auf [antifa.vvn-bda.de](http://antifa.vvn-bda.de)



iz3w

**Vom Willkommenssommer zur Festung Deutschland?**

Außerdem:

30 Jahre Srebrenica |  
Rohingya in Sri Lanka |  
Proteste in der Türkei

52 Seiten, € 7,-

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)



# Biblischer Boden und historische Legitimität

## Letzter Teil einer dreiteiligen Serie zur Nationalisierung der Bewohner einer umstrittenen Region. Von Richard Schuberth

»Ich trage auf meinem linken Unterarm die Auschwitz-Nummer; die liest sich kürzer als der Pentateuch oder der Talmud und gibt doch gründlicher Auskunft. Sie ist auch verbindlicher als Grundformel jüdischer Existenz.«

Jean Améry

**D**avid Ben Gurion und mit ihm eine ganze Generation tatkräftiger, progressiver Zionisten liebten das Buch Josua, weil es die energische Landnahme des Gelobten Landes durch die aus Ägypten ausgezogenen Israeliten schilderte. Gegner des Zionismus könnten ihnen daraus einen Strick drehen, handelt es sich dabei doch um die emphatische Darstellung eines ruchlosen Genozids. In Kapitel 20 des Deuteronomiums gibt Gott den Israeliten ziemlich klare Instruktionen: »Aus den Städten dieser Völker jedoch, die der Herr, dein Gott, dir als Erbbesitz gibt, darfst du nichts, was Atem hat, am Leben lassen. Vielmehr sollst du die Hetiter und Amoriter, Kanaaniter und Perisiter, Hiwiter und Jebusiter der Vernichtung weihen, so wie es der Herr, dein Gott, dir zur Pflicht gemacht hat ...« Das klingt nach einem Gott mit mangelnder Affektkontrolle. Während der Übergabe der Zehn Gebote outhet er sich schließlich gegenüber Moses: »Denn ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifersüchtiger Gott: Bei denen, die mir feind sind, verfolge ich die Schuld der Väter an den Söhnen, an der dritten und vierten Generation« (Exodus 20, 1–21). Dieses therapeutische Gespräch scheint ihm gut getan zu haben, denn bei Hesekiel 33, 11 ist er wieder ganz lieb und sagt: »Ich habe keinen Gefallen am Tod des Gottlosen, sondern daran, dass der Gottlose umkehre von seinem Weg und lebe.«

Es darf Entwarnung gegeben werden. Die Ausrottung all dieser Völker ist nie passiert, zumindest weist kein archäologischer

Fund und keine der äußerst peniblen ägyptischen Chroniken darauf hin. Die Kinder Israels waren vermutlich selber Kanaaniter, die sich zunehmend dem Monotheismus zuwandten, und bevor dieser zur Modereligion wurde, musste er seine Verhaltensunsicherheit gegenüber den nach wie vor attraktiven polytheistischen Kulturen durch Vernichtungsphantasien kompensieren.

Vieles, was in der Bibel steht, ist nicht passiert. Man weiß nicht einmal, ob es die Könige Saul, David und Salomo gab, zumindest dürften die Städte ihrer Zeit, welche das Sandalenkino in antik-orientalischem Prunk rekonstruierte, nicht mehr als Lehm- und Steindörfer gleich solchen im Hohen Atlas gewesen sein und ihre so bombastisch kolportierten Kriege Lokalscharmützel mit vielen eingeschlagenen Zähnen und weitaus weniger eingeschlagenen Köpfen.

Auch muss jeder, der sich einigermaßen in der Geschichte des Imperium Romanum auskennt, an der konzertierten Exilierung einer ganzen Kulturgruppe eintausend Jahre später zweifeln. Mit der – Flavius Josephus zufolge unbeabsichtigten – Zerstörung des Tempels traf das Imperium den renitenten protonationalistischen Juden ins Herz, doch war die Emigration schon vorher in vollem Gang gewesen, und es blieben genug Juden im Land, um die demografische Kontinuität zu erhalten. Das Verhalten gegenüber den Juden Roms änderte sich von Kaiser zu Kaiser. Prinzipiell waren die Römer tolerant gegenüber fremden Religionen, sofern sie keine Exklusivitätsansprüche und den Kaiserkult nicht in Frage stellten. Das führte zu Konflikten mit dem jüdischen Monotheismus. Dennoch kam dieser bis zur Konstantinischen Wende besser weg als das Christentum. Im großen und ganzen erregten bloß die Massenkonzersionen Argwohn, den der Philosoph Celsus im zweiten Jahrhundert in

folgende Worte fasste: »Wenn nun hiernach die Juden treu an ihrem eigenen Gesetze festhalten, so sind sie deshalb nicht zu tadeln, weit mehr aber jene, die ihre eigenen Sitten und Gebräuche aufgeben und sich die der Juden aneignen.« Im Vergleich zu den verhassten Christen genossen diese – unterbrochen von temporären Repressionen – Sonderrechte: Man nahm sie von der Pflicht zum Kaiserkult aus, jüdische Sklaven waren zudem am Schabbat von der Arbeit, jüdische Soldaten vom Militärdienst befreit.

**I**srael gäbe es wohl nicht, wenn nicht die gesamte christliche Welt und damit auch die Unterstützer des Zionismus innerhalb der Großmächte, allen voran der britischen, auf die biblischen Legenden fixiert gewesen wären. Selbst Jerusalems Bürgermeister Yusuf Diya al-Din Pascha al-Khalidi schlug 1899 in diese Kerbe, als er in einem Brief an den französischen Oberrabbiner Zadoc Kahn einbekannte: »Wer denkt daran, den Juden das Recht auf Palästina zu bestreiten? Mein Gott, historisch gesehen ist es wohl ihr Land.« Ich kenne leider wenige Israelsolidarische, die dem Araber hierin widersprechen würden. Gerade bei Adepten der Kritischen Theorie, welche großartige Arbeit leisten, die Exzeptionalität von Antisemitismus (als eben nicht einem Rassismus wie jeder andere) und des Holocaust (als eben nicht eines Genozids wie jeder andere) gegen den Vorwurf der moralischen Hierarchisierung auf ein sachliches Fundament zu stellen, finden sich immer wieder (durch Philosemitismus vermittelte) exzeptionalistische Verzerrungen. Überall sonst brave Antikulturalisten, Religions- und Nationalismuskritiker, bekommen sie bei jüdischen Traditionen den Kuhblick und machen bei jüdischem Nationalismus nicht nur eine großzügige Ausnahme, sondern nicken auch das historische An-



recht auf vor 2.000 Jahren angeblich aufgegebenen Boden ab. Das sind mitunter dieselben Intellektuellen, die ethnoterritoriale Ansprüche mit einer Laufzeit von kaum 100 Jahren – zum Beispiel die Ungarns auf angeblich magyarisches Gebiet in den Nachbarländern – als das abtun, was sie sind: lächerlicher kontrafaktischer Chauvinismus.

Wer Israel verteidigen und seinen Ausnahmezustand akzeptieren will, tut dem Land nichts Gutes, wenn er dessen biblische Mythografie affirmiert, so sympathisch die Idee von der Rückkehr ins Gelobte Land auch sein mag. Die linken und Zentrums-Zionisten waren mit Rücksicht auf die einheimische arabische Bevölkerung, mit der sie lange den Ausgleich suchten, stets zurückhaltend bei Besitzansprüchen, welche die rechten Revisionisten lauthals verkündeten. Doch: die Bibel ist kein Grundbuch. Und: das auserwählte Volk ist nicht weniger konstruiert als jedes andere Volk auch.

**K**aum einer der Neuen Historiker wurde so heftig kritisiert wie Shlomo Sand für sein Buch *Die Erfindung des jüdischen Volkes*. Dabei nahm er als »israelischer Nestbeschmutzer« eine gemäßigte Mittelstellung zwischen Ilan Pappé und Benny Morris ein und hat mit seinen glänzend geschriebenen Büchern nichts getan, was nicht andere seriöse Wissenschaftler mit den nationalen Narrativen anderer Länder taten. Man kann seine Spekulationen über die Herkunft der Ostjuden von chasidischen Juden und auch andere Hypothesen mit guten Gründen verwerfen, doch bezeugten die heftigen Reaktionen, die sich wie üblich mit Aberkennung seiner Wissenschaftlichkeit rationalisierten, die emotionale Wunde, die er geschlagen hatte. Drei Modi der Abwehr werden in solchen Fällen mobilisiert: Vorwurf des akademischen Populismus, Hochspielen marginaler sachlicher Schnitzer und der Hinweis, der Autor würde nichts Neues erzählen, sondern bloß offene Türen einrennen. Das eben gab Sand bereits im Vorwort zu und beteuerte, nichts als längst bekannte Forschungsergebnisse koordiniert zu haben.

Ein zentraler Teil seines Buchs ruft den Umstand in Erinnerung, dass das Judentum die ersten tausend Jahre seines Bestehens sehr wohl eine Konversionsreligion war, keine mit aggressivem missionarischem Eifer zwar, aber auch keine, die sich dem schmeichehaften Interesse potentieller Konvertiten (vor allem Frauen) verschlossen hätte. Immerhin war die mosaische Religion eine Pionierin des Monotheismus, die in Zeiten der hellenistischen Globalisierung ein ver-

lockendes Multipackage aus Kult, Ethik und Heilslehre anbot. Die Frage, ob Judentum nur Konfession oder doch Volkstum bedeute, muss für jede Epoche neu gestellt werden, immer in Hinblick auf die zwingende definitorische Uneindeutigkeit von Begriffen wie Volk, Stamm, Ethnie. So sehr sich zur Zeit des Makkabäer-Aufstandes (165 v. u. Z.) erstmals eine Kongruenz von Religion, Territorialität und Ethnizität einstellte, also die Juden historisch, und nicht nur ihren Überlieferungen zufolge, als Einheit identifizierbar waren, erweiterte sich die Kategorie durch Diaspora und Konversion zu einer transterritorialen Religionsgemeinschaft. Der christliche Platoniker Origenes wusste um 200: »Das Substantiv Jude [Joudaios] bezeichnet

Emigration aus der Heimat oder durch eine andere Erklärung, die nicht auch berücksichtigt, dass sich ihnen Außenstehende angeschlossen haben«. Schützenhilfe für diese höchst plausible These hatte er schon Anfang des zweiten Jahrhunderts vom Rabbiner Elieser ben Hyrkanos erhalten: »Der Heilige, gelobt sei er, hat Israel nur deshalb unter die Völker zerstreut, damit sich ihnen Proselyten zahlreich anschließen sollen.«

In diesem Sinne waren auch die jüdischen Stämme der Banū n-Nadīr, Banū Quraiza und der Banū Qainuqā', gegen die Mohammed Krieg führte, mit großer Wahrscheinlichkeit keine Nachkommen exilierter Juden aus Judäa, sondern die ersten lokalen Araber des Hedschas, die den Mono-

theismus ausprobierten, und damit ursprünglich bewunderte Impulsgeber des Begründers des Islam. Und wahrscheinlich hatten sie diese Religion aus dem Süden, vom einflussreichen jemenitischen Judenreich Himjar übernommen, welches auch die äthiopischen Falascha missioniert haben dürfte. Dass diese sich als Nachkommen der Dan, eines der zwölf Stämme Israel auffassten, verschaffte ihnen die Aufnahme in die israelische Gesellschaft. Was ist aber mit dem »13. Stamm«, wie Arthur Koestler in seinem gleichnamigen Buch das zum Judentum konvertierte Turkvolk der Chasaren bezeichnete? Allgemein werden die Chasaren als Kuriosum dargestellt – das aber übersieht die doch erstaunliche Zahl an lokalen Gruppen in Orient und Afrika, die sich für die Lehre der Torah empfänglich zeigten, wie das parthisch-protokurdische Reich Adiabene, die noch immer existenten Krimtschaken auf der Krim oder die Lemba im südlichen Afrika. Großfürst Wladimir, Herrscher der Kiewer Rus, soll mit dem Judentum geliebäugelt haben, ehe er sich dann doch fürs Christentum entschied.

Arabische Chronisten des Mittelalters bezeugten jüdische Gemeinden in Ghana, Mali, Nigeria. Die Anziehungskraft der ältesten Buchreligion ließ in Afrika übrigens nie nach. Um 1920 gründete der anti-britische Rebellenführer Semei Kakungulu die jüdische Gemeinschaft der Abayudaya, nachdem er sich zuvor den Kolonialherren durch Übertritt zum Protestantismus anbiedern versucht hatte. Der Übertritt zum Judentum als Bekräftigung antikolonialen Widerstandes mag Anhängern der postkolonialen Sekten seltsam anmuten, eignet in ihren Augen doch allem Jüdischen das Teufelsmal von weißem Siedlerkolonialismus und Opfer-Elitarismus. Eine Gelegenheit, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass Israel für die jungen afrikanischen Staaten nicht nur praktisches



**Stammen die Juden von Burt Lancaster ab?**  
Der US-Schauspieler als Moses in der gleichnamigen Miniserie, 1975

kein Ethnos, sondern eine Wahl [des Lebensweges]. Wenn ein Nichtjude, der nicht zur Nation der Juden gehört, ihre Gebräuche annimmt und zum Juden wird, dann wird man diesen Menschen einfach Jude nennen.« Erst seit dem Frühmittelalter – nicht zuletzt stimuliert durch christliche Judenfeindschaft – reethnisierte sich das Judentum. Doch diese Ethnizität hatte nichts mehr mit der Ethnizität zur Zeit des Herodes zu tun.

Bereits 1965 gab der israelische Historiker Uriel Rappaport zu bedenken, »dass die starke Zunahme der Juden in der antiken Welt wegen ihres enormen Ausmaßes nicht mit einem natürlichen Bevölkerungswachstum erklärt werden kann, auch nicht durch



dekoloniales Vorbild war, sondern diese auch ideologisch und technologisch mehr unterstützte als irgendein anderer Staat, ehe die antizionistische Hetze des Panarabismus und der israelfeindliche Paradigmenwechsel innerhalb der Linken auch bei ihnen griff.

**H**at zu dieser Frage nicht die Genetik ein Machtwort zu sprechen, zumal deren Methodik zur Sequenzierung der Codes in jüngster Zeit atemberaubende Erfolge zu verzeichnen hatte? Doch je differenzierter sie in die Feinstruktur der DNA hineinblicken konnte, desto mehr entlarvte sich die Komplexität von Herkunftsbestimmungen. Genetische Untersuchungen zur definitiven Feststellung der Herkunft jüdischer Menschen hat mehr Verwirrung als Klarheit geschaffen. Unterschiedliche Marker, unterschiedliche Samples zeigten unterschiedliche Ergebnisse. Sie brachten erneut zutage, was Kulturwissenschaftler schon vorher wussten: dass die ethnische Interpretation genetischer Daten problematisch ist, da das Alter der ermittelten Haplogruppen den uns bekannten Kulturen, Ethnien und Konfessionen meist vorausging und auf Migrationen verweist, die weit in die Steinzeit zurückreichen. Einige Studien (wie die von Harry Ostrer) bestätigten die orientalische Herkunft aschkenasischer Testpersonen, doch finden sich Gensequenzen dieses Herkunftstyps in vielen europäischen DNAs. Eine andere Studie (Eran Elhaik) schien die chasarische Abstammung osteuropäischer Juden zu bekräftigen, weil sich ihre Gensamples mit denen vieler Kaukasusbewohner deckten. Wieder andere Studien bekräftigten die enge genetische Verwandtschaft von Juden und Arabern der Region. Nicht verwundern und Shlomo Sand bestätigen mag die Übereinstimmung von Erbinformationen bei sephardischen Juden und nordafrikanischen Berbern. Eine Untersuchung an Skeletten von Juden aus dem mittelalterlichen Rheinland zeigte sowohl »orientalische« als auch »osteuropäische« Haplogruppen. Das mag viele verwirrt haben, die davon ausgingen, dass die westeuropäischen Juden nach Osteuropa auswanderten und nicht umgekehrt. Dennoch kommt die Geschlossenheit und Endogamie jüdischer Gemeinden ab dem Mittelalter genetischen Interpretationen eher entgegen als die Genetik einer »durchmischteren« Mehrheitsbevölkerung. Hier erwies sich eine jüngere Untersuchung von Martin Richards (University of Leeds) an westeuropäischen aschkenasischen Juden als aufschlussreich, zumal sie erstmals die mitochondrialen Genome berücksichtigte, welche nur über die Mutterlinie weitergegeben werden (was sich zufällig mit der rabbinischen Definition jüdischer Zugehörigkeit deckt). Zu achtzig Prozent verwies ihre Herkunft auf genetische Codes, die vorrangig auf der italienischen Halbinsel vorkommen und

erheblich älter sind als die Geschichte von Adam und Eva. Dies wiederum deckt sich mit dem hohen Prestige, das die Modereligion Judentum im Rom der Kaiserzeit besaß. Vermutlich also geht die Keimzelle des aschkenasischen Judentums, die Gemeinden des Rheinlandes, auf eine Mischbevölkerung aus konvertierten jüdischen Römern und altjüdischen Gemeinden in Italien zurück. Besonders der arbeitsfreie Wochentag dürfte die Menschen des Imperiums für den jüdischen Monotheismus eingenommen haben, wie auch Flavius Josephus bekräftigt: »Aber auch schon unter den Massen merkt man seit längerer Zeit einigen Eifer für unsere Religion, und es gibt kein Volk und keine griechische oder barbarische Stadt, wo nicht unser Brauch, am siebten Tag die Arbeit ruhen zu lassen, Eingang gefunden hätte und wo nicht das Fasten, Anzünden von Lichtern und viele unserer Abstinenzgebote beachtet würden.«

**Z**ugegeben war diese kursorische Reise durch die historische Echtheit kanaanitischer Deszendenz müßig, denn selbst wenn jeder jüdische Mensch seine DNA bis ins antike Galiläa zurückverfolgen könnte und selbst wenn das Exil erst vor 200 Jahren ge-

## Es hätten auch Uganda, Oregon, Arkansas oder Argentinien werden können

startet hätte, wären daraus abgeleitete Besitzansprüche absurd, weil sie genau das affirmierten, was kritisches Bewusstsein eigentlich überwinden wollte: die kollektive Kultur als Rechtstitel. Und doch muss man Israelsolidarische und auch sich selbst immer wieder mit der Nase auf die historische, ethnologische und genetische Faktenlage stoßen, um der kulturalistischen Falle zu entgehen. Die Exzeptionalität Israels besteht nicht darin, dass die Juden das auserwählte Volk sind oder organische Glücksbringer vergeistigter Zivilisation, sondern in der Ubiquität des Antisemitismus und seiner bestialischen Konsequenz im 20. Jahrhundert.

Ich kenne brave Verteidiger Israels gegen die neuen Antisemitismen, welche die kognitive Dissonanz, die ihnen der israelische Nationalismus schafft, zu lösen versuchen, indem sie gleich die gesamte Nationalismuskritik über Bord werfen und sie als postmodernen Dekonstruktivismus punzieren wollen, so als wären verdienstvolle Geister wie Eric Hobsbawm, Ernest Gellner und Benedict Anderson keine Vorbilder einer selbstreflexiven Aufklärung. In den Rücken fällt Israel letztlich, wer auf dessen Mythografie hereinfällt. Es hätte auch Uganda, Oregon, Arkansas oder Argentinien werden kön-

nen – Palästina war aus symbolischen Gründen der Spitzenkandidat. Diesen nüchternen Pragmatismus konnten nur areligiöse westliche Juden wie Theodor Herzl und Max Nordau aufbringen, die gegen jegliche spirituelle Konnotation immun waren.

Palästina war nicht die einzig denkbare, es war die denkbar unglücklichste Lösung. Eine verwirrende Abfolge unvorhersehbarer Ereignisse hat zu diesem Staat geführt. Die durchaus berechtigten Anliegen der ortsansässigen Araber wurden in nunmehr 100 Jahren von einer Reihe von Ideologien instrumentalisiert – Panarabismus, Nazismus, pseudolinkem Befreiungsnationalismus, Islamismus –, deren Parteinahme Menschen mit progressivem Selbstbild stets aufs Neue blamierte.

»Zionismus«, so brachte Jean-Paul Sartre den Ausnahmestatus des jüdischen Nationalismus auf den Punkt, »wurde als nationalistische Antwort für viele Juden überzeugend, nachdem sie erfahren hatten, wie die Projektion einer jüdischen Weltverschwörung in ihr Gegenteil umschlug: eine Weltverschwörung gegen die Juden.«

Der Zionismus war die Antwort auf das Scheitern der universalistischen Zivilisation, auch die sozialistischer Prägung. Das heißt nicht, dass sein inhärenter Nationalismus von Kritik abgeschirmt werden soll. Der Ausnahmestatus Israels ist nicht allein Folge des Holocaust, aber ohne diesen nicht denkbar. Und dass die Bewohner dieser winzigen »Sonderzone Zion« deren – ohnehin heterogenen – jüdischen Charakter durch Einbürgerung von Hunderttausenden Schweden, Bantus und Japanern oder aber die Rückkehr von Millionen Ururenkeln arabischer Vertriebenen nicht gefährden wollen, ist eben nicht zwingend Ausdruck eines exklusiven Ethnochauvinismus.

Es sind nicht nur die Raketen von Hisbollah, Hamas und Huthis, nicht nur die innerisraelischen Spaltungen, die dieses Land gefährden. Israel, unter der Bürde einer zentralen Pathologie der Moderne entstanden, braucht Erholung von der Last der Projektionen, nicht nur vom Antisemitismus, sondern auch von den unterschiedlichen ihm aufgeprägten Exzeptionismen, Philosemitismen und diskursiven Überfrachtungen. Es braucht Normalität. Und einen Schutzschild, an dem auch all die Solidaritätsadressen und Erlösungswünsche verfliegen, die gar nicht auf Israel, sondern auf die identitäre Selbstverortung oder Schuldabwehr der Absender zielen. Israel hat genug Unbill zu schultern, um nicht auch noch die Welt erlösen zu müssen, entweder durch seine Zerstörung oder seine Idealisierung. Krankhafter Hass macht es ihm nicht leicht, aber irgendwann will es einfach ein Land sein wie jedes andere. ●

**Richard Schubert** schrieb in konkret 6/25 über die Geschichte des Zionismus



# Rechte Mehrheiten mit Grenzen

**In den Niederlanden ist die Regierung am rassistischen Konsens gescheitert.**

**Von Felix Sassmannshausen**

**E**rneut hat Geert Wilders eine rechte Koalition in den Niederlanden zu Fall gebracht. Zum nunmehr zweiten Mal seit der Eurokrise ist der Versuch, eine stabile rechte Regierung mit seiner extrem rechten Partij voor de Vrijheid (PVV) zu etablieren, misslungen. 2010 hatte der PVV-Politiker seine Unterstützung für eine rechte Minderheitskoalition zurückgezogen, um Finanzhilfen für Griechenland zu blockieren. Nun ist das Kabinett unter Premierminister Dick Schoof über das von Wilders geforderte »schärfste Asylpaket aller Zeiten« gestrauchelt.

Dabei war die Einigkeit im Kabinett diesmal eigentlich groß. »Der Asylstrom muss begrenzt werden«, sagte etwa der jetzt kommissarisch amtierende Innen- und Justizminister David van Weel von der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) in einem kaum von Wilders unterscheidbaren Ton. Ähnlich klang es trotz seit zwei Jahren sinkender Zahlen von Asylanträgen auch aus der konservativen Koalitionspartei Nieuw Sociaal Contract (NSC). Es gelte, »unkontrollierte Migrationsströme« zu verhindern, wie es in einer Stellungnahme des NSC vor dem Koalitionsbruch hieß. Dazu sollte auch die Arbeitsmigration vereinfacht werden, wofür zuletzt auf Grund von Personalmangel in der niederländischen Wirtschaft selbst aus der PVV Kompromissbereitschaft signalisiert worden war.

Hart blieb die extrem rechte Partei indes bei der Asylpolitik. Vor einem Treffen Anfang Juni, bei dem sich die Koalition auf massive Verschärfungen einigen wollte, hatte die Asyl- und Migrationsministerin Marjolein Faber (PVV) angekündigt, »keinen Millimeter nachzugeben«. Wilders wollte ein autoritäres Power Play im Stile Donald Trumps und Viktor Orbáns spielen, wie der Politikwissenschaftler Armen Hakhverdian zum Koalitionsbruch erklärte. Teil seines Zehn-Punkte-Plans war es, einen nationalen Ausnahmezustand auszurufen und das Militär für Grenzkontrollen einzusetzen – ein Rechtsbruch mit Ansage.

Dagegen meldeten vor allem NSC Bedenken an.

Hätte die Koalition Bestand gehabt, wären bei dem migrationspolitischen Treffen weitreichende Maßnahmen zur Verschärfung des Asylrechts beschlossen worden. Auch in der Zweiten Kammer, dem niederländischen Bundestag, hätten die Vorhaben wohl eine Mehrheit gefunden. Gescheitert wären die Pläne allerdings in der Ersten Kammer. Der Senat ist vergleichbar mit dem Bundesrat. Dort hat die PVV nur vier der insgesamt 75 Sitze. Die Regierungskoalition kam gemeinsam auf 304 Sitze. Zusammen mit anderen rechten Parteien, die dem Vorhaben zugestimmt hätten, war ihre Mehrheit von 39 Stimmen ohnehin außerordentlich knapp. Nach einem jüngsten Austritt zweier Senatoren aus der Boer Burger Beweging (BBB) galt sie als ausgeschlossen.

Vor dem Hintergrund zuletzt stark sinkender Umfragewerte für die PVV dürfte diese Blockade im Senat für die Vollbremsung von Wilders ausschlaggebend gewesen sein: Nun kann er sich vor den Neuwahlen als kompromissloser Hardliner präsentieren.

Mit einem solchen Programm war die PVV nach den letzten Wahlen im Jahr 2023 mit den meisten Stimmen ins niederländische Parlament eingezogen. Wilders wurde jedoch nicht wie sonst üblich zum Premierminister gewählt. Vor allem der NSC-Parteivorsitzende Pieter Omtzigt, der sich inzwischen aus der Politik zurückgezogen hat, stellte sich quer. Dem schloss sich VVD an. Nur die landwirtschaftlich-nativistische BBB von Caroline van der Plas sprach sich für Wilders als Premier aus. So landete der ehemalige Geheimdienstchef Schoof auf dem Posten des Ministerpräsidenten.

Nicht nur während der Regierungsbildung steckte die Koalition in der Krise. Eine erste Verwerfung hatte das Kabinett Schoof zu überstehen, als die Staatssekretärin im Finanzministerium, Nora Achahbar (NSC), zurücktrat. Zunächst hieß es aus Regierungskreisen, dass rassistische Äußerungen bei Ministerratssitzungen den Schritt begründeten.

Später gab Achahbar an, dass »polarisierende Umgangsformen« ausschlaggebend für ihren Entschluss waren. Zunächst blieb der Bruch aus. Ähnlich, als die Asylministerin Faber für einen Rassismusskandal im Kabinett sorgte. Sie hatte sich geweigert, die Nominierung für eine königliche Auszeichnung von Personen zu unterschreiben, die sich für Asylbewerber und Geflüchtete einsetzten. Ein Misstrauensvotum im Parlament überstand sie mit den Stimmen der Regierungsparteien. Nach dem Austritt der PVV aus der Koalition trat Faber von ihrem Amt zurück.

Auch sonst kann das Kabinett kaum »Erfolge« vorweisen. Lediglich die Aufrüstungsziele der Nato wurden teils erreicht. Die Stickstoffkrise, die die niederländische Politik seit Jahren beschäftigt, konnte auch diese Regierung nicht lösen, weil PVV und BBB die Anerkennung europäischer Regularien ablehnten. Zugleich wollten Parteien wie VVD und NSC weitgehend an den Klimazielen festhalten. Die notwendigen Maßnahmen waren aber schon im Koalitionsvertrag weitestgehend aufgeweicht worden.

Sozialpolitisch hatte die rechte Koalition eine Mietpreisbremse für Sozialwohnungen versprochen, doch die zuständige Ministerin Mona Keijzer von der BBB gab Anfang Juni bekannt, dass die Pläne vorerst auf Eis gelegt würden. Zur Bekämpfung der zunehmenden sozialen Ungleichheit fehlten jegliche Ambitionen. Seit Monaten wird an den Universitäten gegen Kürzungen in der Bildungspolitik und Steuererhebungen im kulturellen Sektor gestreikt.

Von den klima- und sozialpolitischen Leerstellen wollen nun das linke Bündnis aus sozialdemokratischer Partei PvdA und ökologischer Partei GroenLinks sowie die Sozialistische Partei (SP) profitieren. Im rechten Lager ist die Angst vor einer Regierung unter dem ehemaligen EU-Umweltkommissar und Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten, Frans Timmermans, groß. Doch auch wenn eine Umfrage nach dem Ende des Kabinetts das Mitte-Links-Bündnis in einem klaren Aufwärtstrend zeigt und sie nur noch zwei Prozent hinter der extrem rechten PVV liegt: Die Angst vor einer Regierung mit einem klar linken Programm dürfte unbegründet sein. Der linke Block kommt laut Umfragen derzeit auf nur rund 33 Prozent.

Die Neuwahlen sind für den 29. Oktober angesetzt. Bis dahin regiert das Kabinett Schoof aus VVD, NSC und BBB kommissarisch. ●

**Felix Sassmannshausen schrieb in konkret 4/25 über das Programm der neuen Regierung Belgiens**



# Ende der Schonzeit

## Ein halbes Jahrhundert nach der Nelkenrevolution nähert sich Portugal wieder dem Faschismus. Von Carmela Negrete

**N**och immer feiert Portugal den 50. Jahrestag der Nelkenrevolution von 1974. Bis 2026 läuft ein staatliches Programm, das die bürgerliche Demokratie Portugals an das Ende der Diktatur von António de Oliveira Salazar erinnern soll. Und während dieser Feierlichkeiten zur kommunistischen Revolution und zum Beginn der Demokratie erzielt ausgerechnet die rechtsextreme Partei Chega unter André Ventura mit 22 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis.

Der Weg vom revolutionären Ursprung des heutigen portugiesischen Staates über die Anpassung an das Europa von Maastricht bis zum Widerstand gegen Finanzkrise und Troika ist zugleich die Geschichte des Niedergangs der Linken in Portugal. Das letzte Kapitel dieser Entwicklung wurde am 18. Mai geschrieben, als innerhalb von drei Jahren die dritten Wahlen stattfanden. Dabei errang die rechtskonservative Koalition Aliança Democrática (AD) unter dem derzeitigen Premierminister Luís Montenegro von der irreführend benannten Partido Social Democrata einen Wahlsieg.

Montenegro hatte die Wahlen vorgezogen, weil er in eine Immobilienaffäre verwickelt war und sich des Vertrauens der Bevölkerung vergewissern wollte. Offenbar besitzt er dieses noch: Von den 116 Abgeordneten, die für eine absolute Mehrheit nötig wären, erhielt seine Koalition immerhin 89 Sitze – und wird voraussichtlich weiterregieren. Die Öffentlichkeit scheint von solchen Skandalen nicht mehr sonderlich beeindruckt zu sein. Es hat sich das Gefühl verbreitet, dass die Justiz wiederholt Verfahren einleitet, um Regierungen zu stürzen. Geradezu grotesk wurde es im Fall von Montenegros Vorgänger António Costa: Er trat zurück, nachdem gegen ihn Anklage erhoben wurde – nur um später, bereits nicht mehr im Amt, zu erfahren, dass die Justiz den »falschen« António Costa im Visier hatte.

Im kurzen Wahlkampf hetzte die extreme Rechte erneut gegen Migranten, insbesondere gegen Angehörige der Roma, und versprach, »Portugal zu retten«. Die Bestrafung »korruptionsverdächtigter Eliten« ge-

hört schon länger zu den zentralen Versprechen von Chega – die Partei erinnert in Tonfall und Strategie zunehmend an Donald Trump. Dieser Diskurs ist allerdings längst bis in die politische Mitte vorgedrungen: So versprach auch die rechtskonservative PSD im Wahlkampf, massenhaft Migranten abzuschieben – ähnlich wie in Deutschland die CDU.

Die wirtschaftsliberale Partei Iniciativa Liberal gewann sieben Sitze und könnte Montenegro unterstützen – für eine Mehrheit reicht das allerdings nicht. Die 58 Abgeordneten der PS könnten gemeinsam mit der AD eine große Koalition bilden. Dies wäre jedoch ein riskanter Schritt, der – wie in Deutschland bei der SPD – langfristig zum weiteren Niedergang der Sozialdemokraten

### Noch düsterer sieht es für die politische Linke aus

führen könnte. PS-Parteichef Pedro Nuno Santos will dies offenbar nicht mittragen und trat zurück. Noch vor kurzem hatte die PS unter António Costa eine absolute Mehrheit errungen – nun kam sie lediglich auf 23 Prozent und erhielt genauso viele Sitze wie Chega.

Noch düsterer sieht es für die politische Linke aus: Sie ist im Parlament praktisch bedeutungslos geworden. Der Bloco de Esquerda kam auf nur 2 Prozent der Stimmen und stellt einen einzigen Abgeordneten. Der Partido Comunista Português (PCP) sackte auf drei Prozent ab und erhielt nur drei Sitze. Den einzigen Aufstieg im progressiven Bereich verzeichnete die Partei Livre. Sie konnte von vier auf sechs Mandate zulegen. Damit ergibt sich ein Panorama, das eine rechtskonservative Regierung mit knapper Mehrheit zeigt – und mit einer erstarkten extremen Rechten in der Opposition. Für Portugal ist das ein Novum.

Eine treffende Analyse der Wahlergebnisse lieferte das Editorial der spanischen

Online-Tageszeitung »Diario Red«, herausgegeben vom ehemaligen Vizepräsidenten und Podemos-Gründer Pablo Iglesias. Er weist darauf hin, dass der Zusammenbruch progressiver Kräfte derzeit in ganz Europa stattfindet und das »das Ergebnis einer strukturellen Strategie« sei, »die seit über einem Jahrzehnt von den Machtzentren Europas verfolgt wird, um zu verhindern, dass der Ausweg aus der Krise von 2008 aus antineoliberaler, demokratischer und transformativer Perspektive erfolgt«.

So sei Syriza in Griechenland zerstört, Podemos in Spanien diffamiert und das Bündnis Geringonça in Portugal gesprengt worden. »Mediale und politische Apparate wurden massiv mobilisiert, um zu verhindern, dass diese Kräfte an die Macht gelangen oder sich dort konsolidieren.« Iglesias sieht keine materiellen Voraussetzungen, um aus der politischen Mitte heraus eine Neugründung Europas zu führen: »Das derzeitige europäische Modell garantiert weder Frieden noch Wohlstand, soziale Stabilität oder Menschenrechte.« Der portugiesische Fall – ein Land, in dem die extreme Rechte bisher kaum eine Rolle spielte und das sich durch eine Revolution neu gegründet hatte – sei »eine Warnung für ganz Europa: Wenn der demokratische Fortschritt der Linken systematisch verhindert wird, ist das Ergebnis nicht Ausgewogenheit, sondern autoritäre Reaktion.«

Eines ist jedenfalls klar: Die wirtschaftliche Krise ist in Portugal chronisch geworden. Die EU-Mitgliedschaft hat die Lage nicht verbessert – im Gegenteil, die Industrie hat darunter gelitten. Trotz niedriger Arbeitslosigkeit können viele Menschen von ihrem Lohn nicht leben. Der Tourismusboom hat vor allem zu unbezahlbaren Mieten geführt, insbesondere in Lissabon. Viele junge Menschen wandern deshalb aus, und die Politikverdrossenheit ist groß. Die Medien diskreditierten systematisch die sozialdemokratische Regierung, an der die Linke beteiligt war – obwohl diese überwiegend sozialdemokratische Politik betrieb. ●

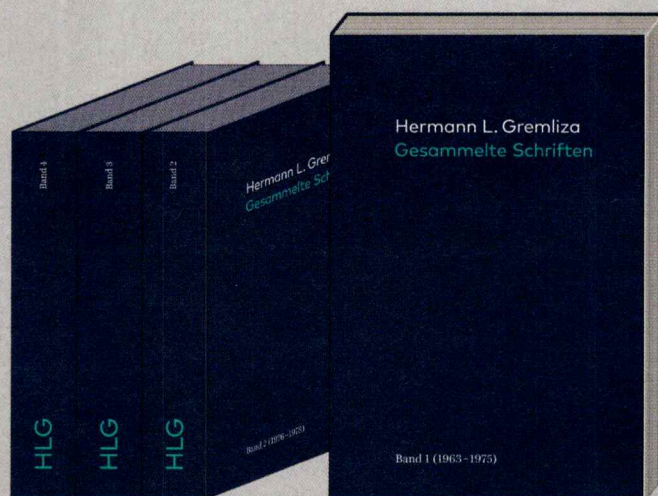
**Carmela Negrete schrieb in konkret 9/24 über den Internethetzer »Alvise« Pérez, der es bis ins Europaparlament geschafft hat**



# Hermann L. Gremliza

## Gesammelte Schriften

in 18 Bänden



Im Oktober letzten Jahres sind die ersten beiden Bände der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas erschienen. Anfang Juli beginnt die Auslieferung der Bände drei und vier; im Spätherbst dieses Jahres folgen zwei weitere. Die Ausgabe ist auf 18 Bände angelegt und wird von Friederike Gremliza und Wolfgang Schneider herausgegeben. Sie enthält alle Texte, die Gremliza unter seinem Namen oder unter einem seiner Pseudonyme hat drucken lassen, sei es in **konkret** oder an anderen Orten. Aufgenommen wurden ebenfalls die anonymen **konkret**-Editorials, sofern sie ersichtlich von Gremliza stammen. Hinzu kommen Interviews und sonstige mündliche Auskünfte sowie alle noch unveröffentlichten Texte aus seinem Nachlass, darunter Briefe und ein über drei Jahre sich erstreckender Mailwechsel mit Wolfgang Pohrt. Band 1 enthält zudem in Gremlizas Werk einführende Vorworte von Dietmar Dath und Stefan Ripplinger.

Die Texte, beginnend mit Gremlizas ersten journalistischen Arbeiten für die Tübinger Studentenzeitung »Notizen« 1963, werden in chronologischer Reihenfolge geboten und folgen den Erstdrucken (Varianten späterer Wiederveröffentlichungen werden angegeben). Geplant ist die Veröffentlichung von vier Bänden pro Jahr; die Ausgabe wird voraussichtlich 2028 abgeschlossen sein. Abgesehen von Band 1 und Band 16 umfassen die Bände jeweils die Texte dreier Jahre; die Edition hat dementsprechend einen Umfang von 16 Bänden; hinzu kommen ein Register- und ein Supplement-Band, welcher die *Drei-Damen-Trilogie* (1979–1990) und die *Haupt- und Nebensätze* (2016) enthält.

Die Bände – fadengeheftet, kartoniert und jeweils mit ausführlichem Personenregister – haben einen Umfang von circa 500 Seiten und kosten 30 Euro pro Band. Die Edition kann nur insgesamt bezogen werden; der Kauf einzelner Bände ist nicht möglich.

Bestellungen per Coupon oder über **konkret-magazin.de** oder per E-Mail an **verlag@konkret-magazin.de**

Hiermit bestelle ich die 18-bändige Gesamtausgabe *Hermann L. Gremliza: Gesammelte Schriften* zum Subskriptionspreis von 540 Euro (Einzelband 30 Euro). Die Bücher sind nicht einzeln erhältlich. Ich verpflichte mich mit der Subskriptionsbestellung zur Abnahme aller Bände. Die Bücher werden mir jeweils nach Erscheinen mit Rechnung zugeschickt. Ich kann meine Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen.

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Vorkasse

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

E-Mail

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut



**A**uch Karl Marx war sich manchmal für einen Kalauer nicht zu schade. Im ersten Band des »Kapitals«, an einer der theoretisch zentralen Stellen, wo er den Begriff der Wertform entwickelt, schreibt er, in der im Austausch stattfindenden Gleichsetzung von Tuch und Rock erscheine »ihr (der Leinwand) Wertsein ... in ihrer Gleichheit mit dem Rock, wie die Schafsnatur des Christen in seiner Gleichheit mit dem Lamm Gottes«. An dieser Stelle eine polemische Abschweifung, nicht mehr. Aber

Der Widerschein von bildungsvermittelten Klassengegensätzen ist unübersehbar. Man hat die Wahl zwischen einem, der mehrere Studien mit Auszeichnung abgeschlossen und eine schnelle Karriere in der EU-Bürokratie gemacht hat, der im EU-Parlament saß und jetzt Bürgermeister von Warschau ist – und jemandem, der mit Mühe ein Geschichtsstudium an der Danziger Universität mit einer wissenschaftlich belanglosen Dissertation zum »antikommunistischen Widerstand in der Wojewodschaft Elbląg 1976–1986« beendet hat; der seine Jugend in

gener Polizisten nach einem Fußballspiel einsaß. Kurz: ein bis auf die Knochen unappetitlicher Typ.

Aber das Staatsamt adelt noch den größten Lumpen, und offenkundig hat all dies jene 51 Prozent der polnischen Wähler nicht gestört, die für Nawrocki gestimmt haben. Als die Vorwürfe gegen seinen Lebenslauf vaukamen, reagierten seine Verteidiger mit dem Argument, er sei halt »ein Mensch aus Fleisch und Blut« – so jedenfalls hieß es in einem Wahlaufuf der Gewerkschaft Solidarność kurz vor der zweiten Runde. Also »einer wie wir«. Was der Hypothese von der Affinität eines relevanten Teils der polnischen Wählerschaft zu Leuten mit dem Lebenslauf Nawrockis dann doch wieder einige Plausibilität verleiht.

Woran kann das liegen? Erstens daran, dass es in Polen heute praktisch keine landesweite Öffentlichkeit mehr gibt. Jeder informiert sich auf der Seite, die ihm nahesteht, und im Lager Nawrockis und der ihn unterstützenden Partei PiS von Jarosław Kaczyński herrscht die Linie: Alles, was ihm vorgeworfen wird, sei sowieso gelogen. Im Widerspruch dazu heißt es neuerdings von Seiten der PiS auch, das alles sei von den »Geheimdiensten Donald Tusks« an befreundete Medien durchgestochen worden. Also: Es mag etwas dran sein, nur wurde es in böser Absicht öffentlich. Ausgeschlossen ist das nicht – so viel Rechercheerfolg der liberalen Medien in so kurzer Zeit scheint schon arbeitstechnisch kaum erklärbar. Nur bezieht sich ein Großteil der Vorwürfe auf eine Zeit, als die PiS in Polen regierte und auch die Geheimdienste unter sich hatte. Bekannt sind Sicherheitsüberprüfungen Nawrockis in den Jahren 2009, 2014 und zuletzt 2021, bevor er zum Direktor des Instituts für Nationales Gedenken ernannt wurde und Zugang zu Staatsgeheimnissen bekam. Es drängt sich somit die Schlussfolgerung auf, dass Jarosław Kaczyński die Vorwürfe und die dunklen Stellen in Karol Nawrockis Lebenslauf kannte. Trotzdem hat er ihn nominiert, wie Nawrocki bei einer PiS-Wahlveranstaltung im April selbst bekannte: »Ich stehe hier vor euch kraft einer Entscheidung des Vorsitzenden Jarosław Kaczyński.«

Aber damit wird die Erzählung noch widersprüchlicher. Einerseits wurde Nawrocki von der PiS als »Bürgerkandidat« ohne organisatorische Bindung an die Partei aufgestellt, die ihn lediglich »unterstützt«. Die gängige Erklärung ist, dass Jarosław Kaczyński jemanden gesucht habe, den keine persönliche Verantwortung für irgendetwas in den Regierungsjahren der PiS von 2015 bis 2023 Vorgefallenes treffe, weil er der Regierung nicht angehörte; dann aber als Mann mit der angeblich weißen Weste jemanden zu nominieren, dessen Weste derartige Flecken aufweist, zeichnet ein Bild von der PiS als einer im Grunde mafiosen Struktur, in der

# Ein Trumpf für Polen

## Polen nach der Wahl des Hooligan-Präsidenten Karol Nawrocki. Von Reinhard Lauterbach

würde man dieses Argument fortsetzen, so müsste man folgern, dass die Polen ein Volk der Schläger, Betrüger und Zuhälter seien, weil sie einen derartigen Menschen zum Präsidenten gewählt haben.

Das stimmt natürlich nicht. Wenigstens nicht in diesem Grad der Verallgemeinerung. Zudem ist Karol Nawrocki nur von einer knappen Mehrheit von 50,89 Prozent der Teilnehmenden an der Stichwahl am 1. Juni gewählt worden; die andere knappe Hälfte hat seinen Gegenkandidaten Rafał Trzaskowski von der regierenden Bürgerplattform vorgezogen. Einen Mann, der in so gut wie jeder Hinsicht das Gegenteil von Nawrocki darstellte. Und eben dies ist der Punkt: hier der polyglotte Politiker aus einer Familie alter Intelligenz – der Vater ist ein bekannter Jazzmusiker –, dort ein Mann mit Wurzeln in einem Danziger Arbeiterviertel, dem schon das Englische schwerfällt; kein Vergleich zu den fünf Fremdsprachen, die Trzaskowski fließend beherrscht – woraus ihm seine konservativen Gegner einen Strick zu drehen suchten und ihm im Internet den Beinamen »Bonjour« gaben, zumal sich auf Polnisch daraus allerlei neckische Reime à la »druga tura bez Bonjoura« (»zweite Runde ohne Bonjour«) machen lassen.

der Muckibude und mit Schlägereien unter Fußballfans verbrachte und darauf bis heute stolz ist. Einem, der neben dem Studium als Türsteher in diversen Diskos jobbte, wobei er den dort stattfindenden Drogenhandel noch zehn Jahre später verharmloste, einem, der im Danziger Vorstadtpuff Rozi ein- und ausging und sich dort mit Unterweltgrößen fotografieren ließ, und schließlich einem, der nach den Aussagen mehrerer Beteiligten im Grand Hotel Sopot Sexarbeiterinnen Zugang zu Hotelkunden verschaffte. Auf seinem Lebensweg gab es auch einen Privatisierungsschwindel: Nawrocki hat einem alten, alkoholabhängigen Mann, der wegen eines Sexualdelikts im Gefängnis saß, seine Wohnung abgeluchst, genauer: das Recht auf ihren Erwerb zum für bisherige Mieter geltenden Vorzugspreis von zehn Prozent des Marktwerts, als die Stadt Danzig 2011 ihren Wohnungsbestand privatisierte. Ein Mann mit dokumentierten Kontakten in die Danziger Unterwelt also, aus der er eine zentrale Gestalt in einer unter Pseudonym erschienenen Biografie würdigte. Ein Mann, der für einen seiner Kumpel aus der Schläger-szene bürgte, einen notorischen Nazi mit Hakenkreuztattoos auf der Brust, um ihn aus dänischer U-Haft freizubekommen, wo er wegen Prügeleien mit Kopenha-



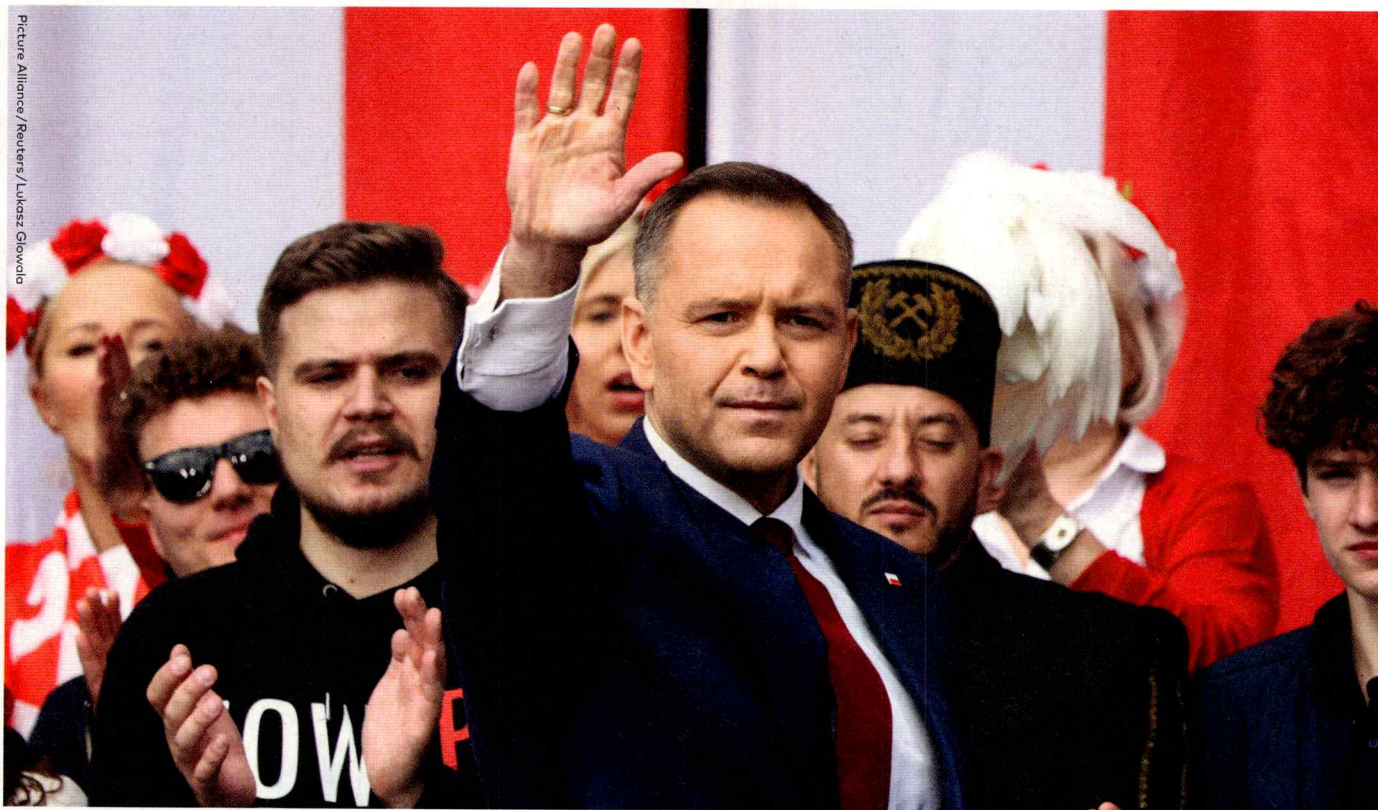
Kaczynski als Pate dafür zu sorgen scheint, dass alle, die unter ihm etwas werden, irgendwelchen Dreck am Stecken haben, mit dem man sie notfalls erpressen kann.

Aber all dies erklärt noch nicht seinen Erfolg, sondern eben, dass sich ein Großteil der polnischen Wähler mit Nawrocki identifizieren konnte. An dieser Stelle ging der stark personalisierte Wahlkampf der Unterstützer Trzaskowskis nach hinten los: Indem sie ihn idealisierten, hoben sie ihn ab von der Erfahrungswelt derjenigen, um deren Stimme er warb. Große Teile der polnischen Wählerschaft sahen sich von ihm als Vertreter einer liberalen Elite schlicht nicht repräsentiert. Ein Blick in die Analysen bestätigt das: Trzaskowski siegte in den Großstädten und ihren Speckgürteln sowie bei Menschen mit Hochschulabschluss – aber das reichte nicht. Die einzige soziale Großgruppe, in der er besser abschnitt als Nawrocki, waren die Frauen – aber der Vorsprung von 55:45 war angesichts des radikal reaktionären Ansatzes

in der Stichwahl für Nawrocki gestimmt. Und ein messbarer Teil der jungen Leute, die 2023 aus Frust über acht Jahre PiS bis tief in die Nacht vor den Wahllokalen ausgeharrten, muss diesmal zu Hause geblieben sein – die Wahlbeteiligung lag am 1. Juni mit 71,63 Prozent um fast drei Prozentpunkte niedriger als 2023.

Hier bekam Trzaskowski offenkundig die Quittung dafür, dass die Regierung Tusk kaum eines ihrer Wahlversprechen von 2023 gehalten hat – nicht nur aus den von ihr immer beschworenen objektiven Gründen, wegen des Blockadepotentials des amtierenden Präsidenten Andrzej Duda, sondern wohl auch in der Hoffnung, unter einem Präsidenten aus der eigenen Formation später bequemer »durchregieren« zu können. Daraus ist nun nichts geworden, und die Zukunft der regierenden Koalition ist unklar. Aktuell bekäme sie keine Mehrheit mehr. Hinzu kommt, dass Trzaskowski in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Nawrocki blass

sich über einen Patriotismus, der »einbezieht und nicht spaltet«. Genial für einen Lagerwahlkampf, der auf Zuspitzung ausgerichtet sein musste und es bei Nawrocki auch war. Der versprach ein »starkes, souveränes und normales Polen«, also eines, in dem niemand aus Brüssel oder Berlin der politischen Führung hineinrede und alles, was die rechte Regierung den Leuten vorschreibe, ein nationalpolnisches Gütesiegel trage – wobei die Regierung ihrerseits keinen der Angesprochenen nötigen würde, seine Lebensweise zu ändern – ob beim Heizen mit Kohle, beim Verzehr von Schweinefleisch oder der Abneigung gegen gleichgeschlechtliche Paare als Nachbarn. In einer Wahlanzeige in der Regionalzeitung »Wiadomości Wrzesińskie« zwei Tage vor der Stichwahl platzierte Nawrocki eine lange Liste dessen, was er nicht wolle – einschließlich der »Adaptation« von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare. Was sich erst einmal las wie der typische Lapsus eines Halbgebildeten – ein falsch be-



Einer von uns: Karol Nawrocki bei einer Wahlveranstaltung in Warschau, Mai 2025

von Nawrocki in der Geschlechterpolitik auch nicht gerade berauschend. Was er – im Vergleich zur Parlamentswahl 2023, die mit extrem hoher Beteiligung die Tusk-Koalition an die Regierung brachte – nicht wiederholen konnte, war der Erfolg der liberalen Seite in den Alterskohorten zwischen 18 und 39 Jahren. Hier machte in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen der rechtspopulistische Kandidat Sławomir Mentzen das Rennen und erreichte landesweit Platz drei. Weit über neunzig Prozent seiner Wähler haben

blieb. Wer Trzaskowski zuhörte, wie er am 25. April in Gniezno erzählte, auch der erste polnische König Bolesław der Tapfere, dessen Krönung in dieser Stadt 1.000 Jahre zuvor am selben Tag mit Glanz und Gloria gefeiert wurde, wäre »stolz darauf, was wir Polen in der EU erreicht haben«, der musste sich schon fragen, ob der Kandidat beziehungsweise seine Redenschreiber noch bei Trost gewesen sind. Tags drauf in Poznań wiederholte Trzaskowski diese Ausführungen denn auch nicht mehr, sondern verbreitete

nutztes Fremdwort –, transportierte in Wahrheit eine perfide unterschwellige Botschaft: LGBT-Eltern wollten Kinder nicht adoptieren, sondern »adaptieren«, also auf ihre eigene Orientierung umpolen. Die Masche hat gewirkt. Polen hat den Präsidenten, den sich Jarosław Kaczyński gewünscht hat.

**Reinhard Lauterbach schrieb in konkret 6/25 über den erneuerten russischen Verhandlungsvorschlag im Ukraine-Krieg**



**D**ie Regierung von Bundeskanzler Merz und viele andere haben in den letzten Wochen Besuch aus Indien erhalten. Und aus Pakistan. Unabhängig voneinander, versteht sich. Neu-Delhi schickte sieben Delegationen aus Parlamentariern

Propaganda völlig hemmungslos agierenden indischen Fernsehsender, hatten es zwischenzeitlich selbst erfahrenen Beobachtern unmöglich gemacht, auf der Höhe der Ereignisse zu bleiben und keiner der zum Teil absurden Lügen aufzusitzen. Die indische Regierung sah sich nach dem überraschenden

tigender Erfolg« gewesen, sagt Generalleutnant Raj Shukla, ein Verteidigungsanalyst. »Wir haben den Nutzen der Stärke wiederentdeckt und Pakistans atomaren Bluff entlarvt«, so der pensionierte General. Pakistan sei nach den indischen Angriffen »schlicht auseinandergefallen«.

# To Be Continued

## Ein Atomkrieg zwischen Indien und Pakistan ist vorläufig abgesagt, der Konflikt um Kaschmir nicht. Von Britta Petersen

und Parlamentarierinnen, Diplomaten und Diplomaten um die Welt, um zu erklären, was eigentlich am 10. Mai geschehen ist.

Da postete Donald Trump auf der Plattform X, Indien und Pakistan hätten sich nach »nächtlichen Vermittlungsgesprächen« mit den Vereinigten Staaten auf einen »vollständigen und sofortigen Waffenstillstand« geeinigt. Zuvor hatten beide Länder sich mehrere Tage heftige Gefechte geliefert, nachdem am 22. April Terroristen 26 Menschen in dem umstrittenen indischen Bundesstaat Kaschmir regelrecht abgeschlachtet hatten. Die Urlauber in dem malerischen Örtchen Pahalgam, bekannt als die »Schweiz Indiens«, waren aufgefordert worden, das muslimische Glaubensbekenntnis Kalima zu zitieren. Wer das nicht konnte, musste Hindu sein – und sterben.

Damit war die vorläufig letzte Runde bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan eingeläutet. Die beiden Länder haben seit ihrer Unabhängigkeit 1947 vier Kriege gegeneinander geführt. Dabei ist es relativ unumstritten, dass Pakistan sich der asymmetrischen Kriegführung bedient, das heißt Terrorgruppen gegen Indien einsetzt, um seinen Anspruch auf Kaschmir geltend zu machen, dem einzigen indischen Bundesstaat mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit. Wie üblich, hat Pakistan geleugnet, mit dem Attentat in Pahalgam in Verbindung zu stehen.

Anders als in vorherigen Konflikten, die seit den siebziger Jahren im Schatten atomarer Bewaffnung auf beiden Seiten stehen, tobt im Zeitalter digitaler Kriegführung zum ersten Mal auch ein beispielloser Krieg darum, was eigentlich in jenen vier Tagen im Mai geschehen ist, in denen Indien »Terrorcamps« in Pakistan angriff und sich beide Länder mit Schwärmen von Drohnen und Raketen beschossen.

Die Schnelligkeit sozialer Medien und die nach Jahren hindunationalistischer

Waffenstillstand in der unbequemen Lage, der kriegslüsternden Öffentlichkeit zu erklären, warum man Pakistan am Ende doch nicht einfach vernichtet hat.

Doch es steckt mehr hinter diesem Krieg der Lügen. Die Verschiebung im internationalen Machtgefüge, der Aufstieg Indiens zur fünftgrößten Volkswirtschaft der Welt und Pakistans langer Abstieg in die IWF-modierte Schuldenhölle haben das Auftreten beider Länder auf der Weltbühne verändert. Indien möchte als verantwortungsbewusste Großmacht in spe gesehen werden und fordert seit langem einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Pakistan, das nach dem Ende des Afghanistan-Kriegs international an Bedeutung verloren hat und eine immer engere Bindung an China eingegangen ist, will überhaupt wieder wahrgenommen werden. Zugleich haben der Aufstieg Chinas, Indiens eigentlicher Gegner in Asien, und die Entente zwischen China und Russland, das früher Indiens enger Verbündeter war, strategische Gewissheiten ins Wanken gebracht.

Nun reklamieren beide Seiten den Sieg jeweils für sich; und natürlich Donald Trump, der immer zur Stelle ist, wenn es etwas zu holen gibt. Er hofft vermutlich, dass der Waffenstillstand ihn dem Friedensnobelpreis näherbringt. Doch die indische Regierung unter Premierminister Narendra Modi besteht darauf, dass Trump das Ende der Kampfhandlungen gar nicht moderiert hat. Indien weist seit jeher eine Einmischung Dritter in den Konflikt zurück. Das Letzte, was Modi sich wünscht, ist eine Internationalisierung der Kaschmir-Frage. Deshalb vertritt seine Regierung die Position, die Pakistaner seien von der indischen Übermacht so beeindruckt gewesen, dass sie umgehend die weißen Flaggen gezückt und um den Waffenstillstand gebeten hätten.

Operation Sindoor, so der Name der indischen Militärkampagne, sei »ein überwält-

Pakistan sieht das anders. Man rühmt sich, mehrere indische Kampfflugzeuge abgeschossen zu haben, darunter mindestens eines der frisch aus Frankreich importierten Dassault Rafale, eines der teuersten Kampfflugzeuge der Welt. Pakistans massenweise aus China importierte Abwehrwaffen, so die Lesart auf der anderen Seite der Grenze, haben sich bewährt. Das freut auch Peking.

Noch wichtiger für Pakistan dürfte aber sein, dass es den Kaschmir-Konflikt zurück auf die internationale Tagesordnung gebracht hat. Zudem hat der Schlagabtausch das Militär gestärkt, das sich seit der Absetzung und Inhaftierung des beliebten Premierministers Imran Khan in der Krise befindet. Inzwischen hat sich Armeechef General Asim Munir für seinen »Sieg« gegen Indien zum Feldmarschall befördern lassen, und muss sich über die Relevanz seiner aufgeblähten Institution in den Augen der Bevölkerung keine Sorgen mehr machen. Das Land verfügt mit mehr als 600.000 Soldaten über die sechstgrößte Armee der Welt.

Kriegsentscheidend, aber auch für zukünftige Auseinandersetzungen von hoher Bedeutung waren jedoch die indischen Angriffe. Zum ersten Mal wurden Stützpunkte der Terrororganisationen Lashkar-e-Taiba (LeT) und Jaish-e-Mohammad (JeM) im Herzen Pakistans, dem Punjab, beschossen; unter anderem in Bahawalpur, wo das Hauptquartier von JeM liegt, sowie ein bekanntes LeT-Trainingslager in Muridke. Damit unterscheidet sich die »Operation Sindoor« substantiell vom letzten Ausbruch des Konflikts 2019, bei dem Indien nach einem Terroranschlag nur ein abgelegenes JeM-Trainingslager in Balakot in den Bergen der Provinz Khyber Pakhtunkhwa an der afghanischen Grenze attackierte.

Lange war man davon ausgegangen, dass wegen der atomaren Bewaffnung beider Länder ein konventioneller Krieg nicht mehr



föhrbar ist. Indien reagierte deshalb in der Vergangenheit nach mehreren Terroranschlägen ausschließlich mit diplomatischem Druck auf Pakistan. Zur Erinnerung: 2008 wurden in einem Angriff auf mehrere Orte in Mumbai (darunter der Bahnhof, das Taj-Mahal-Hotel und das jüdische Chabad House)

und die Region Gilgit Baltistan und nennt dieses Gebiet Azad (das Freie) Jammu und Kaschmir, während Indien diese Teile des ehemaligen Königreichs Jammu und Kaschmir als »Pakistan occupied Kashmir« bezeichnet. Kurz vor dem Attentat in Pahalgam hatte General Munir in einer Rede noch ein-

Das dürfte nicht so einfach sein, wie es sich anhört. Zum einen ist die Gefahr einer Eskalation zwischen zwei Atommächten nie auszuschließen, zum anderen spricht einiges dafür, dass es genau diese Gefahr war, die Donald Trump nach anfänglicher Indifferenz doch noch dazu brachte, sich in den Konflikt



**Modi satt: Fernsehübertragung der ersten Ansprache des indischen Premierministers zum Konflikt zwischen Indien und Pakistan, 12. Mai, Kolkata, Indien**

175 Menschen getötet. Zuvor hatte JeM 2001 das indische Parlament in Neu-Delhi angegriffen. Diese strategische Hilflosigkeit wurde als nicht länger hinnehmbar empfunden.

Nach einem weiteren Attentat 2019 in Kaschmir entschied sich deshalb die hindunationalistische Regierung von Modi, zum ersten Mal einen direkten Vergeltungsschlag auf pakistanischem Staatsgebiet vorzunehmen. Dies kann nun für zukünftige Anschläge als Standard vorausgesetzt werden. Die jüngste Eskalation hat zwar nicht gezeigt, dass Pakistans nukleare Erstschlagsdoktrin ein Bluff ist. Wohl aber, dass selbst ein Hardliner wie Feldmarschall Munir seinen Finger nicht so locker am »roten Knopf« hat, dass sich jede militärische Eskalation von selbst verbietet.

Das ist keine gute Nachricht. Denn Munir hat durch den erneuten Terroranschlag fast alles erreicht, was er realistischerweise erreichen konnte, außer der vollständigen Eroberung Kaschmirs. Bisher kontrolliert Pakistan einen schmalen Streifen Kaschmirs

mal den Anspruch Pakistans auf die Region unterstrichen und Kaschmir mit Referenz auf den Koran als »unsere Halsschlagader« bezeichnet.

Das macht weitere Terroranschläge in Zukunft ebenso wahrscheinlich wie eine konventionelle militärische Eskalation durch Indien. In seiner ersten Rede nach dem Waffenstillstand betonte Modi, dass die Operation Sindoor nur pausiere. Jeder weitere Terroranschlag werde zu indischen Angriffen auf »Terrorverstecke« führen. Ob sich diese immer auf Terroreinrichtungen begrenzen lassen, ist ungewiss. Bereits im Mai waren auch Stützpunkte der pakistanischen Armee unter Feuer geraten. Ein ausgewachsener Krieg zwischen beiden Ländern ist daher wahrscheinlicher geworden. In den dicht bewohnten Städten auf beiden Seiten der Grenze kann das schnell zu sehr vielen Toten führen. Indien jedenfalls, so Modi, lasse sich von Pakistan nicht mehr »nuklear erpressen«.

einzumischen. Washington wird daher auch in Zukunft in Alarmbereitschaft sein.

Nichts davon ist im indischen Interesse. Lachender Dritter dieser denkwürdigen Tage im Mai ist daher China. Zum einen konnte es seine Waffensysteme quasi gratis testen. Zum anderen ist es praktisch für Peking, wenn die indische Konkurrenz abgelenkt ist. Peking betreibt seine ureigenen Grenzkonflikte mit Indien (in den Himalaja-Regionen Arunachal Pradesh und Aksai Chin) etwas unauffälliger als Pakistan. Vermutlich hat Präsident Xi Jinping auch *Die Kunst des Krieges*, das berühmte Buch des chinesischen Generals und Strategen Sun Tsu gelesen. Dort heißt es: »Wenn du lange genug am Ufer des Flusses sitzt, wirst du die Leichen deiner Feinde vorbeischwimmen sehen.«

**Britta Petersen schrieb in konkret 1/25 über Zeit der Finsternis. Das Britische Empire in Indien von Shashi Tharoor**



# Unser Mann in Sarajevo

## Wie in der schlechten alten Zeit ist Bosnien-Herzegowina der Hinterhof Deutschlands. Von Roland Zschächner

**E**in Land im Krisenmodus: Zwar wurde im Jahr 1995 mit dem Abkommen von Dayton der Krieg in Bosnien und Herzegowina vorläufig beendet, eine dauerhafte Lösung des Konflikts blieb indes aus. Vielmehr wurde ein unter Kontrolle des Westens stehender Staat geschaffen, der hochgradig dysfunktional ist. Hinzu kommt Bosniens Lage auf dem Balkan, einer von imperialen Mächten umkämpften Region, in der, wie das 20. Jahrhundert zeigte, Konflikte um Einfluss mitunter kriegerisch ausgefochten werden.

Seit Jahren spitzt sich der Konflikt zwischen der Zentralregierung in Sarajevo und der Regierung der vor allem von Serben bewohnten Republika Srpska zu. Wie die Widersprüche gelöst werden können, ist nicht abzusehen. Alle Voraussetzungen für eine gewaltsame Eskalation sind vorhanden: eine anhaltende politische und wirtschaftliche Krise, die nationalistischer Rhetorik Vorschub leistet, eine geopolitische Konfrontation, in deren Schatten lokale Vertreter um Vormacht kämpfen, und ein begehrter Rohstoff, der die Zukunft ganzer Volkswirtschaften bestimmen soll. Personalisiert wird die bosnische Dauerkrise durch einen Mann: den CSU-Politiker Christian Schmidt, der seit 2021 in Sarajevo als Hoher Repräsentant auftritt.

Allerdings fehlt es ihm an der notwendigen internationalen Legitimation. Denn anders als seine Vorgänger wurde er nicht durch den UN-Sicherheitsrat in seinem Amt bestätigt, dort stimmten Russland und China gegen die Ernennung des fränkischen Politikers. Die Bundesrepublik und die USA hatten den ehemaligen Gebirgsjäger eingesetzt, ohne dafür den üblichen Konsens mit Moskau im Friedensimplementierungsrat zu

schaffen, der für die Umsetzung des Dayton-Vertrags zuständig ist.

Die fehlende Legitimation hindert Schmidt nicht daran, die politische Kontrolle in Sarajevo auszuüben. Jüngstes Beispiel war die abrupte Einstellung der Finanzierung zweier serbischer Parteien, denen der CSU-Politiker vorwarf, »die Grundprin-



**Giftzwerg: Christian Schmidt, der im Alleingang für die Zulassung von Glyphosat für weitere fünf Jahre stimmte, Dezember 2017**

zipien der Verfassung und der Rechtsordnung« anzugreifen. Es war ein weiterer Akt im Dauerstreit, den er mit Milorad Dodik austrägt. Dodik ist Präsident des serbischen Landesteils, der Republika Srpska. Er droht seit Jahren damit, die von ihm geführte Entität aus dem bosnischen Gesamtstaat herauszulösen und in die Unabhängigkeit zu führen. Dafür wurde er im Februar zu einer Haftstrafe verurteilt. Ein gegen ihn erlassener Haftbefehl konnte indes bisher nicht vollstreckt werden.

Eigentlich soll der Hohe Repräsentant dafür sorgen, dass Bosnien einen friedlichen Weg verfolgt; notfalls zwischen Konfliktparteien vermitteln. Dafür verfügt er über umfassende Vollmachten. Durch die sogenannten Bonner Befugnisse kann er gewählte Vertreter ab- und durch eigenes Personal ersetzen, Gesetze kassieren und wie einst die Wesire unter osmanischer Herrschaft eigene Verordnungen erlassen. Schmidt hat zudem die Interessen des deutschen Kapitals im Blick. Bosnien bleibt so ein Land mit formaler Souveränität, faktisch aber ein Protektorat des Westens, der seine Dominanz militärisch durch die EU-Mission Althea absichert. An der ist auch die Bundeswehr beteiligt, 2024 wurde das Mandat verlängert.

Doch kein Konflikt ohne Schmidt, der sich darauf versteht, Strukturen, die demokratische Verfahren gewährleisten sollen, in ihr Gegenteil zu verkehren. Dafür empfohlen hat er sich bereits 2017. Als Landwirtschaftsminister stimmte er entgegen anderslautenden Absprachen für die Zulassung des Giftstoffs Glyphosat in der Europäischen Union. In Bosnien griff Schmidt 2022 nur Augenblicke nach den landesweiten Wahlen ein und änderte das Wahlgesetz zugunsten der kroatischen Nationalisten der HDZ – einer

Schwesterpartei der CSU. Im selben Jahr hatte er während eines seiner berühmten cholerischen Ausfälle deutlich gemacht, was er von den Politikern des Landes hält. Vor laufender Kamera beschimpfte er sie als »Müll«.

Bosnien und Herzegowina wurde im Zuge des Dayton-Abkommens in zwei etwa gleich große Parastaaten geteilt: die bosniakisch-kroatische Föderation und die Republika Srpska. Zugleich wurde die zur Befeuerung des Krieges genutzte ethnische Spaltung zum Verfassungsprinzip erhoben. Politische Rechte sind an die Zugehörigkeit an eine der drei großen Volksgruppen – muslimische Bosniaken, orthodoxe Serben oder katholische Kroaten – geknüpft. Roma, Juden, Jugoslawen und anderen Minderheiten bleiben hohe Positionen, wie im Staatspräsidium, verwehrt. Im Vorteil ist, wer sich geschickt des Nationalismus bedient. Zugleich ist dieser Nationalismus in der EU verpönt und dient als Rechtfertigung für die westliche Präsenz im Land.

Als Stichwortgeber dafür dient Schmidt. Ein Jahr nachdem er in Sarajevo eingezogen war, gab er dem Reservistenmagazin »Loyal« ein Interview. Darin beklagte er sich darüber, dass »die politische Kultur in diesem Land oft unterirdisch« sei. Zudem stellte er fest: »Wenn in Bosnien jemand mit dem Feuer spielen will, dann findet er immer einen Grund zum Zündeln.« Bosnien bleibt im westlichen Diskurs ein »unreifer« Staat, al-



so einer, der auf Führung angewiesen ist. Das knüpft an eine deutsche Tradition an, die ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert hat. Damals erklärte der Unternehmer und Diplomat Friedrich List den Balkan zum deutschen »Hinterland«. Während Frankreich und Großbritannien ihre Kolonien in Übersee hätten, müsse Deutschland den Osten beherrschen. Dieser Anspruch prägte Jahrzehnte deutscher Politik, und nach zwei verlorenen Weltkriegen erlebte er mit der Zerschlagung Jugoslawiens in den neunziger Jahren eine Neuauflage.

Die Anerkennung separatistischer Bewegungen durch Bonn beschleunigte die Auflösung Jugoslawiens. Mit den Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina (1992–1995) und im Kosovo (1999) wurden staatliche Strukturen zerstört und durch westliche Protektorate ersetzt. 2018 formulierte Michael Roth (SPD), damaliger Europa-Staatsminister, die deutsche Perspektive unmissverständlich: »Der westliche Balkan ist mitnichten der Hinterhof Europas, sondern vielmehr der Innenhof des europäischen Hauses.«

Die politische Kontrolle Bosniens dient nicht nur geopolitischen, sondern auch ökonomischen Interessen. Begehrt sind etwa die Bodenschätze. Geschürft wird nach Braunkohle, Eisenerzen, Bauxit, Kupfer, Mangan, Zink und Gold. Dieser Reichtum der Erde ist indes ein Hindernis für eine eigenständige, industrielle Entwicklung. Die dem Bundeswirtschaftsministerium angegliederte Agentur Germany Trade and Invest (GTAI) stellt auf ihrer Internetseite fest: »Exportierende Unternehmen in Bosnien und Herzegowina hängen stark von der konjunkturellen Entwicklung und der Nachfrage in Europa ab.«

Davon profitiert vor allem westeuropäisches Kapital: »Das Westbalkanland wickelt rund zwei Drittel seines Warenaustausches mit der EU ab. Wichtigster Abnehmer ist Deutschland. Verarbeitete Metallprodukte machen rund ein Drittel der Gesamtexporte aus«, so GTAI. Für gute Exportbedingungen sorgt die vollkommene Abhängigkeit in der Geldpolitik. In Bosnien ist seit 1998 die Konvertible Mark (KM) offizielles Zahlungsmittel. War die KM vormals eins zu eins an die D-Mark gekoppelt, ist sie es nun mit dem Euro. Das macht es für deutsche Unternehmen attraktiv, vor Ort zu produzieren – auch weil die Arbeiterschaft gut ausgebildet ist.

»Rund 550 deutsche Firmen, meist aus der verarbeitenden Industrie, produzieren in Bosnien und Herzegowina«, meldet GTAI. »Für den Fertigungsstandort vor der Haustüre« entscheiden sich vor allem Automobilzulieferer. Doch auch Lebensmittelproduzenten, Chemieunternehmen und Baustofffirmen agieren in dem Balkanland.

In jüngster Zeit ist ein weiteres begehrtes Mineral hinzugekommen: Lithium, das die Europäische Union zu den kritischen Rohstoffen zählt. Zu diesen müsse man Zu-

gang haben, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2022, das sei entscheidend für die Transformation der Wirtschaft. Große Vorkommen von Lithium sollen in der Grenzregion zwischen der Republika Srpska und Serbien lagern. Dort, in der Gemeinde Lopare, wollen der kanadische Konzern Rock Tech Lithium und die Schweizer Arcore AG eine Mine betreiben. Ab 2030 soll dann das Mineral von Bosnien ins brandenburgische Guben gebracht werden, um zum Batterierohstoff Lithiumhydroxid verarbeitet zu werden.

Das Milliardengeschäft in Lopare ist das Pendant zum geplanten Lithiumabbau im serbischen Jadartal – es soll sich beidseits der Grenze um dieselbe Lagerstätte handeln. Die serbischen Vorkommen haben sich EU-Autokonzerne mit Hilfe des damaligen deutschen Kanzlers Olaf Scholz im Sommer 2024 gesichert. Während in Serbien Zehntausende gegen das Minenprojekt demonstrierten, ist der Protest in der Republika Srpska verhalten. Ein Grund dafür ist das repressive Vorgehen der dortigen Behörden. Protestierende werden sowohl physisch verfolgt als auch öffentlich zu Feinden erklärt. Das schreckt viele Engagierte ab, ihre Ablehnung so laut zu äußern.

Was die Lage in Bosnien und Herzegowina zudem verkompliziert: Die Eigentumsverhältnisse sind in dem ehemaligen Kriegsland unklar. So beanspruchen sowohl die Regierungen der Republika Srpska in Banja Luka als auch die zentralstaatliche in Sarajevo den Grund und Boden sowie die darin lagernden Rohstoffe für sich. Damit verbunden sind die Fragen, wer die Lizenzen für deren Abbau vergeben und somit Gebühren erheben darf. Die von Milorad Dodik immer wieder vorgebrachte Forderung nach Eigenständigkeit und die Drohung mit Abspaltung sind somit an handfeste Interessen geknüpft. Der Konflikt – auch wenn nicht ausgesprochen – ist ohne die Konkurrenz um die Bodenschätze nicht zu verstehen.

Für das deutsche Kapital, das sich in der EU um eine produktionsnahe Versorgung mit Lithium bemüht, war die Personalie Schmidt ein Geschenk. Der CSU-Mann macht den Weg für die Mine frei. Er stellte einfach fest, dass die Frage der Eigentumsrechte gar nicht betroffen ist, wenn wie in Lopare nur eine »vorübergehende Nutzung« des Bodens erlaubt wird. Zum Zeitpunkt der Einschätzung saß im Beirat der Arcore AG ein anderer CSU-Politiker. Damit in deutschen Unternehmen kein Zweifel aufkommt, gab Christian Schmidt seinen Kameraden von »Loyal« mit auf den Weg: »Gegen Entscheidungen von mir als Hoher Repräsentant gibt es keine Berufung.«

**Roland Zschächner schrieb in konkret 3/25 über Domenico Müllensiefens Roman *Schnall dich an, es geht los***



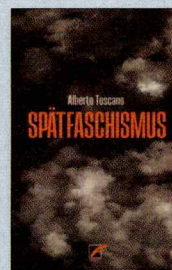
**Die Diskriminierung autistischer Menschen beenden**

Jodie Hare  
Autismus ist keine Krankheit  
Politik für eine neurodiverse Gesellschaft  
160 Seiten | 18 €



**Aktuelle kritische Analyse der zweitgrößten extrem rechten Bewegung in Deutschland**

Ismail Küpeli  
Graue Wölfe  
Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland  
136 Seiten | 14 €



**Faschismus als ständiges Potenzial des Kapitalismus**

Alberto Toscano  
Spätfaschismus  
Rassismus, Kapitalismus und autoritäre Krisenpolitik  
212 Seiten | 19,80 €



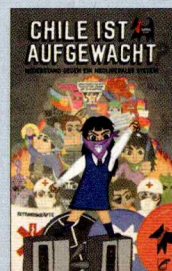
**Streitschrift für einen Konföderalismus in Israel/Palästina**

Shlomo Sand  
Ein Staat für zwei Völker?  
Die Idee des Binationalismus in der zionistischen Bewegung und die Zukunft Israels in Palästina  
228 Seiten | 18 €



**Den Mythos der Maschine KI aufbrechen**

Matteo Pasquinelli  
Das Auge des Meisters  
Eine Sozialgeschichte Künstlicher Intelligenz  
288 Seiten | 22 €



**Unterhaltsamer Infocomic über den Aufstand in Chile – um 60 Seiten ergänzte 2. Auflage!**

Su Rivas  
Chile ist aufgewacht  
Widerstand gegen ein neoliberales System  
184 Seiten | 19,80 €



**G**eopolitisch läuft derzeit einiges an Umgruppierungen und Bündniswechseln in der von jihadistischer Gewalt und einer Krise staatlicher Strukturen geschüttelten Sahel-Region. Als geopolitisch feindseligen Faktor stuft inzwischen die Mehrzahl der Staatsführungen in der Region die frühere Kolonialmacht Frankreich ein. Dem war nicht immer so – vor zwölf Jahren wurde der Beginn der französischen Militärintervention in Mali in breiten Kreisen gefeiert; im August 2022 endete sie mit dem schmachvollen Rauswurf der Truppen aus dem Land.

Die Intervention hielt in vieler Augen nicht, was sie versprach, und steht damit stellvertretend für eine generelle Entwicklung. Die Vorbehalte gegen die Rolle Frankreichs in der Region hatten viele jahrelang bereitwillig heruntergeschluckt im Glauben, zumindest die Jihadisten vom Hals zu bekommen. Das trat aber nicht ein. Im Gegenteil. Die militärische Präsenz Frankreichs er-

tritt aus der neokolonialen CFA-Franc-Zone auch eine gemeinsame Währung einführen möchte.

Die AES bildet dabei den Kern einer regionalen Kooperation, an der auch andere Regierungen teilnehmen: In Guinea ging die derzeitige Führung unter Mamady Doumbouya im September 2021 ebenfalls aus einem Militärputsch hervor; sie ahmt teilweise die Militärregierungen in den AES-Staaten nach, hält jedoch zugleich gute Beziehungen zu den USA aufrecht. Im Senegal ging die politische Spitze unter Staatspräsident Bassirou Diomaye Faye im Frühling 2024 aus freien Wahlen hervor und optierte ihrerseits für eine wachsende Distanzierung von Frankreich, ohne dass es bislang zu einem ähnlich tiefen Bruch mit Paris wie im Falle Malis, Burkina Faso und Nigers gekommen wäre. Selbst die bislang pro-französisch ausgerichteten, seit Jahrzehnten diktatorisch regierten Staaten Togo und Tschad suchen in jüngster Zeit außenpolitisch eine Annäherung an die AES und

Universitätsfakultäten eröffnete, versuchen Einfluss zu nehmen.

Anders sieht es im Verhältnis zum nördlichen Nachbarn Algerien aus, obwohl dieser mit den südlichen Anrainerstaaten eine mächtige Aversion gegen das französische Dominanzstreben teilt. Schon aus historischen Gründen, und die Anspannung im bilateralen Verhältnis zwischen Paris und Algerien wuchs seit dem 30. Juli 2024 gewaltig. Also seit dem Tag, an dem Staatspräsident Emmanuel Macron beschloss, den marokkanischen Anspruch auf die seit 1975 von dem Land besetzte, frühere spanische Kolonie Westsahara nun auch offiziell, obwohl internationalen Recht zuwiderlaufend, zu unterstützen (siehe **konkret 12/24**) – wie 2020 bereits Donald Trump und seit 2022 die spanische Regierung. Marokko und Algerien sind seit langem regionalpolitische Rivalen. 1963 führten sie wegen des Grenzverlaufs kurzzeitig Krieg gegeneinander, und seit 2021 drohte mehrfach eine militärische Eskalation.

Auch Algerien sucht bisweilen die strategische Nähe zu Russland, will dabei aber nicht zu weit gehen, sondern eher von einer Schaukelpolitik zwischen rivalisierenden europäischen Großmächten profitieren. Die Präsenz der Wagner-Söldner unweit der algerischen Südgrenze war seit längerem ein Streitgegenstand zwischen Algerien und Bama. Als in der Nacht zum 31. März 2025 eine der Armee Malis gehörende Drohne aus türkischer Fabrikation im Grenzgebiet abgeschossen wurde – Mali zufolge südlich, laut algerischen Behauptungen nördlich der Grenze –, wuchsen die Spannungen nochmals erheblich. Mali zog den Botschafter aus Algerien ab, Burkina Faso und Niger folgten unverzüglich. Algerien wiederum schob innerhalb von wenigen Tagen über 5.000 nigrische Arbeitsmigranten in Rekordtempo über die Saharagrenze ab. Am 20. April dieses Jahres verabschiedete das algerische Parlament überdies ein Gesetz, das eine allgemeine militärische Mobilmachung erlaubt.

So viel zu den politischen Bündnissen und Verwerfungen. Was für eine ökonomische Grundlage unterfüttert aber die Politik der AES-Staaten, die jeweils Frankreich gegenüber aus ihrer bisherigen subalternen Position herauszutreten beabsichtigen? Bis dahin waren die drei Sahel-Länder weitgehend in einer Position des Zulieferers unverarbeiteter Rohstoffe für Frankreich und Europa verblieben, wie sie der koloniale Territorialblock »Französisch-Westafrika« (AEF) vorsah, der vom heutigen Mauretanien und Senegal bis zum jetzigen Benin reichte. Französische Banken und Dienstleister wie Orange, so heißt die längst privatisierte frühere französische Telekom, dominierten ihren Binnenmarkt.

Im Zug ihrer außenpolitischen Emanzipation versuchen die AES-Staaten, stärkere

# Dégage!

## Frankreichs Exkolonien in Afrika wollen sich auch von neokolonialen Abhängigkeiten befreien. Eine Übersicht von Bernhard Schmid

wies sich als probates Werbeargument und Rekrutierungsmittel für die ansonsten in Mali eher unfreundlich aufgenommenen Radikalislamisten. Besonders in der jüngeren Generation.

Das Scheitern des französischen Feldzugs gegen das Vordringen von jihadistischen Gruppen im Norden und im Zentrum des Staatsgebiets Malis, in der Nordhälfte von Burkina Faso und im Westen des Territoriums der Republik Niger beförderte den Machtantritt von Militärregierungen, die mit dem Versprechen einer Wiedererlangung verlorener Souveränität antraten. In Bama kam es im August 2020 und im Mai 2021 zu Putschen, im Nachbarland Burkina Faso zweimal im Jahr 2022, in der Republik Niger im Juli 2023. Im September desselben Jahres begründeten die drei Staaten eine neue Konföderation, die »Allianz der Staaten des Sahel« (AES), die inzwischen gemeinsame Pässe ausgibt und nach dem geplanten Aus-

erwägen sogar einen Beitritt. Dabei geht es den amtierenden Regimes vor allem um ihren Selbsterhalt im neuen geopolitischen Kontext.

Um den vollzogenen politischen Bruch mit Frankreich zu unterstreichen, holten sich insbesondere die drei AES-Staaten demonstrativ die Russische Föderation als Bündnispartner an Bord. Kombattanten der russischen privaten Militärfirma Wagner, inzwischen »Afrika Korps«, stehen in Mali, und Burkina Faso junger Interimspräsident Ibrahim Traoré – er trat sein Amt im September 2022 an – war im Hochsommer 2023 eine Art Stargast beim Russland-Afrika-Forum mit Truppenschau in Sankt Petersburg. Aber auch die Türkei, mit welcher die Republik Niger im Juli 2024 mehrere militärische Kooperationsabkommen schloss, in Ergänzung einer schon vor dem Militärputsch geschlossenen Vereinbarung von 2020, und die Islamische Republik Iran, die etwa in Mali zwei





**Ein Feind, ein guter Feind ... : Assimi Goïta, Übergangspräsident von Mali, Abdourahamane Tiani, Übergangspräsident in Niger, und Ibrahim Traoré, Übergangspräsident von Burkina Faso, auf dem ersten Gipfel der von ihnen gegründeten Allianz der Sahel-Staaten (AES), Juli 2024**

ökonomische Binnenstrukturen aufzubauen. Dies hatte bereits der revolutionär orientierte, im Oktober 1987 nach nur vier Jahren im Amt ermordete burkinische Präsident Thomas Sankara gefordert. Er war marxistisch inspiriert, unterstützte die Frauenemanzipation und war in vielfacher Hinsicht um Längen fortschrittlicher und theoriegeprägter als die jetzige Militärregierung, die sich auf ihn beruft.

Sankara kurbelte etwa die Baumwollverarbeitung für den inländischen Bedarf an. Davor hatte die französische Kolonialmacht in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts auf Exportproduktion getrimmte Baumwoll-Monokulturen rund um das Nigerbecken eingeführt. Zu Textilien verarbeitet wird die Baumwolle dabei in der Regel im nördlichen Ausland. Selbst der als Grundelement traditioneller Kleidung in ganz Westafrika geltende und auf Baumwolle basierende Wax-Stoff wird heute überwiegend aus Hamburg und den Niederlanden importiert, vor Ort nur bedruckt – wenn überhaupt – und zurechtgeschnitten. Jüngst nun knüpfte die Militärregierung an Sankaras »Faso Danfani«-Kampagne der achtziger Jahre an: Die Herstellung von Textilien soll lokal stattfinden und die Bevölkerung die Eigenprodukte tragen. Im Januar und Februar intensivierte die Regierung eine entsprechende Kampagne.

Hinzu kam Ende Februar 2025 die Einweihung von Westafrikas größter Kondensmilch- und Milchpulverfabrik. Das Werk soll Produkte der einheimischen Marke *Le Lait faso* liefern. Bislang wurden laut jüngsten Zahlen der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) 90 Prozent des Milchbedarfs durch Importe gedeckt, davon 50 Prozent allein aus der EU – obwohl

Burkina Faso eine bedeutende Viehwirtschaft aufweist. Mitte Februar wurde auch die Anschaffung von 400 Traktoren angekündigt, um beim Weizenbedarf unabhängiger von Einfuhren zu werden. Zugleich wurde die Einweihung der Zuckerfabrik Société Nationale (Sосуco) bekannt gegeben. Diese soll 30.000 Tonnen Zucker im Jahr herstellen und damit allein ein Fünftel des jährlichen nationalen Verbrauchs decken.

Importsubstitution lautet das Schlagwort, was hinsichtlich der außenpolitischen Emanzipation durchaus positiv zu werten ist. Was das jedoch für die Bevölkerung, nicht zuletzt die Fabrikarbeiter, bedeutet, kann mit Blick auf das angespannte Verhältnis zwischen der Regierung und der burkinischen Confédération générale du travail (CGT) und anderen Gewerkschaften erahnt werden. Deren Aktionseinheit, Unité d'action syndicale (UAS), trug bei einer Konferenz Anfang 2025 teilweise harsche Kritik an hohen Lebenshaltungskosten und an autoritären Leitungsmethoden der Regierung vor.

Eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen hängt ferner von der Energieversorgung der Einwohner ab. Ende 2020 verfügten in Burkina Faso laut Zahlen der Afrikanischen Entwicklungsbank nur 22,5 Prozent über eine Stromversorgung: durchschnittlich 67,4 Prozent in städtischen Räumen und lediglich 5,3 Prozent der Landbevölkerung. Durch Solarenergienutzung hat sich die Versorgungsquote etwas erhöht. Die Regierung setzt aber unterdessen in hohem Maße auf eine, gelinde ausgedrückt, umstrittene Technologie. Sie unterzeichnete am 13. Oktober 2023 in Moskau eine Absichtserklärung mit Russland zur Nutzung der Nukleartechnologie. Es sieht die Errichtung eines Atomkraftwerks im Land vor. Zu befürchten

ist, dass die Fixierung auf zentralisierte Stromproduktion und Schwerindustrie vor allem aus dem Vorhaben, das nationale Prestige zu stärken, hervorgeht. Der Energiebedarf in Burkina Faso wäre jedenfalls dezentral weitaus effektiver zu decken.

In der Gesamtschau weist die Entwicklung im westlichen und zentralen Sahel widersprüchliche Aspekte auf. Der Bruch der in jüngerer Zeit gebildeten Regierungen vom Tschad bis zum Senegal mit der Ex- und Neokolonialmacht Frankreich ist nachvollziehbar und kaum umstritten. Zugleich scheinen die neuen Regimes auf internationaler Ebene bislang eher auf einen Wechsel des großen Partners – zugunsten von Russland – denn auf entschlossene Eigenständigkeit, ergänzt um eine Süd-Süd-Kooperation, ausgerichtet.

Überdies wächst innenpolitisch bei den AES-Staaten der Autoritarismus. Das Verbot aller politischen Parteien in Mali, das im April 2025 dekretiert wurde und alle politischen Organisationen – die der alten, bis ins Mark korrupten Oligarchie, jüngere Oppositionskräfte sowie die traditionelle marxistische Partei SADI – unterschiedslos trifft, deutet in diese Richtung. Bislang existiert eine reale Zustimmung der Bevölkerung zur Agenda der neuen Regierungen: von der Abgrenzung gegenüber Frankreich bis zum Versuch des Aufbaus einer eigenständigen Ökonomie. Die innenpolitischen Entwicklungen, die die Bevölkerung auf den Beifall für die regierenden Militärs einschränken, drohen jedoch, die positiven Ansätze zu strangulieren. ●

**Bernhard Schmid schrieb in konkret 5/25 über einen kläglichen Mobilisierungsversuch des Rassemblement National**



# Anständig abschieben

**Schwarz-Rot ist dabei,  
das Asylrecht komplett  
abzuschaffen – und wieder-  
holt damit die Geschichte  
von 1993. Von Holger Pauler**

**W**ir machen Schluss mit illegaler Migration«, titelt die CDU Mitte April bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags, auf den sie sich mit den Sozialdemokraten geeinigt hat. Unter der Überschrift »Verantwortung für Deutschland« (siehe Artikel von Marita Fischer in **konkret** 6/25) stehen zahlreiche Punkte, die auch der AfD und ihren Wählern gefallen dürften: Man will eine »Rückführungsoffensive starten«, die »Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitern«, die »freiwilligen Aufnahmeprogramme beenden«, den »Familiennachzug aussetzen« oder »Zurückweisungen an den Staatsgrenzen« forcieren. Man könnte auch sagen: Man will Abschiebung und Abschottung.

Das ist nicht neu: Schon Anfang der neunziger Jahre waren sich die Union, der damalige Koalitionspartner FDP und die oppositionelle SPD darüber einig, die Zahl der in Deutschland lebenden »Ausländer« drastisch zu reduzieren. Dafür verschärften sie im »Asylkompromiss« den Artikel 16 des Grundgesetzes. Fortan sollte niemand, der sich vorher in einem »sicheren Drittstaat« aufgehalten hatte, Anspruch auf Asyl haben. Da Deutschland ausschließlich von »sicheren Drittstaaten« umgeben ist, galt das eigentlich für alle.

Die »bürgerliche Mitte« gab so dem »Druck« von Rechtsaußen nach. Das ist heute nicht anders. Der Unterschied: Anfang der neunziger Jahre war es vor allem ein mordender und brandschatzender Mob, der, flankiert von Politik und Medien, Jagd auf Migranten machte. Heute kommt der Druck zusätzlich von der AfD, die auch von Nazis gewählt und repräsentiert wird. Das Motto bleibt das gleiche und lautet: »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus«. Und auch der Begriff »Remigration«, spätestens seit

den Tagen von Potsdam im Herbst 2023 jedem geläufig, ist nicht wirklich neu: Schon 1982 sprach sich der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) kurz nach seinem Machtantritt für eine »menschlich anständige Rückführung der Türken in ihre Heimat« ausgesprochen. Und was Deutsche für »anständig« halten, ist bekannt.

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) hat für das Buch »Brandsätze – Rassismus im Alltag« ganz normale Deutsche interviewt. Asylbewerber wurden als »bedrohliche Flut« und »arbeits-scheues Gesindel, das auf unsere Kosten lebt« bezeichnet. Befragt wurden unter anderem ein 70-jähriger ehemaliger Bergmann und seine 68-jährige Ehefrau: »Bei beiden Interviews zeigte sich ein sehr deutliches Leistungs- und Anpassungsdenken: Wer sich nicht anpasst, den muss man abschieben. Messlatte für die Anpassung ist ein explizit »deutscher« Tugendkatalog: Fleiß und Sauberkeit. ... Wenn sich die Fremden bemühen, sich an »unsere« Sitten und Gebräuche anzupassen, werden sie respektiert. Geschieht dies nicht, ja, dann kann man eben nichts machen; dann muss man »sie« abschieben.« Das passt zu den aktuellen Forderungen der Bundesregierung – auch den Einheimischen gegenüber.

Es gehört zur DNA der deutschen Volksgemeinschaft, stets den Fremden für das eigene Unglück verantwortlich zu machen. Die Beispiele reichen von »Die Juden sind unser Unglück« bis zum Kampf gegen die Flüchtenden dieser Erde. Doch anders als 1993 reicht die Mehrheit der kleinen »Groko« nicht, um das Grundgesetz entsprechend anzupassen. Mit der AfD will man (noch) nicht, obwohl Friedrich Merz im Januar bereits die Grenzen des Machbaren getestet hat, als die Union gemeinsam mit der AfD für das »Zustrombegrenzungs-gesetz« stimmte.

Aber vermutlich braucht man die Rechts-extremisten eh nicht. Denn auch auf die Grünen ist stets Verlass, wenn es um die Verteidigung Deutschlands geht. »Wir sind in der Sache gesprächsbereit«, sagte der Co-Vorsitzende der Partei, Felix Banaszak, im Februar. Die »Sache« nennt sich im grünen Deutsch: »Migrationssteuerung«. Und im Zweifel sorgt die Linkspartei dafür, dass die Reihen sich schließen. Am 6. Mai hat sie sich mit Union, SPD und Grünen informell darauf verständigt, dem designierten Kanzler Merz zu einem zweiten Wahlgang zu verhelfen. Anschließend forderte das Führungspersonal der Partei die CDU auf, den Unvereinbarkeitsbeschluss zu kippen. Schließlich brauche es für eine Zweidrittelmehrheit ohne die AfD die Linke. Die Fraktionsvorsitzende Heidi Reichinnek verlangte in der »Taz«, dass die Union ihre »ideologischen Scheuklappen« ablegen solle. Völlig abwegig scheint das nicht.

Doch es gibt einen vermeintlichen Unterschied zwischen damals und heute. Nach der Wiedervereinigung waren es stolze Deutsche, welche die Taten verübten. Heute stehen ausschließlich »Nicht-Deutsche« im Fokus – zumindest berichten »Nius«, »Welt«, »Spiegel«, »Bild« bis zu den rechten »Alternativmedien« fast ausschließlich über Gewalttaten, die von Migranten verübt werden. Die »Biodutschen« dürfen unterdessen weiter morden: Die »Amadeu Antonio Stiftung« zählt seit der Wende mindestens 220 Todesopfer rechter Gewalt. Um die Taten zu relativieren, heißt es: Der NSU war nur zu dritt und die rechtsextremen Taten von Halle, Hanau, Kassel oder Mannheim waren bedauerenswerte Einzelfälle.

Die Wiedervereinigung war für viele, auch in der Mitte der Gesellschaft, eine Art nationales Erweckungserlebnis. Die Ex-Maoistin und damalige Grünen-Abgeordnete Antje Vollmer behauptete am 9. August 1990 im Bundestag: »Die europäische Welt hat keine Angst mehr vor den Deutschen, weil wir 1968 aufgebrochen sind, weil wir das Law-and-Order-Denken herausgeblasen haben aus diesem Land, weil wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben.« Vier Monate später wurde sie mit ihrer Partei aus dem Bundestag gewählt. Das Volk traute der Ökopartei trotz aller patriotischen Bekenntnisse nicht zu, das geliebte Vaterland wieder auf Kurs zu bringen.

Wenig später folgten die pogromartigen Ausschreitungen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen und die zum Teil tödlichen Brandanschläge von Solingen, Hünxe, Mölln und Lübeck. Der damalige Innenminister Rudolf Seiters (CDU) sagte in dem Zusammenhang, dass »große Teile der Bevölkerung besorgt über den massenhaften Zustrom von Asylbewerbern« seien. Seine Konsequenz: »Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts.« Aus Tä-



tern wurden Opfer, wie so oft in der deutschen Geschichte.

Die Medien der Mitte stimmten in den Chor ein. Der »Spiegel« titelte im September 1991: »Das Boot ist voll!« Zur Veranschaulichung war auf dem Titelbild der Ausgabe vom 9. September 1991 ein mit Hochhäusern und Shopping-Malls zugebautes, überfülltes Holzboot zu sehen, das Tausende Menschen beherbergte. Auf Transparenten standen Sprüche wie: »Illegale Einwanderung« oder »Volkszorn«. Darüber prangte in fetten Lettern: »Ansturm der Armen« und als Untertitel: »Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten.« Die Botschaft war eindeutig. Dass die rechtsradikalen »Republikaner« im Juni 1991 zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft auf ihren Plakaten das gleiche Motiv benutzt hatten, störte kaum.

Und heute? Mit den Worten »Was jetzt kommt, wird vielleicht nicht jedem gefallen, aber es ist eines der ganz großen Themen unserer Zeit«, kündigte die NDR-Redakteurin Julia Ruhs die erste Folge der Reportagereihe »Klar – Was Deutschland bewegt« an, die Anfang April in der ARD ausgestrahlt wurde. Der Titel »Migration: Was falsch läuft« gab die Richtung vor, und die Sendung ließ nur einen Schluss zu: Migration an sich ist falsch.

»Allen« dürfte das tatsächlich nicht gefallen haben, aber zumindest die rechte bis rechtsextreme Bubble dürfte applaudiert haben: Wie schon die »Altparteien« überneh-

Welt klarzumache, dass Fremdenfeindlichkeit eine Schande für unser Land ist«. Norbert Blüm ergänzte: »Deutschlands Ruf ist in Gefahr« und »Bild« titelte panisch: »Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein«. Die Vorstellung vom anständigen Deutschland sollte wiederhergestellt werden, und so organisierte man Lichterketten und eine Großdemo in der zukünftigen Hauptstadt. »In Berlin war man stolz darauf gewesen, dass einige hunderttausend Bürger sich versammelt hatten, um unter Anleitung des Bundespräsidenten (Richard von Weizsäcker) zu versichern, man dürfe andere Menschen nicht einfach totschiessen«, kommentierte Eike Geisel den Triumph des guten Willens in der »Taz«. »Derlei Äußerungen gelten in Deutschland schon als festes Bekenntnis zur Demokratie und nicht als Beleg, wie notdürftig die Barbarei im Zaun gehalten ist.« Wenige hundert Leute verweigerten sich dem Schauspiel und schmissen Tomaten und Eier auf die Repräsentanten der Republik, was fortan als die eigentliche Schande galt. Für einige Wochen waren die Täter/innen von Rostock, Solingen und Mölln aus den Schlagzeilen verschwunden.

Diese Stimmung nutzten die Volksparteien aus, um das Asylrecht faktisch abzuschaffen. Und selten waren sich Union und SPD so einig wie damals. »Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefgehenden Vertrauenskrise gegenüber

Zustimmung in der Bevölkerung dasteht. Es ist eine Entscheidung über die zukünftige Regierungsfähigkeit der Partei.« Wenn SPD-Chef Lars Klingbeil heute vor einem Scheitern des Mitgliedervotums zum Koalitionsvertrag warnt, klingt es ähnlich: »Wenn wir das jetzt verbocken, wer weiß, was das für die Bundestagswahl 2029 oder 2033 in diesem Land bedeutet.«

Die Grundgesetzänderung wurde am 25. Mai 1993 im Bundestag verabschiedet. Die Folge: Die Asylbewerberzahlen sanken von 436.000 1992 auf 127.000 zwei Jahre später. Zum Vergleich: 2016 waren es noch 745.000, acht Jahre später, 2024, rund 251.000 Menschen, die Asyl beantragten. Im ersten Quartal dieses Jahres gab es gar einen Rückgang um 52 Prozent. Nur jeder Fünfte gilt als »schutzberechtigt«. Im vergangenen Jahr sind deshalb 85.000 Menschen »illegal« eingereist, 44.000 wurden direkt an der Grenze abgewiesen.

Anfang der neunziger Jahre lag der Anteil der Muslime unter den Geflüchteten bei weniger als fünfzig Prozent. Vor diesem Hintergrund wirkt das aktuelle Argument, man wolle das Land vor allem vor Islamisten und Salafisten, also vor sogenannten »Gefährdern«, schützen, arg konstruiert. Das Motiv hieß immer schon: Fremdenhass. Der manifeste Judentumhass in der arabischen Community erlaubt es den stolzen Deutschen zudem, den eigenen Antisemitismus auf die ungebetenen Gäste zu projizieren und nebenbei die deutsche Geschichte gleich mit zu entsorgen, nach dem Motto: Die anderen sind genauso schlimm wie wir, mindestens. Das rein taktische Verhältnis der AfD zu Israel wird von deren Wählerschaft eh nicht ernst genommen. Im Zweifel hetzt der konformistische Rebell auch wieder gegen den Juden, wie eine Studie des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) belegt: Nirgendwo sind antisemitische Einstellungen so weit verbreitet wie unter den Anhängern der AfD. »Rechtsextreme inszenieren sich gleichzeitig als »die Juden von heute« und relativieren so die Schoa, leugnen die Massenverbrechen der Nazis und drohen Jüdinnen und Juden zugleich ihre Wiederholung an«, sagt Daniel Poensgen, Co-Autor der Studie.

Joachim Bruhn hat den Dauerzustand in seinem bereits 1992 erschienenen Aufsatz »Mord und Totschlag. Konsequenzen der Deutschen Einheit« auf den Punkt gebracht: »Das kapitalistische Deutschland bewältigt den Nationalsozialismus, indem es seiner Lebenslüge, die Demokratie hätte mit dem Führer nicht das Geringste gemein, bis zur Selbsthypnose verfiel.« In dem Glauben lässt sich jede Schand- als Wohltat verkaufen. 1993 wie 2025.

**Holger Pauler schrieb in konkret 9/23 über Kohei Saitos Buch Systemsturz**



**Deutschland. Ein Trauerspiel: In Hamburg protestieren am 1. Februar 2025 mehr als 65.000 Menschen mit einem Lichtermeer gegen AfD und Merz**

men auch die »Systemmedien« die Inhalte der AfD. Und daran, dass Migration zu einem der »ganz großen Themen unserer Zeit« werden konnte, haben die Medien entscheidenen Anteil. Spätestens seit der Sarrazin-Debatte vor rund 15 Jahren bestimmt das Thema die Talkshows und Nachrichten.

Dabei steht auch das Image Deutschlands auf dem Spiel. Für Helmut Kohl war es vor drei Jahrzehnten »das Wichtigste, der

unserem demokratischen Staat, ich sage mit Bedacht, ja eines Staatsnotstandes«, gab Bundeskanzler Kohl die Richtung vor. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD im Bundestag, Peter Struck, versicherte Gehorsam und warnte allzu wankelmütige Genossen davor, den nationalen Konsens aufzubrechen: »Delegierte, die die Zustimmung verweigern, müssen wissen: sie riskieren damit, dass die SPD am Ende kopflos und ohne



# Mitleid mit den Mächtigen

## Der Tatbestand der Politikerbeleidigung hat Konjunktur. Von Özge Inan

**P**olitiker/innen sind auch Menschen. Wie jeder Mensch besitzen sie eine Würde; beschimpft man sie, verletzt sie das, den einen mehr, die andere weniger, wie bei uns allen. Anders als bei uns fällt dagegen die juristische Bewertung aus.

Seit das Strafgesetzbuch 1871 eingeführt wurde, blieb der Tatbestand der Beleidigung nahezu unverändert. Dem Übeltäter droht eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr, für eine tätliche Beleidigung bis zwei Jahre oder eine Geldstrafe. 2021 erließ die Große Koalition das »Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität«. Die Reform enthielt praktischerweise eine Erweiterung ihres eigenen Anwendungsbereichs, indem sie eine neue Form der »Hasskriminalität« schuf: die »gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung«, im Volksmund Politikerbeleidigung genannt. Zuvor gab es eine Politik-Extrawurst nur für Verleumdung und üble Nachrede, also falsche Tatsachenbehauptungen. Das neue Gesetz wertete nun auch herabwürdigende Urteile als besonders strafwürdig, wenn sie Politikerinnen und Politiker treffen. Die Höchststrafe beträgt hier drei Jahre.

Allerdings sollte man die Regelung nicht ohne weiteres so verstehen, als sei der Ruf einer mächtigen Person schützenswerter als der einer Normalbürgerin. Das politische Gemeinwesen ist gleichermaßen Schutzgut: Die Beleidigung eines Staatsmanns wird nur dann geahndet, wenn sie geeignet ist, sein »öffentliches Wirken erheblich zu erschweren«. In der Praxis handhaben die Behörden dieses Kriterium allerdings eher flexibel.

Ende vergangenen Jahres erlangte der Fall eines Rentners bundesweit Berühmtheit, der auf seinem Facebook-Account den damaligen Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) per Meme einen Schwachkopf geschimpft hatte. Ein knappes Jahr nach dem delinquenten Post tauchte die Kriminalpolizei Schweinfurt vor der Tür des 64-jährigen auf, durchsuchte die Wohnung und beschlagnahmte ein Tablet. Allerdings hatte der Memearffine Pensionär gerade einmal knapp 500 Facebook-Freunde. Wie das dem Wirtschafts-

minister der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt das öffentliche Wirken erschweren soll, erschließt sich nicht; der Fall löste große Entrüstung aus.

Dass die Beleidigung das öffentliche Wirken des Opfers erschweren muss, ist mehr als eine juristische Spitzfindigkeit. Das Merkmal macht den Tatbestand nach überwiegender Auffassung in der Rechtswissenschaft überhaupt erst verfassungskonform. Denn eine so eklatante Ungleichbehandlung wäre ohne objektivierbaren Grund nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar. Im übrigen erschließt sich logisch ohnehin

## »Hass und Hetze« gegen politische Amtsträger/innen hat sich zu einer Art Trendthema entwickelt

nicht, inwiefern das ungünstig ausfallende Urteil über eine Person den politischen Betrieb stören soll: Wenn es besonders überzeugend ist?

Erfreulicherweise lehnte das bayerische Oberlandesgericht Ende März die Strafbarkeit in einem Fall ab, in dem der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz auf einem Demo-Plakat in Ingolstadt als »Volksschädling« betitelt wurde. Anders als falsche Tatsachenbehauptungen, die oft als objektiv wahr wahrgenommen und weiterverbreitet würden, sei der sicherlich geschmacklose Begriff als subjektive Einschätzung erkennbar, argumentierte das Gericht. Deshalb seien keine nennenswerten Auswirkungen zu erwarten. Ob damit nicht auch die Sinnhaftigkeit der Norm schlechthin in Frage steht, bleibt abzuwarten.

Der jüngste Fall einer falschen Tatsachenbehauptung betrifft Nancy Faeser (SPD). Zu ihrer Zeit als Innenministerin postete der rechtsradikale Journalist David Bendels ein Meme, das Faeser mit einem Schild mit der Aufschrift »Ich hasse die Meinungsfreiheit!« zeigt. Das Amtsgericht Bamberg verurteilte Bendels wegen Verleumdung einer Politikerin zu einer Bewährungsstrafe. Bendels Gegenrede, seine Follower besäßen mindestens ein politisches Grundinteresse, wüsten deshalb, dass eine erfahrene und mächtige Politikerin sich natürlich nicht mit einem solchen Schild würde ablichten lassen, und könnten das Meme problemlos als satirische Montage erkennen, ließ das Gericht nicht gelten. Dabei dürfte ein Neonazi vor Gericht selten so einleuchtend argumentiert haben.

Wie bereits im Fall »Schwachkopf« lief die liberale Presse Sturm gegen das Urteil. »Niemand muss nett zu Nancy Faeser sein«, befand Alan Posener zutreffend in der »Zeit«. »Ein Urteil wie aus einer Diktatur«, übertrieb Springers »Welt«, und selbst der britische »Economist« beklagte den Imageschaden, den »eines der freiesten Länder der Welt« sich selbst zugefügt habe.

Wenn sich also bürgerliche Leitmedien, große Teile der Rechtswissenschaft und die humanistische Vernunft einmal einig sind, warum kommt es dann immer wieder zu solchen Fällen?

Ein Teil der Antwort dürfte darin liegen, dass der Bundestag die politikerfeindlichen Aussagedelikte auch unter dem Eindruck des Mordes an Walter Lübcke verschärfte. Der CDU-Politiker, der 2019 von einem Rechtsradikalen erschossen wurde, hatte zuvor Shitstorms und Drohungen aus der Szene erhalten. Immer wieder verweisen Befürworter/innen des neuen Gesetzes auf eine vermeintlich direkte Verbindung zwischen Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalttaten. Allerdings ist zu beobachten, dass »Hass und Hetze« gegen politische Amtsträger/innen sich zu einer Art Trendthema entwickelt hat. Erst vor wenigen Wochen widmete die »Zeit« Kevin Kühnert (SPD) ein langes und emotionales Stück zu seinem von Hass und Hetze bedingten Rückzug aus der Politik, das allen Ernstes mit einem Foto bebildert ist, auf dem Kühnert mit geschlossenen Augen und sensibel verkniffenem Gesicht an einem Fliederstrauch schnuppert. Wie auch immer man die spezifischen Auswirkungen von Rechtsruck, Verrohung und wachsender Gewaltaffinität auf Politiker/innen analysiert: Im Moment weiß man sich offenbar nicht anders zu helfen, als in Mitleid mit den Mächtigen zu zerfließen. ●

**Özge Inan schrieb in konkret 2/24 darüber, dass Solidarität mit der Ukraine um jeden Preis hieße, Kriegsflüchtlinge abzuschieben**



# All Greens Are Bastards

**Deutschlands Spießbürger toben, seit die Covorsitzende der Grünen Jugend, Jette Nietzard, sich mit einem »ACAB«-Pulli zeigte – am lautesten aber schreit die Führungsriege ihrer eigenen Partei. Von Elena Wolf**

**E**igentlich ist die ganze Chose viel zu beknackt, um überhaupt darüber zu schreiben. Jede Woche sagen oder tun ein orangener Mann in den USA und seine (Ex-)Freunde irgendeine so irre oder dumme Scheiße, die man nicht glauben würde, wenn man nicht seit Corona daran gewöhnt wäre. Und auch in Deutschland ist es mittlerweile völlig normal geworden, dass Rechte hanebüchenen Quatsch in Markus Lanz' rechterülpsegeiles Gesicht rülpsen und sich in Interviews mit dem reichsten Mann der Welt einig sind, dass Hitler Kommunist war. Lügen wurden Wahrheit. Krieg wurde Frieden. Sklaverei soll Freiheit werden, Ignoranz obsiegen. Und von den öffentlich-rechtlichen über die bürgerlichen bis zu den Trash-Medien erscheinen Storys mit klickgeilen Überschriften zu jeder noch so absurden Hirngülle in immer höherer Schlagzahl. Nach ein paar Tagen ist bekanntlich wieder Schluss. Bis die nächste Sau durch die Empörungsmaschine gewolft wird.

Okay, Wahrheit war nie die größte Stärke von Rechtsextremen. Die sind eben aktuell am Drücker. Und Medien müssen halt verkaufen. Klar. Und der Orangenmann, sein verflossener Elmo und die deutsche, gesichert rechtsextreme Parteiführerin reden ja auch *wirklich* am laufenden Band Quark. Aber dass Menschen im Jahr 2025 in einer Gaga-Pandemie leben würden, in der sich Polit- und Finanzeliten überhaupt keine Mühe mehr machen müssen, offensichtlich Falsches als wahr zu verkaufen, und die Welt ernsthaft darüber diskutiert, ob Hitler Sozialist oder Kommunist war, stand wahrscheinlich nicht einmal auf der Bingokarte von Polemikpapst Hermann L. Gremliza. Falls doch, gerne mit Quellenangabe per Leserbrief an die Redaktion. (Spaß! Um Gottes willen bitte keine digitalisierten Analogfo-

tos von Gremliza-Textstellen auf CD-ROM brennen und schicken. Bitte einmal durch die Jogginghose atmen und nicht auf jeden, fast täglich durchrauschenden Empörungszug aufspringen.)

Stichwort: Jette Nietzard – die Ikkinel des deutschen Politikzirkus. Ja, genau: Die 26jährige Bossbitch der Grünen Jugend, die im Mai ein Selfie in ihrer Instagram-Story gepostet hatte, auf dem sie zum obligatorischen Duckface einen petrolfarbenen (steht ihr gut!) Pulli mit einem kleinen »ACAB«-Logo im Stil des Adidas-Logos trug. »ACAB« bedeutet »All Cops Are Bastards«. Schon tausendmal online wie offline auf Shirts und Buttons gesehen. Seit anno punkzumal unendlich oft gehört. Ideologisch traditionell links verortet. Im Steinbruch des linksliberalen Post-Pop zum Etsy-Item verkommen.

Allein auszuführen oder gar zu begründen, warum »ACAB« eine völlig legitime Bekundung ist, würde der reaktionären Dampfplauderei recht geben, derzufolge sich Menschen irgendwie zu verteidigen hätten, die sie tätigen. Und jetzt ist sie sogar bei einer Grünen angekommen. Haha. Das hat die Polizei nicht verdient. Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits im Jahr 2016 geurteilt, dass »die Kundgabe der Buchstabenkombination »ACAB« im öffentlichen Raum ... vor dem Hintergrund der Freiheit der Meinungsäußerung nicht ohne weiteres strafbar« ist, weil schlichtweg keine Beleidigung vorliege, die bestimmte Personen benenne. Ein Schuh, so alt wie Franz Josef Wagners Weinbrand.

Da der Dauerempörungszug aber höchste Eisenbahn hat und ein ständiger Erregungszustand nicht nur durch obsessiven Pornokonsum dazu führt, dass immer härteres Material gebraucht wird, um überhaupt noch irgendwas zu spüren, musste Nietzard

natürlich eine Woche lang fürs obligatorische Empörungswichsen in Politik und Medien herhalten. Und das nicht nur in Wagners »Bildzeitung« und bei Wein- sowie Reichstagskönigin Julia Klöckner (CDU), bei sämtlichen Parteigrößen und den üblichen Verdächtigen der ganz normalen bürgerlich-rechten Presse wie Nikolaus Blome. Der hat in seinem Hirnstübchen für eine seiner jüngsten Kolumnen mal wieder mit Fäkalien gemalt und Nietzard im »Spiegel« kurzerhand mit Neonazis verglichen, die ja auch »das System« hinter einzelnen Menschen hassen würden.

Ganz vorne mit dabei beim Staffellauf der Berufsempörten waren die Grünen selbst. Grünen-Chef Felix Banaszak fand Nietzards »ACAB«-Pulli-Selfie »inakzeptabel«, sein Stellvertreter Konstantin von Notz plärrte auf X, Nietzards Foto sei ein »völlig unterirdischer, inakzeptabler und beleidigender Take für alle Polizistinnen und Polizisten«, und auch die sonst für ihre kessen Sprüche bekannte Ricarda Lang hält »ACAB« für »kompletten Schwachsinn«, weil sie in den vergangenen Jahren nur noch politisch arbeiten konnte, weil sie »vom BKA geschützt« worden ist. Alle waren sich einig: Jette geht gar nicht. Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann legte ihr den Rücktritt nahe, und auch Cem Özdemir nutzte die Causa, um sich für die Nachfolge Kretschmanns in Stellung zu bringen: »Die Polizei verteidigt in höchstem persönlichen Einsatz jeden Tag Werte, die uns als Partei ausmachen. Wer das nicht kapiert, ist bei uns falsch«, biederte sich Özdemir auf X in hyperassimilierter Kartoffelrage an. Und er hat vollkommen recht.

Nietzard ist in der falschen Partei. Denn der Shitstorm um »ACAB« zeigt herrlich unfreiwillig, was für ein reaktionärer Verein die Grünen sind, die in blanker Panik, konservative Wählerschaft zu verlieren, alles abgestoßen haben, was mal mit Stricken im Plenarsaal anfang. Nietzard bedroht die im vergangenen Wahlkampf formvollendete Verspießbürgerung der Grünen, und das muss bestraft werden. Doch das Dümme an der ganzen Nummer ist nicht der Shitstorm um die Modepunkerin Nietzard. Das Dümme ist, dass Nietzards »ACAB«-Pulli das rechte Gaga-Narrativ nährt, Grüne hätten irgendwas mit Linken zu tun – die größte Schmeichelei, die Rechten Grünen antun können, um deren verzerrte Selbstwahrnehmung zu befördern. Und mit jedem weiteren Selfie, das Nietzard der Öffentlichkeit androht (»Ich habe noch ein paar andere Pullis im Schrank«), wacht ein rechter Clown mehr morgens auf, der glaubt, wenn er irgendwas mit »linksgrünversifft« ins Internet wickelt, Grüne zu beleidigen. ●

**Elena Wolf schrieb in konkret 4/25 über die Ausstellung »PROTEST!« im Landesmuseum Stuttgart**



# Next Level BRD

## Das Bundeskanzleramt zum Exempel: Wie ehemalige Nazis der Nachkriegsrepublik ihren Stempel aufdrückten. Von Rolf Surmann

**D**er Tod des ehemaligen deutschen Diplomaten Franz Krapf löste 2004 eine intensive Kontroverse über die Vergangenheit des Auswärtigen Amtes und seiner Mitarbeiter aus. Krapf war nach eigenen Angaben 1933 dem SA/SS-Reitersturm Charlottenburg und 1936 der NSDAP beigetreten. Tatsächlich wurde er jedoch im Mai 1933 in die Allgemeine SS aufgenommen und 1938 zum SS-Untersturmführer im Leitungsgremium des SS-Sicherheitsdienstes befördert. Daneben zog man ihn als »ehrenamtlichen« Mitarbeiter regelmäßig zu Arbeiten im Reichssicherheitshauptamt heran. Dennoch gelang es ihm, 1948 von der Spruchkammer München III mit Hilfe eines »Persilscheins« als unbelastet eingestuft zu werden. Seiner weiteren diplomatischen Karriere, in deren Verlauf er 1966 Botschafter in Japan und 1971 Botschafter und Ständiger Vertreter bei der Nato in Brüssel wurde, stand damit nach damaligem Demokratieverständnis nichts im Weg.

Zwar hatte sich das Außenministerium nach 1945 dank intensiver Legendenbildung – schon in den Nürnberger Prozessen hatte die Verteidigung die Behauptung aufgestellt, das Ministerium habe sich in der Nazi-Zeit für eine Abmilderung der nazistischen Ziele eingesetzt, und seine Mitarbeiter hätten sich an Verbrechen wie der Ermordung der europäischen Juden nicht beteiligt, es sei sogar ein Ort des Widerstands gewesen – Aufarbeitungsversuchen entziehen können, doch erschienen Ende der achtziger Jahre erste Buchveröffentlichungen, die diese Mythen in Frage stellten. Spätestens seit der Grünen-Politiker Joseph Fischer die deutsche Beteiligung an der Bombardierung Jugoslawiens mit den Lehren aus dem Holocaust rechtfertigte, konnten in dem von ihm geleiteten Außenministerium die alten Nazis nicht weiter ungeniert in Ehren gehalten werden. Fischer erließ deshalb die Anordnung, dass Angehörige des Amtes, sofern sie Mitglied der NSDAP gewesen waren, keinen ehrenden Nachruf in der offiziellen Ministeriumszeitschrift mehr erhalten sollten. Der

Widerspruch zwischen der Ehrung alter Nazis und der gleichzeitigen Legitimierung neuer deutscher Kriegsbeteiligung als Lehre aus dem Holocaust war zu groß. So räumte er zwar in einem »FAZ«-Interview eine »Kontinuität« ein, behauptete jedoch, diese sei keine »ideologische« gewesen; die Bundesrepublik habe sich mittlerweile vielmehr erfolgreich aus dem »Zwielicht« herausgearbeitet. Er wollte also die verbliebenen Belege nazistischer Präsenz in der Gesellschaft beseitigen, um die politische Gegenwart in ihrem Handeln als unbelastet erscheinen zu lassen.

Die Notwendigkeit hierzu sahen jedoch nicht alle. Zum Beispiel gaben mehr als 100 ehemalige Botschafter, Staatssekretäre und Legationsräte eine Traueranzeige auf, in der sie dem verstorbenen Franz Krapf ihr »ehrendes Andenken« aussprachen. Der ehemalige Außenminister Genscher hielt die Trauerrede. Fischer machte daraufhin einen halben Rückzieher und verfügte, dass überhaupt keines ehemaligen AA-Angehörigen mehr gedacht werden solle, gab jedoch die Erforschung der Geschichte des Außenministeriums in Auftrag. Auch dieser Schritt fand keine ungeteilte Zustimmung. So vertrat der auf dem SPD-Ticket zum Innenminister avancierte Otto Schily die Ansicht, es gebe keine »Kontinuität zwischen der NS-Zeit und der demokratisch gewählten Bundesregierung« und deshalb auch »keine nationalsozialistische Vergangenheit, die der Aufarbeitung bedarf«.

Dennoch setzte sich schließlich die Ansicht durch, dass es immer noch so viel »Zwielicht« gebe, dass auch die politische Gegenwart in ein trübes Licht getaucht werden könne. Man wollte die belastende Situation überwinden, in der die Veröffentlichung zahlreicher kompromittierender Dokumente über die Vergangenheit von BRD-Politikern und anderen Würdenträgern durch die DDR lediglich mit dem schwachen Argument abgetan worden war, dabei handle es sich um kommunistische Propaganda. Man traute sich also an eine eigene Interpretation dieser Zeit und ihrer Umstände heran.

In den letzten zwanzig Jahren sind deshalb zahlreiche Untersuchungen zu Ministerien und zentralen Behörden erschienen, die mittlerweile unter dem Begriff »Behördenforschung« zusammengefasst werden. Sie sind noch nicht abgeschlossen, auch sind nicht alle Quellen freigegeben. Soeben ist eine Studie zum Kanzleramt erschienen, die wegen ihrer besonderen Bedeutung für die politische Grundorientierung der BRD wichtig ist. Nicht zuletzt verdient sie auch deshalb Aufmerksamkeit, weil diese zentrale Steuerungsinstanz westdeutscher Politik vom Kommentator der »Nürnberger Rassegesetze«, Hans Globke, geleitet worden war, dem – wie die Herausgeber anmerken – bis zu seiner Pensionierung 1963 wohl einflussreichsten Beamten der Bundesrepublik.

### Schaltzentrale autoritärer Herrschaft

Es irrt, wer sich das Kanzleramt als eine Art erweitertes Büro vorstellt, von dem aus der Bundeskanzler seine Geschäfte führt. Treffender ist es als »Superministerium« bezeichnet worden, zu dem anfangs neben dem Sekretariat des Innern die Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission, das Presse- und Informationsamt sowie der Vorfächer des Bundesverteidigungsministeriums, das Amt Blank, gehörten. 1950 kam die Organisation Gehlen, später Bundesnachrichtendienst, hinzu. Sogenannte »Spiegelreferate« bildeten die Grundeinheiten. Sie entsprachen den verschiedenen Arbeitsbereichen beziehungsweise Ministerien und hatten eine Doppelfunktion. Nicht nur das Sammeln von Informationen und die Bewertung von Ministeriumsvorlagen (»Meldeweg«) gehörten zu ihren Aufgaben, sondern auch die Übermittlung von Entscheidungen des Kanzlers und des Kabinetts sowie die Kontrolle von deren Durchführung und Koordinierung (»Befehlsweg«). Das alles funktionierte nach dem sogenannten »Schottensystem«, nach dem es nur einen limitierten horizontalen Informationsaustausch und vorrangig hierarchische Kommunikations-



und Weisungswege gab, die alle auf den Kanzleramtschef Globke zuliefen.

Dieses beinahe geschlossen wirkende System wurde in personeller Hinsicht entsprechend besetzt. Grundsätzlich entschied sich Adenauer gegen den Vorschlag, das erprobte Personal der Direktorialkanzlei der Bizone, der britisch-amerikanischen Besatzungszonen, zu übernehmen, also das Amt auf übliche Weise aufzubauen. Auch Stellenausschreibungen und nach festgelegten Kriterien formalisierte Auswahlverfahren lehnte er ab. Statt dessen griff er auf seine persönlichen Bekanntschaften wie auch die seiner engsten Mitarbeiter zurück. Einer Kontrolle der Personalpolitik, deren letzte Entscheidung eigentlich in den Händen des Bundespräsidenten lag (und weiter liegt), entzog sich das Amt nach Kräften. Dabei wurde die formale NS-Belastung, also die Mitgliedschaft in der NSDAP und ähnlichen Organisationen, als »nachrangiger Faktor« behandelt. Das Amt verzichtete sogar darauf, wie es in der jetzt erschienenen Untersuchung heißt, seine Mitarbeiter nach solchen Mit-

verzichtete man in der Regel darauf, die Selbstauskünfte der Beamten zu überprüfen. An das Berlin Document Center, die von den USA geschaffene Dokumentationsstelle über Funktionsträger in der Nazi-Zeit, wie auch an die 1958 eingerichtete Zentrale Stelle Ludwigsburg zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen wurden keine Anfragen gerichtet. Um eine generelle Überprüfung der Beamten von dritter Seite zu verhindern, versprach man Einzelfallprüfungen, die aber in der Regel nicht erfolgten.

Gerade eine für Personalentscheidungen ausschlaggebende Stelle wie die Leitung des Personalreferats wurde durchweg mit ehemaligen Nazis besetzt. So leiteten acht Männer von 1949 bis 1969 das Personalreferat des Kanzleramts, von denen bis 1945 vier Mitglieder der NSDAP waren und einer einen Aufnahmeantrag gestellt hatte, aber abgelehnt worden war. Drei Referatsleiter gehörten der SA an, einer der SS. Daneben waren zwei dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps beigetreten, und einer war Fördermitglied im Nationalsozialistischen

auch die systematischen Bemühungen, vor ausländischen Gerichten angeklagte Nazi-Verbrecher zu unterstützen. Zentrale innenpolitische Bedeutung hatte das auf den Artikel 131 im Grundgesetz bezogene sogenannte 131er Gesetz, dem zufolge nach 1945 auf Betreiben der Alliierten ausgeschiedene Staatsbedienstete versorgt beziehungsweise wieder eingestellt wurden und das zur Integration vieler Nazis in den Staatsapparat führte.

Das Gegenstück hierzu war der Adenauer-Erlass aus dem Jahr 1950. Mit ihm sollte die Verfassungstreue der für den Staat Tätigen sichergestellt werden. Nach diesem Erlass war es ihnen verboten, Mitglied in Organisationen zu sein, die von der Regierung als verfassungsfeindlich eingestuft worden waren. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem »Kampf gegen den Kommunismus«, was sich nicht zuletzt an dem Umstand zeigt, dass die einschlägige Auflistung elf linke und zwei rechte Organisationen aufwies. Die Nachwirkungen dieser politischen Sortierung zeigten sich noch Anfang der siebziger Jahre am Beispiel des »Radikalerlasses«.

Insgesamt kam es zu einer Personalverschiebung, auch Renazifizierung genannt, deren Grundzug die Ersetzung des 1945 von den Alliierten herangezogenen Personals durch ehemalige NS-Partei-gänger oder NS-Sympathisanten war. Adenauer hat sein Vorgehen mit dem heute noch weitgehend gebilligten Spruch gerechtfertigt: »Man schüttet kein dreckiges Wasser aus, wenn man kein reines hat.« Will man in diesem Bild bleiben, so muss festgestellt werden, dass tatsächlich viel reines Wasser ausgeschüttet und durch braunes ersetzt wurde.

### Ein abgeschlossenes Kapitel?

Damit stellt sich die Frage nach den Gründen dieser Politik. Die Frage ist um so interessanter, weil Adenauer weder Nazi noch Nazi-Sympathisant war. Eine erste Antwort kann aus der Personalie Globke abgeleitet werden.

Globke stammte aus einem katholisch-konservativen Elternhaus und hatte eine entsprechende Ausbildung erfahren. Von 1929 bis 1945 war er als Verwaltungsjurist Referent im Preußischen Innenministerium, das ab 1934 mit dem Reichsinnenministerium zusammengelegt wurde. Nach 1949 war



Wenn einem soviel Gutes widerfährt, das ist schon einen Asbach Uralt wert:  
Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatssekretär Hans Globke, Rom, September 1963

gliedschaften zu befragen. Als problematisch galten lediglich die Mitgliedschaft in der SS oder in anderen direkten Verfolgungsorganisationen beziehungsweise die unmittelbare Beteiligung an sogenannten Gewaltverbrechen. Doch auch hier bestand an entsprechenden Nachprüfungen kein Interesse. So

Fliegerkorps. Eine deutliche Distanz zu den Nazis hatte keiner.

Diese Beispiele von Personalpolitik entsprachen der allgemeinen politischen Linie Bonns. Bereits in seiner Regierungserklärung hatte sich Adenauer für eine Amnestie eingesetzt. Aus dieser Haltung erklären sich



## TERMINE

- 01.07. Esslingen am Neckar**, 19.30 Uhr, Komma Esslingen, Maille 5-9: »Das Zeitalter des Populismus. Zur Vorgeschichte der Gegenwart«; Buchvorstellung, Vortrag und Diskussion mit Jan Gerber
- 02.07. Berlin**, 18.30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Eva-Mamlok-Bibliothek, Straße der Pariser Kommune 8a: »Was ist Ökomarxismus und wozu brauchen wir ihn?«; Vortrag und Diskussion mit Jan Rehmann, Markus Wissen und Julia Eggenhoff
- 04.07. München**, 15 Uhr, Kurt-Eisner-Verein, Westendstraße 19: »Die Welt des Maximilian Krah. Analyse und Kritik völkisch-nationalistischer Positionen«; Workshop mit Martin Fochler, Estivantine Sommer, Wolfgang Veiglhuber, Hans Waschkau und Gesine Wildeboer
- 04.07. Mainz**, 19 Uhr, Infoladen Ella Janeczek, Zangasse 21: »Zwangsarbeit in Mainz und Rheinhessen 1939 bis 1945«; Vortrag von Mathias Meyers
- 07.07. Saarbrücken**, 18 Uhr, Salon Rosa Veranstaltungsraum, Futterstraße 17-19: »Deutschlands Migrationspolitik. Zu viel? Zu wenig? Zu unkontrolliert? Zu unmodern?«; Vortrag und Diskussion mit der Redaktion des »Gegenstandspunkts«
- 07.07. Trier**, 19 Uhr, Uni Trier, Universitätsring 15: »Das Politische in der Oper«; Vortrag von Wolfgang M. Schmitt
- 08.07. Heilbronn**, 19 Uhr, Weinvilla, Cäcilienstraße 66: »Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel: Interventionen zur Kritik des Antisemitismus«; Buchpräsentation mit Stephan Grigat
- 08.07. Hamburg**, 19 Uhr, SerrahnEINS, Serrahnstraße 1: »Hamburgs »Baseballschlägerjahre««; Buchvorstellung und Diskussion mit den Autoren Felix Krebs und Florian Schubert
- 09.07. Wernigerode**, 10 Uhr, Frauenzentrum, Markstraße 11: »Frauen im Bauernkrieg«; Vortrag von Viola Schubert Lehnhardt
- 09.07. Mainz**, 19 Uhr, Cardabela Buchhandlung, Frauenlobstraße 40: »Antisemitismus in der AfD«; Vortrag von Stefan Dietl
- 10.07. Dresden**, 19 Uhr, objekt klein A, Meschwitzstraße 9: »Der Nationalsozialismus und die Aktualität der negativen Aufhebung des Kapitals«; Vortrag von Stephan Grigat
- 23.07. Konstanz**, 19 Uhr, VHS Konstanz, Katzgasse 7: »Von der militär- zur sozialpolitischen Zeitenwende. Wer zahlt für die Aufrüstung?«; Vortrag und Diskussion mit Christoph Butterwegge

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an [redaktion@konkret-magazin.de](mailto:redaktion@konkret-magazin.de)

er zeitweiliger Leiter des Personalreferats des Kanzleramts – sein Aufnahmeantrag in die NSDAP war wegen seiner früheren Verbindungen zur Zentrumsparterie abgelehnt worden. In einem Kapitel über die Biografien des Personals im Kanzleramt wird er unter dem Stichwort »Typ höherer Beamter« charakterisiert.

Um 1933 hatte er zur Aushöhlung der Weimarer Demokratie und Verfassung durch Gutachten etwa über das Preußische Ermächtigungsgesetz beigetragen und im Krieg sich an der Ausdehnung der Rassengesetzgebung auf die besetzten Länder beteiligt – nach seinem Leitsatz »Juden, Zigeuner sowie Angehörige der außereuropäischen Rassen sind niemals deutsche Volkszugehörige«. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stand jedoch die Thematik, wer zur deutschen Volksgemeinschaft gehöre und wie Exklusionen möglichst eindeutig zu markieren seien. Sein »Hauptwerk« war der in erster Linie von ihm verfasste und mit Staatssekretär Wilhelm Stuckart herausgegebene Kommentar zu den drei Nürnberger Rassengesetzen. Ausgehend von der vorausgeschickten Behauptung von der Ungleichheit der Menschen führte Globke im einzelnen aus, »welche rassischen Erfordernisse erfüllt werden müssen, um das Reichsbürgerrecht zu erlangen«, und wem es zu verwehren sei: »in Europa regelmäßig nur Juden und Zigeunern«. Besonders intensiv setzte er sich für die deutliche Kenntlichmachung der Exklusion ein, war sie doch eine wichtige Voraussetzung für ihre gesellschaftliche Durchsetzung. So trat am 1. Januar 1939 eine von Globke ausgearbeitete Durchführungsverordnung zum Namensänderungsgesetz in Kraft, nach der alle Jüdinnen und Juden, die keinen als typisch erachteten jüdischen Vornamen trugen, zusätzlich die Namen Israel beziehungsweise Sara annehmen mussten.

Mit seiner Vita wurde Globke in zweifacher Hinsicht zu einer Symbolfigur der frühen Bundesrepublik. Zum einen spiegelte sich in seiner beherrschenden Position im Kanzleramt die politische und gesellschaftliche Unfähigkeit und mangelnde Bereitschaft wider, sich dem Ausmaß und dem spezifischen Unrecht der nazistischen Verbrechen, insbesondere des Holocaust zu stellen. Nach gegebenem Kenntnisstand war er an »Gewaltverbrechen« nicht direkt beteiligt, die zumindest formal tatsächlich zur Verweigerung einer Anstellung hätten führen können. Aber seine gesamte Tätigkeit in der Nazi-Zeit war darauf ausgerichtet, die juristischen und verwaltungstechnischen Voraussetzungen für Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung bis zur Vernichtung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Erst mit dem Eichmann-Prozess 1961, der der Bundesregierung bekanntlich sehr unangelegen kam, wurden Begriffe wie »Schreibtischtäter« entwickelt und damit Vorausset-

zungen für das Erfassen der Tiefe der nazistischen Verbrechen geschaffen.

Zum anderen ist die politisch-gesellschaftliche Rolle Globkes durchaus nachvollziehbar als Integrationsignal verstanden worden. Sie eröffnete allen, die der Nazi-Herrschaft in irgendeiner Form verbunden waren, die Möglichkeit, Teil der neuen demokratischen Gemeinschaft zu werden. Eine der wichtigsten Konsequenzen war die Integration der sogenannten Funktionseliten – ob Arzt oder Richter – in die Nachkriegsgesellschaft, was nicht zuletzt eine gewisse Tradierung nazistischer Ideologie zur Folge hatte. Motto: »Was damals Rechts war, kann heute nicht Unrecht sein« (Hans Filbinger). Der Kalte Krieg bot zudem die Möglichkeit, den überkommenen Antikommunismus in bürgerlicher oder nazistischer Form fortzuführen. Dieses ideologische Konglomerat begann erst mit dem Beginn der Entspannungspolitik und ihrer Rückwirkung auf die BRD zu bröckeln.

Die Untersuchungen zum Kanzleramt arbeiten diese Verhältnisse detailliert heraus. Dies fällt ihnen aus zwei Gründen nicht schwer: Zum einen gehören diese Verhältnisse einer vergangenen Entwicklungsetappe der BRD an und belasten die Gegenwart nicht unmittelbar. Denn wie das Beispiel des Außenministeriums zeigt, hat es mittlerweile eine Umorientierung gegeben, die einen Bruch mit den nazistischen Kontinuitäten anstrebt. Zum anderen münden sie in eine Schlussfolgerung, die für alle Untersuchungen im Rahmen der »Behördenforschung« typisch ist. Für den vorliegenden Band wird sie in die lapidare Feststellung gefasst, trotz aller Widersprüche vor allem in der Ära Adenauer habe sich die Bundesrepublik innerhalb relativ kurzer Zeit zu einer stabilen Demokratie entwickelt.

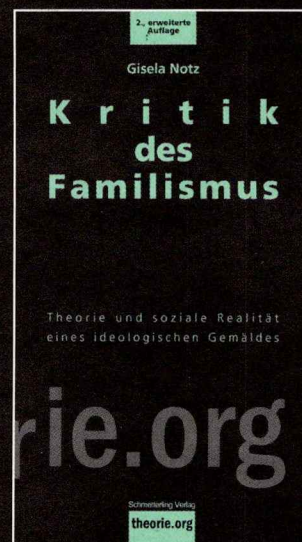
Nun lässt sich gerade in Zeiten unterschiedlicher Formen politischer Rechtsverschiebung darüber streiten, was unter der Floskel »stabile Demokratie« zu verstehen ist. Vor allem stellt sich aber die Frage, ob sich das reaktionäre Ideologiekonglomerat der Adenauer-Zeit einfach in nichts auflöst hat oder doch noch in irgendeiner Form Teil unserer Gegenwart ist. Wenn wir uns an die Motive erinnern, die Joseph Fischer veranlassten, mit den alten Kontinuitäten zu brechen, und heute sehen, wie der 27. Januar oder der 8. Mai zur Befeuern des Ukraine-Kriegs genutzt werden, liegt der Eindruck nahe, wir hätten es mit altem Wein in neuen Schläuchen zu tun.

Jutta Braun / Nadine Freund / Christian Mentel / Gunnar Take: *Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit*. Wallstein-Verlag, Göttingen 2025, 938 Seiten, 58 Euro

**Rolf Surmann schrieb in konkret 6/25 über die vermeintliche Distanz der Deutschen zur NS-Herrschaft**



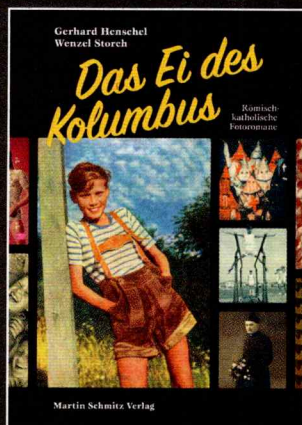
Gisela Notz' Standardwerk *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes* ist vor kurzem in zweiter, erweiterter Auflage im Schmetterling-Verlag erschienen. Es betrachtet die Familie aus historischer, ökonomischer und feministischer Perspektive und analysiert die Probleme und Widersprüche eines Leitbilds, an dem trotz einer zunehmenden Tendenz zur Kinderlosigkeit und hoher Scheidungsraten festgehalten wird.



Der von Thorsten Mense und Judith Goetz herausgegebene Band *Rechts, wo die Mitte ist* zeichnet das Bild einer Partei, die exemplarisch für einen Rechtsextremismus steht, der modern daherkommt und droht, ebenso erfolgreich zu werden wie seine historischen Vorläufer.



Sexpartys im Vatikan, Messdiener auf Abwegen, Inseln der Sünde – und überall Popos: *Das Ei des Kolumbus* versammelt zehn abenteuerliche Fotoromane aus einem römisch-katholischen Zauberland. Die **konkret**-Autoren Gerhard Henschel und Wenzel Storch haben sich durch den schier unermesslichen Bilderfundus längst vergessener Erbauungsmagazine für Ministranten gewühlt und aus dem Material Geschichten geschöpft, die das Groteske der Vorlagen mit aberwitzigen Dialogen und Szenen hochkomisch übertrumpfen.



Wer jetzt **konkret** abonniert, bekommt eins der drei Bücher geschenkt.

Als Prämie für ein **konkret**-Jahresabo (zwölf Hefte) zum Preis von 68,- Euro (für Schüler/innen und Studierende nur 56,- Euro), zahlbar jährlich im voraus, erhalte ich nach Eingang des Rechnungsbetrages das Buch ☐ *Kritik des Familismus* ☐ *Rechts, wo die Mitte ist* ☐ *Das Ei des Kolumbus*

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Rechnung

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

Datum, Unterschrift

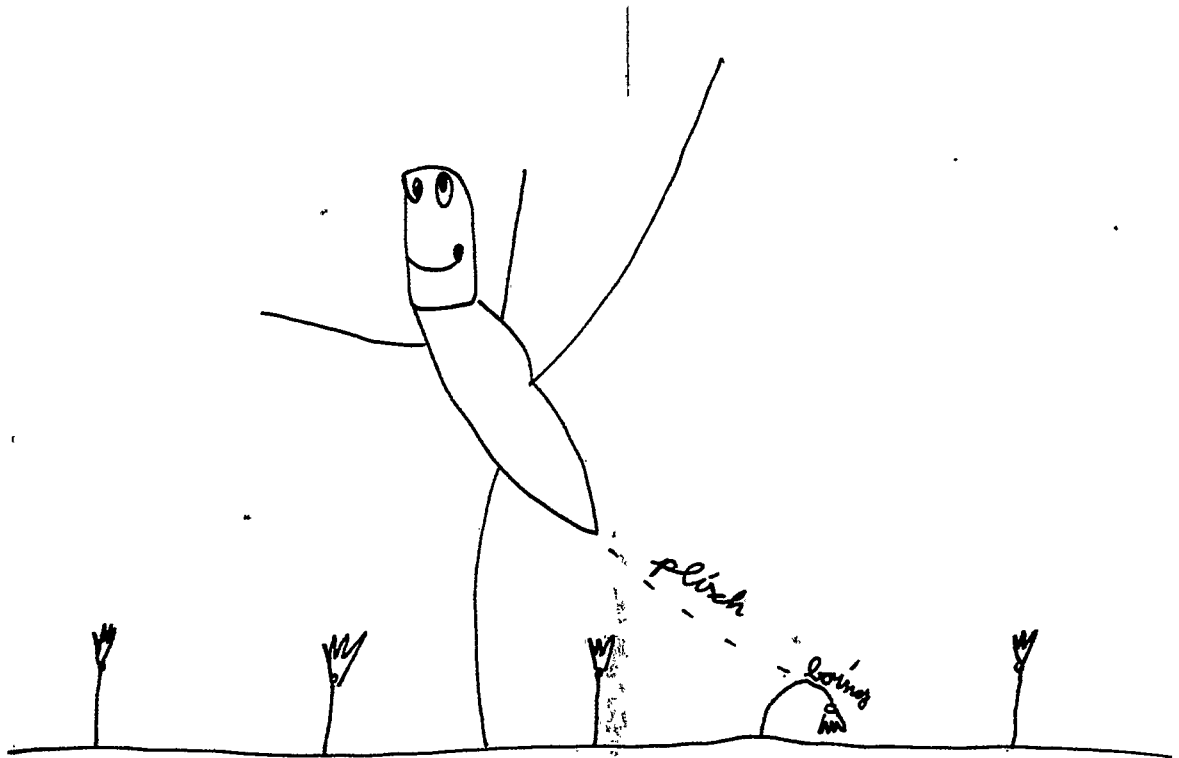
Kreditinstitut

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, mindestens 12 Hefte. **Widerrufsrecht:** Sie können die Bestellung binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem Sie die erste bestellte Ausgabe erhalten, nicht jedoch vor Erhalt einer Widerrufsbelehrung gemäß den Anforderungen von Art. 246a § 1 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt bereits das rechtzeitige Absenden Ihres eindeutig erklärten Entschlusses, die Bestellung zu widerrufen. Sie können hierzu das Widerrufsmuster aus Anlage 2 zu Art. 246a EGBGB nutzen. Der Widerruf ist zu richten an: ZENIT Pressevertrieb GmbH, **konkret**-Aboservice, Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart.

ZENIT Pressevertrieb GmbH, Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart / Gläubiger-Identifikationsnummer DE17ZZZ00002151220 / Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt. / **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die ZENIT Pressevertrieb GmbH, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ZENIT Pressevertrieb GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



## Pissen ist Macht





# European Stonk Contest

Irgendwas Fettes aufkochen und dann ins Bett legen« – das hatte Johannes Pietsch vorab in einem Interview für den Fall eines Sieges angekündigt. Doch nachdem der österreichische Sänger unter seinem Künstlernamen JJ den diesjährigen Eurovision Song Contest (ESC) gewonnen hatte, hielt es ihn nicht im Bett. Der spanischen Zeitung »El País« sagte er kurz nach dem Finale: »Es ist sehr enttäuschend, dass Israel noch am Wettbewerb teilnimmt. Ich würde mir wünschen, dass der Eurovision Song Contest nächstes Jahr in Wien stattfindet, ohne Israel.« Die spanische Zeitung »ABC« ließ er wissen: »Ich bin sehr enttäuscht, dass Russland ausgeschlossen wurde, Israel aber teilnehmen durfte.« Beide Länder seien schließlich »Aggressoren«.

Der sich selbst als queer bezeichnende Pietsch zeigte sich so als ein typischer Vertreter jener Fraktion der Queer-Community, die dieser Tage nicht ohne die Demonstration antiisraelischer Gesinnung auskommt. Zugleich lieferte er einen weiteren Beleg für die These der israelischen Historikerin Shulamit Volkov, dass »Formen antijüdischer Haltung« wie Antisemitismus, Antizionismus und sogenannte Israel-Kritik »als Symbol, als Zeichen der Zugehörigkeit oder als kultureller Code« dienen.

Wer mit einem solchen kulturellen Code seine Zugehörigkeit zur Queer-Community bekundet, muss Tatsachen offenbar nicht berücksichtigen. So überfiel zwar Russland im Februar 2022 die Ukraine und ist demnach als Aggressor zu qualifizieren. Israel war hingegen am 7. Oktober 2023 das Ziel eines Überfalls, bei dem die palästinensischen Invasoren das schlimmste antisemitische Massaker seit 1945 verübten. Der Krieg im Gazastreifen ist dessen Folge. Die Täter-Opfer-Umkehr ließe sich bei einem dem antiisraelischen Ticketdenken verhafteten Sänger noch mit einem müden Lächeln quittieren, nicht aber bei einem Regierungsoberhaupt. So sprach sich der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez mit einer ähnlichen Begründung wie Pietsch für einen Ausschluss Israels vom ESC aus: Russland habe nach der Invasion in der Ukraine nicht mehr teilnehmen dürfen. »Deshalb sollte Israel das auch nicht tun.«

Vielleicht mühten sich Pietsch und Sánchez auch so auffällig darum, Israel als Aggressor darzustellen, weil die israelische Teilnehmerin Yuval Raphael gewissermaßen als lebender Beweis für die Kriegsschuld der palästinensischen Seite gelten kann: Sie hatte das Massaker vom 7. Oktober überlebt, indem sie sich unter den Leichen anderer Besucher des Supernova-Musikfestivals stundenlang totgestellt hatte. In Basel schlug ihr der Hass nicht nur in Form von Buhrufen entgegen. Am Ende ihres Auftritts versuchten zwei Personen, zur Bühne zu gelangen, eine von ihnen verspritzte rote Farbe, traf Raphael jedoch nicht. Ein antiisraelischer Demonstrant nahm der Sängerin ihr Überleben offenbar besonders übel: Wie eine Videoaufnahme zeigt, machte der Mann, der eine palästinensische Flagge trug, während der Eröffnungsparade des ESC in Basel eine Enthauptungsgeste. Nach Angaben des israelischen Senders Kan galt sie Raphael und der israelischen Delegation.

Daniel Bax wiederum, der antiisraelische Überzeugungsschreiber der »Taz«, witterte hinter Raphaels Auftritt finstere Mächtschaften: Dass Israel »in diesem Jahr eine Sängerin schickt, die den Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 überlebt hat, passt in die propagandistische Linie der Regierung, immer wieder auf die Kriegsverbrechen der Hamas und das dadurch verursachte Leid hinzuweisen, um von eigenen Kriegsverbrechen abzulenken oder diese gar zu rechtfertigen«. Raphael sei zwar »eine unpolitische Sängerin, versteht sich aber dezidiert als Botschafterin ihres Landes«. Letzteres gilt in einem nach Nationen geordneten Wettbewerb allerdings für alle Teilnehmer. Dennoch droht niemand etwa Sängern aus EU-Staaten die Enthauptung an, weil deren Regierungen jährlich Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken lassen. Der Furor und der Vorwurf übler Mächtschaften trifft lediglich Israel. Und das alte antisemitische Stereotyp vom verschlagenen Juden west weiter in der Vorstellung vom strippenziehenden Judenstaat.

Ihr hängen offenbar auch die Verantwortlichen des belgischen Senders VRT, des spanischen Senders RTVE und des slowenischen Senders RTV SLO an. Alle drei Anstalten forderten die Europäische Rundfunkunion (EBU), die den ESC ausrichtet, dazu auf, die Ergebnisse des Publikumsvotums zu überprüfen – die abstimmenden Zuschauer hatten Raphael auf den ersten Platz gewählt, weshalb sie insgesamt Zweite hinter Pietsch wurde. Von einer »von Israel gelenkten politischen Aktivierung« beziehungsweise »orchestrierten Mobilisierung« raunte wegen des Ergebnisses Ignasi Guardans, der ehemalige Direktor der EBU, im spanischen Radiosender Cadena SER. Mittlerweile haben sich auch 13 vorwiegend der Fraktion der Linken beziehungsweise der Grünen angehörende EU-Parlamentarier der Sache angenommen. Sie melden in einem offenen Brief an die EBU »ernsthafte Bedenken hinsichtlich möglicher Wahlmanipulationen und der Nutzung staatlicher Werbeeinfrastructure zur Unterstützung der diesjährigen Teilnehmerin aus Israel« an.

Die Israeli Government Advertising Agency (Lapam) hatte tatsächlich eine Online-Kampagne für Raphaels Beitrag betrieben. Das ist allerdings weder ein Geheimnis, noch verstößt es gegen die Regeln des Wettbewerbs, worauf die EBU selbst hinweist. Auch andere Staaten trommeln für ihre Beiträge. Besänftigen dürfte die wegen einer israelischen Verschwörung um die heile Schlagerwelt Besorgten unter Umständen, dass Raphael im offiziellen retrospektiven ESC-Zusammenschnitt nicht zu sehen ist, also ein kleiner nachträglicher Boykott stattfindet. Ebenso erging es bereits der israelischen Teilnehmerin Eden Golan im vergangenen Jahr.

Die Israeli Government Advertising Agency (Lapam) hatte tatsächlich eine Online-Kampagne für Raphaels Beitrag betrieben. Das ist allerdings weder ein Geheimnis, noch verstößt es gegen die Regeln des Wettbewerbs, worauf die EBU selbst hinweist. Auch andere Staaten trommeln für ihre Beiträge. Besänftigen dürfte die wegen einer israelischen Verschwörung um die heile Schlagerwelt Besorgten unter Umständen, dass Raphael im offiziellen retrospektiven ESC-Zusammenschnitt nicht zu sehen ist, also ein kleiner nachträglicher Boykott stattfindet. Ebenso erging es bereits der israelischen Teilnehmerin Eden Golan im vergangenen Jahr.

Schön wäre es, ließe sich dieses groteske Spektakel um den ESC, diese bräsig-peinliche, in nationaler Konkurrenz ausgetragene Gesangsleistungsschau, einfach ignorieren. Doch es zeigt: Der Hass auf Israel, die derzeit beliebteste Form des Antisemitismus, ist selbst im nichtigsten Bereich des Kulturbetriebs angekommen.





**»Der RTL-Manager Helmut Thoma zielte auf Unterleib und Konsumlaune. Sein Programm passte perfekt zum Zeitgeist der Ära Kohl.«**  
**Perfekte Beschreibung ex negativo der Ära Merz, »Spiegel«-Webseite, 26. Mai**

## Einkuppeln

Junge Autorinnen, lese ich, schreiben neuerdings Dystopien, und eine davon geht so:

*Fühlen Sie sich nach einem durchschnittlichen Wochentag mit »vielen furchtbaren Eindrücken und undurchdringbarer Komplexität konfrontiert«? So jedenfalls beschreibt Carla Kaspari, geboren 1991, die Stimmung in ihrem neuen Roman mit dem gegenläufigen Titel Das Ende ist beruhigend – jedenfalls die jener, die im »Außen« leben, nicht im artifiziellen Schutz einer großen Kuppel. Wir schreiben das Jahr 2130: Die Sonne ist zum tödlichen Plasmaball geraten, die »3,5-Grad-Marke« längst überschritten, ein Sack Kartoffeln kostet zwanzig Euro, und Finnland ist aufgrund seines mediterranen Klimas bekannt für guten Merlot.*

Der Sack Kartoffeln kostet bei Aldi zur Zeit 2,79 Euro. Bei einer sehr dezenten Inflationsrate von zwei Prozent pro Jahr gelangen wir nach 105 Jahren zu einem Kartoffelpreis von 22,32 Euro. Dazu braucht es weder einen Plasmaball noch Merlot aus Finnland, und was es für einen Roman bei Kiepenheuer & Witsch braucht, ist bloß eine nicht ganz so große Kopfkuppel und den undurchdringbaren Schutz für nicht zu Ende gedachte Artifizialitäten.

*Esther wird auf der Suche nach der Wahrheit den Schritt aus der Kuppel wagen, sich auf dem Weg durchs vertrocknete Deutschland dem größtmöglichen Weltschmerz aussetzen: einer Reise nach*

– okay, es muss nicht immer alles über- raschend sein, und gelesen hat man eh das meiste; aber wo muss im vertrockneten Deutschland jede Suche nach der Wahrheit enden? Na? Na?

Berlin.

Hot.

## Auskuppeln

Denn wer die Wahrheit nicht in Berlin sucht, wird sie nicht finden:

*»Sister Europe« ist der sensationell gelungenen Berlin-Roman einer seit einem Vierteljahrhundert in Deutschland lebenden Amerikanerin, die sich hier besser auskennt als die meisten Berliner. Ein geistreiches, ein großes Lesevergnügen.*

Schreibt Rowohlts im Bemühen um einen sensationell gelungenen Werbetext, der eine Autorin dafür preist, dass sie sich besser in Deutschland auskennt als die meisten Berliner. Das ist, den örtlichen Beharrungsstolz vorausgesetzt, vielleicht auch kein Kunststück, soll aber bloß heißen, dass Deutschland letztlich Berlin ist. Da würde die lokale »Taz« vermutlich nicht widersprechen:

*In dem Roman »Sister Europe« von Nell Zink geht es um die Literaturszene und gegenwärtige Identitätsdebatten. Was alle Figuren eint, ist die Einsamkeit.*

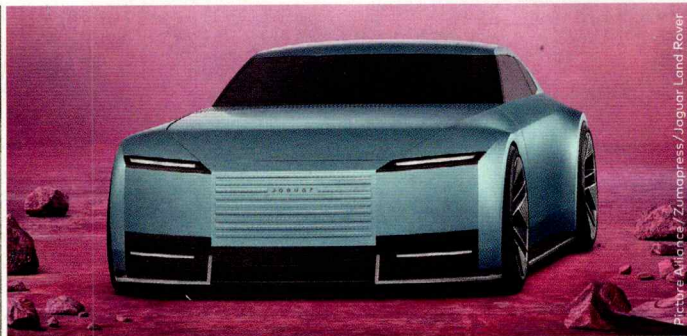
Ein Eisen mithin heißer als das andere, und zu schade, dass ich für hauptstädtische Sensationen gerade keine Zeit habe, stecke ich doch vor Kriegsende in der bewährt sensationsfernen Eifel, wo einer erzählt, wie er Kommunist geworden ist: »Als ich vom Militär in Pilsen zurückkam, arbeitete ich wieder in dem Steinbruch am Mittagsberg, der übrigens genauso ein Bruch ist wie der winterspelter. (...) Ich hatte sozialistische Schriften gelesen, wußte, daß ich die einzige Ware, die ich besaß, meine Arbeitskraft, an Kapitalisten verkaufte, die daraus ihren Profit gewannen. (...) Es machte mich rasend. Ich sah diese Wand aus Steinen an, Teil eines Berges, ein Stück des Landes. Damals dachte ich noch nicht, sie müsse allen gehören, sondern nur – daran erinnere ich mich noch genau –: niemandem. Ich stellte mir vor, sie müsse frei sein. Frei. Frei! Aber sie gehörte einem Herrn Petschek aus Budweis!«

Denn ich will nicht sagen, ich fühlte mich zu alt für das alles, für die Literaturszene, Identitätsdebatten und Berlin-Romane, die, lobt das US-Magazin »Slate«, »komplett frei von literarischer Konvention« sind, also nicht etwa mit Hauptstadtkenntnis prahlen (»Er hatte sogar vor, für zwei Stationen die U-Bahn zu nehmen, von Uhlandstraße bis Wittenbergplatz«). Ich sage nur, ich möchte nicht bei Z (wie Zink) anfangen; sondern bei A (wie Andersch).

## Einfädeln

Am Verlagsort Zürich ist es natürlich auch hübsch, obschon Diogenes lieber auf Bewährtes setzt:

*Von Anna Nicholas startet mit Das Teufelshorn eine neue Mallorca-Krimiserie –*



Hier sehen wir zwei Fahrzeuge der Luxusmarke Jaguar. Das eine (produziert ab 1961) ist die Schönheit selbst – Keats: »Beauty is truth, truth beauty« –, das andere (ab sofort) die nackte Gewalt. Sehr viel mehr muss man über das Lebensgefühl und die mentale Verfasstheit unserer Tage nicht wissen, und Jaguar weiß es selbst: »Mutig. Unerwartet. Furchtlos. Jaguar hat eine vollkommen neue Designsprache. Eine Manifestation all dessen, woran wir glauben. Ein opulentes Statement für das, was kommen wird.« Und längst da ist. Kein Zweifel besteht daran, dass wir trotzdem Fortschritt haben: Die Dame an der Motorhaube wäre heute undenkbar. Und dass die Briten ihren Kampfsterne Apocalyptica »Type 00« nennen, ist, sofern man weiß, dass »00« früher für »Klo« stand, als Ironie schon wieder nicht zu schlagen.



ein Balance-Akt zwischen fesselnden Verbrechen und der typisch mallorquinischen Atmosphäre.

Ich habe, wie sich denken lässt, gute Gründe, es mir nicht mit den Verlagspressstellen zu verderben, aber zehntausend Urlaubsortkrimireihen scheinen mir doch für einen Balance-Akt zu bürgen, der nicht auf Seil oder Balken, sondern dem Teppich stattfindet. Da lobe ich mir doch den neuen Roman der Bachmannpreisträgerin Nava Ebrahimi, der leider erst im September erscheint (Luchterhand):

*Es ist, als ob der Winter nicht zu Ende gehen will in einer kleinen Stadt im Emsland. Auf dem platten Land ist nicht viel los. Wer Arbeit sucht, kommt an Möllring nicht vorbei, dem riesigen Geflügelschlachthof am Stadtrand. Für eine Handvoll Menschen beginnt dieser Montag mit großen Erwartungen. Sonia, alleinerziehende Mutter, hofft auf einen Job weit weg vom Hühnchen-Zerlege-Fließband. Für die junge Ingenieurin Anna steht mit dem Testlauf eines neuen Automatisierungsverfahrens bei Möllring viel auf dem Spiel. Merkhäuser wiederum, verlassener Ehemann und zuständig für die Prozessoptimierung, fiebert einem Date am Abend entgegen. Und dann ist da noch der geflüchtete Afghane Nassim, der eine Affäre mit der 20 Jahre älteren Justyna hat und fest daran glaubt, dass seine Gedichte die deutschen Beamten erweichen werden. Um diese zu übersetzen, ist Rosh, deutsch-iranische Autorin aus Köln, angereist. Als ein rücksichtsloser Fahrradfahrer dem sehbehinderten Mann mitten im Ort den Blindenstock kaputtfährt, bringt Nassim es mit Hilfe des örtlichen Radiosenders zu lokaler Berühmtheit.*

Alles drin, und beinahe noch schöner die Vorstellung, die Autorin hätte sich an einem »mitreißenden Gesellschaftsroman« (Verlag) über eine alleinerziehende, am Geflügelband wulackende Geflüchtete versucht, die einer frisch verlassenen afghanischen Ingenieurin, die sich vor sehbehinderten Beamten verantworten muss, Gedichte über deutsche Fahrrad-Nazis schreibt. Wir fiebern der Lektüre trotzdem entgegen, weil uns das Emsland tausendmal mehr interessiert als der »strukturlose Himmel über dem Grunewald« (Nell Zink a. a. O.), unter der Voraussetzung freilich, dass sich Ebrahimi in der norddeutschen Provinz besser auskennt als Carla Kaspari mit Volkswirtschaft.

## Bremsen

Ärgerlich, Zufall und nicht in unserm Sinn, dass unsere Monatsrevue bislang nur Frauen in den Senkel stellt. Immerhin ist Pippi Langstrumpf achtzig geworden, und nichts gegen Pippi Langstrumpf, schon weil sich an ihr und durch sie Dialektik beweist: Denn kaum hat man einen Nachmittag mit den zeitgenössischen, sehr viel weniger humor-

## Der Tag wird kommen

Der Tag wird kommen und man zieht  
In Kassel oder Celle  
Betagte Musiker wie mich  
Zur Militärkapelle.

Dort blasen wir dem eignen Sohn  
Den Marsch. Die Flaggen wehen.  
Und kehrt er heim, dann werden sie  
Reihum auf Halbmast stehen.

Marco Tschirpke

begabten Pippis anderer Leute verbracht (»Nein!!«), sehnt man sich nach Tommy und Annika.

## Gurken

Der Appetit kommt zwar beim Essen, doch zuweilen reicht ein Blick auf die Karte: Im zwar nicht deutschen, doch überwiegend deutsch besetzten Spielfilm »Die Vorkosterinnen« von Silvio Soldini (»Brot und Tulpen«) müssen sechs deutsche Frauen in Hitlers Wolfsschanze das Essen probieren, was, versteht sich, auf wahren Begebenheiten beruht und ein »intensiver Film über weibliche Solidarität in großer Bedrängnis« (»Kulturnews«) geworden ist. Im Trailer gibt es denn auch Fliegeralarm, Uniformen und exquisite Momente von der Sorte, die einen Roman wie den, der dem Film zugrunde liegt, zu einem »internationalen Bestseller« (Verleih) macht. Fragt die Vorkosterin: »Wie wahrscheinlich ist es, dass da Gift drin ist?« Sagt der Koch: »Genauso wie den Krieg verlieren.«

Warum mich das an die Fernsehdocs erinnert, die herausfand, dass so gut wie jede Restaurantsauce in Deutschland ein Industrieprodukt ist?

## Vollgas

»Das texanische Repräsentantenhaus hat am Samstag einen vom Gliedstaats-Senat bereits genehmigten Gesetzentwurf verabschiedet, der öffentlichen Schulen die Aushängung der Zehn Gebote in sämtlichen Klassenzimmern vorschreibt«, informiert mich »Tachles«. »Gouverneur Greg Abbott wird das Gesetz

vermutlich bald in Kraft setzen, damit aber auch Klagen von Bürgerrechtlern auslösen. Gleichzeitig dürften andere konservativ geführte Gliedstaaten wie Arkansas, Louisiana und Oklahoma dadurch in eigenen Initiativen dieser Art bestärkt werden.« Um sich vom Herrn nicht ein paar Äonen Höllenfeuer zusätzlich wegen schwerer Heuchelei einzufangen, sollten die republikanischen Gliedstaaten (und es sind ja wirklich Gliedstaaten!) aber folgende Gebote streichen: das erste Gebot (»Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir«); das zweite (»Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht missbrauchen«); das fünfte (»Du sollst nicht töten«); das sechste (»Du sollst nicht ehebrechen«); das siebte (»Du sollst nicht stehlen«); das achte (»Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten«); das zehnte (»Du sollst nicht begehren deines Nächsten Frau, Knecht, Magd, Vieh noch alles, was dein Nächster hat«). Senkt auch die Druckkosten.

## Abbiegen

Noch einmal die Webseite des »Spiegel«, 30. Mai:

*Unter Donald Trumps Einfluss erfährt die Kultur eine ähnlich besorgniserregende Gleichschaltung wie während des Nationalsozialismus, findet Daniel Kehlmann. Eine Chance sieht er ausgerechnet in der Zollpolitik des US-Präsidenten.*

Lesezeit: 1 Minute. Klicken? Habe ich noch dreißig Jahre, sind's, Schaltjahre eingerechnet, 15.778.080 Minuten, und das wäre eine davon. Zuviel, findet **Stefan Gärtner**



**W**er sagt, diese Welt sei nicht mehr zu retten, hat vergessen, dass Kinder Hoffnung bedeuten«, meinte Honoré de Balzac, den hartnäckigen Mythos tradierend, Kinder seien besser als ihre Vorfahren. Wie »diese Welt« ist, darum ging es dem Produzenten, Drehbuchautor und Regisseur von »Squid Game«, Hwang Dong-hyuk: »Ich wollte eine Geschichte schreiben, die eine Allegorie auf die moderne kapitalistische Gesellschaft ist, etwas, das den extremen Wettbewerb darstellt, ähnlich dem extremen Wettbewerb des Lebens.« Dong-hyuks Allegorie ist folgende: 456 Menschen spielen auf einer abgelegenen Insel Kinderspiele. Wer verliert, wird eliminiert, und das heißt in der Serie: unverzüglich erschossen. Mit jeder Exekution steigt das Preisgeld. Wer als letzter übrigbleibt, gewinnt 45,6 Milliarden Won (circa 30 Millionen Euro). Das war so wirkungsvoll, dass Kinder die Mordspiele auf dem Schulhof imitierten und die Verlierer ohrfeigten, symbolisch erschossen oder mit Steinen bewarfen. Was »Logo!«, die Kindernachrichten des ZDF, dazu veranlasste, einen Sonderbeitrag zur Frage: »Haben es die Eltern verkackt?« zu produzieren. Denn wo

Zeit wurde »Squid Game« die erfolgreichste Serie von Netflix. In 94 von mehr als 200 Ländern belegte sie Platz eins. Die beiden bisherigen Staffeln (2021/24) wurden fast 500 Millionen Mal gestreamt. Und auch wer Bekanntheit von Referenzialität und »Textpiraterie« (Henry Jenkins) abhängig machen will, muss einen durchschlagenden Erfolg verzeichnen. Mittlerweile existieren ein »Squid-Game«-Wiki, Podcasts zur Serie sowie Multiplayer-Games bei Netflix, Roblox sowie auf »Minecraft«-Servern. Zudem gab es mehrere Adaptionen als Realityshow. Die bekannteste initiierte MrBeast, Host des größten YouTube-Kanals überhaupt. Mit mehr als 800 Millionen Aufrufen ist es sein meistgesehenes Video.

Angesichts des Rummels rund um die Netflix-Serie lohnt ein kurzer Exkurs in die Kulturindustrie. 1944 betonten Adorno und Horkheimer in *Dialektik der Aufklärung*, Radio und Kino seien finanziell abhängig von Elektrounternehmen oder einer Bank, weshalb es nicht erstaune, dass Funk und Film kapitalistischen Interessen folgten. Die beiden größten Einkommensquellen von Netflix sind aber die mehr als 300 Millionen zahlenden Kunden sowie der Verkauf eigener Produktionen an andere Sender. Der Strea-

mus einen Hype auslöst, ohne Gefahr zu laufen, antikapitalistische Mobilisierung zu entzünden, ist ein sicheres Zeichen für die durchdringende Internalisierung dessen, was die Banken und Elektrounternehmen einst diktieren mussten.

Halten wir es dialektisch, mehrt das Internet »die intellektuellen Mittel der Menschheit, um aus der Unmündigkeit auszubrechen, in der die Branche sie festhalten will«. (Peter Kern/Dieter Maier) Zweifellos setzt die chaotische Öffentlichkeit des Internets kreatives Potential frei und ist darum attraktiv; weil nicht zutrifft, was Adorno und Horkheimer für den Rundfunk konstatierten: »Jede Spur von Spontaneität des Publikums ... wird von Talentjägern, Wettbewerben vorm Mikrophon, protegierten Veranstaltungen aller Art in fachmännischer Auswahl gesteuert und absorbiert.« Dagegen lässt sich halten, dass auf den »freien« Plattformen X, Facebook, Reddit und Konsorten das Fehlen jeder Zensur das Problem ist. Bestenfalls findet man Konsumentenschutz (»Nie die Kaffeemaschine in Airbnbs benutzen! Leute stecken ihre Geschlechtsteile rein«) oder Profanierung und ironische Distanz, mit einem Wort: Trash, dessen Wert als Zeichen der Dissidenz jedoch in dem Maß abnimmt,

# In der Spielhölle

**»Squid Game«, eine der populärsten Fernsehserien der letzten Jahre, startet in die dritte und abschließende Staffel. Was aber fasziniert das Publikum an einer Show, die die Brutalität und den Zynismus der Warenwelt nicht nur spiegelt, sondern grotesk übertreibt, in Blut geradezu badet und allein für Sadisten ein reines Vergnügen ist? Von Jan Miotti**

Verliererkinder mit Steinen beworfen werden, muss, logo, die Kleinfamilie defekt sein. Gemeint war freilich: zu wenig autoritär.

Verrohung statt Aufklärung, Disziplinierung statt Revolution. Und wer es zynisch hält mit der Alternativlosigkeit im »kapitalistischen Realismus« (Mark Fisher), mag obige Episode pro toto nehmen und es dabei belassen. Die phänomenale Beliebtheit der südkoreanischen Serie ist allerdings höchst erklärungsbedürftig. Innerhalb kürzester

mingdienst ist also weitgehend unabhängig von Investoren und muss nicht als deren Interessenvertreter Begehrlichkeiten wecken. Er ist das Begehren der Leute selbst. Und je mehr Netflix die Nutzer bedient, desto schneller ist der »Zirkel von Manipulation und rückwirkendem Bedürfnis, in dem die Einheit des Systems immer dichter zusammenschießt« (Adorno/Horkheimer). In etwa auf die Größe eines Kindes mit Handy. Dass eine kritische Allegorie auf Kapitalis-

in dem er von der Kulturindustrie aufgenommen wird. Insgesamt also nicht viel Neues: Die Rezeption von »Squid Game« findet statt in der Wechselwirkung eines Bottom-up-Chaos an Foren, Kanälen und Content-Creating (Posts, Memes, Gifs, Reels, Shorts, Emoji-Codes et cetera), in dem das subversive und strunzdumm-beschränkte Potential der Schwammintelligenz aufscheint, und der beispieldes öffentlichkeitswirksamen Top-down-Kampagne von Netflix.

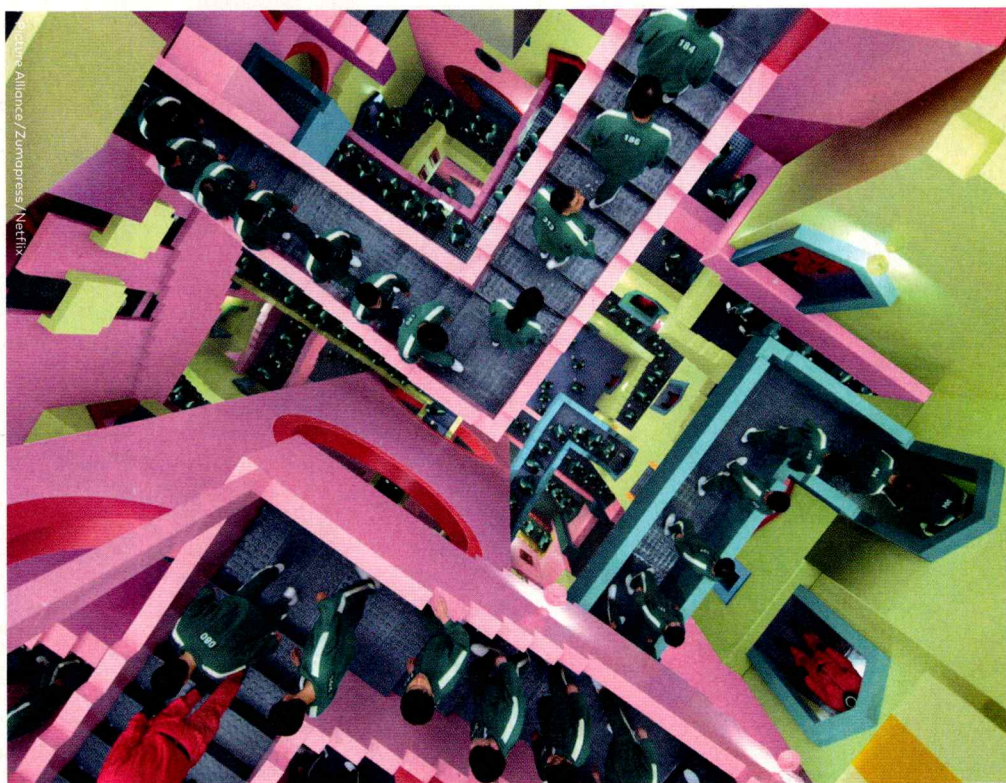


Das Marketing für die zweite Staffel zeichnete sich durch, was sonst, »immersive Räume« aus, die den zeitgemäßen Wunsch nach Authentizität und Erfahrung verwerten. Spätestens hier verkommt alles Kapitalismuskritische der Serie zum marktgängigen Zeichen der Kapitalismuskritik. Auf den Champs-Élysées in Paris oder dem Times Square in New York durfte man etwa das für »Squid Game« ikonische Spiel »Rotes Licht, grünes Licht« ausprobieren; natürlich im Setting und in den Uniformen der Serie (aber ohne scharfe Munition). Insgesamt gab Netflix für den Werbefeldzug 100 Millionen Dollar aus – doppelt so viel wie für die Produktion der Staffel selbst.

Dass das funktionierte, erstaunt kaum, wurde das Publikum doch über Jahrzehnte mit Casting-, Quiz-, Dating- und Survivalshows zugehörnt und auf Selektion als Unterhaltung eingestellt – auf das Bejubeln des Siegers, auf Mitleid mit den Verlierern oder deren Schmähung und jedenfalls auf die Akzeptanz der Konkurrenz als natürliche Gesellschaftsform sowie der jeweiligen Regeln, die das zivilisierte Austragen eines Wettbewerbs garantieren. Hinzu kommt, dass die Tech-Konzerne Samsung, Hyundai und LG, aber auch die Kulturindustrie – K-Pop, K-Dramas, Kimchi – schon seit Jahren für »Hallyu«, die »koreanische Welle«, sorgen. Die Präsenz der südkoreanischen Kultur in »Squid Game« dürfte das globale Publikum kaum stören oder gar als Exotismus belustigen. Im Gegenteil: Noch hängt ihren Erzeugnissen die Coolness der Nische an, die mit Park Chan-wooks »Oldboy« (2003) ihren vorläufigen und mit Bong Joon-hos »Parasite« (2019) den jüngsten Höhepunkt erreichte.

Selbst wer die typisch koreanischen Elemente nicht kennt – die riesige Younghee-Puppe, die bei »Rotes Licht, grünes Licht« falsche Bewegungen erkennt und bestraft, die Dalgona-Kekse, die die Teilnehmer austechen müssen, das titelgebende Tintenfischspiel (eine Art Rugby ohne Ball) –, versteht, was in *Hell Joseon*, dem Höllen-Korea, wie die lokalen kapitalistischen Zustände benannt sind, zerstört wurde und alpträumhaft wiederkehrt: die Kindheit.

Außerdem konnten die Macher von »Squid Game« auf eine lange Tradition asiatischer Versionen des Formats zurückgreifen, besonders auf japanische. Eine harmlos-hämische Variante war die Fernsehshow »Takeshi's Castle« aus den achtziger Jahren. Im Kultfilm »Battle Royale« (2000) wurde das Format schon zum tödlichen Unterhaltungsspiel zugespitzt, und sein Leitspruch fasst trefflich zusammen, wie das Spiel in die Ideologie der Konkurrenzgesellschaft eingeflochten ist: »Das Leben ist ein Spiel. Kämpfe ums Überleben und beweise, dass du es wert bist.« Noch deutlicher ist die Anlehnung an den weniger bekannten Horrorfilm »As the Gods Will« (2014). Nah an



**Auf- und Abgang von der einen in die andere Hölle:**  
Die Teilnehmer des »Squid Game« begeben sich zum nächsten Todesspiel

»Squid Game« sind auch die Hollywood-Produktionen »The Running Man« (1987), »Surviving the Game« (»Tötet ihn!«, 1994) oder die Reihe »The Hunger Games« (»Die Tribute von Panem«, seit 2012).

Zum Plot lässt sich denn auch nicht viel mehr sagen, als das Format hergibt. Und das ist keine originelle Kritik, sondern deckt sich damit, was Hwang Dong-hyuk über seine erste Idee von 2008 sagte: »Ich dachte, ein Überlebensspiel mit mehr koreanischen Elementen wäre lustig.« Lustig? Na ja. Die Ausgestaltung ist jedenfalls genial, zumal im Sinne von: massentauglich. Zunächst unterscheidet sich »Squid Game« von den genannten Shows dadurch, dass keine Kinder und Jugendlichen oder zufällig Ausgewählte der Konkurrenz ausgesetzt werden. Rekrutiert werden Hochverschuldete, die freiwillig einen Vertrag unterzeichnen, um an den Spielen teilnehmen zu können. Der »stumme Zwang« (Karl Marx), der ebenso zur Lohnarbeit wie hier zur Teilnahme an den Spielen drängt, ist eine wunderbare Identifikationsfläche für alle Ausgebeuteten, die sich ein Netflix-Abo zu leisten vermögen (immerhin oder leider). Akzentuiert wird er noch durch demokratisches Empowerment: Den Teilnehmern steht die Möglichkeit offen, unbeschadet aus den Spielen auszusteigen – sofern eine Mehrheit dafür stimmt.

Die individual- und sozialpsychologischen Verarbeitungen von Ohnmacht und Empowerment im Falschen, die sich aus der Anlehnung ergeben, werden überzeugend in ihrer

Komplexität aufgegriffen und dargestellt. Die generelle Krux mit der Serie besteht darin, dass ihre Rationalisierung an alle Seiten anschlussfähig gemacht wird. Deshalb ist es, bleiben wir beim Lob des Massentauglichen, sehr geschickt, dass die Spiele weder in einer Staatsdystopie noch in einer übernatürlichen Welt, sondern in der normalen *Hell Joseon* stattfinden. Um möglichst alle bei der Stange zu halten, erweist es sich als wirkungsvoller, die Allegorie real, aber zugespitzt zu halten und insbesondere für (zumindest prinzipiell) widersprüchliche Bedürfnisse offen zu sein; beispielsweise für klassenkämpferische und antisemitische.

Bis weit in die erste Staffel bleibt unklar, wieso und für wen die Spiele stattfinden. Sie werden jedenfalls nicht öffentlich übertragen (wie etwa »The Hunger Games«), dienen also nicht der kollektiven Disziplinierung. Endlich, voilà, Auftritt der »VIPs«: eine geschlossene Gesellschaft von weißen Männern, getarnt mit goldenen Tiermasken, obszön, dekadent und zynisch (die Anspielung auf die Orgienszene in Kubricks »Eyes Wide Shut« ist unübersehbar). Man erfährt, dass sie die Show bezahlen, dass sie mit den Mordspielen seit fast dreißig Jahren im Geheimen auf Welttournee sind und dass sie auf die Leben der Teilnehmer wetten »wie auf Rennpferde«. Da ist er, der Klassenfeind, der Gegner, der Voyeur des Leids, und selbst in die klassenkämpferische Rezeption mag sich schon leichte Entlastung des eigenen Voyeurismus, der Lust auf die nächste Teufelei einschleichen. Das sadistische Genießen der geheimen



Gruppe goldbehängener Ekel stößt jedenfalls ab. Und die Darstellung reicht, ohne offen antisemitisch zu sein, zweifellos aus, um das Ressentiment zu stimulieren.

Ebenfalls für die Masse gemacht sind die Spiele selbst, die, so wiederum Hwang Donghyuk, »extrem einfach zu verstehen« seien, so dass niemand damit »abgelenkt ist, die Regeln zu interpretieren«. Ohne ins Grübeln zu kommen, soll das Publikum den Kinderspielen folgen. Verfehlungen sind unmittelbar ersichtlich: Einem falschen Murrewurf folgt eine Maschinengewehrsalve, der kleinsten Geste die fatale Konsequenz. Das kindliche Spiel und die Exekution in blutspritzender Nahaufnahme: Hier ist die Allegorie der Klassengesellschaft auf brutalste Weise konkret. In Angstlust folgt das Publikum der geschickt rhythmisierten Abfolge von Fehl und Tadel, und diese mag als vertraglich vereinbarte manchem kleinbürgerlichen Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden so falsch nicht erscheinen.

Der Protagonist Seong Gi-hun (Lee Jung-jae) ist die Identifikationsfigur der Serie. Er ist arbeitslos, wurde von Frau und Tochter verlassen, lebt bei der Mutter, bestiehlt sie, wird spielsüchtig und ist deshalb hochverschuldet. Dass er als Fabrikangestellter an einem wilden Streik teilnahm und deshalb gefeuert wurde, erfährt man spät und nur nebenbei: Gi-hun tritt als Taugenichts auf. Um ihm dennoch die Sympathie des Publikums zu sichern, streichelt er etwa eine streunende Katze (Original-Erklärung von Regisseur und Protagonist). So platt ist die Figurenzeichnung zwar nicht immer, aber oft genug. Nicht zuletzt, weil Netflix, so der Filmkritiker Wolfgang M. Schmitt, die Drehbuchautoren anweist, Figuren mitunter schlicht sagen zu lassen, was sie tun, so dass die Serie auch verfolgt werden kann, wenn man gerade einen anderen Tab offen hat. Dass das nicht groß auffällt, liegt an der hervorragenden schauspielerischen Leistung.

Gi-hun mausert sich zu einem charakterlich integren Teilnehmer der Spiele, der sich über das Morden setzt und seine Ehrlichkeit nur in den Sekunden, in denen sein Leben unmittelbar bedroht ist, verliert. Schnell richtet sich seine Empörung aber nicht gegen die Spielanlage, sondern gegen den Exzess. Man könne Menschen doch nicht so töten, klagt er nach einem unvorhergesehenen nächtlichen Massaker. Suggestiert wird dem Publikum die Identifikation mit seiner Regelmoral; zumindest in der ersten Staffel und in Abgrenzung zu seinem Gegenspieler und Sandkastenkumpel, Sang-woo (Park Hae-soo), dem »Genie, das an der Seoul National University für Wirtschaft angenommen wurde«. Dieser hat das neoliberale Leistungsprinzip völlig internalisiert und wendet es auf die Spiele an: »Ich habe überlebt, weil ich bis zum Tod dafür gekämpft habe!«

Wieder ist das Argument der Anschlussfähigkeit zu machen; dass der Proletarier, der in der Spielhölle seine Menschlichkeit bewahren will, freilich Sympathien auf sich ziehen muss, und der Gegensatz zum entfremdeten, kalkulierenden Intellektuellen zugleich ein altes Ressentiment bespielt.

Das Leistungsprinzip ist, gegen die Einschätzung von Sang-woo, bei den meisten Spielen aufgehoben. Im Vorteil ist selten der Stärkere oder Schlauere, sondern meist der Teilnehmer, der die Spiele kennt. Die Rückblenden machen deutlich, dass damit jene gemeint sind, die eine »klassische« Kindheit erlebt haben. Die meisten Tricks kennt ein krebskranker und altersschwacher Mann, der deshalb mehrere Runden überlebt (am Ende der ersten Staffel stellt er sich als Veranstalter des Ganzen heraus, der, tatsächlich todkrank, einen letzten Adrenalkick sucht).

Je jünger die Teilnehmer sind, desto weniger Übung haben sie, wenn sie nicht völlig ahnungslos sind. Bezeugt die Abstufung nach Generationen die kulturelle Deformation durch die kapitalistische Produktionsweise? Gut möglich. Die Deformation durch Konkurrenz bis ins kleinste Alter ist tatsächlich weit fortgeschritten, der Verlust des authentischen Spielens der passende Kommentar. Mit dem Nostalgiepomp der Serie geht das aber nur zusammen, indem die Generation des alten Mannes romantisiert wird, die, um im Bild zu bleiben, eine vorkapitalistische sein müsste. Und das wäre gleich doppelt falsch. Auch hier verbleibt die Serie in der ihr eigenen Widersprüchlich- oder Vieldeutigkeit. Wer das loben will, lobt zuweilen über die Absicht der Macher hinaus, die, gemäß Eigenaussage, auf die Suggestion von Nostalgie aus sind.

Auffällig ist, dass bei dem ganzen Hype keine der Figuren »viral ging«, weder Gi-hun und seine Gegenspieler noch der dem »Star Wars«-Superschurken Darth Vader ähnelnde Spielleiter. Der größte Wiedererkennungswert liegt im Setting der Insel. Da sind zunächst die Wächter. Sie sind der platonischen Staatsidee gemäß in drei Gruppen eingeteilt: Arbeiter, Soldaten und Manager. In pinke Ganzkörperanzüge gekleidet, sind ihre schwarzen Masken entsprechend ihrer Kaste mit den Symbolen eines Playstation-Controllers markiert (die auch sonst die Symbole der Spiele sind): Kreis, Dreieck und Quadrat. Sie personifizieren also die Kontrolle eines Games. (Ursprünglich waren Pfadfinderuniformen geplant. Schwer vorstellbar, dass sie dieselbe Wirkung erzielt hätten.)

In diesem streng hierarchischen Pseudostaat werden die Teilnehmer infantilisiert. Sie sind bei der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse völlig abhängig, ihr Essen, ihre »Arbeit« (die Teilnahme an den Spielen) und ihre Erholung sind durchgetaktet. Die Etagenbetten des Schlafsaals wirken wie

Regale in einem Lagerhaus, die zusammengepferchten Teilnehmer wie die Ware. Privatsphäre gibt es nicht. Wer außerhalb der vorgesehenen Zeit auf die Toilette will, muss darum bitten, gar betteln. Steht der Schlafsaal für die Disziplinierung am Arbeitsplatz (Stichwort Amazon), stehen die »Arbeitsorte«, also die riesigen Spielarenen – mal Kinderspielplatz, mal Zirkus, mal Pausenhof oder Quartiersgassen – für den zynischen Genussbefehl der Unterhaltungsindustrie (Stichwort Disneyland).

Die alltäglichen Erniedrigungen sind auf der Insel also dieselben wie in der kapitalistischen Realität, aber den Räumen der Produktion und der Reproduktion umgekehrt zugeordnet: Der Warencharakter hält Einzug in die Freizeit, die Kulturindustrie in die Fabrik. Dazwischen müssen die Teilnehmer durch ein pastellfarbened Escher-Treppenhause gehen, während Johann Strauss' Walzer »An der schönen blauen Donau« ertönt (eine weitere faustdicke Kubrick-Anspielung). Der Auf- und Abgang von der einen in die andere Hölle; die als Alptraum wiederkehrende, verlorene Kindheit; die zur Kennlichkeit entstellte Horrorshow des kapitalistischen Alltags; die zivilisierte, schön getaktete Ausweg- und Alternativlosigkeit: das ist geradezu betörend.

Einen bemerkenswerten Twist hat der Plot in der zweiten Staffel doch: Nachdem Gi-hun die Spiele gewonnen hat, kehrt er mit dem Preisgeld nach Hause zurück. Der Horror, den er dafür durchmachen musste, und das Blut, das am Geld klebt, hinterlassen schiere Verzweiflung. Seine Regelmoral ist restlos zerstört, die Wärme aus seiner Mimik verschwunden. Sein Ausbruch aus der Infantilisierung ist definitiv kein bürgerlicher Reifungsprozess, was ihn einige Sympathien kostet. Er ist der Beginn seiner Entwicklung zum revolutionären Helden; er will den Spielleiter töten und die Spiele stoppen. Als Teilnehmer der Spiele auf die Insel zurückkehrend, verwandelt er sie in einen Kriegsschauplatz. Mittlerweile weiß er, dass das Spiel nicht gewinnen kann, wer als Sieger daraus hervorgeht, sondern wer es, für alle, beendet.

Die zweite Staffel schließt mit einem Cliffhanger, die Rebellion scheitert auf ganzer Linie. Ein versöhnliches Ende, ein Klassenkompromiss, ginge nur über Gi-huns Leiche, unmissverständlicher Klassenkampf gegen die maximale Anschlussfähigkeit. Viele Fragen bleiben offen, vor allem, ob die ideologische Botschaft eine ressentimentgeladenen Klassenkämpferische bleibt. Oder muss es heißen: wie?

Die dritte und abschließende Staffel von »Squid Game« läuft ab 27. Juni auf Netflix.

**Jan Miotti schrieb in konkret 3/25 über die antikoloniale Rhetorik der Schweizerischen Volkspartei**



konkret entsorgt den Sprachmüll der Medien

# Ab und zu

Ich hab' damals ja auch an der Universität Hohenheim studiert. Im Zentrum für Tierhaltungstechnik. Hätten meine Eltern mir im März des neunten Semesters, weil ich immer noch keinen Ureaseinhibitor von einer Schwarzen Soldatenfliege unterscheiden konnte, das Taschengeld von 100 auf 80 und im April auf 50 Mark gekürzt, so hät-



Was Religionsunterricht und Zahnseide miteinander zu tun haben, weiß allein Gott, dieses kleine Mädchen zum Glück nicht

ten die Kommilitoninnen in der Mensalounge wohl meine zunehmend abnehmende Spendabilität beklagt. Denn also redet, gar schreibt man in Hohenheim noch heute: *Die gesellschaftliche Akzeptanz der aktuellen Haltungsbedingungen der Schweinehaltung nimmt zunehmend ab. Es werden Haltungsbedingungen gefordert, welche den artgemäßen Verhaltensweisen der Schweine entgegenkommen. Diverse Label und Programme fokussieren auf Basis dieser Verbraucherverwünsche eine Schweinehaltung mit mehr Tierwohl. Eine umfassende Evaluierung und Empfehlung für eine funktionssichere Umsetzung auf den Praxisbetrieben der Maßnahmen fehlt jedoch. Auf Seiten der Landwirte hemmen Zweifel, sowie das Nichtvorhandensein praktikab-*

*ler Lösungen deren Umsetzung. So geht keine Theorie! Schon der banale Umstand, dass sie niemandem gekommen ist, mindert den Erfolg mancher Idee, während unsereiner hemmungslos jedes Hähnchen verzehrt, das einzukaufen er vergessen hat.*

Auch die päpstliche Kirche sorgt sich um die Haltung ihrer Zöglinge. *Wer glaubt, dass katholischer Religionsunterricht – wenn auch im übertragenen Sinn – nichts mit Zahnhygiene zu tun hat, der kann eines Besseren belehrt werden. Und zwar vom hohen Nachrichtenportal einer Institution, deren Sinn man um Gottes willen nicht auch noch irgendwohin übertragen möchte. Sieht man sich nämlich die Entwicklung der kirchlichen Jugendarbeit in Deutschland an, erkennt man schnell, dass die Berührungspunkte von Jugendlichen und Repräsentanten der Kirche zunehmend abnehmen. Religionslehrer können in diese Lücke stoßen und damit in Bereiche vordringen, in die kirchlicher Jugendarbeit der Zugang erschwert wird – Religionsunterricht eben als Zahnseide. Wenn man denn partout an keine anderen Körperspalten denken möchte, die zu Evangelisationsmetaphern taugen.*

Derweil verkündet der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie in seinem Positionspapier »Strategien zur Evidenzgenerierung in der Pädiatrie«: *Die Versorgung mit zugelassenen Arzneimitteln nimmt zunehmend ab, je jünger die Kinder sind und je seltener die Krankheit ist. Alles klar: Kleine Kinder mit Arthrose kriegen keine Tabletten. Ob der Umkehrschluss erlaubt ist? Die Entsorgung von abgelassenen Arzneimitteln nehme mit dem Alter der Kinder und der Häufigkeit der Krankheit abnehmend zu?*

Auf die Frage, ob ihre Beamten das Diensttelefon ausnahmsweise auch für private Gespräche benutzen dürften, antwortete die Bremer Senatorin für Finanzen einst in einem Rundbrief: *In Zeiten von nach wie vor fallenden Flatrates, mobilen Daten und Smartphones kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil der privat geführten Telefonate (größter Kostenfaktor) über das Festnetztelefon am Arbeitsplatz zunehmend abnehmen wird. Dabei hätte man erwartet, in Zeiten, da die Smartphones unter wie vor den Schreibtisch fallen, werde nur zu gern auf des Steuerzahlers Kosten telefoniert.*

Der allerhöchsten Wissenschaft, welche sich mit der luftfahrenden Industrie beschäftigt, geht es in einer neueren Patentschrift ums Erkennen einer Startstörung innerhalb der erkannten Startphase durch das Flugassistenzsystem mittels eines Messgerätes, welches die Gesamtenergieänderung des Luftfahrzeuges misst, automatisch in Abhängigkeit von einer negativen, abnehmenden oder abnehmenden Zunahme der Gesamtenergieänderung. Ach du Scheiße! wird der Chefpilot im Notfall denken: Eine negative Zunahme ist wohl eine Abnahme. Aber was ist der Unterschied zwischen einer abneh-

menden und einer abnehmenden Zunahme? Wär' er doch bei der Bundesbahn geblieben!

Promedica24 sei europäischer Marktführer im Bereich der legalen Betreuung von Senioren. Nur drei Jahre nach dem Start in Deutschland konnten wir bereits auf mehr als 1.000 Betreuungskräfte und 100 Kunden blicken. Es gibt diese Firma aber trotzdem noch, und nun fragt sie mich: *Sie stellen fest, dass die alltäglichen Herausforderungen Ihrer Angehörigen zunehmend zunehmen, doch ein Pflegeheim kommt nicht in Betracht? Nun ja, alle zwei Monate ruft mein Bruder aus Oldenburg an. Und man wird nicht jünger. Sobald er jeden Monat anruft, geh' ich ins Heim!*

Joachim Rohloff



# Das Evangelium nach Ethan

Seit drei Jahrzehnten gibt Tom Cruise in »Mission: Impossible« den Erlöser der Menschheit – Zeit für eine Bilanz.

Von Wieland Schwanebeck

Jesus war ein Wandersmann, am liebsten uffm Ozean, ja und seine Zaubershow, die hatte wirklich Weltniveau.

Die Doofen, »Jesus«

**E**r hat es wieder nicht geschafft: Seit fast zwei Jahrzehnten arbeitet der Regisseur Christopher McQuarrie nun schon mit Tom Cruise zusammen, und trotz etlicher Versuche ist es ihm im Verlauf von zehn Filmen (davon vier Ausgaben der »Mission: Impossible«-Reihe) nicht gelungen, den bekanntesten Draufgänger des Unterhaltungskinos um die Ecke zu bringen. Egal ob dieser charismatische Größenwahnsinnige minutenlang auf Tauchgang geht, mit dem Motorrad von der Klippe hechtet oder (wie in der neuen, mutmaßlich letzten Mission) zwischen zwei Doppeldecker-Flugzeugen tänzelt, er ist einfach nicht totzukriegen. Statt dessen eifert Cruise in seiner Rolle als Superspion Ethan Hunt auch mit über 60 Jahren unverdrossen Buster Keaton und Jesus Christus nach, als Mischung aus Stehaufmännchen und Auferstehungsmann.

Diese Entwicklung war nicht abzusehen, als der erste, von Brian De Palma inszenierte Teil von »Mission: Impossible« im Jahr 1996 ins Kino kam. Der Neuaufguss einer 30 Jahre alten Fernsehserie (falls Sie es mal fürs Quiz brauchen: in der BRD unter dem wunderbaren Titel »Kobra, übernehmen Sie« ausgestrahlt) war gekonnte Popcornunterhaltung, abgeschmeckt mit ein paar Erinnerungen ans Paranoia-Kino der 70er Jahre. Da überall die Verräter lauern und es verlässlich immer noch eine weitere Feindeszelle gibt, haben Ethan Hunt und seine Kollegen von der Impossible Mission Force alle Hände voll damit zu tun, Maulwürfe auszurauchern und die vom eigenen Lager heraufbeschworenen Ungeheuer zu bezwingen. Zwar wird auf einige Leichen im CIA-Keller angespielt, doch

die Gegenspieler sind in der Tradition der Heftchenliteratur so nebulös umrissen, dass niemandem allzu derb auf die Füße getreten wird. »Mission: Impossible« ist trotz tagesaktueller Plots rund um Biowaffen, Ressourcenkampf und Fake News eine seltsam apolitische Reihe geblieben, und Tom Cruise hat dem zynischen New-Hollywood-Kino seiner Jugend erfolgreich den Zahn gezogen – er steht für das ältere Verständnis vom Filmstar, entstanden zu der Zeit, als sich die Idole noch gründlich mit dem eigenen Leinwandimage zu verwechseln pflegten.

Bei »Mission: Impossible« wird noch einmal das Motto aller Spionagefilme heraufbeschworen (*du kannst keinem vertrauen*, ergänzt um den Nachsatz: *außer natürlich Ethan Hunt*). Achtmal hat er bereits den Beweis angetreten, dass sich selbst die unmöglichsten Missionen mit ausreichend Hingabe als *possible* erweisen, und damit eine Filmreihe, die die Kritik eigentlich schon nach dem eiligen zweiten Teil abgeschrieben hatte, zum langlebigsten Action-Franchise des 21. Jahrhunderts veredelt. In derselben Zeit ist James Bond zum hauptamtlichen Haderer und Selbstzweifler regrediert, Jason Bourne auf- und wieder abgetaucht, und John Wick, der eigentlich bloß mit seinem Hündchen Gassi gehen wollte, hat Hunderte von Schergen erschossen, erstochen und mit einem Band aus der Leihbücherei erschlagen.

Fast alle Genrekollegen sind Helden-tode gestorben oder von Jüngeren ersetzt worden (was aufs selbe hinausläuft), nur Tom Cruise trommelt als letztes Duracell-Häschen unverdrossen weiter. Einer muss ja. Ob der mittlerweile 62jährige Schauspieler zum Erhalt der ewigen Jugend auf Pilates, Sellerie-Smoothies oder die Dorian-Gray-Methode setzt, ist nicht überliefert, auch in der Rolle von Agent Hunt scheint er aller irdischen Gelüste enthoben. Im Verlauf eines typischen »Mission: Impossible«-Abenteuers wird weder gegessen noch getrunken, schon

gar nicht verdaut oder gevögelt. Dass die Frauen an Ethan Hunts Seite (die Hunt-Werkerinnen?) mehr zu tun bekommen als beim Kollegen Bond und nicht bloß vernascht und vom Franchise wieder ausgeschieden werden, ist löblich, doch formelhaft geht es trotzdem zu. Alle zwei Filme taucht an Agent Hunts Seite eine neue, toughe Kollegin auf, die die Fäuste zu schwingen weiß, im Handlungsverlauf aber vor allem als verständig nickende Abladestelle für Plot-Infos herhalten, den Star der Show großäugig anhebeln und ihn gelegentlich reanimieren muss. Letzteres ist ein derart integraler Bestandteil geworden, dass Hunts Team sein zwischenzeitliches Ableben in der neuesten, mit »The Final Reckoning« betitelten Mission von vornherein fest einplant.

Es passt zu einem Hauptdarsteller, der die Wiederauferstehung als feste Nummer darbietet wie Chuck Norris einst den Roundhouse-Kick. Dafür, dass Tom Cruise in der Unsterblichkeit schon früh seine Berufung gefunden hatte, sprechen Filme wie die Blutsauger-Seifenoper »Interview mit einem Vampir« (1994) und der sehenswerte Zeitschleifen-Spaß »Edge of Tomorrow« (2014). »Mission: Impossible« vollendet das Ganze zur Jesus-Analogie. Ethan Hunts aus Computerhackern, Verkleidungskünstlern und Elitekämpfern bestehendes Team entpuppt sich als Zirkel treu ergebener Jünger, pro Film wird verlässlich ein Ungläubiger zur guten Sache bekehrt und von Heiland Hunt erlöst. »Er ist die lebende Manifestation des Schicksals«, gesteht ihm sein Chef im fünften Teil (»Rogue Nation«, 2015) zu.

Der gute Hirte Tom Cruise, der das Kreuz ja schon im Namen trägt, lädt sich in seinen verteuftelt gut gemachten Materialschlachten verlässlich so viel Leid der Welt auf die Schultern, dass man gar nicht anders kann, als an ihn zu glauben – »Mission« um »Mission« ein Missionar in eigener Sache. Da auch Christus auf dem Hügel Golgatha



ohne Stunt-Double auskommen musste, gehört zur Marke Cruise das PR-Narrativ, dass er seine Zirkusnummern selbst absolviert und jeden Aspekt der Produktion mitgestaltet, also wahrscheinlich auch das Catering übernimmt und nach Drehschluss die Komparsen nach Hause fährt. Bei jeder Gelegenheit stimmt Cruise ein Hohelied auf die perfekt eingespielte Arbeitsteilung der Traumfabrik an, weiß aber zugleich das Spektakel vollständig auf sich zuzuschneiden und seine Schäfchen hinter sich verschwinden zu lassen.

Dieser Egotrip im Kostüm basisdemokratischer Teamarbeit spielt sich auch in den »Mission«-Filmen ab, die sich als Ensemblestücke ausgeben, in Wahrheit jedoch den Auserwählten über alles stellen. Tom Cruise lebt das für die Öffentlichkeit mustergültig vor und dürfte wahrscheinlich neben Cri-

York eine mit der pseudowissenschaftlichen Reinigungs- und Entgiftungslehre von L. Ron Hubbard operierende Klinik, zudem ging er jedes Interview so enthusiastisch wie die Finalrunde von »Der Preis ist heiß« an, um seine Selbstoptimierungsformeln unters Volk zu bringen.

Inzwischen verkneift sich Cruise seine Predigten; lieber legt er die frohe Botschaft seinem Alter-Riesen-Ego Ethan Hunt in den Mund. Vor rund zwanzig Jahren empfahl Cruise der Schauspielerin Brooke Shields öffentlich, ihre postnatale Depression gefälligst ohne Medikamente zu ertragen; »The Final Reckoning« schließt daran mit einer Szene an, in der die Hunt-Granate zusammen mit der Agentenkollegin in einen Folterkeller verschleppt wird. Auf das bevorstehende Martyrium stimmt das resiliente Crashtest-Dummy die Dame, die auch noch

sibler ist. Denn längst gilt es nicht mehr nur, Atomsprengköpfe zu entschärfen; das Kino will zum Triumph übers Streaming geführt und der handgemachte, praktische Effekt (jedenfalls scheinbar) gegen die Verlockungen des Digitalzeitalters geschützt werden. In den letzten beiden Teilen von »Mission: Impossible« wird dieser Kampf ganz offen auf die Plot-Ebene geholt, denn bedroht wird der Weltfrieden hier von einer enthemmten Künstlichen Intelligenz, die sich »die Entität« nennt und gegen die nur analoge Tricks helfen. Wenn die Figuren im Film einen unterirdischen, lichtlosen Bunker in Südafrika als letzten Zufluchtsort beschreiben, in den die Entität nicht eindringen darf, können sie auch über einen Kinosaal sprechen.

Der längst zum Meme veredelte Dauerlauf des ewigen Katastrophensprinters Tom Cruise, der immer wieder Explosionen und Sandstürmen enteilt, ist demnach nicht bloß das genreübliche Wettrennen gegen die Zeit, sondern das tägliche Pensum eines unermüden Hamsters, der im Lauftrad den letzten analogen Filmprojektor antreibt. In den ermüdend langen Gefechtsphasen des aktuellen, fast drei Stunden langen Films stellt sich hin und wieder der Gedanke ein, in Wahrheit sei die Schlacht längst verloren, denn die Dialoge, die dem für »Die üblichen Verdächtigen« einst mit dem Drehbuch-Oscar geehrten Christopher McQuarrie eingefallen sind, erweisen sich fast durchweg als Versatzstücke aus der untersten Schublade patriotischen Actionfilm-Gefasels. Das hätte auch ChatGPT hinbekommen.

Dass Ethan Hunt am Schluss als Auserwählter den Schlüssel zum Schicksal der Menschheit verwahren darf, spricht für das Selbstbewusstsein des Darstellers, der zwar einerseits als Stunt- und Risiko-Innovator auftritt, als Konservator der traditionellen Kinoerfahrung allerdings zutreffender charakterisiert ist. Schon deshalb wird wohl nicht nur das Studio Paramount, das für die aktuelle »Mission« diversen Schätzungen zufolge ein Budget von 400 Millionen US-Dollar gestemmt hat, sehr aufmerksam verfolgen, wie sich das Cruise-Evangelium an den Kinokassen schlägt. Die letzten Überlebenden des traditionellen Blockbuster-Kinos (Francis Ford Coppola, Steven Spielberg, Robert Zemeckis) sind zuletzt mit kostspieligen Flops auf ihrer vergoldeten Nase gelandet, Mel Gibson bereitet gerade ein Sequel seines Jesus-Blockbusters »Die Passion Christi« (2004) vor und dürfte hoffen, dass Totgesagte wirklich länger leben. Am Ende muss vielleicht doch noch mal Tom Cruise die müden Knochen schwingen, um uns alle zu erlösen.

Das wird dann sicher etwas anstrengender. Aber es sind ja nur Schmerzen. ●

**Wieland Schwanebeck schrieb in konkret 6/25 eine Würdigung und überfällige Korrektur zu 50 Jahren »Der weiße Hai«**



**Der gute Hirte und seine Schäfchen: Tom Cruise bei der Premierengala von »Mission: Impossible 8« in Mexiko-Stadt, 20. Mai 2025**

stiano Ronaldo der einzige Prominente sein, dem die Menschen zutrauen, seine Kinder ohne Partnerin nur mit sich selbst gezeugt zu haben.

Sollte hinter dem strahlenden Solisten immer noch ein gutbezahltes PR-Team stehen, macht es seine Sache besser als Anfang der 2000er Jahre. Für Aufsehen sorgte der Star damals nämlich weniger mit seinen gelungenen Auftritten bei Stanley Kubrick (»Eyes Wide Shut«, 1999) oder Paul Thomas Anderson (»Magnolia«, 1999), sondern als offensivste Nervensäge aus dem Scientology-Stall. Nach dem 11. September 2001 stiftete Cruise den Rettungskräften der Stadt New

York wie die göttliche Gnade höchstselbst heißt, mit den Worten ein: »Vergiss nicht, Grace – es sind nur Schmerzen.« Einem derart bekackten Satz ist eine große Zukunft als Autoaufkleber gewiss, vielleicht kommt er demnächst auch dem einen oder anderen werdenden Vater im Kreißsaal über die Lippen.

Quotenträchtige Exklusivinterviews mit dem Star braucht es da gar nicht mehr, wenn das Leid der Welt dem hauptamtlichen Weltenretter Ethan Hunt derart gut zu Gesicht steht. Auch im neuesten Film fährt er zum großen Finale wieder verlässlich in den Himmel hinauf und erledigt nebenbei sogar eine zweite Mission, die noch ein bisschen impos-



# Otterngezüchte



Die Stimmung köchelte auf kleinsten Flammen:  
Noch war die Linksjustiz nicht brav genug.  
Wer aber gruppenreist, hat Spaß zusammen!  
So rief der Lange zum Vereinsausflug.

Sie packten Bier ein und Rasierschaum, Pinsel,  
Bratwürste, Koteletts, Schampus, Angelschnur.  
Ihr Ziel: Queimada Grande («Schlangeninsel».)  
Brasilien, olé! Lambada pur!

Zwar war der Zutritt allerstrengst verboten,  
Doch ungern buckeln Mächtige vorm Recht.  
Blau stiegen Schwarze ohne ihre Roten  
An Land. Der erste Eindruck war nicht schlecht:

Die Palmen top, die Strände erste Sahne!  
Und fünfzehntausend Ottern lebten hier!  
Froh rammte Söder eine Deutschlandfahne  
Tief in den Sand und grölte pinkelnd: »Bier!!«

Der erste Biss traf mit Herrn Wolfram Weimer  
Den Mann des Geistes, der Kultur, der Schrift.  
Sekunden drauf war Thorsten Frei im Eimer,  
Denn Lanzenottern geizen nicht mit Gift.

Sie würgten lang an Dobrindt, Klöckner, Reiche,  
Auch Rainer war als Mahl kein Irgendwer.  
Mit Wadephul und Bär geschah das Gleiche.  
Für Söder mussten sieben Schlangen her.

Die letzte Tat traf, gnad' uns Gott, den Langen.  
Ein schwarzes Kabinett auf weißem Sand:  
So endete ein schönes Unterfangen  
Im Schrecklichen. Auf Halbmast weint ein Land.

**Thomas Gsella**



Pulp

## More

Rough Trade

Das Altern ist im Pop so eine Sache: Wer versucht, jung und zeitgemäß zu bleiben, hechelt früher oder später den Trends hinterher und sieht dabei umso älter aus. Ausnahmen gibt es nur ganz wenige – die große Popkünstlerin Madonna zum Beispiel, die sich irgendwann entschieden hat, die Unmöglichkeit des Alterns in der kulturellen Logik ihrer Branche selbst zum Thema zu machen. Wer dagegen beim Bewährten bleibt, wird leicht zum Abziehbild und gerät in eine deprimierende Retroschleife. Beide Richtungen lassen kaum Platz für künstlerische Souveränität. Das Misstrauen gegenüber dem Alter mit seiner vermeintlichen Reife, die oft wenig mehr bedeutet als Routinen und autoritäre Reflexe, ist einer der obersten Glaubenssätze des Pop. Nicht umsonst bringen es die allerwenigsten wichtigen Acts zu mehr als drei oder vier Alben, um dann auf mehr oder weniger dramatische Weise zu implodieren.

Auch Pulp waren Ende der neunziger Jahre auf dem Höhepunkt ihres Erfolgs zerbrochen. Mit dem nachgeschobenen Album »We Love« verabschiedete sich die Band aus Sheffield 2001 auf unbestimmte Zeit. Frontmann Jarvis Cocker entschwand zur Familiengründung nach Paris und stand kaum in der Öffentlichkeit, bis er 2010 eine wöchentliche Musiksendung bei BBC Radio 6 übernahm.

In der allgemeinen Erinnerung blieb von Pulp vor allen Dingen ihr Auftritt beim aus dem Ruder gelaufenen Glastonbury Festival 1995, als die Band in letzter Minute für die Stone Roses einsprang und vor einem gigantischen Publikum spielte, das größtenteils ohne Tickets über die Absperrungen auf das Gelände gelangt war. Und dann ist da natürlich noch »Common People«, ihre ebenso überstrapazierte wie unwiderstehliche Hymne auf den Stolz der *Working class*. 2023 kamen Pulp dann im Line-up der Neunziger – allerdings ohne den kurz zuvor verstorbenen Bassisten Steve Mackey – für eine Reihe von Konzerten zusammen. Nun ist ihr erstes Album seit fast 25 Jahren erschienen, passenderweise bei Rough Trade, dem Urgestein unter den britischen Independent Labels.

»More« kommt unverkennbar als Alterswerk daher. Die neuen Songs von Pulp blicken auf die Euphorie der 90er Jahre und den »Second Summer of Love« zurück, sie handeln von Anfang und Ende der Liebe und von den ersten Schritten der Band im Nordengland der Thatcher-Jahre. Am Ende steht die doppelbödige Aussöhnung mit der eigenen Herkunft. Und tatsächlich gelingt der Band das Kunststück: »More« klingt weder verkrampft noch altbacken. Dabei hilft, dass Pulp ohnehin schon immer aus dem Rahmen fiel. Das Britpop-Etikett, das der Band nach wie vor anhaftet, passte von Beginn an denkbar schlecht. Zwischen den rotznasigen Jungscliquen von Oasis, Blur oder Suede nahm sich die gemischtgeschlechtliche Band mit ihrem ungelinken Sänger eher kurios aus. Cockers bissige, mit Wortspielen durchsetzte Lyrics erinnerten mitunter eher an Sophisticated-Pop-Acts der Achtziger wie Prefab Sprout oder Joe Jackson. Tatsächlich hatte sich Pulp schon 1978 formiert und bereits drei relativ erfolglose Alben veröffentlicht, bevor 1994 der Durchbruch mit der Platte »His 'n' Hers« gelang. Auch deshalb konnten sie vielschicht-

ger und mit mehr ironischer Distanz als die meisten Acts der neunziger Jahre über ihre Lieblingsthemen singen: Klassenkonflikte und *Gender trouble*, Individualisierung und *Consumer culture*.

Auf »More« hat Cocker nichts von seinem Crooner-Timbre und seinem Witz eingebüßt. Im Gegenteil: Das Album wimmelt von schräg-einsichtigen Zweizeilern, die zu den besten in der Pulp-Diskografie gehören. So heißt es zu den gerade in Großbritannien immer verkrampfteren Diskussionen über Geschlechtsidentitäten: »I haven't got an agenda / I don't even have a gender« (»My Sex«). Und zum Thema Intimität: »Without love you're just making a fool of yourself / without love you're just jerking off inside someone else« (»Got to Have Love«). Auch Lebensratschläge wie »When you're going through hell / well how about you just keep going?« (»Slow Jam«) hält das Album bereit.

Musikalisch ist »More« raffinierter, als es angesichts der glatten Produktion von James Ford zuerst scheinen könnte. Praktisch jede Nummer adaptiert ein eigenes Genre für Pulp's Synthipop: »Grown Ups« beispielsweise – ein allem Anschein nach autobiografischer Song über eine ausgedehnte Spätadoleszenz im London der achtziger Jahre – beginnt mit trockenen Gitarrenchords, die unverkennbar an den vom Reggae inspirierten Punk von The Clash angelehnt sind. »A Sunset« wiederum ist eine Folk-Nummer über die Kunst, das Wertvolle im Alltäglichen zu sehen – das manchmal gar nichts kostet. »Got To Have Love« dagegen nimmt den klassischen Discosound in der Tradition von Giorgio Moroder auf.

Das Album ist auch deshalb so gelungen, weil Pulp genau wissen, wie schnell Comebacks in Enttäuschung enden können. Mit dem Opener »Spike Island« – zugleich die erste Single des Albums – macht



»I haven't got an agenda / I don't even have a gender«:  
Pulp-Frontmann Jarvis Cocker bei einem Auftritt  
im Open Air Theatre, Scarborough, am 9. Juli 2023

die Band klar, dass sie sich nicht scheut, die Welle des aktuellen Britpop-Revivals zu reiten. Der Song schwelgt ungeniert in Nostalgie und feiert einen legendären Stone-Roses-Gig von 1990, der als Initialzündung für den Pop der kommenden Jahre in Großbritannien gilt: Wenn die Gallagher-Brüder von Oasis wieder zusammenfinden, Stereolab eine neue Platte veröffentlichen und sogar Robbie Williams für Ende des Jahres ein Album mit dem Titel »Britpop« ankündigt, warum sollte dann nicht auch Pulp ein Stück vom Kuchen haben? Nachdem das klargestellt ist, entwickelt »More« in der Tat mehr Witz, Tiefgang und Abwechslungsreichtum, als man zu hoffen wagte.

Leo Herrmann



# »Auf dem friedlichsten und einfachsten Wege«

**Der Sammelband *Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise* erfasst erstmals in umfassender Weise die kapitalistische Geschichte des »Sonderfalls Schweiz«. konkret sprach mit zwei der drei Herausgeber, Dominic Iten und Arman Spéth**

**K**onkret: Jedem »Sonderfall« ist das Allgemeine eigen und umgekehrt. Was soll man von Schweizer Kapitalismus erwarten?

**Dominic Iten:** Schweizer Kapitalismus ist ein Modell für ein Zentrum im globalisierten Kapitalismus. Die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit spitzen sich in der Schweiz besonders zu, zugleich werden sie ideologisch äußerst erfolgreich überdeckt. Das ist der rote Faden des Buchs. Es räumt mit der Standarderzählung auf, die Schweiz sei ein neutrales, demokratisches Land des Wohlstands, eine Insel, der »Sonderfall«. Natürlich ist sie global vernetzt und betreibt Politik und Wirtschaft wie andere kapitalistische Länder auch; geschickter, aber nicht grundverschieden.

**Arman Spéth:** Die Schweiz weist die typischen Merkmale eines kapitalistischen Zentrums auf. Sie agiert erfolgreich auf dem Weltmarkt und vermag es, noch mehr als andere Nationalstaaten, das eigene Vorgehen als politisch opportun zu übersetzen: Die Neutralität als besondere Schweizer Eigenheit ist eine solche Übersetzung. Ideologisch überzeugt sie, da sie den außenpolitischen Opportunismus nach innen als Zurückhaltung ausweist. Die Erzählung von der Schweiz, die sich nirgends einmischte, lernt jedes Kind.

*Die Schweiz war weder eine koloniale noch eine imperiale Macht. Wie geht das zu-*

*sammen: globaler Kapitalismus ohne Imperialismus?*

**Dominic Iten:** Diese Eigenheit wurde verschiedentlich erfasst. Der Politiker und

antworteten fast ausschließlich Großmächte. Schweizer Unternehmer konnten darin einigermaßen frei wirtschaften.

**Arman Spéth:** Das ist schon erstaunlich lange bekannt. Ich zitiere in meinem Beitrag im Buch den Ökonomen Arwed Emminghaus aus dem Jahr 1861: Die Expansion der Schweizerischen Art braucht »keine kostspieligen Flotten, keine kostbaren Verwaltungen, da braucht es keinen Krieg noch Unterdrückung; auf dem friedlichsten und einfachsten Wege der Welt werden da die Eroberungen gemacht«.

**Dominic Iten:** Und doch wird diese Erkenntnis kaum beachtet. Die erste größere Aufarbeitung zum Beispiel des Transithandels der Schweiz ist erst ein paar Jahre alt. Und die Rolle der Schweiz als Drehscheibe ist entscheidend, insbesondere im Finanz- und Zahlungsverkehr. Schweizer Firmen und Banken wickeln internationale Geschäfte ab, verwalten Zahlungsströme, organisieren Lieferketten – oft mit kolonialen oder rohstoffreichen Ländern –, ohne dass die Schweiz territorial involviert wäre. Das zeigt sich etwa im Rohstoffhandel: Schweizer Handelsfirmen kaufen Öl, Kupfer oder Getreide auf, Verträge

werden in Zürich oder Genf gemacht, das Geld fließt über Schweizer Banken, der Gewinn wird hier versteuert – oder nicht.

**Arman Spéth:** Die Entwicklung der Schweiz zu einem kapitalistischen Zentrumsland beruhte wesentlich auf der inter-



**Dominic Iten (l.), Arman Spéth und ihre liebste Schweizer Bank**

Soziologe Jean Ziegler nennt es »sekundären Imperialismus«. Es ist mittlerweile unbestritten, dass die Schweiz von dieser Position enorm profitiert hat. Den notwendigen Rahmen des globalen Handels – Infrastruktur oder militärische Interventionen – ver-



nationalen Ausrichtung ihres Kapitals. In der Weltmarktkonkurrenz stellt die Schweiz einige *Big Players* und ist dadurch zu einer ökonomisch mächtigen Nation geworden. Schweizer Tochterunternehmen beschäftigen im Ausland fast 2,3 Millionen Arbeiter/innen – oft unter Bedingungen der Überausbeutung. Und das betrifft nur jene, die direkt von Schweizer Firmen angestellt sind. 2020 arbeiteten insgesamt 5,7 Millionen Menschen außerhalb der Schweiz zur Befriedigung der Schweizer Endnachfrage. Damit arbeiteten im Ausland mehr Menschen für die Schweizer Endnachfrage, als innerhalb der Schweiz selbst beschäftigt sind. Der Zugriff des Schweizer Kapitals auf den global produzierten Mehrwert ist also immens.

**Der Untertitel des Buchs lautet Erfolgsmodell in der Krise. Was Inflation und Grundversorgung anbelangt, scheint es der Schweiz – trotz internationaler Abhängigkeit – vergleichsweise gut zu gehen.**

**Dominic Iten:** Sicherlich ist die Schweiz als Ganzes im Vergleich zu umliegenden Ländern unbeschadet durch die Krisen der letzten Jahre gekommen. Aber die Energie- und Lebensmittelpreise sind gestiegen, auch Schweizer Arbeiter/innen erleiden Reallohnverluste, erfahren sozialen Abstieg und kämpfen um bezahlbaren Wohnraum. Mehrere Beiträge verdeutlichen die Ungleichheit, die in der Schweiz vorherrscht. Um nur einen Fakt zu nennen: Über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung besitzt heute ein durchschnittliches Vermögen von weniger als 7.500 Franken.

**Arman Spéth:** Mit dem Untertitel wollen wir darauf hinweisen, dass das Erfolgsmodell Schweiz nicht nur in der Krise steckt, sondern zugleich immer wieder ein Erfolgsmodell in Krisenzeiten war. Die Verwalter des Schweizer Kapitalismus haben es wiederholt geschafft, sich in Krisen erfolgreich zu positionieren. Ob ihnen das auch in der aktuellen Phase tiefgreifender globaler Umbrüche gelingen wird, ist offen. Klar ist jedoch: Das Modell ist fragiler, als es scheint. Das zeigt sich exemplarisch am Bankenplatz, dessen Krise die vermeintliche Stabilität der Schweizer Wirtschaft ins Wanken brachte.

**Dazu gehört auch, so schreibt ihr im Vorwort, dass Schweizer Kapitalismus sich ideologisch dadurch auszeichne, sich zu Natur zu erklären. Ist das nicht ein generelles Phänomen des Überbaus?**

**Dominic Iten:** Wir beziehen uns da auf Robert Kurz, der um die Jahrtausendwende schrieb, dass der Kapitalismus die Geschichte enthistorisiert. Der Bezug zeigt schon, dass es sich keineswegs um eine Schweizer Eigenheit handelt. Kapitalismus will sich als alternativlos darstellen. Sobald die Erkenntnis da ist, dass er historisch gewachsen ist, kann die Erkenntnis kommen: Wir könnten ihn überwinden. Ich glaube, dies zu unterbinden, ist die Bedingung eines sogenannten gewaltlosen Kapitalismus. Und das ist in

der Schweiz wiederum außerordentlich erfolgreich implementiert ...

**Arman Spéth:** ... vor allem, weil sich die Schweiz aus allen großen Weltkonflikten raushalten konnte. Diese Zurückhaltung bildet die Grundlage für die Ideologie der Geschichtslosigkeit. Sie ermöglicht es der Schweiz in besonderem Maß, den Eindruck zu erwecken, ihre gesellschaftlichen Verhältnisse seien naturgegeben und nicht historisch gewachsen.

**Eben mit der Historisierung des Schweizer Kapitalismus schließt das Buch meiner Meinung nach eine Lücke in der Schweizer Geschichtsschreibung.**

**Arman Spéth:** Das war der Grund, das Projekt anzugehen. Wenn Bekannte uns nach einer Empfehlung fragten, wussten wir nie, was wir vorschlagen sollen. Höchstens vereinzelt, zu bestimmten Themen. Es gab schlichtweg kein Buch, das den Schweizer Kapitalismus in dieser Breite einer zusammenhängenden, marxistisch fundierten Analyse unterzieht. Das war unser Interesse.

**Materialistische Kapitalismusanalyse hat in der Schweiz kaum bis keine Tradition. Schon die Zusammensetzung der Autorinnen und Autoren des Buchs scheint das zu zeigen: Die wenigsten würden sich einer marxistischen Tradition zuordnen, und einige sind weit davon entfernt, links zu sein. War es schwierig, die richtigen Leute zu finden?**

**Arman Spéth:** Das Buch ist ein Projekt, um die sehr wenigen marxistisch denkenden Leute zusammenzubringen, und es ist zugleich ein Signal an alle, die sich dafür interessieren: Schaut, es gibt solche Leute! Und nicht zuletzt, um in der und für die Schweiz eine richtige Kapitalismuskritik hinzubekommen. Aber ja, die Zusammensetzung ist ein Abbild der marginalen marxistischen Linken der Schweiz. Was die Ironie der Geschichte auf die Spitze treibt: Ausgerechnet zum Bankenwesen finden wir niemanden aus der Schweiz. Und wir haben mit Michael Roberts behelfsmäßig einen weltbekannten marxistischen Denker gewonnen, der selbst Investmentbanker war.

Die Suche nach einem Verlag verlief ähnlich. Wir wollten einen Schweizer Verlag, und der einzige, der dafür in Frage kam, der Rotpunktverlag, sagte ohne weiteres ab: eine Bankrotterklärung für die hiesige linke Intelligenz. Woher kommt das? Ich würde behaupten, die ehemalige marxistische oder jedenfalls radikale Linke der Post-68er hat sich größtenteils NGOisiert oder sonstige gut bezahlte Posten gefunden. So was erlaubt nur ein kapitalistisches Zentrumsland wie die Schweiz, und es gelingt kaum einem anderen so gut, radikale Linke zu integrieren, schön zu pensionieren und ihnen alle scharfen Zähne zu ziehen.

**Dominic Iten:** Die nächste Generation von marxistischen Linken, zu der wir zäh-

len, ist publizistisch heimatlos und muss im Ausland Anschluss suchen. Es fehlt in der Schweiz an größeren Diskussionsräumen, einer stark vernetzten linken Öffentlichkeit, in der unsere Perspektive dauerhaft Platz hätte. Das ist nicht einfach ein individuelles Problem – es verweist auf eine schwach organisierte Linke insgesamt. Auch in Deutschland ist die Linke marginalisiert, aber dort ist sie es auch, weil sie zerstritten ist. Und Streit setzt immerhin noch Streitparteien voraus. In der Schweiz hingegen reden wir von einer Linken, welche entscheidende Debatten kaum noch führt.

**Der Soziologe Ueli Mäder weist in seinem Beitrag auf eine solide Basis von Leuten in der Generation Z hin, die keine Lust auf Kapitalismus haben. Ist die junge Generation in der Schweiz tatsächlich eine kapitalismuskritische oder ist Kapitalismus für sie so total, dass sie nicht merkt, auf welche Art sie mitmacht?**

**Arman Spéth:** Die alte Weisheit, in der Schweiz finde die Revolution zuletzt statt, ist immer noch gültig. Auch die Schweiz wird von globalen Widerständen gegen den Kapitalismus erfasst, keine Frage, aber nie in einem Ausmaß, wie es die Befunde zu zeigen scheinen. Alle die Bewegungen, die genannt werden – Klimabewegung, Frauenstreik – haben ihre positiven Seiten, aber was wir sehen, ist, dass ein Zusammenkommen mit der Arbeiterbewegung nicht erreicht wurde. Es sind parallel laufende Bewegungen, und wir wissen allzu gut, wie solche enden: Sie werden in die kapitalistische Normalität integriert.

**Dominic Iten:** Der Klassenkampf kommt im Buch relativ kurz. Natürlich ist es die Aufgabe einer revolutionären Linken, diese Bewegungen abzuholen. Aber das ist misslungen. Und dass sich die junge Generation tatsächlich vom Kapitalismus abwendet, antikapitalistisch denkt und handelt, das sehe ich nicht.

**Arman Spéth:** Beziehungsweise muss diesem Befund eine verkürzte Kapitalismuskritik zugrunde liegen. Beschränkt sich Kapitalismuskritik auf die Kritik ökologischer Zerstörung, weil »dem System« ein Wachstumszwang inne ist, wird sie die Totalität von Kapitalismus nicht erfassen können. Wir hoffen, dass unser Buch den wenigen Kräften, die es hierzulande ernst meinen mit der Überwindung des verewigten Gleichen, theoretische Waffen an die Hand gibt. ●

Arman Spéth, Dominic Iten, Lukas Brügger (Hg.): *Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise*, Mandelbaum, Wien 2025, 258 Seiten, 25 Euro

**Arman Spéth schrieb in konkret 9/24 über die wirtschaftlichen Interessen Russlands an der Invasion der Ukraine. Dominic Iten schrieb in konkret 2/25, 3/25 und 4/25 über die Krise der Presse**



# Humboldts vergessenes Erbe

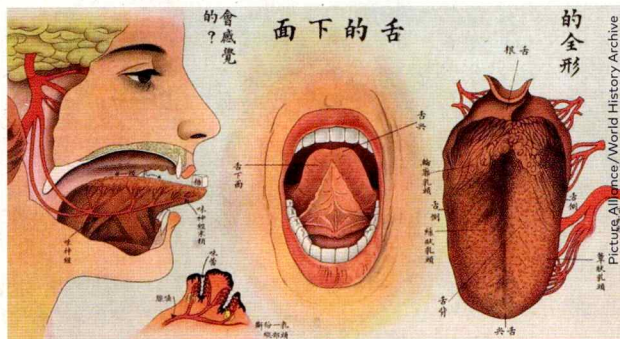
## Die Menschheit wird ärmer, weil ihre Sprachen verarmen – zu diesem deprimierenden Schluss kommt der Kognitionswissenschaftler Caleb Everett. Von Jürgen Roth

**F**arbbegriffe«, schreibt der US-amerikanische Kognitionswissenschaftler Caleb Everett in seinem Buch *1000 Sprachen – 1000 Welten*, seien »die am gründlichsten untersuchten Sinneswörter in den Sprachen der Welt«. In manchen Sprachen gebe es fünfzehn (zum Beispiel im Koreanischen), in anderen lediglich zwei Grundfarbwörter (»grün« und »rot« in südamerikanisch-indigenen Idiomen). Doch warum dem so ist – man weiß es trotz aller Forschungsanstrengungen nicht. Genügt es der einen Sprachgemeinschaft, die Objekte der physischen Welt in ihrer flamboyanten, schillernden Beschaffenheit mit einem kargen Kategorienapparat zu erfassen, so spürt die nächste den unendlichen Abstufungen der optischen Töne mit einer ausladenden Palette bedeutungstragender Laute nach.

Erstaunlich, dass die in der Geschichte der abendländischen Philosophie gut gereiften Korrespondenztheorien bei näherem Betrachten ihrer Grundlagen verlustig gehen: Just die Völker des Amazonas, deren Sprachen Everett über viele Jahre hinweg katalogisiert hat, benötigen angesichts einer überbordend üppigen Natur nur einen rudimentären Farbwortschatz, derweil dem Englischen diesbezüglich ein ziemlich aufgemotzter Thesaurus zur Verfügung steht. Deshalb scheint der These, es spielten »kulturelle Faktoren« (gewissermaßen als Konstruktionsprinzipien) und nicht außenweltliche die Hauptrolle bei der Ausbildung von Sprachsystemen, die sich unter anderem an der Bewältigung lebenspraktischer Aufgaben zu bewähren haben, eine gewisse Plausibilität zuzukommen.

Die Bildung von Substantivklassen, die Raumvorstellungen sortieren, folgt einem

ähnlich erratischen Muster, das eben deshalb keines ist. Everett widerspricht über Hunderte von redundant gefüllten Seiten dem Modell einer universalistischen Sprachtheorie, ohne bis zum Schlusskapitel Noam Chomsky zu erwähnen. Dessen Konzept einer Tiefenstruktur, die, in ihrer Wirkungsweise über apart gezeichnete Bäume mit Nominal- und Verbalphrasen darstellbar, sämtlichen Einzelsprachen zugrunde liege, mag



Die Anatomie des Sprechapparats ist bestens erforscht, die des Sprechens bleibt rätselhaft: Chinesische Lehrtafel aus den 1920er Jahren

eine abstrakte Syntaxtheorie begründen; die Ebene des Gebrauchs, der Bedeutung, die in ihrer Vagheit und Regellosigkeit in Metaphern und Redewendungen besonders deutlich wird, erreicht es nicht (und, nebenbei, nicht einmal jene der Satzbildung und Wortstellung). Da war nicht erst Wittgenstein weiter, sondern bereits Wilhelm von Humboldt, der zusammen mit Herder und als sachte abtrünniger Kantianer für den ersten *linguistic turn* in der Geschichte des Denkens verantwortlich zeichnete.

Everett konstatiert, »dass die Sprache einen Einfluss auf das hat, was wir früher als tiefverwurzelte, universelle Facetten der menschlichen Raumwahrnehmung betrachteten«. Bei allem empirischen, feldlingui-

stisch und datenbankgestützt untermauerten Fleiß – das hätte er einfacher haben können. Humboldt erhob entschieden Einspruch gegen den dieser Tage unter dem Banner der »Weltgesellschaft« segelnden »Vulgärrealismus« und eine mechanistische Sprachvorstellung, die »allen Geist und alles Leben verbannt«. Man nehme den Polen ihr »Flussbein« weg und den Deutschsprachigen ihren »Flussarm«, die Welt wäre nochmals karger.

Wir bahnen uns einen Zugang zur Wirklichkeit durch die je eigene, bildlich prägende, in Analogien aufgefächerte Sprache, »welche der Geist zwischen sich und die Gegenstände durch die innere Kraft seiner Arbeit setzen muss«. Humboldt sprach von »Weltansicht« (nicht von Weltanschauung!). Sprache sei kein »Inbegriff gesellschaftlich erfundener, in sich gleichgültiger Zeichen, deren lästige Verschiedenheit man nun einmal nicht loswerden kann«, sondern tätiger Ausdruck und Medium der Verschiedenheit, die sich bis in jedes Individuum hinein fortpflanze. So viele Sprachen gebe es, wie es Menschen gibt.

»Kommunikation ist Schwindel«, meinte Adorno, sich gegen die rationalistische Reduktion des Äußerungs- und Darstellungsvermögens wendend. Everett ratifiziert das pausenlos. Sprache ist kein bloßes Austauschmittel, sondern eine anthropologische Konstante, die jene Grenzen setzt, ohne die kein Lebewesen zu existieren vermag.

»Nur durch die Untersuchung verschiedener kognitiver Bereiche unter völlig unterschiedlichen sprachlichen, kulturellen und ökologischen Umständen kann das Studium des Geistes das wahre Ausmaß der begrifflichen Vielfalt unter den Menschen erfassen«, heißt es bei Everett, und sein Resümee ist deprimierend: »Wir stehen am Schnittpunkt zweier Entwicklungen: der zunehmenden Anerkennung der kognitiven und sprachlichen Vielfalt in den menschlichen Populationen und des unauffhaltsamen Rückgangs der sprachlichen Vielfalt, die diese Anerkennung überhaupt erst ermöglichte.«

Es gibt doch in Berlin diese Universität. Vielleicht sollte man an der mal wieder die Abhandlung *Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues und ihren Einfluss auf die geistige Entwicklung des Menschengeschlechts* lesen – sofern es dort noch um geistige Entwicklung und nicht bloß um »inklusive« Gefasel geht.

Caleb Everett: *1000 Sprachen – 1000 Welten. Wie sprachliche Vielfalt unser Menschsein prägt*. Aus dem Amerikanischen von Nikolaus de Palézieux. Westend, Neu-Isenburg 2025, 320 Seiten, 26 Euro

Jürgen Roth schrieb in konkret 5/25 über die Staatsmedien im Vorkrieg



# Frisch

**Regie:** Damian John Harper; **mit** Louis Hofmann, Franz Pätzold, Canan Kir, Sascha Alexander Geršak;  
**Deutschland 2024, 98 Minuten, ab 3. Juli im Kino**

Es gibt gute Gründe, mit den Augen zu rollen, sobald ein deutscher Krimi aufs Publikum losgelassen wird. Gibt's von denen nicht schon genug? »Der Bremerhaven-Krimi«, »SOKO Potsdam«, »Tatort Münster«, »Rentner-Cops«, »Die Drei ???« (ganz zu schweigen von den »Drei !!!«) – ermittelt wird immer, überall und von allen. Da zudem in spätestens drei Jahren wahrscheinlich jede Postleitzahl im Bundesgebiet mit einer eigenen Kripo-Reihe am Start sein wird, hat es besonders der Milieukrimi schwer, sich unter den lokalpatriotischen Serienverbrechen zu behaupten. Das ist schade, denn abseits der Vorabend- und Sonntag-nach-acht-Ödnis erblühen durchaus schöne Gewächse – Genrefilme, in denen es etwas rauher und poetischer zugeht.

Zu denen gehört Damian John Harpers »Frisch«, bei dem es sich nicht um das nächste deutschsprachige Literaten-Biopic nach »Schiller« (2005) und »Goethe!« (2010) handelt, zumal da sich hier keine Biedermänner tummeln, allenfalls ein paar Brandstifter. Harper verlagert die Brüdertragödie, die in der Romanvorlage des Schotten Mark McNay rund um eine Hühnerverarbeitungsfabrik in Glasgow spielt, in einen Schweineschlachthof im Ruhrpott, wo Kai (Louis Hofmann) brav seine Schichten schiebt und sich bemüht, möglichst viel aus der Lohntüte bei Frau und Kind statt auf der Pferderennbahn abzuliefern.

Doch alle guten Vorsätze nützen nichts, wenn das Schicksal die Deadlines setzt – Kais Bruder Mirko (Franz Pätzold) wird vorzeitig aus dem Knast entlassen und will die 10.000 Euro abholen, die er Kai vor seiner Verhaftung anvertraut hat. Dass die Kohle nicht mehr da ist, versteht sich von selbst, und über anderthalb kurzweilig und knackig erzählte Stunden setzt Kai, der in ständiger Angst vor Mirkos Jähzorn lebt, alle Hebel in Bewegung, um die Kollision abzuwenden. Die Vorgesetzte wird angepumpt, der Onkel ins Vertrauen gezogen, ein alter Kontakt in die Drogenszene reaktiviert, und anders als bei »Lola rennt« (1998) gibt's keine drei Versuche.

Die Geschichte wird zwar auf mehreren Zeitebenen erzählt (die hektische Gegenwartshandlung wird mit Rückblenden in die Kindheit und in die Zeit vor Mirkos Inhaftierung verschnitten), doch die Übergänge gelingen so kunstvoll und elegant, dass der Film die ganze Zeit genauso »Außer Atem« bleibt wie seine Vorbilder im *Hard-boiled*-Krimi und im Gangsterfilm. Direkt zitiert wird unter anderem Martin Scorseses »Hexenkessel« (1973), in dem Harvey Keitel seinen psychopathischen Kumpel mit der kurzen Lunte in Schach halten muss wie Kai den prügeln, vergewaltigenden, herumballernden großen Bruder. Ein Vergleich mit einer weiteren, (beinahe) in Echtzeit spielenden Innensicht aus einem menschlichen Dampfkochtopf drängt sich auf: »Uncut Gems« (»Der schwarze Diamant«, 2019) von den Saffdie-Brüdern, in dem Adam Sandler zwei Stunden lang Blut und Wasser schwitzt, um fristgerecht seine Spielschulden abzustottern.

Regisseur Harper schafft es, dass sein elektrisierender Film nicht unter der Last dieser übermächtigen Vorbilder kollabiert, sondern eine originelle, eigenständige Bildsprache entwickelt. Totes Fleisch wird in stimmigen Nahaufnahmen seziiert, in lichtlosen Kneipen und

Wettbüros ballt sich die Trostlosigkeit, und wenn aus den mürrischen Mäulern der Figuren nicht gerade vergessene Zigaretten baumeln, werden ihnen in Zeitlupe Zähne ausgeschlagen. Dazu brummt eine schöne Großstadtwesternmusik auf dem Soundtrack, und ein paar Sprüche im Film dürfen sich Chancen auf den Förderpreis der Rainer-Brandt-Akademie für die Pflege des Schnodderdeutschen ausrechnen (»Du bist wie'n kleiner Bruder, den ich immer hatte, aber nie wollte«).

Ein echter Coup ist die Besetzung der Ruhrpott-Ikone Ralf Richter, der sein Vadderland schon in Peter Thorwards Unna-Trilogie (unter anderem »Bang Boom Bang«, 1999) herausragend vertreten hat, als Kais innere Stimme. Ihre Versuche, dem Helden etwas Courage zu soufflieren, werfen ein paar hübsche Gags ab, ansonsten ist »Frisch« ein angenehm humorloser Film, der auf verstaubten Milieuklamauk verzichtet. Eine waschechte soziologische Studie ist zum Glück auch nicht herausgekommen; einige Dialoge klingen geradezu verdächtig nach dem Phrasenwörterbuch Ruhrpott/Deutsch (»Die Maloche war nich genuch, um alle Rechnungen zu latzen«). Das eigentliche Setting besorgt ohnehin die dichte, kunterbunte Filmtopografie, zusammengesetzt von dem aus Colorado stammenden Regisseur, der seine Ausbildung in München absolviert und 2024 die Jugendbuch-Reihe »Woodwalkers« ins Kino gebracht hat. Er wirft seinen Figuren auch noch ein paar Treue- und Verrat-Klischees aus Karl Mays Poesiealbum über, lässt aber interessanterweise im Hintergrund nicht »Winnetou« im Fernsehen laufen, sondern die Indianerfilme der Defa. Die standen dem Verrat an den Ureinwohnern, die den hier versammelten Ruhrpott-Rauhbeinen als (Bluts-)Brüder im Geiste untergejubelt werden, ein ganzes Stück skeptischer gegenüber als Mays Edelapache.



**Endstation Schlachthof: Kai (Louis Hofmann) hat nicht die besten Aussichten**

»Frisch« ist ein mitreißender Film, dessen junge Hauptdarsteller keine Debütanten mehr sind, aber trotzdem als unverbrauchte Gesichter überzeugen. Franz Pätzold deklamiert in der Rolle der menschlichen Handgranate mit Joe-Pesci-Temperament eigentlich etwas zu klassisch für seine Umgebung – kein Ruhrpott-Knacki dürfte über eine so präzise Diktion verfügen wie dieser Schauspieler, der mit jedem Satz zusticht, als gelte es die letzte Reihe im Burgtheater zu erreichen. Doch da der Showdown sowieso eher auf die Theaterbühne gehört, hat das schon seine Richtigkeit. Irgendwie landen wir am Ende doch wieder im Schlachthof, und der Hammer kommt nach Park Chan-wooks »Oldboy« (2003) zu seinem nächsten großen Auftritt in der Filmgeschichte. Was nicht passt, wird zur Not hiermit passend gemacht.

**Wieland Schwanebeck**



**A**ls die Publizistin Anna Teut 1964 ihre Studie *Architektur im Dritten Reich* vorlegte, betrat sie Neuland: Es handelte sich um die erste Gesamtuntersuchung zum Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Anhand schriftlicher Dokumente stellte Teut die ideologische und praktische Rolle der Architektur im deutschen Faschismus dar und skizzierte die vielfachen institutionellen und personellen Verbindungen zum NS-Staat – derweil ehemalige Nazi-Funktionäre weiterhin an einflussreichen Stellen deutscher Planungsämter saßen.

Auch der 1993 erschienene Band *Bauen im Nationalsozialismus* leistete Grundlagenarbeit. Unter der Leitung von Winfried Nerdinger hatte ein Münchner Forschungsprojekt beispielhaft die gesamte Bau- und Planungstätigkeit in Bayern zwischen 1933 und 1945 katalogisiert und ihre strukturelle Verbindung mit der NS-Politik untersucht. Wer einmal die dabei entstandene Kartierung von

Bedeutung für den radikalen Ordnungsentwurf des Nationalsozialismus herausarbeiten – oder, wie er im Vorwort schrieb, »die Zusammenhänge zwischen einer monumentalen Ordensburg und einem kleinen HJ-Heim, zwischen Rüstungsindustrie und scheinbar harmlosen Siedlerhäuschen«.

Wer sich für die spezifische Rolle von Architektur und Städtebau im deutschen Faschismus interessiert, kann seit 2023 zudem auf die vierbändige Studie *Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen*, die im Hirmer-Verlag erschienen ist, zurückgreifen. Sie dokumentiert die Arbeit einer jener »Unabhängigen Historikerkommissionen«, die seit den frühen 2000ern untersuchen, wie die Vorgängeradministrationen der heutigen Bundesministerien mit dem Nationalsozialismus »verstrickt« waren. 2018 berief als eines der letzten Ressorts auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit eine solche Forschungsgruppe ein. Da es im NS-Apparat keine ein-

bau als Exklusionspolitik«, um die »Formierung der ›Volksgemeinschaft‹« mittels Autobahnen, Führerstädten und Versammlungsstätten oder um Ordensburg, Ghetos und Vernichtungslager als »Infrastruktur der NS-Ideologie«.

Wenn nun eine Gruppe um den emeritierten Berliner Stadtsoziologen Harald Bodenschatz ihre Gesamtdarstellung zum *Städtebau im Nationalsozialismus* (DOM Publishers) vorlegt, ist klar: grundsätzlichen Neuigkeitswert kann der Band nicht beanspruchen. Tatsächlich sind sämtliche Gegenstände der Veröffentlichung bereits gut erforscht und auch in einer vergleichbaren Zusammenschau verfügbar. Neu sei allerdings die international vergleichende Perspektive des Bandes, wie die Herausgeberinnen und Herausgeber im Mai bei einem Symposium in der Architektenkammer Berlin beteuerten.

Tatsächlich hat Bodenschatz bereits 2001 eine Studie zum Städtebau in der Sowjetunion unter Josef Stalin vorgelegt. Seitdem folgten Veröffentlichungen zum italienischen Faschismus (2011/2022), zur portugiesischen Diktatur Salazars (2019) und zum franquistischen Spanien (2021). Unter dem Schlagwort »Diktatur und Städtebau« versucht Bodenschatz, eine Vergleichsmatrix der untersuchten Regimes und ihrer Planungs- und Bauprogramme zu konstruieren. Erstmalig entfaltete er diese Idee 2015 im englischsprachigen Band *Urbanism and Dictatorship. A European Perspective*, in dem er für eine »transdictatorship perspective« warb.

Schon damals wurde deutlich: der Diktaturvergleich ist tückisch. Das fängt mit der Begriffswahl an: Bodenschatz und seine Mitstreiter – darunter Architektinnen, Politikwissenschaftler und Soziologinnen, aber kein einziger Historiker – betonen zwar, man wolle weder Stalinismus und Faschismus, noch Franco, Salazar, Mussolini und Hitler gleichsetzen. Deswegen spreche man bewusst nicht von »Totalitarismus« oder »Autoritarismus«. »Diktatur« sei als offener Begriff zu verstehen; es gelte, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der besprochenen Regimes herauszuarbeiten.

Eine solche Differenzierung kommt jedoch viel zu kurz. *Städtebau im Nationalsozialismus* beschränkt sich auf einzelne Querbezüge: So wird angedeutet, die deutschen Planungen für die sogenannten »Ostgebiete« im Generalsiedlungsplan und im Generalplan Ost könnten von den Erfahrungen der italienischen Kolonisation Nordafrikas beeinflusst worden sein – als hätte Deutschland nicht eigene Erfahrungen als Kolonialmacht sammeln können. Vorbilder für die Bauten seiner Massenveranstaltungen hätte das NS-Regime dagegen nicht nur in Italien, sondern insbesondere auch in Portugal gefunden. Dabei geht es den Autorinnen und Autoren nicht um den Nachweis konkreter

# Die Spur der Steine

**Eine Forschungsgruppe um den Stadtsoziologen Harald Bodenschatz hat 25 Jahre lang das Thema »Städtebau und Diktatur« bearbeitet und widmet sich zum Abschluss dem »Städtebau im Nationalsozialismus«. Der Erkenntnisgewinn ist gering, die Tendenz zur Relativierung umso größer. Von Leo Herrmann**

Gestapo-Gefängnissen, Konzentrations- und Außenlagern gesehen hat, dürfte kaum noch daran glauben, irgendwer könnte von alledem einfach nichts mitbekommen haben. Nerdinger ging es aber nicht nur darum, die praktisch flächendeckende Präsenz von Bauten aus dem »Dritten Reich« im Freistaat nachzuweisen. Er wollte auch ihre jeweilige

deutige Zuständigkeit für Architektur und Städtebau gab, wurde die Arbeit der Kommission zu einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem Baugeschehen im »Dritten Reich«. Zentrale Punkte benennt die Studie dabei in aller Deutlichkeit: Ob es um »Planung als Herrschaftsinstrument des NS-Regimes« geht, um »Wohnungs- und Siedlungs-



personeller oder institutioneller Verbindungen, für den eine ungleich feinkörnigere Forschung nötig gewesen wäre. Der Band suggeriert, in den untersuchten Regimes hätte der Städtebau, zumindest in groben Zügen, stets dieselbe Funktion erfüllt. Formale Ähnlichkeit und zeitliche Nähe scheinen dafür Beweis genug.

Tatsächlich ist der internationale Vergleich, den das Forschungsprojekt »Städtebau und Diktatur« vornimmt, weniger neu, als Bodenschatz behauptet. Der Architekturhistoriker Hartmut Frank hat bereits 1985 als Herausgeber des Bandes *Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945* bewiesen, dass eine komparative Perspektive im Zweifel vor allen Dingen der Verunklarung dient. Die Veröffentlichung versammelte Aufsätze zum Bauen in Deutschland, Spanien, Italien und Vichy-Frankreich.

In seinem einleitenden Aufsatz unter dem Titel »Welche Sprache sprechen Steine?« warf Frank jenen, die sich für die spezifische Rolle der Architektur im Nationalsozialismus interessieren, vor, im Nachhinein der faschistischen Propaganda auf den Leim zu gehen: »Es fällt auf, wie sehr all die isolierenden Analysen und ideologisch bestimmten Nichtbetrachtungen den Selbstdarstellungen des ›Dritten Reiches‹ folgen. Die Effizienz des nationalsozialistischen Propagandaapparates war offensichtlich so groß, daß es ihm gelang, auch das Sehen seiner erklärten Feinde zu beeinflussen.« Bauen und Planen im Nationalsozialismus seien nicht mehr als eine pragmatische Fortsetzung dessen gewesen, was sich im Kaiserreich und in der Weimarer Republik bewährt hatte und ideologisch halbwegs anschlussfähig war: »Die Nazi-Propaganda unterbricht nicht die Kontinuität der deutschen Baukultur, sie vernichtet nur besonders gründlich das Bewußtsein dieser Kontinuität.« Das ist für Frank nun aber gerade kein Grund, endgültig mit sämtlichen deutschen Traditionen zu brechen – im Gegenteil: Sein Aufsatz mündet in ein Plädoyer, endlich die Heimatschutzarchitektur der sogenannten Stuttgarter Schule um Paul Schmitthenner zu rehabilitieren.

Franks Betrachtungen waren als Teil der »geistig-moralischen Wende« der achtziger Jahre nur allzu zeitgemäß: Es ging ums Friedenmächen mit der Vergangenheit, um die Versöhnung der Deutschen mit sich selbst, auch mittels Architektur und Städtebau. Frank sprach von einem »Konvergenzprozeß«, in dem die herzlose Moderne der Nachkriegszeit dank etwas mehr Deutschtümelei endlich wieder anheimelnd werden dürfe. Die vermeintliche Differenzierung, die damals aus einer komparativen Perspektive folgen sollte, war vor allen Dingen Demagogie: Der Vergleich mit den Regimes in Italien, Spanien und Frankreich sollte nachweisen, dass es dort – zumindest was das Planen und

Bauen anging – im Grunde auch nicht anders gewesen sei.

Einen solch offenen Revisionismus kann man Bodenschatz freilich nicht vorwerfen. Trotzdem bleiben die Absichten seines Projektes unklar: Selbstverständlich kann ein Vergleich des nationalsozialistischen mit anderen Regimes legitim und erkenntnistrich-

gen mehr. Gleichzeitig warb Rauhut für Offenheit gegenüber neuen Erkenntnissen, Analysemethoden und Vermittlungsformaten. Sicher: In gewisser Weise müssen Geschichtswissen und ideologische Orientierung immer wieder neu erarbeitet werden. Das gilt auch für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.



**Infrastruktur der NS-Ideologie: Reichsjugendführer Baldur von Schirach (M.) zeigt seinem Chef das Modell einer Adolf-Hitler-Schule, Berlin 1937**

tig sein. Nicht zuletzt, weil er dabei helfen könnte, die spezifische Rolle des Planens und Bauens im Faschismus zu verstehen. Damit würde ein solcher Vergleich aber zwangsläufig auch deutlich machen, warum Architekturen jener Zeit eben gerade *nicht* unschuldig sind. Deshalb darf man sich schon wundern, wenn Bodenschatz wiederholt dafür wirbt, endlich auch Qualitäten zu erkennen. In Italien beispielsweise sei während der Diktatur Mussolinis hervorragender Wohnungsbau entstanden, der sich heute noch als Vorbild eigne. Faschistische Planstädte wie Sabaudia bezeichnete Bodenschatz beim Berliner Symposium unter allgemeinem Applaus als »tolle, attraktive Architektur«. Ob ihn nur diplomatisches Fingerspitzengefühl oder doch historische Skrupel an ähnlich unverblümt geäußelter Begeisterung für die NS-Architektur hinderten, bleibt offen.

Künftig dürften Bauten aus der Zeit des Nationalsozialismus für die Geschichtsvermittlung noch wichtiger werden. Das betonte Christoph Rauhut, Leiter des Berliner Landesdenkmalamts, in einem Schlusswort zum Symposium. Schließlich gebe es praktisch keine lebenden Zeitzeuginnen und Zeitzeu-

Angesichts des allgegenwärtigen Relativismus darf man dabei zur Zeit eher nicht auf die Einsicht hoffen, dass der deutsche Faschismus singulär war. Schließlich müsste man dazu beispielsweise auch zugeben, dass Putin kein Hitler ist und der russische Überfall auf die Ukraine nicht die Dimension eines Zivilisationsbruchs hat. Wenn Baudenkmalen aus der Zeit des Nationalsozialismus irgendetwas zu einem kritischen Geschichtswissen beitragen sollen, müssen sie zuallererst im Gesamtkomplex nationalsozialistischer Ideologie und Herrschaft betrachtet werden.

Dazu bieten die Studien von Nerdinger und der Unabhängigen Historikerkommission eine vernünftige Grundlage. Selbstverständlich können neue Perspektiven und Fragestellungen wichtig und verdienstvoll sein. Forschungen, die den Nationalsozialismus allzu unbefangen wie jeden x-beliebigen Gegenstand internationalisieren und rekontextualisieren, darf man allerdings künftig gerne auch – ganz einfach – bleiben lassen. ●

**Leo Herrmann schrieb in konkret 6/25 über die Essays des Stararchitekten Tom Emerson**



# Eine Art Niemandszeit

## Wie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Berlin das Kriegsende erlebten, zeigt die Wanderausstellung »Vergessene Befreiung«. Von Sabine Lueken

**D**eutsche! Unter Euch befindet sich eine große Anzahl Menschen in Zwangsarbeits-Bataillonen und in Konzentrationslagern. Deutsche! Befolgt keine Befehle, von welcher Seite auch immer, zur Schikanierung, Misshandlung und Unterdrückung dieser Menschen, welcher Nationalität oder Religion sie angehören mögen. Die alliierten Armeen, die bereits auf deutschem Boden festen Fuss gefaßt haben, erwarten auf ihrem Vormarsch, diese Menschen lebendig und unverletzt vorzufinden.«

Diese Bekanntmachung des Alliierten Oberkommandos, unterzeichnet von General Dwight D. Eisenhower, wurde im Dezember 1944 als Flugblatt über Berlin abgeworfen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich rund 370.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Stadt – 95 Prozent von ihnen waren Zivilpersonen, die übrigen Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Sie stellten fast 20 Prozent der Berliner Arbeitskräfte. Insgesamt wurden 13 Millionen Menschen zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt – ohne sie wäre nicht nur die Rüstungsproduktion, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung zusammengebrochen.

Erstmals widmet sich jetzt – nach 80 Jahren – eine Ausstellung dem Kriegsende aus der Perspektive der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Berlin. Zu sehen ist sie im ehemaligen Lager GBI 75/76 (GBI steht für Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt), das seit 2006 Dokumentationszentrum ist. GBI 75/76 war eines von mindestens 1.011 »Ausländer«-Lagern in der Stadt, mitten in einem Wohngebiet gelegen. Insgesamt waren Zwangsarbeiter an mehr als 3.000 Berliner Orten untergebracht. Wie erlebten sie ihre Befreiung? Wie gestaltete sich ihre Rückkehr in die Heimat?

Für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bedeutete das Kriegsende zweifellos Befreiung – von Ausbeutung, Terror und To-

desangst. In der letzten Kriegsphase ab Ende 1944 hatten sich ihre furchtbaren Lebensbedingungen noch weiter verschlechtert: Hunger, Luftangriffe, bei denen ihnen der Zugang zu Schutzbunkern verwehrt blieb, sowie radikale Repressionen durch die NS-Behörden und ihre Vollstrecker in den sogenannten Endphaseverbrechen.

Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion wurden besonders schlecht behandelt und standen ganz unten in der Hierarchie. Vasyl Kudrenko (1926–2007) aus der Ukraine schreibt am 6. Dezember 1944 in sein Tagebuch: »Mir ist schwer ums Herz. Das Heimweh kommt wellenartig ... Wie viele Jahre meiner Jugend habe ich verloren.« Am 8. Januar 1945 notiert er: »Ich arbeite weiter. Unsere Essensration wurde um 70 Gramm Brot auf 300 Gramm täglich reduziert.« Nikolai Galushkov (1927–2013) aus Belarus berichtete 2003 in einem Interview, wie er nur überlebte, weil ein SS-Mann, der ihm mit dem Gewehrkolben auf den Kopf geschlagen hatte, ihn für tot hielt: »Ich lag auf einem Haufen lebloser Körper und sah einen ersten russischen Panzer heranrollen. Die rettende Sowjetarmee hatte Berlin erreicht.« Anatoly Derevenec (1921 geboren, vermutlich 2017 gestorben) konnte sich und andere sowjetische Kriegsgefangene retten, indem er sie als Italiener ausgab.

Die Warnung vor harten Strafen, die das Alliierte Oberkommando bei Nichteinhaltung der Eisenhower-Bekanntmachung aussprach, war nötig. Noch am 22. April 1945 forderte der Berliner Gauleiter Joseph Goebbels dazu auf, sogenannte »Provokateure oder aufsässige Ausländer« in den Betrieben durch den Werkschutz »sofort festzunehmen oder besser noch unschädlich zu machen«. Das Reichssicherheitshauptamt wies in einem Telegramm (»Geheime Reichssache«) die Gestapo-Leitstellen an, dass Dienststellenleiter eigenständig »über Sonderbehand-

lungen von Ostarbeitern bei todeswürdigen Verbrechen (weit auszulegen)« zu entscheiden hätten. So fühlten sich Ortsgruppenleiter Hermann Lehmann und sein Stellvertreter Franz Basner legitimiert, Menschen, die am 24. April Lebensmittel und Stoffe aus dem Kaufhaus Karstadt am Hermannplatz gestohlen hatten, auf dem nächsten Hinterhof zu erschießen oder zu erhängen. Unter den Opfern war Martinus von Deutekom (1903–1945), Zwangsarbeiter in einer Fleischwarenfabrik. Weder Lehmann noch Basner wurden je zur Rechenschaft gezogen.

Die Ausstellung erinnert auch an jene, die die Befreiung nicht erlebten. Die deutschen Juden, die Zwangsarbeit leisten mussten, waren bis 1943 in Ghettos und Vernichtungslager deportiert worden, die Roma ab März 1943 nach Auschwitz-Birkenau. Von den »im feindlichen Berlin« Verbliebenen haben mindestens 10.000, vielleicht 12.000 die Befreiung nicht erlebt. Sie kamen um durch Hunger, Krankheiten, Arbeitsunfälle, Hinrichtungen oder Bombenangriffe. Wenn sie, die zu Hause als überdurchschnittlich gesunde Menschen selektiert worden waren, erkrankten, wurden sie ausgemustert und starben in »Krankensammellagern«. Die in den Lagern geborenen Kinder ließ man verhungern. Flucht oder Zuspätkommen wurde mit »Arbeitserziehungslager« bestraft – viele überlebten es nicht. Von den insgesamt etwa 30.000 in Berlin durch Bombenangriffe Getöteten waren mehr als 6.000 vermutlich Zwangsarbeiter. Wim Stevens aus Amsterdam schreibt am 6. Januar 1945 in sein Tagebuch: »Wenn der Krieg nur schnell zu Ende ist, aber ich traue mich nicht, damit zu rechnen.« Bei einem Luftangriff am 3. Februar starb er in einem sogenannten Splitterschutzgraben – einem primitiven Erdloch – in der Nähe seines Arbeitsplatzes in der Rüstungsfabrik Genschow. Er wurde 21 Jahre alt.

Während die Rote Armee noch gegen den erbitterten Widerstand deutscher Einheiten



kämpfte, machten sich viele Zwangsarbeiter schon auf den Heimweg, was besonders gefährlich war, da die Front oftmals mitten durch die Lager verlief. Die Rote Armee »wies ihnen einen sicheren Weg durch die Kämpfe, versorgte Verletzte und verteilte Lebensmittel«, erfährt man in der Ausstellung. »(Man sieht) Ströme von Ostarbeitern, die zurückgeführt werden«, schrieb eine Berlinerin aus Hirschgarten am 29. April 1945 in ihr Tagebuch, »gut, gut; wann werden wir wohl wieder unter uns sein???«

Die jüdische Berlinerin Marie Jalowicz-Simon (1922–1998), die in wechselnden Verstecken überlebte, schrieb über diese Tage: »Es brach eine Art Niemandszeit an. Die Lager begannen sich aufzulösen ... Die Wachmannschaften waren ... einfach weg. Die Insassen hätten fliehen können, wussten aber nicht, wohin.« Als die Russen kamen,

an stieg die Zahl polnisch-jüdischer Überlebender in den DP-Lagern wegen antisemitischer Ausschreitungen in Polen auf 7.000.

Im Kapitel »Begegnungen mit der Roten Armee« zeigt die Ausstellung Biografien wie die von Mariya Vitkevich, geborene Drosdova (1924–2014). 2005 erinnerte sie sich in einem Interview: »Der Offizier ... tritt mich von hinten und schreit: ›Haut ab, ihr deutschen Bettvorleger, zurück zu den Deutschen!‹ Aber wohin sollen wir gehen? Wir wissen nicht, wohin.« Sie kam in ein Sammellager und wurde wegen angeblichen Hochverrats zu zehn Jahren Straflager in Norilsk verurteilt. Mikail Chernenko (1926–2018), ebenfalls sowjetischer Zwangsarbeiter, berichtete im Jahr 2000: »Die Rote Armee! (Wir) haben uns fast auf sie gestürzt, um sie zu umarmen – sie haben uns befreit! Einige von ihnen bemerkten mürrisch: ›Unsere Leute sind

Kaserne von Reuilly abgeführt.« Noch im Alter von 80 Jahren fertigte Flammant nach Art eines Puppenhauses ein Modell seiner Berliner Barackenstube an, es ist in der Ausstellung zu sehen.

Die meisten Zwangsarbeiter sprachen kaum über das Erlittene. »Für uns als Kinder des Krieges waren alle Ereignisse in den Lagern ein großes Geheimnis«, erzählt Micha de Winter. Sein Vater Max de Winter, jüdisch-niederländischer Zwangsarbeiter, wurde im KZ Sachsenhausen befreit. Er wog nur noch 35 Kilogramm. »Wir wussten zwar, dass sehr schlimme Dinge passiert waren ..., aber lange Zeit mussten wir raten, was genau. ... Das kann für Kinder ziemlich beängstigend sein.«

Die Ausstellung thematisiert auch die Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit in den europäischen Nachkriegsgesellschaften. In der offiziellen Gedenkkultur spielte sie lange kaum eine Rolle. In der Sowjetunion wurde der militärische Sieg heroisiert; Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter hingegen wurden verdächtigt, mit dem Feind kollaboriert zu haben. Erst in den neunziger Jahren rückte das Thema durch die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen wie Memorial in den Blick der Öffentlichkeit. 1995 wurden ehemalige Kriegsgefangene von Präsident Boris Jelzin rehabilitiert.

Die Ausstellung erwähnt nicht, dass ihnen auch in der Bundesrepublik lange jede Anerkennung verweigert wurde und erst 2015 eine Mehrheit im Bundestag bereit war, den noch lebenden Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion eine symbolische Entschädigung von je 2.500 Euro zuzugestehen. Zuvor waren entsprechende Anträge stets abgelehnt worden. Auch in den Niederlanden galten Zwangsarbeiter lange als Kollaborateure. In vielen Ländern – darunter Frankreich, Italien und Polen – konzentrierte sich das Gedenken auf den Widerstand gegen die Deutschen. Wer für den Feind gearbeitet hatte, war suspekt. In der Bundesrepublik gab es weder eine strafrechtliche Aufarbeitung noch ein öffentliches Gedenken. In der Erinnerungskultur der DDR wurde Zwangsarbeit durchaus thematisiert.

Der Begriff Befreiung kann die deutsche Täterschaft verschleiern. Die Ausstellung rückt erstmals die Perspektiven von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in den Mittelpunkt und zeigt unmissverständlich, wie sehr deren Erfahrungen im späteren Erinnern verdrängt wurden. ●

»Vergessene Befreiung. Zwangsarbeiter:innen in Berlin 1945«. Ausstellung im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Berlin. Bis 2. November 2025. Der gleichnamige Katalog zur Ausstellung kann beim Dokumentationszentrum bestellt oder vor Ort erworben werden (224 Seiten, 10 Euro)

**Sabine Lueken schrieb in konkret 5/25 über den Comic *Die Frau als Mensch***



»Wie viele Jahre meiner Jugend habe ich verloren!«: Befreite sowjetische Zwangsarbeiterinnen begrüßen Soldaten der Roten Armee, Berlin, Mai 1945

umarmte sie den ersten Soldaten – einen »Mongolen mit Pockennarben«: »Dieser fremde, einfache Soldat wirkte darüber eher erschrocken.«

Bis zum 2. Mai befreite die Rote Armee in Berlin mehr als 300.000 Menschen aus Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Haft und Verstecken. Die meisten kehrten in den Wochen danach eigenständig in ihre Heimat zurück. Zuständig für die Rückführung war zunächst die sowjetische Militärregierung, ab 1. Juli 1945 alle vier Siegermächte. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch etwa 23.000 *Displaced Persons* in Berlin. Vom Spätsommer

an der Front und kämpfen, aber was macht ihr hier?« Vor der »Repatriierung« wurden die befreiten sowjetischen Bürger registriert und überprüft; 6,5 Prozent wurden anschließend zu Lagerhaft verurteilt. Viele, vor allem Kriegsgefangene, mussten zunächst auch bei Aufräumarbeiten helfen.

In Frankreich wurden die Rückkehrer gleichfalls mit Misstrauen empfangen. Der technische Zeichner Albert Flammant (1922–2010), im Rahmen des französischen Pflichtarbeitsdienstes nach Berlin gekommen, schrieb: »Wir wurden (in Paris) ... sofort von Polizisten zu einer Kontrolle in die



# Nacht und Nebel

## Birgit Weyhe zeigt in ihrem Comic *Schweigen*, wie eng die Geschichte der argentinischen Militärdiktatur mit dem Nationalsozialismus verbunden ist. Von Peter Kusenber

**D**ann plötzlich fing er an zu sprechen, und wir wünschten uns sehnlichst sein Schweigen zurück«, heißt es in Primo Levis Roman *Die Atempause*, denn das Mitleid, das der Schweigensbrecher »in uns erregte, war mit Schrecken gemischt«. In Birgit Weyhes umfangreichem Comic-Werk *Schweigen* heißt es zu Beginn: »Wer im Nationalsozialismus verschwiegen, dass seine Nachbarn untergetauchte Juden versteckten, hat genauso geschwiegen wie diejenigen, die wegschauten, wenn am hellichten Tag die Menschen zu den Deportationszügen gebracht wurden.« Die Ambivalenz des Schweigens durchzieht die historische Erzählung von den 30er Jahren bis in die Gegenwart. Als erste Hauptfigur tritt Ellen Marx auf, der 1939 als jüdischer Schülerin in Berlin die Ausreise nach Argentinien gelingt, wo sie als einziges Mitglied ihrer Familie die Shoa überlebt. Ellens Tochter Nora, die zweite Protagonistin, »verschwindet« knapp vierzig Jahre später in einem Foltergefängnis.

Als dritte Hauptfigur wählte Weyhe die deutsche Studentin Elisabeth Käsemann, die sich im SDS um Rudi Dutschke politisierte und 1970 nach Buenos Aires übersiedelte. Dort setzte sie ihre politische Arbeit fort, was ab 1976 zu einer lebensgefährlichen Anlegenheit geriet, nachdem sich die Militärjunta an die Macht geputscht hatte. Käsemann agitierte im linken Untergrund gegen das Regime, hoffend, dass ihr bundesdeutscher Pass sie vor dem Zugriff des Regimes schützen werde. Ihre britische Freundin Diana erzählte Jahre später, dass sich die beiden am Vortag der Verhaftung zum Frühstück verabredet hatten. Als Elisabeth nicht auftauchte, befürchtete Diana das Schlimmste und vernichtete heikle Dokumente. Am zweiten Tag wurde Diana »abgeholt«, gefoltert und in ein Lager entführt, wo sie die in einem Nebenraum vor Schmerz schreiende Elisabeth wegen ihres deutschen Akzents identifizieren konnte. Die Britin wurde vergewaltigt

und entlassen, woraufhin sie das Auswärtige Amt benachrichtigte. Doch, wie es in **konkret 10/86** heißt, lagen den »Damen und Herren im Hause Genscher Atom- und Rüstungsgeschäfte näher ... als die Erhaltung linken Lebens«. Weyhe illustriert dies mit Schaubildern, die die extreme Steigerung der BRD-Exporte nach Argentinien zeigen, während im folgenden Panel der Kapitän der DFB-Auswahl während der Fußball-WM 1978 das eklige Sätzchen spricht, er, Berti Vogts, »ha-



Im Folterkeller der argentinischen Junta: Panel aus *Schweigen*

be keinen einzigen politischen Gefangenen gesehen«.

Dennoch erregte der Fall Käsemann im Heimatland einige mediale Aufmerksamkeit, so dass im Juni 1977 der Leichnam des Folteropfers freigegeben wurde. Nora Marx' Leiche hingegen wurde nie gefunden. Weyhe beschreibt die Bemühungen der Eltern, insbesondere der Mutter, das Schicksal der Tochter zu ermitteln. In Buenos Aires demonstrierte Ellen mit anderen Müttern, den »Madres de Plaza de Mayo«, für Aufklärung der Verbrechen, wobei sie meist zwischen dem Platz und ihrer Arbeitsstelle bei der jüdischen Gemeinde pendelte. Weyhe verweist auf den hohen Anteil jüdischer Menschen an den Opfern der Junta. »Die Zahl der ver-

schwundenen Deutschen war bis zum Ende der Diktatur auf Hunderte gewachsen. Ein Drittel von ihnen waren Nachkommen deutsch-jüdischer Emigranten«, was nicht verwundert, wenn man weiß, dass seit 1945 via »Rattenlinie« mindestens 10.000 Nazis nach Südamerika entkamen, rund die Hälfte davon nach Argentinien. Weyhe spekuliert, dass sich die Machthaber ein Beispiel an Hitlers »Nacht-und-Nebel-Erlass« von 1941 nahmen und die Opfer »lautlos« und »systematisch« zum »Verschwinden« brachten, um die Angehörigen zu verunsichern.

Die Autorin erzählt das Schicksal der drei Frauen chronologisch und beschreibt zuletzt das weitere Leben der Marxens. Noras Vater etwa verunsichert Jahre nach den Ereignissen eine Reisegesellschaft damit, dass er unaufgefordert davon erzählt, wie sein Sohn bei einem Autounfall in Israel starb, und dass seine jüngste Tochter verschleppt, gefoltert und vermutlich ermordet wurde, und er fragt, wie er dieses Wissen ertragen soll. Seine ebenfalls anwesende Gattin ist entsetzt, doch sie schweigt, weil sie, wie ihre zweite Tochter spekuliert, nur »weiterleben kann, wenn sie ihren Schmerz verdrängt«. Weyhe zeichnet die historischen Ereignisse in einfachen, dezent kolorierten Bildern. Quälerei, Ungewissheit, Schmerz und Vergewaltigung erscheinen als krakelige Schraffur oder als Schwarzfläche, Folterknechte als Scherenschnitt, während der Admiral und Massenmörder Emilio Massera mit blutroten Flecken in Szene gesetzt ist.

Die im Anhang dokumentierte Recherche hat zu einem ebenso aufklärerischen wie anschaulichen Historiendokument geführt, das die Nazi-Herrschaft, Argentinien's Militärdiktatur und deren Verharmlosung durch die Regierung Milei miteinander verbindet. Anders als die Autoren Pascal Bresson und Sylvain Dorange, die in ihrem Comic *Beate und Serge Klarsfeld: Die Nazijäger* (Carlsen 2021) komische Szenen integrierten, bleibt Weyhe weitgehend nüchtern in ihrer Schilderung. Dabei hätte sie die Lebensumstände der beiden Frauen Nora und Elisabeth gern ein wenig ausführlicher schildern können, damit das Werk nicht in Gefahr gerät, zum Lehrbuch für deutsche Oberstufen zu verkommen.

Doch der Fokus aufs große Ganze mindert nicht das Gelingen der Inszenierung des Grauens, das bei Weyhe entsetzlicher wirkt als der aktuelle argentinische Horrorfilm »1978« über den Terror der »freundlichen Gastgeber der Fußball-Weltmeisterschaft« (Hermann L. Gremliza). ●

Birgit Weyhe: *Schweigen*. Avant-Verlag, Berlin 2025, 386 Seiten, 39 Euro

Peter Kusenber schrieb in **konkret 6/25** über den Comic *Zwei weibliche Halbakte*



Abdel-Hakim Ourghi

# Die Liebe zum Hass

Israel, 7. Oktober 2023

Claudius, München 2025, 224 Seiten, 24 Euro

Es gibt Tage, die sind schon beim Frühstück gelaufen; etwa wenn man liest, dass der kluge, integrale Exfußballer und BBC-Experte Gary Lineker bei Instagram ein Anti-Zionismus-Video geteilt hat, das »mit dem Emoji einer Ratte illustriert war. ... Nach Protesten, die darauf hinwiesen, dass die Ratte ein altbekannter antisemitischer Topos sei, beteuerte Lineker, er habe den Emoji nicht gesehen. Er habe den Beitrag sofort gelöscht und würde »niemals bewusst etwas Antisemitisches teilen« (»Süddeutsche Zeitung«).

Aber doch den Beitrag einer Gruppe namens »Palestine Lobby«, die wie jede Lobby nur sieht, was sie sehen will, und ausblendet, was ihr nicht ins Konzept passt: dass Israel den Gazakrieg nicht begonnen hat; dass die auch von deutscher Presse gern genommenen Bilder von hungernden und toten Kindern zum Kalkül der Hamas gehören; dass es seit je zu ihrer revolutionären Praxis gehört, Hilfsgüter und -gelder zu unterschlagen; und dass »mit dieser Hamas an der Macht ... es niemals Frieden geben« wird. Ein einfacher Satz, der vermutlich zu einfach ist, als dass ihn die progressistische Linke, die den bestialischen Mord an jüdischen Frauen, Alten, Kindern für gerechten Widerstand hält, begreifen müsste. Und Widerstand war die Tat allerdings, aber nicht so, wie sich das unsere Israelhasser ausmalen: »Der 7. Oktober war keine Racheaktion der Unterdrückten. Es war von islamisch-radikalen Fanatikern ausgeübte Gewalt, die sich aus islamischem Antisemitismus, Judenfeindschaft und Israelphobie speiste«, wie der in Freiburg lehrende, in Algerien geborene Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi in seinem Buch *Die Liebe zum Hass* schreibt.

Hier spricht einer, der genug hat von den ewigen Kontextualisierungen – eine Kontextualisierung, die bei israelischem Vorgehen auch nicht vorgenommen wird –, sondern, »als aufgeklärter und liberaler Muslim«, seine Glaubensbrüder und -schwestern zu jener Selbstkritik auffordert, durch die die islamische Welt sowenig auffällt wie der Aktivismus, der sie vertritt. Geschwiegen haben, verstörend genug, nach dem 7. Oktober sowohl die Dachverbände der Muslime in Deutschland als auch die religiösen Instanzen in aller Welt; dagegen schmähte der Vorsitzende des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten Israel sechs Tage nach dem Überfall als »rostigen Dolch, der im Herzen der islamischen Geografie steckt«.

Und während wohlmeinende Linke eilfertig vor »antimuslimischem Rassismus« warnten, tanzten Muslime in Berlin auf den Straßen und verteilten Süßigkeiten, vor Freude darüber, dass geschehen war, was eine pakistanisch-britische Ärztin in »Newsweek« so beschrieb: »Ich habe Tomografien von Kindern und Erwachsenen gesehen, die gefesselt und bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Ich habe Bilder eines geköpften Mädchens gesehen, dessen Kinderschädel nur mit einem Stück verwesender Haut noch an seinem Rumpf hing.« Ourghi zitiert weitere grausige Berichte von Verstümmelungen, Vergewaltigungen, Massakrierungen als »eindeutigen Beweis für den eliminatorischen Charakter, der dem Antisemitismus der Hamas und des politischen Islam insgesamt innewohnt«.

Das Problem ist laut Ourghi aber der islamische Antisemitismus als solcher, über den zu reden von einem großen Teil der Linken, islamfreundlich, wie er ist, schnell für ein Ablenkungsmanöver gehalten wird. »Den Muslimen in aller Welt hätte der 7. Oktober die Möglichkeit geboten, öffentlich in aller Klarheit für die friedliche Koexistenz von Muslimen und Juden, von Muslimen und Nicht-Muslimen einzutreten.« Eingetreten sind sie fürs Gegenteil. Muslime können nämlich beides sein: Opfer von deutschem Alltagsrassismus und gute Antisemiten, und zwar nicht bloß als Reaktion, sondern eingefleischt: »Beispiel Algerien: Ich bin dort aufgewachsen und weiß aus eigenem Erleben, wie sehr man hier die Juden und den Staat Israel hasst.« Der Antijudaismus von Koran und Prophet verbinde sich mit der klassischen Ventilfunktion: Der Juden Hass helfe dabei, »sich mit den desolaten wirtschaftlichen Verhältnissen« und fehlender Demokratie zu arrangieren. Dass das so deutlich erfolgreichere Israel heimlich bewundert werde, verhärte das Ressentiment noch.

Der Autor, über die Verlogenheit des »Free Palestine«-Aktivismus voll im Bild, beklagt sowohl die »meisterhaft gepflegte Opferrolle« als auch »die unaufgeklärte Geschichte des Islam«: »Die hochgepriesene angebliche Toleranz des Islam gegenüber den Juden ist ein Mythos.« Und: »Auch wenn diese Realität viele Muslime schmerzt, muss es gesagt werden: Der politisch-juristische Koran und die Tradition des Propheten bilden die Grundlage des Hasses.« Das klingt im Ausriss viel unversöhnlicher, als Ourghi ist, der ein binationales Israel für die beste aller schlechten Lösungen hält und kein Pamphlet geschrieben hat, sondern den sachlichen Beitrag zu einer Debatte liefern will, die erst stattzufinden hätte. Er weiß, welche Leute in Netanjahus Regierung sitzen; er weiß aber auch, dass das »ungeheuerliche Leid« in Gaza zumal aufs Konto von Antisemiten geht, die ihrem Wahn die



Habseligkeiten von Opfern des Hamas-Massakers beim Supernova-Musikfestival am 7. Oktober 2023

eigene Bevölkerung opfern, und dass mit diesen Leuten – gegen die, Allah sei Dank, in Gaza versuchsweise demonstriert wird – nur ein Staat zu machen ist, von dem man sich nicht wundern muss, dass Israel ihn verhindern will.

Trotz mancher Redundanzen ist *Die Liebe zum Hass* ein faktenreiches, lesenswertes Buch, auch wenn es in einem evangelischen Verlag erschienen ist und ihm eine materialistische Grundierung fehlt: Die iranische Mullah-Herrschaft folgte ja nicht zufällig auf die des CIA-Schahs Pahlavi, und so stimmt es allenfalls halb, »dass nicht der Westen und Israel die Verantwortung für die schwierige Lage in der islamischen Welt und die hausgemachte Sinnkrise des Islam tragen«. In Berlin-Moabit, weiß die »Süddeutsche«, hat sich in einer überwiegend von muslimischen Kindern besuchten Grundschule ein (jüdischer) Lehrer als schwul geoutet; er ist jetzt in Psychotherapie. Darüber ist zu reden, und zwar von Linken wie, ich bitte, von den Muslimen selbst.

Stefan Gärtner



# Zurück zu Wurzeln und Natur

**Doch bitte nicht zu Fuß und ohne Musik! Panoramawege kunterbunter Subkulturen, damals und gestern und vielleicht auch heute.**  
**Von Ulrich Holbein**

**A**uf nach Ascona, auf den Monte Verità, oder wenigstens nach Bonn!

Denn mitten im Zeitalter der Unbelesenheit, auf der alle Weltübel fatal basieren, erheben weiterhin sich Leuchttürme und Menschheitshoffnungen, töricht, unbeirrbar, unzerbombbar, Fähnchen, wacker aufsteigende Wahrheitsberge, wenigstens retrospektiv als Kunstausstellung und in Buchform. Ein Mahnmal und Bollwerk steigt auf zwischen herz- und hirnos geschwenkten Nationalfahnen, ein Bildband, kunstreich durchgestaltet als optisches Sahnähübchen dominant heranbrausender Dystopien, ässt noch einmal eine Serie regenbogenfarbiger Flashbacks Revue passieren, Lichtblicke, wundersam schimmernd, großformatiger, herausgepellter und bunter als vorher, höchstästhetisch. Durch Mühsal zu den Sternen – Nietzsche und Hemingway stehen nebeneinander noch mal kurz am Lago Maggiore ... Aus Morgennebeln steigt die Isola bella ... Sehnsuchtsorte schweben einher – Montagnola ... Sils-Maria ... Thoreaus *Walden; or, Life in the Woods*. Sein Opusculum *Über die Pflicht zum Ungehorsam gegenüber dem Staat* avancierte zur dünnen Bibel späterer Kriegsdienstverweigerer.

Naturpropheten, belächelt als Naturapostel, verspottet als Kohlrabiapostel, tauchten inmitten werktätiger Bevölkerung in Metropolen auf und predigten engagiert, alias: wortgewaltig, gegen die Schlachtfeld- und Schlachthauszivilisation, wider Tabakstinker, Leichenfresser, Milchtrinker, Alkohol-

säufer und kannibalisch entmenshtes Gesindel, gern polemisch in vollen Sälen direkt neben dem Hofbräuhaus. Der frugivore Zivilisationskritiker, Pazifist, Kleiderreformer Karl Wilhelm Diefenbach, der strenge Pionier aller Lebensreformer, Wanderheiligen

und Wandervögel der 1920er Jahre, eine Generation vor der Monte-Verità-Bewegung bei Ascona, trat auf als Satyr im Jesus-Look, alias: Christusgewandung, peitschte unkonziliant, fast fanatisch seine Ideale vorwärts, gründete die erste Landkommune Himmelhof und verursachte den ersten Nudistenprozess. Diefenbach griff zudem die heilige Ehe an, verunglimpfte sie als »privilegierte Unzucht«, sechzehn Jahre vor Tolstois »Kreutzer-sonate«. Der Katalog zur Ausstellung »Para-Moderne« in Bonn zeigt auch des Meisters Gemälde »Du sollst nicht töten!« – und zwar nicht mal das Böcklein des Alpenjägers.

Käthe-Kruse-Puppen säumten deutlich konzilianter den harten Weg und den schmalen Pfad.

Fidus-Jünglinge reckten sich 1911 im »Lichtgebet«, dieser gruppenstärkenden Ikone der Lebensreform und Jugendkultur, der Sonne pathetisch entgegen, oder auch dem Zeitalter von Solarium, Nasszelle und Duschvorhang; so, als wäre der epochemachende Schrei von Edvard Munch (1893) bestens verhallt und hätte umfassender Zuversicht und Wandschmucktauglichkeit Platz gemacht, genau wie Gustav Klimts »Nuda Veritas« (1899).

Einige Naturmenschen, um Bekanntheit wetteifernd, kamen sich ideologisch in die Quere. Gustaf Nagel und Emanuel Quint setzten weiterhin voll auf Jesus; Gustav »Gusto« Gräser nannte Nagel »vernagelt« und trug lieber das TAO vor sich her.

Andere katapultierten sich so weit wie möglich aus den Industriegesellschaften raus,



Gustav Nagel, Naturmensch und Sonnenbruder, ein vorausseilender Dschieses-Freak, unterwegs in Berlin, um 1910 (Bildkomposition: Ulrich Holbein)



bis zur Waldsiedlung Loheland bei Fulda – wo man seit 1919 nie aufgehört hat, anthroposofisch zu turnen, zu singen, zu gärtnern –, oder bis zur Südhalkugel, wohin ein durchgeknallter Kokovore auswanderte, einer, der die Kokosnuss zur Panazee erhob, also weder Käse noch Gemüse an sich heranließ.

Ein kleines Antikriegsmuseum, hoffnungsvoll und unwirksam, stand zwischen Rüstungswahn, Zermürbungskriegen, Materialschlachten. Das in Berlin wurde 1933 geplündert, das in Brüssel 1940 restlos zerstört.

Traumalerinnen! Trautmalerinnen! František Kupka! Wassily Kandinsky! Kafka in der Lichtfluthütte von Jungborn! Nürschische Auswüchse wie Louis Haeusser und der Unabomber – je ein Kapitel.

Friday for Future plus Last Generation könnten ja mal mitkriegen, dass es ökologisch-emanzipatorische Manifeste und Tiraden, samt Tanzwut, vor hundert Jahren, in schönerer Gewandung, auch schon gab, dann eher als Reigentanz, romantisch, tiefsinnig als Eurythmie. *Street dancing* mag den Zupfgeigenhansl der Wandervögel/innen bieder erscheinen lassen, mutet aber atmosphärisch weniger anmutig an als Mary Wigman und Rudolf von Laban. Bezog sich »Mother Nature's Son«, 1969, von den Beatles, auf die Nature Boys von 1948, 1920 und 1906, übersetzbar als »Naturburschen«? Popgruppen-Poster von 1966 knüpften bewusst und absichtlich an an Jugendstil-Plakate von 1887, gestaltet von Alphonse Mucha.

Sogar Beuys soll ohne die frühen Nature Boys nicht denkbar gewesen sein – aha.

Der blendaxlachende LSD-Papst Timothy Leary sah dann schon viel trockenrasierter aus als Meister Diefenbach. Andererseits: Die San-Francisco-Hippies haben ja die wilhelminismusgeschädigten Natursucher von 1910 nicht unterboten und verwässert, sondern die Mitläuferzahlen imposant erhöht und die Kohlraabitypen von ihrer blässlichen, nachthemdartigen Reformkluft erlöst, Farbe bekannt, quasi den Farbfernseher angeknipt – yippieyeah!

Die Ausstellung in Bonn, samt ihrem opulenten Katalog, setzt spürbar hyperoptimale Zeichen gegen die gegenwärtig heillos atavistischen Rückfälle in Mittelalter und Urzeit, alle barbarischen Versuche, den Ungeist imposanter Militarisierung pathetisch als »Zeitenwende« zu beschönigen, während tatsächliche Zeitenwende eher darin bestünde, Brandherde, Pulverfässer, Rechtsrucke zu entschärfen zu Randverzierungen eines verbesserbaren, flächendeckend bisher eher ausgebliebenen Utopicums und Aquariuseitalters.

Liebe Sinnsucher/innen, Rythmus-sucher/innen, Klimawandler/innen, hättet ihr nicht Bock, Fun & Lust, liebe Widerständler/innen, Verschwörungsschwurbler/innen, Schlafschafe, angehende Soldaten und Soldatinnen, euch kurz zurückzu-

verwandeln (oder lang) in Friedenstauben, ungediente Weicheier, zutrauliche Softies, Althippies, Späthippies, Neohippies, wenigstens Quasihippies, Semihippies und Viertelhippies!?!

Liebe Aufsteiger, werdet Aussteiger! Open-Air-Festivals schaffen's doch auch, Zehntausende Herzberghippies zusammenzutrommeln, so, als wären sie nie ausgestorben oder zu anderen Kulturformen mutiert! Begnügt euch nicht mit Nostalgie, Fun & Spaß! Zerstreut euch nicht immer gleich wieder, als gäb's euch nicht. Fehlen etwa neue mahnende Stimmen, Galionsfiguren, Lichtgestalten, zur Not Gurus, die man erst erfinden, einhämmern, aufbauen müsste? Greta Thunberg sagte, als sie noch nicht gegen Israel segelte, in ein bisschen anderen Worten, was Ludwig Klages schon hundert Jahre vorher hat verlauten lassen.

Kann es sein, dass Zeitgeist oder Ungeist der Zeit in den globalen Abwärtsspiralen massenpsychotisch sich perpetuierender Aufrüstungsorgien keine gescheite Subkultur mehr zulässt und hinbekommt außer Cosplay, Manga, Goapartys, Muckibuden, statt Lebenssinn den Sinn des Hebens? Der Erste Weltkrieg filterte Pazifisten, Makrobioten, Inflationsheilige nicht aus, ermöglichte und beflügelte sie. Der Vietnam-Krieg mobilisierte herrliche Unmengen von Flowerpowerhippies. Wie könnten im Fleischwolf-Zeitalter verheizbaren Drohnenfutters neue alte Love-and-Peace-Bewegungen aussehen, wenigstens vereinzelte Hoffnungsschimmer? Könnten sich im millionenköpfigen Siegeszug des Undercut (Nazischnitt à la Kim Jong-un) nicht noch mal ein paar zehntausend Hippiefrisuren, Afrolooks, Dreadlocks vermehren und eine neue Gegenbewegung auslösen, über museales Eingedenken hinaus? Fahrt mit Para-Moderne und Moderne jedem mörderischen Jammertal und Neandertal in die Parade! Gebt euch Ruck und Schubs, liebe Kriegsdienstverweiger/innen, Tictoc-Junkies und Wurstmörder/innen! Nur wann, wie und mit wem? ●

»Para-Moderne. Lebensreformen ab 1900«. Ausstellung in der Bundeskunsthalle Bonn. Kuratiert von Johanna Adam und Robert Eikmeyer. Bis 10. August 2025. Der gleichnamige Katalog zur Ausstellung ist bei Hatje Cantz, Berlin, erschienen (zahlreiche Abbildungen, 304 Seiten, 48 Euro).

Ernst Kretschmer: *Spiegelschriften. Erzählungen und Berichte vom Lago Maggiore*. Zwei Bände im Schubert, 400 und 408 Seiten, Dielmann, Frankfurt a. M. 2024, 52 Euro

Ulrich Holbein hat, passend zum Thema, zusammen mit Hermann Müller eine Sammlung von Dokumenten des Künstlers und Lebensreformers Gusto Gräser herausgegeben: *Drum Tauwind ins Winterland! TAO-Wind in die hirnfrostig verfrorene Welt!* (Packpapier, Osnabrück 2024, zahlreiche Abbildungen, 251 Seiten, 20 Euro

# Lesen, was andere nicht wissen wollen

Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, machen wir Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können: Ein **Schüler-/Schülerinnen- bzw. Studierenden-Abo** für 47 Euro.

*konkret-magazin.de*



# DER LETZTE DRECK

»Alles, was die Kulturentwicklung fördert, arbeitet auch gegen den Krieg«, bemerkte Sigmund Freud gelegentlich. Sofern er recht hat, tragen die Kultursendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu dieser Entwicklung nicht länger bei, sondern orientieren sich lieber an Friedrich Nietzsche: »Krieg ist der Winterschlaf der Kultur.« **konkret** dokumentiert die Zeitenwende im Schöngestfernsehen.

## Aspekte (ZDF)

*Selbstauskunft:* Aspekte über Debatten, die unsere Gesellschaft bewegen.

*Thema der Sendung am 14. März 2025:*

### Das Comeback des Bunkers.

*Teaser:* Theoretisch gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Schutzräume für 480.000 Menschen ... Praktisch lautet die Zahl der Plätze jedoch: null. Denn im Zweifel ist keine der 579 Bunkeranlagen einsatzbereit ... Als wäre mit der deutschen Wiedervereinigung eine Ära des ewigen Friedens angebrochen ... Vor dem Hintergrund der gestiegenen Kriegsgefahr und täglich wachsender Zweifel an der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und Nato widmet sich »Aspekte« dem Comeback des Bunkers.

*Thema am 2. Mai 2025:*

### Wie pazifistisch wollen wir sein?

*Teaser:* Wie der Krieg sich verändert hat und wie er die deutsche Gesellschaft verändert – das sind 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zwei der drängendsten Fragen unserer Zeit ... Host Jo Schück spricht mit den Podcastern Philip Banse und Ulf Buermeyer, die vor 30 Jahren den Wehrdienst verweigert haben. Heute würden sie sich vielleicht anders entscheiden. Er trifft den Schriftsteller Steffen Kopetzky, der seinen Sohn nicht daran hindern würde, im Kriegsfall an die Front zu gehen.

## Kulturzeit (3Sat)

*Selbstauskunft:* Das Fernsehfeuilleton von ZDF, ORF, SRF und ARD.

*Thema der Sendung am 30. April 2025:*

### Wie Drohen unser Bild vom Krieg verändern.

*Moderatorin Vivian Perkovic:* »Was ist Krieg? Das, was wir davon sehen. Krieg ist für die, die nicht in Kriegsgebieten leben oder kämpfen, die Bilder davon.«

*Themen am 15. Mai 2025:*

### Wie Putin Männer für seine Armee jagt: Rekrutierung auf Russisch.

*Perkovic:* Russland macht Jagd auf Soldaten. In Russland! Ich freu' mich, dass Sie »Kulturzeit« gucken, denn (!) Putin braucht junge Männer, die er als Soldaten an die Front schicken kann.

### Ukraine-Gespräche in der Türkei.

*Perkovic:* Einen Krieg beenden – das sehen wir in Gaza, aber auch in Russland, in der Ukraine – ist vor allem für die schwer, die den Krieg brauchen, um weiter so zu herrschen, wie sie es tun und weiter tun möchten.

*Thema am 19. Mai 2025:*

### Frieden durch Waffen?

In Deutschland ist die Diskussion um Sinn und Folgen militärischer Aufrüstung neu entbrannt. Was dient der Friedenssicherung – was schadet ihr? Das fragen wir Ursula Schröder, Friedens- und Konfliktforscherin.



Wird die Wehrpflicht auch für Schmöcke gelten?  
»Kulturzeit«-Moderatorin Cécile Schortmann signalisiert am 2. Juni 2025 Kriegstüchtigkeit in den Landesfarben der Ukraine (unbearbeitetes Bildschirmfoto)

*Schröder:* Wir gehen davon aus, dass der Ausbau der Bundeswehrkapazitäten notwendig ist, dass die Fähigkeiten der Bundeswehr gestärkt werden müssen.

*Themen am 2. Juni 2025*

### Wehrpflicht-Debatte: Frauen an die Front?

*Moderatorin Cécile Schortmann:* Falls die Wehrpflicht in Deutschland wieder zurückkommt, wird es dann viel Protest geben? Und wird sie auch für Frauen gelten? Oder ist am Kasernentor dann doch Schluss mit der Gleichberechtigung?

### Friedensgutachten 2025.

*Schortmann:* Tja – Frieden schaffen ohne Waffen oder doch eher mit? ... Die führenden deutschen Friedens- und Konfliktfor-

schungsinstitute, die haben heute ihr »Friedensgutachten 2025« herausgegeben. Und auch da lesen wir, dass Europa mehr investieren soll in seinen Verteidigungsapparat.

## NDR Kultur – Das Journal

*Selbstauskunft:* »NDR Kultur – Das Journal« ist in der norddeutschen Kulturszene und auf dem Büchermarkt unterwegs, spricht mit den Machern und spürt den neusten Trends nach.

*Thema der Sendung am 24. März 2025:*

### Umdenken in der Verteidigungspolitik: Zwei Bücher zum Thema der Stunde.

*Teaser:* Im Kreml sitzt ein Mann, der nur die Sprache von Macht und Abschreckung versteht. Und im Weißen Haus einer, der Europäer und Deutsche nun zwingt, selbst Verantwortung für die Verteidigung zu übernehmen. Doch wie kriegstauglich sind Deutschland und die EU? Und sind wir bereit, viel Geld und auch Respekt in unsere

Streitkräfte zu stecken? In »NDR Kultur – Das Journal« sprechen Schriftsteller Steffen Kopetzky ... und der Militärhistoriker Sönke Neitzel.

## TTT – Titel, Thesen, Temperamente (ARD)

*Selbstauskunft:* So spannend ist Kultur: »TTT« berichtet über ... Trends der internationalen Kulturszene.

*Thema der Sendung am 16. März 2025:*

### In Deutschland beginnt ein Umdenken über unsere Verteidigung.

*Teaser:* Unsere Sicherheit ist in Gefahr! Angesichts der gestiegenen Bedrohung geht es darum, neue Werte auszuhandeln.

*Moderatorin Siham El-Maimouni:* Aus Frieden schaffen ohne Waffen wird jetzt Frieden schaffen mit Waffen. Deutschland rüstet auf, doch sind wir mental überhaupt so weit?

*Thema am 13. April 2025:*

### Der Traum vom Frieden – Debatte um Kriegstüchtigkeit.

*El-Maimouni:* Wir müssen lernen, das Udenkbare zu denken. Wir Deutsche, die wir uns seit Jahrzehnten in Sicherheit wähnten, weil wir uns bei der Verteidigung auf andere verlassen haben, müssen jetzt selbst ran – ran an die Waffen.

**konkret erscheint das nächste Mal am Samstag, 26. Juli**



# Titanic

DAS ENDGÜLTIGE SATIREMAGAZIN

A 4352  
Juli 2025  
Nr. 7  
D €7,00  
A €7,70  
Lux € 8,30  
CHF 12,20

ZDF zeigt Haltung

 DAS  
TRAUM-  
SCHIFF

fährt nach Gaza

**Titanic** Deutschlands bester Satire-Mix.



Berthold Seliger präsentiert:

# Patti Smith Quartet

1.7.25 Mainz, Zitadelle  
2.7.25 Stuttgart, Freilichtbühne Killesberg  
9.7.25 Hamburg, Stadtpark Open Air  
11.7.25 Berlin, Citadel Music Festival  
14.7.25 München, Tollwood  
15.7.25 Kulmbach, Plassenburg Open Air  
17.7.25 Dresden, Junge Garde  
24.7.25 Freiburg, ZMF  
25.7.25 Köln, Roncalliplatz Open Air



in Vorbereitung 2026 ▶▶▶ TORTOISE ▶▶▶ JAMES YORKSTON ▶▶▶  
UMRU/UNREST: DANIEL KAHN · JAKE SHULMAN-MENT · CHRISTIAN DAWID



## REBECA LANE GUATEMALA AUDRY FUNK MEXICO

FEMINISTISCHER HIP-HOP,  
REGGAETON & DEMBOW  
AUS MITTELAMERIKA

### 40 TONOS y Sabrosos

27.6.25 Lärz, Fusion Festival  
16.7.25 Karlsruhe, Zeltival  
17.7.25 Erfurt, Jazzclub  
18.7.25 Berlin, SO36  
20.7.25 Hamburg, Fabrik  
22.7.25 Frankfurt, Palmengarten Open Air

Berthold Seliger



[bseliger.de](http://bseliger.de)

Büro für Musik, Texte & Strategien

Ausgesuchte Tourneen,  
unabhängig seit  
37 Jahren

taz